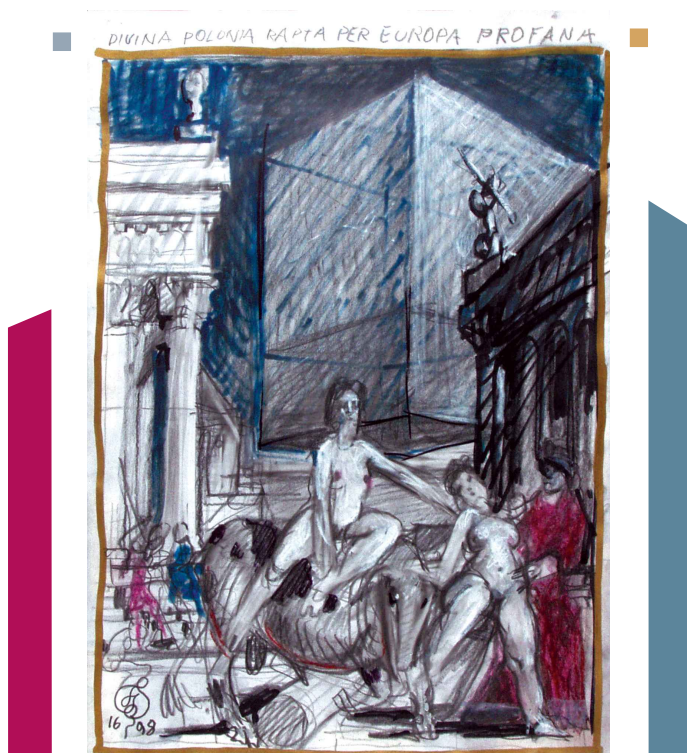


Claudia Kraft / Katrin Steffen (Hg.)

Europas Platz in Polen



Polnische Europa-Konzeptionen
vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt

fibre

EUROPAS PLATZ IN POLEN

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

11

Europas Platz in Polen

Polnische Europa-Konzeptionen
vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt

Herausgegeben von
Claudia Kraft und Katrin Steffen

fibre

Titelabbildung:

*„Divina Polonia rapta per Europa profana“
Zeichnung von Prof. Dr. Franciszek Starowieyski,
Warschau, entstanden 1998 als Vorskizze
zu einem gleichnamigen Bild*

© fibre Verlag, Osnabrück 2007

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-929759-85-3

www.fibre-verlag.de

Redaktion der Reihe: Andreas Kossert

Umschlaggestaltung:

Ingo Schneider, www.isio-design.de

Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2007

INHALT

<i>Claudia Kraft / Katrin Steffen</i>	
Europas Platz in Polen	7
<i>Maria Janion</i>	
Polen in Europa	31
<i>Christian Lübke</i>	
Das mittelalterliche Polen in seinen europäischen Bezügen. Eine Grauzone im Osten des Kontinents	67
<i>Janusz Tazbir</i>	
Wir, die Bewohner Europas	87
<i>Andreas Lawaty</i>	
Polen und Europa in der Aufklärung	105
<i>Maciej Janowski</i>	
Polen im 19. Jahrhundert: Europa an der Weichsel?	131
<i>Stephanie Zloch</i>	
Polnische Europa-Ideen und Europa-Pläne zwischen den beiden Weltkriegen. Europa-Debatten im Zeitalter des Nationalismus	157
<i>Ślawomir Łukasiewicz</i>	
Nachkriegseuropa in föderalistischen Konzeptionen zur Zeit des Zweiten Weltkriegs	181
<i>José M. Faraldo / Paulina Gulińska-Jurgiel / Christian Domnitz</i>	
Europas Platz im sozialistischen Polen	197
<i>Klaus Bachmann</i>	
Polnische Europakonzeptionen nach 1989	225

Gesine Schwan
 Polen oder die Freiheit im Herzen Europas 239

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 249

Personenregister 255

CLAUDIA KRAFT / KATRIN STEFFEN

EUROPAS PLATZ IN POLEN

„*Polonia divina rapta per Europa profana*“ – die göttliche Polonia wird von der profanen Europa geraubt, so lautet die Überschrift zu dem Titelbild dieses Bandes, einer Vorskizze zu einem vier mal fünf Meter großen Bild des in Warschau lebenden Künstlers Franciszek Starowieyski, das heute in der Lobby der ständigen Vertretung der Republik Polen bei der Europäischen Union in Brüssel hängt. Die als „profan“ etikettierte Europa reitet auf dem Stier, mit dem linken Arm greift sie aus nach der „Polonia“, der mythischen Verkörperung Polens, deren Göttlichkeit in der Endversion des Bildes noch durch einen Heiligenschein unterstrichen wird. Starowieyski greift mit der Geschichte von Europa und dem Stier auf den Mythos zurück, der als Kern jeglicher Visualisierung von Europa gelten kann (Schmale, 2005, S. 14). In diesem Mythos empfängt die Europa von Zeus, der sich in einen Stier verwandelt hat, drei Söhne. Im Verständnis der vorchristlichen Antike wurde Europa von Zeus ausgewählt und stand damit metaphorisch für Glück und Fruchtbarkeit. Der Mythos erfuhr vom 13. bis zum 15. Jahrhundert vor allem christliche Deutungen, bevor in der Frühen Neuzeit ein Teil der Visualisierungen von einem „erotischen Subtext“ (Schmale, 2005, S. 13) begleitet wurde – auf den auch heute die Darstellungen der Europa gelegentlich zurückgreifen, sei es in Darstellungen der nackten Europa auf dem Stier, sei es in den europäischen Landkarten, die als Frauengestalten gezeichnet werden, sei es als Karikatur oder in folgender Phantasie des polnischen Schriftstellers Andrzej Stasiuk, der in einem seiner Texte in einem fiktiven Dialog mit Europa anmerkt: „Ich betrachte deine Bilder und stellte mir vor, ich würde winzig und unsichtbar über deinen mächtigen Leib gleiten. Das war eine ungeheuer erotische Vorstellung.“ (Stasiuk, 2000/2001, S. 130).

Wie die Europa also auch visualisiert oder vorgestellt wird, zumeist wird die Figuration mit einer positiven Anziehungskraft assoziiert. In Starowieyskis Bild wird Europa und dem Stier die Polonia an die Seite gestellt, wodurch der überaus ambivalente Dialog Europas mit Polen und Polens mit Europa in den Vordergrund rückt, ein Dialog, in dem Polen und Europa zu

unterschiedlichen Zeiten zwischen unterschiedlich intensiver gegenseitiger Affirmation und Negation geschwankt haben und noch immer schwanken. Der Künstler spielte bei der Gestaltung dieses Bildes mit bekannten Mythen, mit kulturellen Mustern, mit Traditionen, Überlieferungen und Übersetzungen, denen dieser Sammelband nachgehen möchte – einer komplexen und einer sich über die Jahrhunderte stets wandelnden polnisch-europäischen Verflechtungsgeschichte. Indem Starowieyski die Polonia zum einen als göttlich und zum anderen als geraubt konnotiert, stellt das Bild vor allem zwei Elemente dieser Verflechtungsgeschichte in den Vordergrund: Die Polonia verkörpert den Mythos eines unschuldigen, wehrlosen, fast heiligen Polens, das von seinen machtlüsternen und mächtigen Feinden Preußen, Russland und Österreich-Ungarn besiegt und im ausgehenden 18. Jahrhundert geteilt worden war, in die Rolle einer Sklavin gedrängt und von Europa im Stich gelassen. Das Bild verweist auf einen mythologisierten historischen Kontext, in dem Polen als Opfer einer historischen, zugleich aber göttlichen Daseinsordnung gelesen werden kann, eine Deutung, die in Polen besonders im 19. Jahrhundert populär war und mit der sich die Literaturwissenschaftlerin Maria Janion in diesem Band kritisch auseinandersetzt. Und das Bild verweist darauf, dass das Land mit einer zivilisatorisch-christlichen Mission ausgestattet gewesen sei, auf den Mythos der „christlichen Vormauer“ (*antemurale Christianitatis*) und des Messianismus in Polen. Daneben deutet es nicht zuletzt über die architektonischen Elemente zum einen auf das europäische Kulturerbe der Antike, auf die Vergangenheit also, zum anderen auf die Moderne. Als ein visualisierter kultureller Text steht es somit für einen Dialog zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und für die diskursiven Prozesse, die zwischen Polen und Europa in zahlreichen Grenzübereinstimmungen stattgefunden haben und weiterhin stattfinden werden, für Vorstellungen und Aushandlungsprozesse, die sich aus der Selbst- und der Fremdwahrnehmung sowohl Polens als auch Europas ergeben. Polen und Europa stehen in diesem Dialog, der sich als prinzipiell offen und nicht gänzlich ohne die Gefahr erneuter Isolation darstellt, vor der Chance einer gegenseitigen Bereicherung, eines erneuten Kennenlernens von zuvor vielleicht Unbekanntem oder auch des Wiederentdeckens von zeitweilig Verschüttetem in Kontaktzonen, die seit dem Mittelalter in Europa entstanden sind.

Denn nicht erst nach 1989, nach dem Kalten Krieg, an dessen Beendigung Polen mit der oppositionellen Solidarność-Bewegung keinen geringen Anteil hatte, ist Polen nach Europa „zurückgekehrt“. Viel mehr war das Land seit dem Mittelalter daran beteiligt, Vorstellungen von Europäizität mit zu diskutieren und somit mit zu erschaffen, die nicht auf den Westen des Kontinents beschränkt blieben, sondern stets auch die östliche Hälfte in den Blick nahmen. Eine Zäsur bildet das Jahr 1989 dennoch, nicht zuletzt

weil es die Herausforderung mit sich gebracht hat, nicht nur den Osten Europas, der nun endgültig nicht länger als homogene Masse eines „Ost-blocks“ konzeptionalisiert werden kann, sondern den ganzen Kontinent neu zu denken, einen Kontinent, der sich zwar wieder annähert, sich aber gleichzeitig verstärkt nach außen in östliche und südöstliche Richtung abgrenzt. Der vorliegende Sammelband fragt dabei nach Polens Platz auf diesem Kontinent – wie hat es zu welchen Zeiten an Europadiskussionen teilgenommen, als wie europäisch hat Polen sich verstanden, als wie westlich oder östlich, wie orientalisch wirkte es oder wie peripher, wie rückständig oder wie modern? Und hat sich durch den EU-Beitritt im Jahr 2004 mehr geändert als nur die Übernahme des *acquis communautaire*? Wie stellt sich das Spannungsfeld zwischen Nation und Europäizität in Polen dar?

Die diskursive Erschaffung Europas

Auf diese Fragen lassen sich unterschiedliche Antworten finden, und wie sie ausfallen, hängt sowohl vom mentalen als auch vom räumlichen Standort des Betrachters oder der Betrachterin ab. Wer von außerhalb auf Europa schaut, sieht vielleicht nicht die einzelnen Nationalgesellschaften, und wie sie nach wie vor in je unterschiedlicher und – je nach politischer Konjunktur und Interessenlage von Autoren oder Regierungen – mal wachsender, mal abnehmender Intensität bestrebt sind, sich voneinander abzugrenzen. Vielleicht sieht ein solcher Betrachter nur das Ganze, den ganzen Kontinent mit seinen gesamteuropäischen Einrichtungen und Strukturen oder nur die politische Struktureinheit der Europäischen Union. Wer wiederum von der anderen Seite der europäischen Peripherie aus auf Polen schaut, aus Portugal möglicherweise, sieht in dem östlich liegenden Polen ebenso etwas anderes als ein Betrachter aus Russland, der Polen in seinem Westen weiß.

Wie und wo Polen in Europa verortet wird, welche Länder dazugehören und was sie dazu qualifiziert, wie Europa definiert wird, hängt somit vor allem von den Vorstellungen ab, die von Europa gemacht werden; wandelbare Vorstellungen, die das Ergebnis von Diskursen, Grenzziehungen, Brüchen und von Aushandlungsprozessen sind. Sie generieren Europa überhaupt erst, die Vorstellungen von Gemeinsamkeiten durch die Abgrenzung zu einem „Anderen“, die Vorstellung einer räumlichen Dimension und von gemeinsamen Charakteristika und Strukturmerkmalen. Aber auch die geographischen Definitionen hängen vom Blick der Menschen in ihrer je eigenen Zeit ab. Die Topographie ist ein Versuch unter vielen, Europa zu definieren (Blum, 2001, S. 152, S. 164). Das jeweilige *mental mapping* von Europa, also welcher Raum zu bestimmten Zeiten als Europa

bezeichnet oder erfahren wird, führt dazu, dass es weder in Polen noch anderswo jemals einen einzigen, normativen und allgemein geteilten Begriff von Europa oder von Europäizität gegeben hat. Ein solcher Begriff wird immer das Ergebnis von Kommunikation und von politischen Entscheidungen sein. Und somit wird er stets Absichten, Entwürfe und Ziele widerspiegeln, für die Europa als Chiffre benutzt werden kann und Forderungen, für die an Europa appelliert wird, die keineswegs immer demokratischer oder liberaler Natur sein müssen (Haupt, 2004, S. 89). Die Tatsache, dass Europa nicht nur aus konkreten geographischen Orten und Räumen besteht, sondern aus mehrdeutigen Zitaten, Symbolen und Querverweisen, macht gleichzeitig auch seine Anziehungskraft und seine kulturelle Macht aus (Petri, 2004, S. 48), in deren Namen auch kulturimperialistische, expansive und rassistische Politik betrieben werden konnte.

Europa kann also einerseits vornehmlich als ein Ergebnis von Diskursen und von performativen Akten verstanden werden, worauf zuletzt wiederholt Wolfgang Schmale hingewiesen hat (z.B. Schmale, 2000, S. 14-15). Ein solches Konzept hebt sich von anderen, vornehmlich ereignis- oder strukturorientierten Definitionen von Europa und seiner Geschichte ab. Diese suchten Europa und auch Polens Platz historisch auf unterschiedliche Art und Weise zu erfassen, vor allem über die Existenz der Nationalstaaten oder/und des Christentums, über eine räumlich-geographische Definition oder über verschiedene gemeinsame Strukturelemente. Einen der konkretesten Versuche einer Bestimmung europäischer Geschichte hatte in den Jahren 1946 bis 1949 der polnische Historiker Oskar Halecki unternommen. Halecki betonte dabei, die Geschichte Europas sei als Geschichte „aller europäischen Nationen“ zu verstehen, zudem sprach er Europa eine herausragende Stellung in der Welt zu (Halecki, 1957, S. 2). Von großer Bedeutung war für Halecki das Christentum, ohne das es seiner Meinung nach niemals ein echtes Europa habe geben können (Halecki, 1957, S. 10). Er deutete aber vor allem die Nationsbildung als tragendes und prägendes Element Europas. Auch der Polenexperte Klaus Zernack, auf den die bislang differenzierteste Betrachtung Ostmitteleuropas zurückgeht, schrieb, „das, was Europa geschichtlich erst als solches ausmacht, ist [...] seine historische Strukturierung als Geschichte von christlichen Nationen.“ (Zernack, 1977, S. 67) Nach 1989 fügte er hinzu: „Daß Europa in der Gleichrangigkeit seiner großen und kleinen Völker leben kann und muß, das ist das Europäische an Europa [...] Aber diese Struktur Europas als Gemeinschaft großer und kleiner Nationen war von dem Staatensystem der ‚Großen Mächte‘ bis an die Schwelle unserer Tage verstellt. Erst das Jahr 1989 hat sie wieder an den Tag gebracht.“ (Zernack, 1994, S. 178).

Auch wenn sich zahlreiche Verflechtungsgeschichten in Europa wie die Geschichte der europäischen Judenheiten, europäischer Sozialbewegungen

oder europäischer wie außereuropäischer Wissens- und Kulturtransfers mit dem nationalstaatlichen Paradigma nicht hinreichend erfassen lassen und ein auf den Nationalstaat allein fixiertes Geschichtsbild selbst zu historisieren ist, so enthalten die Hinweise auf die bedeutende Rolle der Nationen nach wie vor einen wichtigen Kern. Denn territoriale oder kulturelle Identitätsgemeinschaften übten in der europäischen Geschichte stets eine hohe identifikatorische Anziehungskraft aus und der Nationalismus war eine der wirkungsmächtigsten Ideen der letzten zweihundert Jahre, der zur Bildung von solchen Identitätsgemeinschaften oder Wir-Gruppen beigetragen hat. Das Nationale und das Christliche lassen sich demnach als einzelne Elemente von Europäizität benennen und analysieren – zu unterschiedlichen Zeiten haben sie unterschiedliche Bedeutungen angenommen. Das Konzept der *Christianitas* zum Beispiel war im Mittelalter und für eine bestimmte Periode der Neuzeit eine wichtige Leitvorstellung von Europäizität, d.h. sie wurde von einer großen Gruppe von Europäern geteilt.

Mit der genannten Bildung von Identitätsgemeinschaften ging einher, dass Wir-Gruppen innere und äußere Abgrenzungen vornahmen – fast überall in Europa dienten vor allem im 19. und 20. Jahrhundert echte und fiktive Grenzen zwischen den Wir-Gruppen und den „Fremden“ dazu, die eigene Gemeinschaft nach außen und gegen vermeintliche innere Feinde abzuschotten, sowohl innerhalb Europas als auch gegenüber außereuropäischen Bezugspunkten. Die Erfahrung von Differenz kann somit als konstitutiv für den Kontinent gelten. Denn wofür Europa steht, ist immer abhängig von den Konfrontationen, in die sich Europäer begeben, und von den Gegenpolen, die sie sich auswählen, um sich selbst zu bestimmen (Frevert, 2003, S. 25). Bereits die Konstellation, in der sich Europa im 15. und 16. Jahrhundert selbst zu beschreiben beginnt, ist durch mindestens drei verschiedene Grenzziehungen bestimmt: Die Grenze des lateinisch-christlichen Abendlandes gegen das Osmanische Reich als eine Art Sicherheitsgrenze gegen die so genannte „Türkengefahr“, eine Erweiterungsgrenze in die süd-östliche und die westliche Welt als „Expansionsgrenze“ (Osterhammel) der kolonialen Expansion, sowie die interne Strukturgrenze der konfessionellen Spaltung, die die Religionskriege in Europa symbolisieren (Wobbe, 2005, S. 351-353). Zu Europa gehören Ausgrenzungserfahrungen ebenso wie die verschiedenen Versuche europäischer Integration. Das Spannungsfeld zwischen dem Eigenen und dem Fremden ist für Europa konstitutiv. Dabei stellte und stellt sich stets die Frage, unter welchen Bedingungen nationale und europäische Identifikationen koexistieren konnten und können (Frevert, 2003, S. 21).

Auch in Polen wurde immer wieder lebhaft diskutiert, wie die jeweilige Nationalgeschichte in die europäische Geschichte einzuschreiben oder gegen diese abzugrenzen wäre. Ebenso spannungsreich stellte und stellt

sich für Polen die Frage nach der Abgrenzung nach Osten dar – einerseits sah es sich seit frühester Zeit gerne als Brückenbauer gen Osten und es mangelte nicht an orientalistisch-östlichen Einflüssen in der polnischen Kultur, andererseits fand man sich in diesem Osten in der Rolle der höchst ungeliebten Kolonisatoren wieder, worauf Maria Janion in diesem Band verweist. Zudem grenzte sich das Land immer wieder als „Vormauer des Christentums“ sowohl gegen die osmanisch-islamischen als auch die orthodoxen und als „asiatisch“ rezipierten russischen Einflüsse ab und nahm für sich in Anspruch, das westliche Europa vor diesen Gefahren gerettet zu haben.

Im Kontext der vielfältigen Differenzerfahrungen in Europa ist immer wieder diskutiert worden, wie sich der Westen und der Osten Europas zueinander verhalten. Die Debatte um Osteuropa kann geradezu als paradigmatisch für diese Differenzerfahrung gelten. Diese Debatte hat die Europa-Diskurse selbst mitgeprägt, denn wenn von Diversität und Differenz die Rede ist, so wird fast automatisch in Kategorien von Differenz zwischen Ost und West gedacht. Dabei sollte aber nie aus dem Blick geraten, dass Europa mehrere multiple Peripherien auch im Süden oder Norden hat und nicht nur aus einem Ost-West-Gegensatz besteht, der dann problematisch ist, wenn es als gewiss gilt, dass die westliche Erfahrung von Modernisierungsgeschichte den entscheidenden Maßstab für die Klassifizierung der Rückständigkeit in Osteuropa bildet. (Müller, 2000, S. 163-164). Gegen solche einseitigen und eindimensionalen Vorstellungen werden heute eher Interaktionen, Vielfältigkeit und Verflechtungen betont. Hier fügt sich die Interpretation der „vielfältigen Modernen“ ein, die Shmuel N. Eisenstadt entwickelt hat und die in diesem Band vor allem von Maciej Janowski auf Polens Entwicklung im 19. Jahrhundert angewendet wird. Dieser Ansatz geht von einer Pluralisierung der Entwicklungslinien in der Moderne aus – an die Stelle von geographisch und national fest stehenden Einheiten oder Kulturen treten Zivilisationen, deren Modernisierungsverlauf von ihren jeweils internen und sie kennzeichnenden kulturellen Werten abhängt – Modernität konstituiert sich in diesem Modell nicht über das westliche Muster, sondern als kulturelle Eigenständigkeit anderer als der westlichen Normen (Conrad, 2002, S. 16). Auf Polen bezogen heißt dies, seine Verflechtungsgeschichte mit Europa als eine Abbildung von vielfältigen Wegen, Möglichkeiten und Zusammenhängen und von Vorstellungen, die sich von Europa und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern gemacht wurden, zu beschreiben.

Wandel und Kontinuität in den polnischen Europavorstellungen

Zwischen Polen und Europa hat es stets Wechselbeziehungen gegeben, Interaktionen in verschiedenen Grensräumen, die konstituiert werden von echten geographischen Grenzen zwischen Territorien und Staaten, die sich – wie die polnische Ostgrenze – vielfach verschoben haben, aber auch von kulturellen Grenzen zwischen Gruppen, Ethnien oder Konfessionen. Auf ein solches Beispiel, das der überwiegend katholischen Polen und ihrer Vorstellung der *antemurale Christianitatis*, wird in verschiedenen Beiträgen dieses Buches näher eingegangen. Diese Grenzen können ganz unterschiedlich interpretiert werden, als Demarkationslinien, als unüberbrückbare Gräben – als Konzeptionen also, die Separation und Segregation signalisieren. Ebenso können sie als Kontaktzonen gelesen werden, als Zwischenräume, als Schwelle zum Fremden – in solchen Lesarten erscheinen sie eher als Zonen von Interaktion und Wechselbeziehung, in denen die kommunikative Aushandlung von Identität und Alterität stattfindet, der Dialog, den das Bild von Starowieyski symbolisiert. Solche Grenzen werden in einem beständigen Aushandlungsprozess immer neu gezogen und revidiert. Auch die Grenzzonen sind veränderlich und müssen als ein Gebiet von Überlappung oder Überlagerung gelten – einer klaren und eindeutigen Zuordnung versperren sie sich. Daher lässt sich die Vorstellung von abgeschlossenen und klar abgegrenzten Einzelkulturen auf der Basis einer stabilen kulturellen Differenz mit eigener Identität nicht halten. Solche kulturellen und ethnischen Kontaktzonen entstanden seit dem Mittelalter, als sich europaweit und darüber hinaus Begegnungen und Handelsbeziehungen entwickelten, wie Christian Lübke in diesem Band ausführt. Die polnischen Fürsten pflegten dabei intensive Beziehungen zum Ottonischen Reich und Polen formte sich im Laufe des Mittelalters in ständigen Wechselwirkungen zu seinen Nachbarn. Das Land integrierte sich 966 mit der römisch-katholischen Taufe des ersten bezeugten polnischen Herrschers Mieszkos I. in die christliche Welt und passte sich über den Landesausbau an den Westen und die Mitte des Kontinentes an. Zahlreiche europäische Transferprozesse wurden in Gang gesetzt, etwa über die Ostsiedlung im 12. Jahrhundert sowie die Masseneinwanderung der aus Westeuropa vertriebenen Juden. Sie visualisierten sich unter anderem in den architektonischen Einflüssen aus Westeuropa. Die Vorstellung von Europa war dabei in der Welt des Mittelalters schwankend und indifferent, Europa an sich war noch kein Begriff, um den es sich zu streiten gelohnt hätte (Borgolte, 2001, S. 16). Durch das Ausgreifen Polens nach Osten entstand allmählich ein neues Erscheinungsbild des Landes. Die Einbeziehung der ostslavisch-orthodoxen Bevölkerung Rotreußens, aber auch die Einwanderung der Armenier, Ita-

liener, Deutschen und Juden bewirkte das Entstehen jener ethnischen und konfessionellen Heterogenität, die für die spätere Adelsrepublik Polen-Litauen kennzeichnend werden sollte. Hier fanden zahlreiche Transferprozesse statt, unter deren Einfluss Städte wie Lemberg oder Wilna allmählich zu europäischen Kulturstädten heranwuchsen.

Der polnische Adel verstand sich zunehmend als Träger der Einheit des Landes, eine grundlegende Entwicklung, deren Folgen für spätere Jahrhunderte für Polens Platz in Europa nicht zu unterschätzen sind. Das konföderative Staatswesen des Jagiellonenreiches, erschaffen durch die 1386 erfolgte Hochzeit Hedwigs-Jadwigas mit dem Litauerfürsten Jogailas (polnisch Jagiello), der sich als christlicher Herrscher der polnisch-litauischen Doppelmonarchie Władysław nannte, wuchs im ausgehenden Mittelalter zu einer Großmacht heran. Es war vor allem die polnische Adelskultur, die nun nach Osten ausgriff und die Polonisierung des litauischen Adels bewirkte. Noch weiter nach Osten sah sich das jagiellonische Reich zunehmend als abgrenzende Barriere gegenüber dem Großfürstentum Moskau und den Tatarenkhanaten.

In diesem Reich, das während der Reformation einen weiteren Modernisierungsschub erfuhr, eine Blütezeit des polnischen Kultur- und Geisteslebens, das so genannte „goldene Zeitalter“, verfestigte sich allmählich eine spezifische ständische Adelskultur. Die Elite des Adels betrachtete sich selbst dabei als die Nation und als maßgebliche politische Kraft. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert pflegte sie den Kult der ständischen „polnischen Freiheit“ im Gegensatz zum sich in Europa durchsetzenden fürstlichen Absolutismus. Daraus leitete sie ein ausgesprochenes Gefühl der Ausgewähltheit ab – die Polen hätten sich an erster Stelle in der Welt gesehen, so Janusz Tazbir in diesem Band, sie hätten sich über den Völkern außerhalb Europas und auch innerhalb des Kontinentes verortet. Der Mythos von der „Kornkammer“ Europas, also die Förderung einer intensiven Getreideproduktion im 15. und 16. Jahrhundert und dessen Export, erkaufte um den Preis der Vernachlässigung von Handel und Manufaktur, sowie die vermeintliche Aufgabe, die christlichen Völker Europas vor einer Invasion des Islams verteidigen zu müssen, beflügelten die Megalomanie des Adels und den Glauben, dass das christliche Europa Polen immer brauchen und niemals im Stich lassen werde; ein trügerischer Glaube, wie sich später erweisen sollte. Die zu dieser Zeit in Polen herrschende Toleranz ermöglichte es verschiedenen konfessionellen Minderheiten, die andernorts in Europa verfolgt wurden, sich in Polen niederzulassen. Das Zusammenleben der einzelnen Gruppen verlief dabei nicht immer konfliktfrei; die Strukturen ermöglichten aber ein Aushandeln von Kompromissen, das es den jeweiligen Gruppen ermöglichte, sowohl ihre kulturelle als auch ihre religiöse Differenz zu leben und zu entwickeln. Darin ist ein Beispiel für eine

frühe Organisation für Vielfalt zu sehen, eine Herausforderung, vor die sich Europa in der Gegenwart ebenso gestellt sieht wie in der Vergangenheit. In Polen konnte vor diesem Hintergrund die jüdische Bevölkerung in ihren eigenen autonomen Strukturen leben, sie begegnete der nichtjüdischen Bevölkerung aber gleichzeitig in klar strukturierten Kontaktzonen. In der Folge wurde Polen zu einem bedeutenden Zentrum der Entwicklung jüdischen Wissens und jüdischer Religion.

Im Zuge der krisenhaften inneren und äußeren Entwicklung geriet die Toleranz jedoch unter Druck. Gegen vermeintliche Feinde im inneren oder von außen wurden in der Folge verschiedene Bedrohungsszenarien konstruiert, deren jeweilige Gestalt in den Beiträgen dieses Bandes problematisiert wird.

Ein ausgeprägtes europäisches Bewusstsein beschränkte sich in dieser Zeit auf eine kleine intellektuelle Elite, aus dem Mittelalter wurde noch das Gemeinschaftsgefühl der Anhänger des Christentums tradiert. Dennoch tauchte der Begriff „europäisch“ in Polen früher als im Westen auf, nämlich vor allem in der antiosmanischen Publizistik, also wiederum als Abgrenzungsbegriff, so Janusz Tazbir in diesem Band. Denn der „*Tractatus de duabus Sarmatiis, Asiana et Europiana*“ wurde von Maciej von Miechów bereits 1517 verfasst während das Attribut „europäisch“ in den in Italien, Frankreich und England publizierten Schriften etwa ein halbes Jahrhundert später in Gebrauch kam.

Die Blütezeit des jagiellonischen Reiches des 15. und 16. Jahrhunderts neigte sich im 17. Jahrhundert ihrem Ende zu – während der Bauernstand gleichzeitig sozial abhängig und ohne Rechte war, konnte der Adel seine ständischen Privilegien gegenüber der monarchischen Gewalt behaupten und ausbauen. Damit förderte er nach dem Aussterben der Jagiellonendynastie die Entstehung der zwölf Interregna von 1572 bis 1764 – während in den umgebenden Imperien starke zentralstaatliche Strukturen entstanden, bewahrte in Polen der Adel seine Stellung. Preußen und Russland stiegen in den kommenden Jahrzehnten an der Seite Polens zu Großmächten auf. Diese Konstellation sollte für Polen in den kommenden Jahrhunderten prägend sein. Für die aufklärerischen Reformer in Polen, die im 18. Jahrhundert ein reichhaltiges Schrifttum produzierten, wie die Republik zu reformieren und zu modernisieren sei, stellte sich die Adelsrepublik in jener Zeit als gelähmt und rückwärtsgewandt dar. Sie standen vor der Frage, die Polen in den kommenden zweihundert Jahren beschäftigen sollte: Welchen Weg sollte das Land gehen, sollte es den eigenen Weg verfolgen oder den, den andere Staaten in Europa als Muster vorgegeben hatten?

Die Vorstellung von Polens Mission und der Höherwertigkeit der eigenen Kultur hatte in Bezug zu Europa vor der Aufklärung zu einer Art

Selbstisolierung geführt. Seinem Verständnis nach wollte der Adel den republikanischen und freiheitlichen Grundgedanken verteidigen, der aber die adlige Freiheit verherrlichte und die durch die Adelsprivilegien zu realisierenden Interessen im Blick hatte. Diese Verteidigung erfolgte um den Preis der politischen Selbstlähmung, da die eigene republikanische Verfassung kritiklos überhöht wurde. Insofern lässt sich der aufklärerische Umbruch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Jerzy Jedlicki als erneuter Anschluss Polens an Europa interpretieren, als europäischer Zugehörigkeitsdiskurs. Es kam zu Diskussionen um die polnische Freiheit und um die Transformation traditioneller Ideen wie Toleranz und Republikanismus. Reformdenken und Reformpolitik prägten das 18. Jahrhundert, aber die Aufklärung in Polen, so Andreas Lawaty in diesem Band, stand unter etwas anderen Zeichen als in den europäischen Ländern, in denen sie sich gegen den Absolutismus richtete, also gegen den Staat. Der Staat galt den polnischen Aufklärern aber nicht per se als Gegner, sondern als möglicher Verbündeter gegen den reformunwilligen Teil des mächtigen Adels. Ihnen ging es darum, das eigene System zu reformieren, die polnische Freiheit zu universalisieren und zu modernisieren. Während aber die Aufklärer ein umfangreiches Reformwerk entwickelten, das die gelähmte Adelsrepublik in einen funktions- und lebensfähigen Staat umwandeln wollte, arbeiteten die Nachbarstaaten bereits an den Teilungen Polens und an seiner Beseitigung. Europa wurde nun in den Zeiten der Krise – zuvor hatte man sich selbst genügt – zu einer Appellationsinstanz für Polen. In dieser Funktion sollte es für Polen auch in den kommenden Jahrhunderten bedeutsam bleiben.

Insgesamt hatte die Aufklärung Brücken nach Europa gebaut, wie Andreas Lawaty in diesem Band zeigt, Brücken zwischen der republikanischen Tradition in Polen und dem Reformdenken der europäischen Aufklärung, zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Bildung und Religion. Die Reformdebatten des späten 18. Jahrhunderts hatten die Grundlagen für die Ausformung eines Nationalbewusstseins geschaffen, das staatsbürgerliche Integration an die Dienstbereitschaft und die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat knüpfte. Ein emphatischer Freiheitsbegriff, der auf die Rückgewinnung der staatlichen Souveränität zielte, verband sich dabei mit einer Neukonzeption staatsbürgerlicher Freiheiten, die je nach politischer Radikalität der Autoren auf immer weitere Gesellschaftsschichten ausgeweitet werden konnten.

Auf diese Weise schrieb sich das polnische politische Denken in europa-weit geführte Debatten ein. Diesem Zugehörigkeitsdiskurs stand aus der Perspektive der europäischen Aufklärung entgegen, dass ihr Denken einen universalistischen Referenzhorizont aufspannte, vor dessen Hintergrund sich der Teil Europas, der sich als vorbildhafte „Zivilisation“ verstand,

sich ein ihm entgegen gesetztes „Anderes“ imaginieren konnte, das in der für diese Sattelzeit typischen verzeitlichten Perspektive erst noch zu dieser Zivilisation aufschließen müsse (Wolff, 1994). Europa als Zivilisation bedeutete damit für das dem „Osten“ Europas zugerechnete Polen, sich an diesem Fortschrittsparadigma zu messen. Auch noch in heutigen historiographischen Darstellungen wird der Untergang der Adelsrepublik gegen Ende des 18. Jahrhunderts als Beleg für das Unzeitgemäße der inneren Verfasstheit des polnischen Staates charakterisiert (Schulze, 1999, S. 81). Henryk Samsonowicz, der in einem seiner Werke nach „Polens Platz in Europa“ fragt und somit eine mit den hier vorgestellten polnischen Europakonzeptionen korrespondierende Darstellung liefert, wendet sich gegen dieses Verdikt des Unzeitgemäßen. Er betont, dass in der Epoche des Untergangs des Staates Polen umso mehr ein Teil von Europa wurde, da die Reformbemühungen an politische Entwicklungen in anderen Teilen des Kontinents anschlossen. Mit der „Kommission für nationale Bildung“, die 1773 als erstes säkulares Bildungsministerium entstanden war, und mit der Maiverfassung von 1791 schrieb sich das Land in eine Entwicklung ein, die von Polen über Frankreich in die Vereinigten Staaten reichte (Samsonowicz, 1997, S. 142f.). Maciej Janowski zeigt in diesem Band, dass das gesamte 19. Jahrhundert durch eine Dynamik gekennzeichnet war, die das polnische politische Denken in kreativer Aneignung oder aus kritischer Ablehnung europäischer Muster der gesellschaftlichen Entwicklung bezog. Die Selbst- und Fremdverortung des geteilten Landes in Europa steht beispielhaft für die Differenzerfahrungen, aus denen sich wie weiter oben bereits angesprochen der Kontinent erst konstituiert. Der „Osten“ Europas, zu dem Teile des untergegangenen polnisch-litauischen Staates gehörten, war nicht nur in den Köpfen der westeuropäischen Aufklärer entstanden. Ebenso bedeutsam waren die geopolitischen Neuordnungen, welche nach der Epoche der napoleonischen Kriege erfolgten und die auf dem Wiener Kongress zu einem Abschluss kamen. Von nun an stand einem „liberalen Westen“ ein „autokratischer Osten“ gegenüber, womit in erster Linie Russland gemeint war (Lemberg, 1985). Wie Andreas Lawaty in diesem Band zeigt, wurde diese neue Wahrnehmung, die aus dem einst als nördliche Macht wahrgenommenen Russland eine östliche machte, auch für die polnische Selbstbeschreibung wirkungsmächtig: aus der „Vormauer der Christenheit“ wurde die „Vormauer der Zivilisation“, die Europa vor Russland zu schützen habe – ein Motiv, das in der Polenbegeisterung des Vormärzes ebenso aktiviert werden konnte wie im polnisch-russischen Krieg des Jahres 1920, wie Stephanie Zloch in ihrem Beitrag ausführt.

Europäische Föderationspläne wurden von polnischer Seite vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entworfen. Auf der einen Seite wurde Russland bzw. Frankreich als europäische Führungsmacht benannt,

unter deren Ägide eine Neuordnung erfolgen sollte. Auf der anderen Seite favorisierte man eine Föderation der slawischen Völker, die vor allem im Revolutionsjahr 1848 ihre Anhänger fand (Loew, 2004, S. 15-19). Wichtiger als diese Pläne, denen die Stabilität der Ordnung, die auf dem Wiener Kongress beschlossen worden war, und die Widerstandskraft der großen Imperien entgegenstanden, war für das polnische Selbstverständnis die Instrumentalisierung Europas als Appellationsinstanz, die schon in der Epoche des drohenden Souveränitätsverlustes zu beobachten war. Auch im 19. Jahrhundert stellte Europa einen Adressaten dar, an den Proteste gegen das Unrecht der Teilungen gerichtet wurden. Die „polnische Frage“ blieb somit auch im 19. Jahrhundert auf der politischen Agenda, weil polnische Politiker, Schriftsteller und Intellektuelle sich an eine „europäische Öffentlichkeit“ wandten. Mit ihrem Verweis auf das Völkerrecht, auf die Frage eines dauerhaften Friedens in Europa und auf den immer stärkere Betonung findenden Konnex zwischen politischer und nationaler Freiheit gelang es ihnen teilweise, ihr Anliegen zu universalisieren und somit Aufmerksamkeit in den westeuropäischen Metropolen zu wecken. Zumindest für den Vormärz lässt sich die Existenz einer solchen „europäischen Öffentlichkeit“ konstatieren. Doch bereits das Jahr 1848 deutete unmissverständlich an, dass die Entstehung von einander ausschließenden Nationalismen die Lobby, die Polen im Ausland besaß, verkleinerte. Der polnische Bezug auf Europa als Appellationsinstanz war dabei keineswegs eindeutig. Das Spannungsfeld Europa war wichtig für die Herausbildung polnischen nationalen Denkens. Die Selbstbeschreibung als „Bollwerk“ oder „Märtyrervolk“ zielte dabei nicht nur auf äußere Anerkennung, sondern auch durch die in diesen Begriffen angelegten In- und Exklusionsstrategien auf eine innere Konsolidierung (Landgrebe, 2003, S. 213f.)

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, die von Zeitgenossen hervorgehobene Exzeptionalität des polnischen Schicksals in Europa zu historisieren. Maciej Janowski geht diesen Weg in seinem Beitrag, indem er den polnischen Messianismus europäisch kontextualisiert und ihn als eine Form des Nationalismus in europäischen Modernisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts beschreibt. Er hebt die vielfältigen innerpolnischen Debatten hervor, die in einer Gesellschaft ohne Staat über politische, soziale und ökonomische Entwicklungswege geführt wurden, und warnt, den Nationalismus als das dominierende Thema zu benennen.

Der Erste Weltkrieg brachte den Zusammensturz der Mächteordnung, die sich nicht zuletzt auf Kosten des polnisch-litauischen Staates seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Europa etabliert hatte. Es waren aber nicht Polens Appelle an Europa, die schließlich erhört wurden und einen polnischen Staat wieder entstehen ließen, denn Europa war in seiner Handlungsfähigkeit als eigenständiger Akteur nach dem Ersten Weltkrieg stark

eingeschränkt. Diese Selbstentmachtung Europas durch die Unfähigkeit, Konflikte auf dem Kontinent in friedlicher Weise zu lösen, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg noch sehr viel spürbarer werden. Der Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson sah in der Schaffung eines unabhängigen Polen mit freiem Zugang zum Meer einen Pfeiler seiner neuen Weltordnung, deren Praktikabilität sich vor allem in Europa zu beweisen hatte: die Versöhnung des Prinzips der nationalen Souveränität mit dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker bedeutete eine grundlegende Neuordnung des Kontinents, und im polnischen Staat ließen sich wie in einem Brennglas all die Konflikte beobachten, die der Umbau von der imperialen Ordnung der Vorkriegszeit hin zu einer nationalstaatlichen Ordnung mit sich brachte.

Auch für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ist ein spannungsreiches Verhältnis zwischen der polnischen Selbstverortung in Europa und einer gleichzeitig stattfindenden „inneren Nationsbildung“ zu beobachten, wie Stephanie Zloch in ihrem Beitrag deutlich macht. Einerseits wurde der bereits bekannte „*Antemurale*“-Diskurs angesichts der Bedrohung durch das revolutionäre Russland mit neuen politischen Inhalten gefüllt und aktualisiert. Andererseits fand auch das Konzept von Polen als einer Brücke zwischen dem westlichen Europa und den ostslavischen Regionen, die einst im Vorfeld des zarischen und nun des revolutionären Russlands lagen, wieder politische Verwendung. Diese Verortung des Landes in Europa als Vormauer bzw. Brücke weist auf sehr alte polnische Europavorstellungen hin, die bereits mehrfach angesprochen wurden. Die Integrationsfähigkeit Polens in eine bestehende Staatengemeinschaft wurde durch die Tatsache erleichtert, dass Polen trotz der langen Teilungszeit aufgrund seiner Eingebundenheit in die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der jeweiligen Teilungsmächte an europäischen Entwicklungen teilgenommen hatte. Besonders wichtig war hier das Integrationspotential, das vor allem aus der Weltläufigkeit seiner wissenschaftlichen und künstlerischen Eliten resultierte, die sich vor 1918 als Polen, aber nicht als Vertreter eines polnischen Staates in den wissenschaftlichen, künstlerischen (und im Falle des Habsburgerreiches auch den politischen) Kreisen einer europäischen Gesellschaft bewegt hatten, welche aufgrund einer immer intensiveren internationalen Kommunikation zunehmend zusammenwuchs. Der Zweite Weltkrieg sowie die darauf folgende Teilung des Kontinentes in zwei Blöcke zerstörte hier ein Netz von Kommunikation und Interaktion, das nach 1989 erst wieder wachsen muss.

Europäische Föderationspläne, die es in der durch widerstreitende Nationalismen aufgeheizten Atmosphäre der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ohnehin schwer hatten, fanden in der Zweiten Polnischen Republik besonders wenige Fürsprecher. Stattdessen gewann vor allem in

der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die Idee eines „Dritten Europas“ zunehmend an Bedeutung. Interessant ist dieses Konzept in unserem Zusammenhang nicht zuletzt deswegen, weil es auf eine prekäre Mittellage hinweist, die auch in den Mitteleuropa-Diskussionen der Nachkriegszeit wieder thematisiert werden sollte: Es offenbart sich darin das Nachdenken über die Verortung Polens auf einem weltanschaulich zerklüfteten Kontinent und über den genuine Beitrag, den das Land in den dadurch evozierten Auseinandersetzungen leisten kann. Polen war Teil jenes „dunklen Kontinents“, als den Mark Mazower Europa im 20. Jahrhundert bezeichnet hat und auf den ein emphatisch verstandener Zivilisationsbegriff nicht mehr passte.

Die Aggression des nationalsozialistischen Deutschlands in Kooperation mit der Sowjetunion zerstörte im September 1939 die fragile europäische Ordnung. Polen wurde das erste Opfer dieses radikalen Anschlags auf eine Europakonzeption, die es Ende der dreißiger Jahre selbst nur noch bedingt unterstützt hatte. Die Schwäche gegenüber den beiden übermächtigen Aggressoren bedingte ein ernsthafteres Nachdenken über Föderationspläne, die vor dem Hintergrund mächtropolitischer Willkür zunächst vor allem auf eine Wiederherstellung der Grenzen von 1939 und den strategischen Ausbau des staatlichen Territoriums setzten. Wie Sławomir Łukasiewicz in seinem Beitrag zeigt, entwickelten sich daraus dann vor allem bei den Polen im Exil Pläne für ein föderativ organisiertes Mitteleuropa, das aus einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation hervorgehen sollte und auf die Beteiligung weiterer Staaten zielte, die im Zweiten Weltkrieg Opfer der brutalen Machtpolitik geworden waren, die sich in der Aufteilung des mittleren und östlichen Europas durch den Ribbentrop-Molotov-Pakt materialisiert hatte. Neben solche eher außenpolitisch-strategisch motivierten Pläne traten aber auch Konzepte, die diese sicherheitspolitische Form mit positiv besetzten Inhalten füllen wollten. Für den polnischen Sozialisten Feliks Gross etwa sollte eine solche Föderation sich im Inneren durch demokratische Verfasstheit und soziale Gerechtigkeit auszeichnen – Attribute, die dann Jahrzehnte später wiederum im Rahmen der Entwicklung der zunächst wirtschafts- und sicherheitspolitisch motivierten westeuropäischen Einigung bei der Transformation derselben hin zu einer Wertegemeinschaft mit spezifisch „europäischer Identität“ eine Rolle spielten (Wobbe, 2005, S. 364).

Die polnischen Föderationspläne können als genuiner Versuch gelesen werden, die Selbstentmachtung Europas, die durch den Anschlag der beiden totalitären Regime auf ein demokratisches und konsensfähiges Europa erfolgt war, aufzuheben und dem Kontinent seine Handlungsfähigkeit zurückzugeben. Doch das Land war eben nicht nur Opfer nationalsozialistischer und sowjetischer Aggressionspolitik, sondern auch Objekt in

den Nachkriegsplanungen der Koalition der Siegermächte, der es zwar selbst angehörte, auf deren Politik es aber kaum Einfluss nehmen konnte. Während die europäischen Einigungspläne der Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg in der zunehmenden Ausrichtung der Europäischen Gemeinschaft hin auf ein Set geteilter Werte eine späte Anerkennung erfuhren, marginalisierte die geopolitische Neuordnung Mittel- und Osteuropas solche während des Krieges auch von polnischen Intellektuellen entwickelten Ideen. Der polnische Staat wurde – nach Westen verschoben und durch Völkermord, Deportationen, Vertreibungen und Zwangsmigrationen seiner ethnischen, kulturellen und konfessionellen Vielfalt beraubt – in den sowjetischen Machtbereich eingegliedert. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Auffassung von „ethnischer Homogenität“ spätestens seit dem Aufstieg der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert zu einem positiven, die europäische Ordnung anscheinend stabilisierenden Wert geworden war. In einer völkisch-rassistischen Version machten die Nationalsozialisten solches Denken zu einer den gesamten Staat durchdringenden Weltanschauung, die zum Mord an den europäischen Juden sowie zu massenhaften Vertreibungen und Deportationen bereits während des Krieges führte. Diese Ereignisse gehören eben auch zu einer Geschichte Europas, das sich in seiner Selbstbeschreibung so gerne als eine Bewahrerin von Demokratie, Recht und Gerechtigkeit stilisiert. In Polen übernahmen dann unter dem Eindruck des für das Land so verheerenden Vorgehens der Nationalsozialisten politische Entscheidungsträger – ähnlich wie bei den westlichen Alliierten und in der Sowjetunion – den Glauben an den Wert „ethnischer Homogenität“ und schrieben sich damit in ein historisches Kapitel ein, das wenig Berührungspunkte mit den Idealen von Toleranz und gelebter Vielfalt aufweist, derer sich Europäer so gerne rühmen.

Dass geographische Verwestlichung nicht automatisch „Europäisierung“ bedeuten muss, konnte die polnische Gesellschaft am eigenen Beispiel erfahren. Wie im Beitrag zu „Europas Platz im sozialistischen Polen“ von José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel und Christian Domnitz anschaulich gezeigt wird, zeichneten sich die neuen politischen Eliten durch eine nicht geringe Europabindheit aus. Viel Aufwand wurde betrieben, um eine „sozialistische Gemeinschaft“ als Ersatzeuropa zu konstruieren. Für die Selbstbeschreibung des „Ostblocks“ war diese diskursive Anstrengung sicherlich unerlässlich. Blickt man auf das westliche Europa, so kann man feststellen, dass der Teil des Kontinents, der östlich des eisernen Vorhangs lag, relativ rasch in Vergessenheit geriet, so dass zumindest aus dieser Himmelsrichtung keine konkreten Vereinnahmungsbemühungen drohten. Aus staatssozialistischer Sicht wurde kritisiert, dass Westeuropa den Europabegriff okkupiere, doch „sozialistische europäische Meistererzählungen“ wie die Traditionslinie, die man vom Jahr 1848 in die staatssozialistische

Gegenwart konstruierte, blieben ohne Überzeugungskraft und damit auch ohne gesellschaftliche Unterstützung. Zwar wurde der Begriff Europa im Zuge der westeuropäischen Einigung von ihren Protagonisten zunehmend mit Westeuropa in eins gesetzt. Dies implizierte aber keine Dynamik, die das östliche Europa in eine Zukunftsvision miteinbezogen wissen wollte, sondern spiegelte eher realpolitisch motivierte Ignoranz wider – letztere zeichnete und zeichnet bis heute auch manche historiographische Darstellung aus, die „Europa“ im Titel trägt, dessen östlichen Teil aber, wenn überhaupt, nur als marginalen Appendix behandelt.

Nicht nur die Einordnung in die sowjetische Interessenssphäre nach dem Zweiten Weltkrieg begrenzte mögliche polnische Europaentwürfe. Mindestens ebenso bedeutend war die Tatsache, dass die polnischen Kommunisten nicht müde wurden, die ethnische und soziale Homogenität der polnischen Nation zu betonen und als einen Wert an sich darzustellen, ohne auf die Ereignisse einzugehen, die dazu geführt hatten. Indem der Eindruck erweckt wurde, dass ein Polen ohne Minderheiten den Normalfall darstelle, repetierte man Wunschvorstellungen und Muster der Abgrenzung der rechtsnationalen Vorkriegsparteien. Europa als Appellationsinstanz verlor sowohl aufgrund der Blocktrennung als auch aufgrund der Renationalisierung des politischen Denkens der Regierenden an Bedeutung. Umso bemerkenswerter erscheinen daher die weit blickenden Europakonzeptionen, die von polnischen Intellektuellen vor allem im Umfeld der in Paris erscheinenden Zeitschrift *Kultura* (Kultur) entwickelt wurden und die kreativ mit der im Kalten Krieg verfestigten Spaltung Europas umgingen. Mit ihren Überlegungen entzogen sie sich dem einfachen Blockdualismus, strebten schon früh eine Berücksichtigung der nationalen Interessen der westlichen Sowjetrepubliken an und teilten – darin einig mit manchen Oppositionellen in der Volksrepublik – die Auffassung, dass auch die „deutsche Frage“ einer europäischen Lösung zugeführt werden müsse. Wie schon in etlichen Phasen der polnischen Geschichte zuvor konnten auch hier polnische Europakonzeptionen besonders kreatives Potential entwickeln, wenn sie die Rolle Polens in Europa nicht exkludierend als „Vormauer“, sondern als Brücke betonten. Die mächtropolitische Neuordnung des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nicht als gegeben hingenommen, sondern in origineller Weise in Frage gestellt.

Je weiter die westeuropäische Integration voranschritt, desto wichtiger wurden die oppositionellen Stimmen im Land und im Exil, die nicht vor der Macht des Faktischen, die sich in der anscheinend immer tiefer werdenden Spaltung Europas offenbarte, resignierten. Im Westen schritt der Einigungsprozess durch Institutionalisierung voran und erhielt durch gemeinsame Normsetzung eine zunehmende Eigendynamik. Dabei kam die ökonomische Verflechtung rascher voran als die Entstehung eines gemein-

samen europäischen Bewusstseins. Im Gegensatz dazu hatten die polnischen Intellektuellen in der Stagnationsphase der staatssozialistischen Herrschaft anscheinend alle Zeit der Welt, über das zu diskutieren, was die ideellen Werte Europas ausmachen sollte. Vielleicht resultiert ein guter Teil der gegenwärtigen Irritationen über die Europäische Verfassung (etwa der polnische „Kulturkampf“ um die christlichen Bezüge in der Präambel oder die nonchalante Ablehnung der Verfassung durch „alte“ EU-Mitglieder) aus dieser „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ seit den siebziger Jahren. Zugleich gab es aber in diesem Zeitraum auch Entwicklungen, die Europa im Zuge eines Kulturtransferprozesses wieder ein Stück näher zusammenrücken ließen. Mit dem durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) angestoßenen Prozess wurde Ostmitteleuropa in den ebenfalls in den siebziger Jahren erst an Dynamik gewinnenden (west-) europäischen Identitätsdiskurs miteinbezogen (Schmale, 2003, S. 212). In der Schlussakte von Helsinki wurde die Achtung der Menschenrechte und der politischen Grundfreiheiten verankert. Indem sich die Unterzeichnerstaaten darauf verpflichteten, berief sich nicht nur der westliche Teil Europas auf politische Ideale, die allerdings weniger exklusiv europäisch waren, sondern an universale Wertekataloge anknüpften, die die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg verkündet hatten. Wie der Beitrag „Europas Platz im sozialistischen Polen“ zeigt, kam es auch in Polen zu einer Melange von universal bzw. europäisch verstandenen Werten. Die polnische Beteiligung an der Friedensbewegung und an Initiativen zum Schutz der Menschenrechte machte ganz bewusst universale Werte zum Thema, artikuliert diese aber vor einem europäischen Referenzraum.

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Phänomen zu nennen, das die faktische Teilung des Kontinents entlang systemischer Grenzen transzendierte. Die Debatte über den Begriff „Mitteleuropa“ hatte in Polen eine bemerkenswerte Spezifik. Während zum Beispiel der tschechische Schriftsteller Milan Kundera „Mitteleuropa“ als einen Teil des Westens verstanden wissen wollte, dem die russischen bzw. sowjetischen Politikmuster, unter dessen Einfluss die Region geraten war, diametral gegenüberstünden, setzten die polnischen Diskutanten andere Schwerpunkte. Adam Michnik etwa betonte die Tatsache, dass die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts sich aus genuin europäischen Ideen speisten, und verordnete so der (Mittel-)Europa-Debatte ein gesundes Maß an Selbstkritik. Gleichzeitig griff er in seiner Auseinandersetzung mit dem autoritären Herrschaftssystem des Staatssozialismus zum Beispiel den Dualismus von Kirche und Staat als ein europäisches Spezifikum heraus, das er für die demokratische Entwicklung für unerlässlich hielt. Er formte somit aus einer oftmals rein theoretisch anmutenden Debatte ein wirksames Instrument für die innenpolitische Auseinandersetzung mit dem Regime. Dabei machte er deutlich, dass für

die Etablierung einer freien „Bürgergesellschaft“ eine Kritik nicht nur des staatssozialistischen Ostens, sondern auch des demokratischen Westens notwendig sei. Mit der Betonung eines „neuen Evolutionismus“, der sich durch den Glauben an die Macht der Zivilgesellschaft auszeichnete und auf direkte Konfrontation mit den Status quo-Mächten verzichtete (Schmidt, 2001, S. 100), wurde so das „friedliche Verständigungshandeln“ der ost-mitteuropäischen Revolutionen des Jahres 1989 vorweggenommen, das zu einer guten Grundlage für eine neue europäische Identität hätte werden können (Segers/Viehoff, 1999, S. 47).

Mit der Berufung auf das christliche Erbe Europas, das er vor allem durch die Unterordnung der Kirche unter den Staat im sowjetischen Machtbereich bedroht sah, aber auch mit seiner Zivilisationskritik, die den westlichen Teil des Kontinents nicht ausnahm, entwarf Michnik ein Europakonzept, das einige Schnittmengen zu den Überlegungen seines Landsmannes Karol Wojtyła aufwies, der als Papst Johannes Paul II. im Jahr 1978 zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt worden war (Rabanus, 2004). Maria Janion weist in diesem Band auf die Bedeutung des von Johannes Paul II. vertretenen Ökumenismus vor allem im Hinblick auf die Ostkirchen in den ersten Jahren seines Pontifikats hin. Der Papst stellte damit eine Grenze in Europa in Frage, die bis heute – wenn es etwa um zukünftige Erweiterungen der EU geht – eine scheinbar kaum überwindbare Barriere darzustellen scheint.

Bei aller Offenheit des europäischen Denkens in Polen vor der friedlichen Revolution des Jahres 1989 sollte jedoch nicht vergessen werden, dass für die Zeit der eingeschränkten Souveränität der Volksrepublik Polen zwischen polnischer Nation und Europa ein ähnlich widersprüchliches Spannungsverhältnis bestand, wie wir es schon für die Zeit der Teilungen im 19. Jahrhundert beobachten konnten. Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eine enge diskursive Verknüpfung von „Nation“ und „Europa“ zu beobachten. Die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ war eben nicht nur eine freiheitliche, auf europäische demokratische Traditionen ausgerichtete Oppositionsbewegung, sondern bezog ebenso viel Legitimität aus ihrer Stilisierung als Verfechterin einer kulturell und häufig auch eng national verstandenen polnischen Identität, die sich gegen die als fremd verstandene Herrschaft der Staatspartei richtete. Nicht ohne Grund erhoben sich daher bereits kurz nach dem Systemwechsel in Polen Stimmen, die davor warnten, dass die Wiedergewinnung nationaler Souveränität auch mit Fremdenfeindlichkeit und exkludierenden Tendenzen einhergehen könne. Es war erneut Adam Michnik, der darauf aufmerksam machte, dass sowohl Europa als auch Polen zwei Gesichter besäßen und dass nichts gefährlicher sei, als einem unreflektiert positiv verstandenen Europabegriff

anzuhängen, aus dem eurozentrische Beschränktheit resultierte (Michnik, 1990).

Wie wichtig eine innerpolnische Selbstverständigung darüber ist, was als Europäizität zu begreifen sei, zeigt die mäandernde Europadebatte seit dem Jahr 1989, die Klaus Bachmann in seinem Beitrag umreißt. In der sich ausdifferenzierenden Parteienlandschaft des pluralistischen Staates werden sehr unterschiedliche Europabilder sichtbar, die vor allem deutlich machen, wie sehr die Frage nach Europas Platz in Polen immer auch eine abhängige Variable der polnischen Innenpolitik ist. Charakteristisches Merkmal dieser Debatte ist unter anderem, dass sie nun nicht mehr nur durch intellektuelle Gedankenspiele über die Beziehungen zwischen Polen und Europa geprägt wird, sondern dass die Frage nach der europäischen Verortung des wieder souverän gewordenen Staates und vor allem ökonomisch verstandene Interessenpolitik den Diskursrahmen vorgeben. Einigkeit scheint nur darin zu bestehen, dass eine „Rückkehr Polens nach Europa“ uneingeschränkt gutzuheißen sei, wobei oftmals sehr unterschiedliche Bestimmungsmerkmale ausgemacht werden, die diese „Rückkehr“ kennzeichnen. Zugleich wird die Behandlung Polens als „Juniorpartner“ und dessen angeblich periphere Stellung in Europa kritisiert (Krossa, 2005, S. 137ff.). Im Laufe der neunziger Jahre hatte sich zwar ein breiter Elitenkompromiss herausgebildet, der diese „Rückkehr“ durch eine Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union institutionalisiert sehen wollte und dem sich nach anfänglichen Zögern auch der polnische Episkopat angeschlossen hatte (Lang, 2000). In den politischen Diskussionen muss jedoch die institutionelle Verankerung Polens in der EU immer neu ausdiskutiert und mit Inhalten gefüllt werden. Dabei sind ausgesprochen widersprüchliche Formen der Selbst- und Fremdwahrnehmung zu beobachten. Während nationalkatholische Kräfte auf der politischen Rechten in „Brüssel“ eine den Polen wie einst „Moskau“ fremd und feindlich gegenüber eingestellte Macht sehen, begrüßen andere Beobachter den Beitrag, den ein „katholisches“ Polen in einem „nachchristlichen Europa“ leisten kann und weisen darauf hin, dass Polen die These von der die Neuzeit prägenden zunehmenden Säkularisierung widerlege; nicht Polen, sondern das sich säkularisierende Europa sei im globalen Maßstab exzeptionell (Casanova, 2003).

An dieser These scheint ein Gedankengang interessant, der nicht nur bedeutend für den Platz Europas in Polen und Polens in Europa ist, sondern der die immer wieder aufgeworfene Frage aktualisiert, was denn das genuin Europäische an Europa sei. Auf diese Frage wurde zuletzt unter anderem geantwortet, dass die selbstkritische Auseinandersetzung mit der totalitären europäischen Vergangenheit – „diese selbstkritische Reflexion mit der eigenen Geschichte“ – als ein genuiner Aspekt von Europäizität gewertet werden könne (Beck/Grande, 2004, S. 21). Vor dem Hintergrund

gerade der jüngsten geschichtspolitischen Debatten, die nicht zuletzt das Verhältnis der beiden EU-Nachbarn Polen und Deutschland belasten, scheint hier eine so definierte Europäizität eher fraglich zu sein. Andererseits könnte die Heftigkeit der Debatten über die Erinnerung, die anscheinend Europa mehr trennt als eint, die von Beck und Grande vertretene These auf andere Weise untermauern. Die Selbstverständigungsdebatten sind vor allem nationaler Art und werden unter anderem deswegen so erbittert geführt, weil sie eben nicht mehr nur im geschlossenen Raum des Nationalstaats stattfinden, sondern Teil transnationaler Aushandlungsprozesse sind. Hier treffen dann Vorstellungen aufeinander, die durch sehr unterschiedliche historische Erfahrungen geformt wurden. Durch diese Konfrontation mit anderen historischen Gedächtnissen wird der eindeutige Opferstatus prekär, den das polnische Denken in solchen Selbstverständigungsdebatten häufig für sich reklamiert.

Der Weg zu einem Europa, in dem die einzelnen Erinnerungsgemeinschaften, die noch immer sehr stark national organisiert sind, in der Lage sein werden, auch andere als die jeweils eigene Perspektive einzunehmen, scheint nicht nur in Polen noch weit zu sein. Doch es gibt ermutigende Anknüpfungspunkte. Die aufrichtige Befragung der polnischen Vergangenheit, die der polnische Oppositionelle Jan Józef Lipski bereits im Jahre 1981 im Hinblick auf das Verhalten der Polen gegenüber ihren Nachbarn und den auf ihrem Territorium lebenden Minderheiten vornahm, worunter auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und dem komplexen polnisch-jüdischen Verhältnis in Polen fiel, könnte in einem solchen Europa zu einem Gründungsdokument für diese selbstreflexive Identität werden. (Lipski 1996/1981). In diese Richtung sind auch Maria Janions Hinweise in diesem Band zu verstehen, die in der polnischen Lagerliteratur eines Tadeusz Borowski oder Gustaw Herling-Grudziński eben dieses selbstreflexive Potential hervorhebt.

Die Politikwissenschaftlerin und Polenbeauftragte der Bundesregierung, Gesine Schwan, weist in ihren Reflexionen über „Polen oder die Freiheit im Herzen Europas“, die diesen Band abschließen, darauf hin, dass es durch den Beitritt Polens zur EU nicht zu einer bloßen Erweiterung, sondern zu einer Erneuerung dieser Institution gekommen sei. Blickt man auf die lebhaften Debatten, die sich seither daran entzündet haben, was Europäizität bedeute, kann man dieser Feststellung nur zustimmen. Die zwar von außen angestoßene, aber dann als europäische Selbstverständigungsdebatte geführte Diskussion über das „alte“ und das „neue“ Europa im Zusammenhang mit der polnischen Beteiligung am Irak-Krieg hat eindrücklich deutlich gemacht, dass es keineswegs selbstverständlich ist, von „geteilten“ europäischen Werten auszugehen, sondern dass diese und ihre Begründung immer wieder neu zwischen den Beteiligten ausgehandelt

werden müssen. Selbstgefälligem Eurozentrismus kann durch solche Debatten ein Riegel vorgeschoben werden. Dass Polen an diesen Debatten jetzt als gleichberechtigtes Mitglied teilnimmt und seinen Erfahrungshorizont mit einbringt, kann dabei für ganz Europa nur von Vorteil sein.

Die Texte in diesem Band möchten einen Beitrag dazu leisten, diesen aktuellen Diskussionen historische Tiefenschärfe zu geben. Polnische Europadebatten weisen über die Jahrhunderte eine enorme Bandbreite, aber auch bestimmte wiederkehrende Topoi auf, die das Selbstverständnis der Diskutanten zum Teil noch heute prägen. Die Kenntnis dieser historischen Auseinandersetzungen über und mit Europa kann das Verständnis und das Interesse für das östliche Nachbarland stärken und zu einem Austausch führen, der nicht nur für das polnische oder deutsche, sondern auch für das immer wieder zu hinterfragende europäische Selbstverständnis fruchtbar ist.

Die Herausgeberinnen danken allen Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit, Ruth Ursel Henning, Jürgen Hensel und Jan Obermeier für die kundige Übertragung der polnischen Beiträge, Damien Tricoire für die umsichtige Lektüre eines Teiles der Texte und dem Verleger Peter Fischer für die geduldige Betreuung des Bandes. Ein besonderer Dank geht an das Deutsche Historische Institut Warschau, unter dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Idee zu diesem Band entstanden ist, und an seinen Direktor Klaus Ziemer für die Unterstützung des Projektes sowie die Aufnahme des Bandes in die „Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau“. Dank gebührt auch Peter Oliver Loew vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt, der sich bereit erklärte, die Konzeption des von ihm herausgegebenen Bandes „Polen denkt Europa“ mit der unserer Publikation abzustimmen. Besonders verpflichtet fühlen wir uns Franciszek Starowieyski, der uns eine Vorskizze seines Bildes „Polonia divina rapta per Europa profana“ zur Verfügung gestellt hat.

Literatur

BECK, ULRICH/ GRANDE, EDGAR, Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt/ Main 2004.

BLUM, PAUL RICHARD, Europa – ein Appellbegriff, in: Archiv für Begriffsgeschichte Bd. 43/2001, S. 149-171.

BORGOLTE, MICHAEL, Perspektiven europäischer Mittelalterhistorie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Das europäische Mittelalter im Span-

nungsbogen des Vergleichs, hg. v. MICHAEL BORGOLTE, Berlin 2001, S. 13-27.

CASANOVA, JOSÉ, Das katholische Polen im nachchristlichen Europa, in: *Transit: Europäische Revue* 25/2003, S. 50-65.

CONRAD, SEBASTIAN/ RANDEIRA, SHALINI, Einleitung. Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt, in: *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, hg. v. SEBASTIAN CONRAD/ SHALINI RANDEIRA, Frankfurt/ New York 2002, S. 9-49.

FREVERT, UTE, Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2003.

HALECKI, OSKAR, Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957 (Originalausgabe: *The Limits and Divisions of European History*, London/ New York 1950).

HAUPT, HEINZ-GERHARDT, Die Geschichte Europas als vergleichende Geschichtsschreibung, in: *Comparativ: Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, Jg. 14, Heft 3/2004: Probleme und Perspektiven der Europa-Historiographie, S. 83-97.

KROSSA, ANNE SOPHIE, Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa: Polen, Tschechien und Ungarn und die Integration in die EU, Berlin 2005.

LANDGREBE, ALIX, „Wenn es Polen nicht gäbe, dann müsste es erfunden werden“. Die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im europäischen Kontext von 1830 bis in die 1880er Jahre, Wiesbaden 2003.

LANG, KAI-OLAF, Polens Katholizismus und die europäische Integration. Köln 2000 (= *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 2000/14).

LEMBERG, HANS, Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom „Norden“ zum „Osten“, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 33 (1985) Nr. 1, S. 48-91.

LIPSKI, JAN JÓZEF, Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, in: Ders., *Wir müssen uns alles sagen. Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Gleiwitz und Warschau* 1996, S. 185-228 [zuerst: *Dwie ojczyzny – dwie patriotyzmy (uwagi o megalomanii narodowej i ksenofobii Polaków)*, in: *Kultura* 1981/10, S. 3-29].

Loew, Peter Oliver: Polen denkt Europa, in: Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten, hg. v. PETER OLIVER LOEW, Frankfurt/ Main 2004, S. 11-56.

MAZOWER, MARK, Der dunkle Kontinent: Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.

MICHNIK, ADAM, Zwei Gesichter Polens, zwei Gesichter Europas, in: Transit: Europäische Revue, 1/1990, S. 185-189.

MÜLLER, MICHAEL G., Die Historisierung des bürgerlichen Projekts – Europa, Osteuropa und die Kategorie der Rückständigkeit, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIX/2000, S. 163-170.

PETRI, ROLF, Europa? Ein Zitatensystem, in: Comparativ: Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Jg. 14, Heft 3/2004: Probleme und Perspektiven der Europa-Historiographie, S. 15-49.

RABANUS, JOACHIM, Europa in der Sicht Papst Johannes Pauls II. Eine Herausforderung für die Kirche und die europäische Gesellschaft, Paderborn et al. 2004.

SAMSONOWICZ, HENRYK, Polens Platz in Europa, Osnabrück 1997 [= Klio in Polen, Bd. 4].

SCHMALE, WOLFGANG, Die Europäizität Ostmitteleuropas, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 4/2003, S. 189-214.

SCHMALE, WOLFGANG, Geschichte Europas, Wien, Köln, Weimar 2000.

SCHMALE, WOLFGANG, Visualisierungen Europas. Ein historischer Überblick, in: Europa-Bilder, hg. v. VRÄÄTH ÖHNER/ ANDREAS PRIBERSKY/ WOLFGANG SCHMALE/ HEIDEMARIE UHL, Innsbruck u.a. 2005, S. 13-34.

SCHMIDT, RAINER, Die Wiedergeburt der Mitte Europas. Politisches Denken jenseits von Ost und West, Berlin 2001.

SCHULZE, HAGEN, Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1999.

SEGRS, RIEN T./ VIEHOFF, GERHARD, Die Konstruktion Europas. Überlegungen zum Problem der Kultur Europas, in: Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion, hg. v. REINHOLD VIEHOFF/ RIEN T. SEGRS, Frankfurt/ Main 1999, S. 9-49.

STASIUK, ANDRZEJ, Mein Europa, in: Transit. Europäische Revue 20 (Winter 2000/2001), S. 130-144.

WAGNER, GERHARD, Polen, der Christus der Nationen, in: Ders., Projekt Europa. Die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft, Berlin 2005, S. 29-56.

WOBBE, THERESA, Die Verortung Europas in der Weltgesellschaft. Historische Europasemantik und Identitätspolitik der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft „Weltgesellschaft“, 2005, S. 348-373.

WOLFF, LARRY, *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994.

ZERNACK, KLAUS, Zum Problem der nationalen Identität in Ostmitteleuropa, in: Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, Bd.2, hg. v. HELMUT BERDING, Frankfurt am Main 1994, S. 176-188.

ZERNACK, KLAUS, Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977.

MARIA JANION

POLEN IN EUROPA

1. Grenze

Die antike Gegenüberstellung von „Zivilisation“ und „Barbarei“ hat sich in der neuzeitlichen Welt auf die Begriffe „Westen“ und „Osten“ übertragen. Edward Said, der in den letzten Jahrzehnten ein neues, bedeutsames Verständnis des Begriffs „Orientalismus“ entwickelt hat, bemerkte, er werde sich mit den „westlichen Konzeptionen und Behandlungsweisen des Anderen“, aber auch mit der „besonders wichtigen Rolle [...] der westlichen Kultur“ in der Herausbildung dessen, „was [Giovanni Battista] Vico die Welt der Nationen nannte“ beschäftigen (Said, 1981, S. 34). In der Mythologie der europäischen Nationalstaaten tauchte die „Östlichkeit“ gewöhnlich als Maßstab des „Barbarentums“, also des „Schlechteren“ auf. Leopold von Ranke, einer der bedeutendsten Historiker des 19. Jahrhunderts, meinte, das Schicksal Europas bestehe im Wesentlichen aus den stürmischen Auseinandersetzungen romanischer und germanischer Völker, die sich gegenseitig inspirierten, während die „peripheren Völker Osteuropas“ die Rolle stummer, abseits stehender, nur zuschauender Statisten spielten, von den Hauptfiguren des Dramas durch eine Grenzlinie abgeschnitten (vgl. Szabó, 1989, S. 112-113).

Die Lage an der Schnittstelle zwischen Osten und Westen, gewissermaßen an der Grenze, versetzte Polen mehrfach in eine dramatische Situation. Gewöhnlich hatte Polen Schwierigkeiten mit der „Westlichkeit“, die es für sich beanspruchte, obwohl es auch verstand, sich zu seiner „Östlichkeit“ zu bekennen. Bei der Rekonstruktion dieses „ost-westlichen“ polnischen Bewusstseins sind literarische, philosophische und wissenschaftliche Texte von unschätzbbarer Hilfe.

Pierre Chaunu behauptet, die südöstliche Grenze Europas sei immer unscharf gewesen. „Osteuropa ist nicht so stabil wie Westeuropa“ (Chaunu, 1989, S. 54). Seinem Verständnis nach ist dies zum großen Teil auf die Dichte der Bevölkerung und des Kommunikationsnetzes zurückzuführen. Je weiter im Osten, desto lichter wird es. Im Osten hört das „Europa der Wege“ auf (S. 59), endlose Sümpfe und Morast breiten sich aus, ohne dass

man erkennen könnte, wo sie aufhören. Man könnte viele Berichte von Ausländern anführen, die sich erstaunt über die riesigen Wassermassen im polnischen Frühling und erschrocken über die hier herrschenden rauen Winter zeigen. Die Sümpfe sind überwiegend trockengelegt, aber die Schwäche des Kommunikationsnetzes besteht weiter. Chaunu verweist außerdem auf eine wesentliche kulturelle Veränderung. Das 17. Jahrhundert habe die slawische Nebenlinie endgültig vom Westen abgetrennt, wobei das lateinische Slawentum auf seine Weise dazu beigetragen habe, so Chaunu. Gerade Slawen lateinischer Tradition hätten – indem sie sich dem Westen zuwandten – die Ostslawen in die vollständige Isolation gezwungen (S. 51).

Es fällt schwer, diesem Satz uneingeschränkt zuzustimmen, gerade wenn man die süd-östlichen Erfahrungen Polens berücksichtigt. Schauen wir uns den „mythisch-symbolischen Komplex“ (ein Begriff von Anthony D. Smith nach Ewa M. Thompson, 2000, S. 13) genauer an, zu dem sich die Angehörigen der ethnischen Gemeinschaft bekannten und der in der polnischen Literatur „Grenzland“ (*Kresy*) genannt wird. Dabei handelte es sich zunächst um im Osten der *Rzeczpospolita* (die polnisch-litauische Adelsrepublik) verstreute Militärposten als erste Verteidigungslinie gegen Überfälle von Tataren und Kosaken. Mit der Zeit wurden die Ostgebiete der alten *Rzeczpospolita* in den Grenzen von 1772 als *Kresy* bezeichnet – übrigens bis heute. Man betonte, die Ostgrenze der *Rzeczpospolita* sei eher ein breites, nicht fest umrissenes Niemandsland als eine strikt abgesteckte Linie. „Die Grenzmarkierungen basierten auf Gewohnheit, waren problematisch.“ Piotr Grabowski schrieb 1595:

„Während andere Staaten vom Wasser geschützt sind, befestigte Häfen und unzugängliche Gebirge haben, haben wir nichts... Jene von allen Seiten zu den Polen hineinreichenden Felder und Wege sind für den Feind vorzüglich und bieten ihm Raum. So tritt er auf und ab, kommt hinein und geht heraus: Lebensmittel und Kriegsgefangene nimmt er sich, wo und wie er will. In unseren eigenen Händen, in unseren Leibern und Leben liegt unsere Wehr – das sind unsere Berge, unsere Gewässer, die Burgen, Mauern und Wälle Polens“ (Grabowski, 1595 [1858]).

Melchior Wańkowicz, ein aus den östlichen Grenzgebieten stammender Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, führte diese Worte in einem Kapitel mit dem Titel „Grenze – unergründlich wie der Tod“ über das Land der Kinderjahre an. Dabei bezog er sich auf den Epilog im *Versepos* des polnischen Dichters Adam Mickiewicz (1798-1855), „Pan Tadeusz“, in dem es heißt: „Das Land der Kinderjahre bleibt stets heilig und rein, wie die erste Liebe [...]“ (Wańkowicz, 1981, S. 7-9). Das atmete die irgendwie mystische und geheimnisvolle Aura der „Tatarenwüste“ von Dino Buzzati (Buzzati, 1994).

Die östlichen *Kresy* waren das typisch fluktuierende Grenzgebiet Polens und der Ukraine, in das viele Leute von überallher einwanderten. Dort trafen verschiedene Religionen (vor allem Katholizismus und Orthodoxie) und Kulturen (ukrainische, polnische, jüdische, russische) aufeinander und vermischten sich. Zenon Fisz, der im 19. Jahrhundert Reisebeschreibungen über diese Gebiete herausgegeben hat, betont, in der Mitte des 18. Jahrhunderts sei „die Ukraine von Ankömmlingen aus verschiedenen Gegenden Polens bevölkert worden, oft ohne Stamm und Namen“ (Padalica [Zenon Fisz], 1856, Bd. II, S. 74). Es waren geheimnisvolle Gestalten, die nicht nach ihrer Abstammung gefragt wurden. Sie vermischten sich hier mit den immer neuen Ankömmlingen von überallher, oft Flüchtlingen. Henry Tyrrel behauptet, dass der Kern des dort lebenden außergewöhnlichen Volkes – der Kosaken – Deserteure waren. Laufend seien neue Ausgestoßene hinzugekommen, „deren Verbrechen sie zwangen, die zivilisierte Gesellschaft zu verlassen. Auf diese Weise hörten sie auf, bloße Flüchtlinge zu sein und wurden zu einem Volk“. Aber in ihren Gewohnheiten spiegelte sich die Prägung durch ihre Herkunft (nach Ascherson, 1998, S. 141). Die ästhetische Kategorie *le pittoresque* wurde insbesondere auf die Kosaken angewandt.

„Die Kosaken waren ‚Freie‘ (daher ihr Name vom türkischen *qasaq*) [...], siedelten sich auf den ‚Wilden Feldern‘* an und bildeten unabhängige Gemeinschaften, die hauptsächlich mit Ackerbau und räuberischen Überfällen in die Nachbarterritorien beschäftigt waren. Den Kern des frühen Kosakentums bildeten Menschen, die Zuflucht vor Frondienst oder religiösen Verfolgungen suchten; im Laufe der Zeit wirkte jedoch gerade dieser Lebensstil als Freibeuter [Piraten, Räuber] anziehend auf Leute von außen“ (Wilson, 2002, S. 58).

Die „kosakische Freiheit“, die sich zwar hin und wieder in Anarchie verwandelte, erfreute sich dennoch sowohl in der ukrainischen als auch in der polnischen Literatur hoher Wertschätzung.

Die ukrainische Steppe galt im Leben und in der Literatur als überaus malerisch und nahm in der romantischen Bilderwelt einen besonders exponierten Platz ein. Ähnlich wurden die Kosaken gesehen – für die polnischen Romantiker Quintessenz eines freien, kühnen, kämpferischen und poeti-

* Polnisch: *Dzikie pola*, ist die historische Bezeichnung (15.-17. Jahrhundert) der Steppenlandschaft im süd-östlichen Grenzgebiet des polnisch-litauischen Staates, etwa zwischen dem mittleren Flusslauf des Boh und dem niederen Flusslauf des Dnjepr. Dieses Grenzgebiet funktionierte als Pufferterritorium im Rahmen der Verteidigung des Landes gegen Überfälle der Tataren und gegenüber der Bedrohung seitens des Osmanischen Reiches. Es handelte sich um ein Gebiet, in dem die Jurisdiktion des polnischen Königreichs und der Magnaten der östlichen Wojewodschaften schwach ausgeprägt war, während der Einfluss der Gemeinschaften freier, kriegerischer und räuberischer Kosaken wuchs (Anm. der Hg.).

schen Volkes, berühmt für seine Lieder, die als künstlerische Höhepunkte der Folklore galten. Die ästhetischen Vorlieben der polnischen *szlachta* (polnischer Adel) belegt vielleicht die folgende, unter hundert ähnlichen ausgesuchte Tatsache: König Jan Sobieski III. (1624-1696) hörte neben der Musik französischer Kapellen am liebsten kosakische, von einem Banduraspieler gesungene Volkslieder (Mańkowski, 1946, S. 105). Die polnische Literatur überlieferte das Bild vom wilden, aber schönen Kosaken, so wie ihn Henryk Sienkiewicz (1846-1916) in dem populärsten polnischen Romanwerk, „Trilogie“ (1884-1888), porträtiert hatte. Zutreffend nannte man den ein halbes Jahrhundert früher geschriebenen Roman von Nikolaj Gogol, „Taras Bulba“ (1842), den schwarzen Spiegel von Sienkiewicz, in dem die Kosaken vor allem als orthodoxe Verteidiger der Einheit Russlands im Kampf gegen die polnischen Herren auftreten. Diese literarischen Werke von beiderseits der Barrikade verbindet die gewöhnlich in Blut, Verrat und Mord getauchte rasende Liebe des Kosaken zur „schönen Lachin (Polin)“, was als Metapher für die verwickelten Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine verstanden werden konnte.

Die Mythologie der *Kresy* erinnert lebhaft an die romantische Aura, die die Grenze des amerikanischen Westens umgab. Vernon Lewis Parrington, der die romantische Revolution im Amerika der Jahre 1800-1860 beschreibt, hebt die bunte Masse der Siedler hervor, unter denen sich Pechvögel, Banditen und aus der Gesellschaft Ausgestoßene tummeln. Dieses Territorium mit seinen endlosen Savannen und Steppen, den Siedlungsgebieten zahlreicher Indianerstämme, wurde von den Schriftstellern bedenkenlos ausgebeutet. Sie verhielten sich ähnlich wie „ihre Abenteuergefährten, die sich an die Ausbeutung der materiellen Güter machten“ (Parrington, 1970, S. 252). Besonders populär war – von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis in unsere Tage – James Fenimore Cooper, Schöpfer der Gestalt der edlen Rothäute und Apologet der Naturmenschen. Der bereits erwähnte Zenon Fisz bemerkte eine außerordentliche Verwandtschaft zwischen den Überschwemmungsgebieten des Flusses Taśmina und den von Cooper beschriebenen Landschaften des Wilden Westens:

„Kurz vor der ersten Begegnung mit dieser Gegend las ich erstmalig die Romane von Cooper, und ich verliebte mich so sehr in die geheimnisvollen Wälder Amerikas, dass ich von ihnen träumte, mich nach ihnen sehnte, so dass sie mir zusammen mit dem Falkenauge ständig in lebendiger Erinnerung waren [...] Wie hätte ich nicht mit der ganzen Kraft meiner jugendlichen Begeisterung diesen Ufern verhaftet bleiben sollen, fand ich an ihnen doch so viele Ähnlichkeiten mit den wüsten Landschaften Delawares?“ (Padalica, 1856, Bd. II, S. 47).

Das sich Berauschen an der malerischen Natur der Gegend und der Menschen erfasste erst die Romantiker, dann Sienkiewicz, und nahm später seinen weiteren Weg durch die polnische Literatur.

Begeistert von dem Poem Wincenty Pols „Mohort“ (1855) über den frommen Ritter der *Kresy*, der die Grenze bis in den Tod bewacht, bemerkte Sienkiewicz: „Mohort ist ein Standbild all dessen, was in der Tradition gut war, so wunderbar, dass es schwerfällt, die Augen von ihm abzuwenden“ (Sienkiewicz, 1950, S. 195 / Werke, Bd. 2). Ähnliche Lobeshymnen wurden in einer Zeit formuliert, als die polnischen Positivisten begannen, die romantische Idealisierung der Vergangenheit zu kritisieren. Pol selbst behandelte die *Kresy* als Hort der adeligen Tugend (hier hielt sich der normative Charakter des Rittertums am längsten) und stellte fest, „im Steppen-Grenzgebiet der Ukraine bildeten sich eigene Charaktere heraus.“ (Pol, 1963, S. 291) Sie seien gekennzeichnet durch die Liebe zum einfachen soldatischen Leben, durch strenges Pflichtgefühl in Diensten der *Rzeczpospolita*, treu bis zum Tode.

Es sollte daran erinnert werden, dass sich eigene Charaktere auch im Verlauf der Kolonisierung dieser Territorien herausbildeten. Bogumił Jasinowski veröffentlichte 1936 in der Zeitschrift *Pamiętnik Literacki* (Literarische Erinnerungen) eine Studie mit dem prägnanten Titel „Die grundlegende Bedeutung der süd-östlichen Grenzgebiete für die Entstehung der polnischen Psyche und des Nationalbewusstseins“. Er besang die Jahrhunderte lange Expansion Polens nach Osten und den Charakter des hier herrschenden polnischen Elements, welches zum wichtigen Bestandteil des Nationalstolzes werden und dazu befähigen sollte, sich der Unterdrückung durch die Teilungsmächte entgegenzustellen und ihre Folgen zu nivellieren. Anders ausgedrückt: Im 19. Jahrhundert von den Teilungsmächten kolonisiert, konnte man stolz darauf sein, einstmals selbst Kolonisator gewesen zu sein. Auch in der Zwischenkriegszeit war uns die Attitüde der Kolonialherren nicht fremd. Die Bewertung der historischen Bande zwischen Polen und Ukrainern fällt keineswegs eindeutig aus. Der polnische Historiker Jan Kieniewicz hält das Polentum im östlichen Grenzland für eine „wesentliche Form des Phänomens Europa“. Die Polonisierung wird dabei zu einem Synonym für Europäisierung (Kieniewicz, 1990). In ähnlicher Weise betont auch der ukrainische Historiker Ihor Ševčenko die „Errungenschaften Polens bei der Weitervermittlung der westlichen Kultur in den ukrainischen Gebieten“ (Ševčenko, 1996, S.67). Dagegen kommt der französische Historiker Daniel Beauvois nach umfangreichen Archivstudien und der Auswertung zahlreicher Quellendokumente des 19. Jahrhunderts zu folgender Feststellung: „Die Beziehungen zwischen Polen und Ukrainern erinnerten zumeist an das Verhältnis zwischen Herrn und Sklaven“. Dabei lässt Beauvois den beliebten Romanschriftsteller Józef Ignacy Kraszewski (1812-1887) zu Wort kommen, der den Zustand der Unterdrückung und den damals herrschenden Hass bedauert: „Die Bedrängnis der Ruthenen durch die Herren war unerhört groß. Sie führte

wohl teilweise direkt zu bzw. ermöglichte Chmielnickis furchtbaren Aufstand, der so viel Blut gekostet hat.“ Ferner behauptete Kraszewski, dass die Antagonismen, die sich in den Blutbädern des 18. Jahrhunderts entluden, sich im 19. Jahrhundert noch weiter vertieft hätten (Beauvois, 1987, S. 34).

Daniel Beauvois schrieb zutreffend, die Erforschung der nationalen Mythen der *Kresy* hätte die Kluft zwischen dem Imaginierten einerseits und dem Historischen bzw. dem Konkreten andererseits aufgedeckt. „Die Frustration bringt die Schizophrenie hervor, die man als ständigen Faktor in der polnischen Geschichte erkennen muss“ (Beauvois, 1988, S. 8). Die herrschenden „Wohltäter“ waren in der Regel Ausbeuter, und die für die Unabhängigkeit Polens Kämpfenden erkannten im Allgemeinen ihrerseits die nationalen Bestrebungen der Ukrainer und Weißrussen nicht an. Aus der *szlachta* der *Kresy* rekrutierte sich – neben den asketischen Rittern – die größte Anzahl sonderbarer Käuze, oft einfach Tyrannen und grausame Menschen, Herren über große Latifundien, die keine Grenzen für ihre niederträchtigen Taten kannten. In den Augen Stanisław Ignacy Witkiewiczs (gen. Witkacy; 1885-1939) war die ganze nationale Mythologie der *Kresy* keinen Pfifferling wert. In seinem kleinen Werk „Ungewaschene Seelen“ – polnische Seelen, die der Autor mithilfe der Psychoanalyse reinigen wollte –, schrieb er, die *Kresy* seien „eine auf Dauer offene Wunde des polnischen Staates“. „Dieser Habitus des Grenzgebietes war auch keine allzu moralische Einrichtung, da er aus den Adligen noch schlimmere Unterdrücker der Bauern machte, als es ihre Standesgenossen im Landesinneren waren, und aus den geknechteten Bauern koloniale Eingeborene“ (Stanisław Ignacy Witkiewicz, 1995, S. 28). Die sich wiederholenden Aufstände des Kosakentums und der ukrainischen Bauernschaft gegen die „Lachen“ (Polen) gehören ebenfalls zur Geschichte Polens. Der letzte Hassausbruch und das letzte Blutbad sind spät datiert: „Wolhynien 1943“*. Der Nachhall jener Ereignisse ist bis heute nicht verklungen.

Als Witkacy von „noch schlimmeren Unterdrückern“ in dieser Gegend schrieb, meinte er auch, dass sich die Herren von den Bauern nicht nur durch ihre ethnische Zugehörigkeit unterschieden, sondern auch durch

* „Wolhynien 1943“ symbolisiert als Schlagwort den Höhepunkt des polnisch-ukrainischen Konfliktes im 20. Jahrhundert, der darin gründete, jeweils Anspruch auf die *Kresy* für die eigene Nation zu erheben. Nachdem Polen in den Jahren 1918-1939 versucht hatte, das damals zu seinem Staatsgebiet gehörende Terrain weitgehend zu pazifizieren, initiierte die Ukrainische Aufständische Armee während des Zweiten Weltkrieges vor allem in Wolhynien im Jahr 1943 brutale ethnische Säuberungen, denen etwa 60.000 bis 80.000 Polen zum Opfer fielen. Im Gegenzug wurden etwa 20.000 Ukrainer ermordet. Sowohl diese ungefähren Opferzahlen als auch die Umstände der blutigen Auseinandersetzungen sind bis heute unter polnischen und ukrainischen Historikern umstritten (Anm. der Hg.).

unterschiedliche Konfessionen (die katholische und die orthodoxe), die sich in dieser Gegend nicht selten in erbitterten Auseinandersetzungen befanden. Lange hielt sich die Mythologie von Polen als Bollwerk des Christentums. Janusz Tazbir erläutert, dass es sich dabei nicht nur um die Verteidigung vor dem Islam handelte, sondern auch vor den Orthodoxen, die nicht als Christen anerkannt wurden. „Die Anerkennung der Anhänger der Ostkirche als Bekenner der gleichen Religion hätte die Sinnhaftigkeit der Konzeption des polnischen Bollwerks als Grenze zwischen Christen und Nicht-Christen in Frage gestellt.“ Polen liege an der Grenze der christlichen Welt – „jenseits davon huldigt niemand Gott“ –, rühmte man sich. Es verteidige ganz Europa vor dem Ansturm der barbarischen und nichtchristlichen Völker (Tazbir, 1971, S. 64-65).

Wir sind jedoch in der Lage, das Grenzgebiet auch anders zu sehen. Das hat etwas mit der Umwertung der Ansichten über die „Barbaren“ in der zeitgenössischen Historiographie zu tun. Der für Herodot grundlegende Begriff der „Barbaren“ wurde von François Hartog als „Diskurs über das Anderssein“ dargestellt. Die Athener hätten sich während der Kriege mit den Persern fragen müssen, was sie von den Feinden trennte, was den Gegensatz zwischen „ihnen“ und „denen“ ausmachte – und es habe sich gezeigt, dass es ihre „sesshafte Überlegenheit“ über die ununterbrochen herumziehenden „Barbaren“ war (Hartog, 1980, *passim*). Aber die „Barbaren“ als östliche „Andere“ offenbarten ebenfalls geistige Vorzüge und Fähigkeiten, die Teil der europäischen Zivilisation wurden. Die polnische *szlachta* ernannte den an der Donau wohnenden Stamm der Sarmaten – iranische Nomaden – zu ihren Vorfahren. So entstand der ethnische Herkunftsmythos von Polen als dem „europäischen Sarmatien“. Der Historiker und Geograph Maciej von Miechów trifft zu Beginn des 16. Jahrhunderts eine interessante Unterscheidung: „Zum europäischen Sarmatien zählen die jagiellonische Monarchie und Moskau, zur asiatischen die von den Tataren bewohnten Gebiete“ (Wörterbuch des Sarmatismus, 2001, S. 173).

Tadeusz Sulimirski polemisierte überzeugend mit der recht verbreiteten Auffassung, der Sarmatismus der polnischen *szlachta* sei Ergebnis einer historischen Fiktion, Beispiel für die phantastische Karriere eines Begriffs in den Chroniken des 15. und 16. Jahrhunderts, der sich in einen suggestiven historischen Mythos verwandelt habe. Sulimirski erklärte dagegen die Verbindung des polnischen Sarmatismus mit den wirklichen Sarmaten. „Sie spielten eine wichtige, wenn auch im Allgemeinen nicht anerkannte Rolle in der Geschichte unseres Kontinents gegen Ende des Altertums und zur Zeit der Völkerwanderungen, insbesondere aber in der Geschichte fast aller slawischen Völker. Sie drückten der geistigen Kultur dieser Völker einen mehr oder weniger deutlichen Stempel auf, was oft vollständig vergessen oder geleugnet wurde.“ Die Anfänge der polnischen sarmatischen

Traditionen entspringen der Zeit der Völkerwanderungen um das Jahr 500 n. Chr. Sulimirski behauptet, das religiös-rituell-ethische Leben der Urslawen sei entschieden mit dem iranischen Osten verbunden gewesen, und die urslawische Sprachgemeinschaft habe es ermöglicht, mithilfe einer Sprache zu kommunizieren (vgl. Lehr-Spławiński, 1958). Die Zeit iranischer Einflüsse auf die Slawen dauerte vom 2./3. bis zum Ende des 6. Jahrhunderts n. Chr. Damals erfolgte die Assimilation der Sarmaten durch die einheimische slawische Bevölkerung; der Kontakt war zugleich eng und stark genug, um eine Reihe wichtiger kultureller Elemente aufzunehmen (Sulimirski, 1979, 1970, S. 188, 190, 203, 204).

Die Vorstellung einer strikt trennenden Grenze wird zugunsten der des Grenzgebiets aufgeweicht. Grenzgebiet bedeutet Transkulturalisierung, gegenseitiges Durchdringen der Kulturen, ihre Verschmelzung, bedeutet Hybridität und Uneindeutigkeit des kulturellen Gebildes, das im Ergebnis dieser Prozesse entsteht. In diesem Sinne prägt die westliche Östlichkeit bzw. die östliche Westlichkeit nicht nur die Kultur der *Kresy*, sondern die ganze polnische Kultur. Man könnte dafür viele Beispiele anführen, aber bleiben wir einen Moment bei dem einen: den Verbindungen des Sarmatismus mit dem Orientalismus.

Häufig wurde darauf hingewiesen, dass der polnische Adelige-Sarmate die lange und weite östliche Tracht trug, mit einem türkischen Säbel kämpfte („im Unterschied zum europäischen Schwert ist der Säbel ein Produkt der nomadischen Zivilisation der euroasiatischen Steppe“, Wörterbuch des Sarmatismus, S. 191) und sich auf seinem Adelssitz am Reichtum persischer Teppiche und Wandbehänge, an Produkten orientalischer Handwerkskunst erfreute. Das Verwenden östlicher Waffen wurde damit erklärt, dass es notwendig gewesen sei, sich dem Kampfstil der Tataren anzupassen. Die Gründe lagen aber viel tiefer, sie führten auf das enge Verbundenheitsgefühl mit der Kultur des Ostens zurück. Als Maskerade kann man die sarmatische Tracht nicht verstehen.

In der Schlacht vor Wien 1683, als der polnische König Jan Sobieski III. dem Osmanischen Reich eine vernichtende Niederlage beibrachte, „sahen die polnischen Truppen dem Feind so ähnlich, dass sie eine Strohkokarde tragen mussten, damit ihre Habsburger Verbündeten sie nicht für Türken hielten“ (Ascherson, 1998, S. 365). Nachdem Ascherson dieses spektakuläre Beispiel kultureller Vermischung beschrieben hat, fährt er fort:

„Noch heute besteht Polen auf seiner ‚europäischen‘, westlichen Bindung, die nicht allein im katholischen Glauben gründet, sondern auch auf gewissenhaft gepflegten westlichen Institutionen und Vorlieben. An der Oberfläche ist nichts von jenem orientalisierenden Stil übriggeblieben. Und doch ist Polen auf subtile Weise eine weit orientalischere Kultur als Russland“ (S. 365).

Diese auf den ersten Blick verblüffende Aussage stützt Ascherson auf die Überzeugung, dass sich die Polen zu einer Zeit, als sich die „Moskowiter“ noch vor den Mongolen in ihren nördlichen Wäldern versteckten, bereits für die Einflüsse aus den Steppen am Schwarzen Meer öffneten. Der orientalische Lebensstil der polnischen *szlachta* sei dafür ein ausgezeichneter Beweis. Ascherson geht sogar so weit anzunehmen, die Idee der Adelsdemokratie gehe nicht auf das Vorbild der Römischen Republik zurück, sondern auf den tatarischen *Quriltai*, die „Versammlung mongolisch-tatarischer Edler und Klan-Oberhäupter, die zusammentrat, um einen neuen Chan zu wählen“, und sie sei von den Krimtataren übernommen (S. 76-77).

Man muss diese Feststellungen und Vermutungen keineswegs in ganzem Umfang übernehmen. Wenn ich sie zitiere, möchte ich auf die Möglichkeit hinweisen, über unseren Platz in Europa auf *alternative* Weise nachzudenken. Jedenfalls ist es nicht notwendig, ihn durch die Einführung einer unüberbrückbaren Grenzlinie zwischen Ost und West zu charakterisieren. Ohne diese Grenzlinie wird auch die verbreitete „Überzeugung von der organischen Unvollkommenheit nicht-westlicher Völker“ entkräftet (Leela Gandhi nach Thompson, 2000, S. 9). Dann entfällt die ständige Anstrengung, sich um jeden Preis dem Westen anzugleichen.

2. Zwischen Ost und West

Vorchristliches Polen oder christliches Polen slawischen Ritus'? Das Jahr 966 bezeichnet den Beginn der Annahme des Christentums lateinischen Ritus', aber möglicherweise existierte vorher, vielleicht um das Jahr 870, auf polnischem Gebiet ein Christentum slawischen Ritus'?

Eine mögliche Christianisierung Polens im Geiste der Mission von Kyrill und Method vor 966 war Gegenstand vieler Mutmaßungen und historischer Erwägungen (Rechowicz, 1966). Michał Miniąt, Autor einer umfangreichen populären Arbeit über die Mission von Kyrill und Method, bezeichnete das Thema als „nicht neu, bekannt und gleichzeitig weiterhin offen und in vielen Punkten kontrovers“. In der polnischen Historiographie zeigt sich der Stellenwert dieses Themas besonders deutlich. Miniąt erklärt die fehlende Objektivität bei der Behandlung des methodianischen Ritus unter polnischen Historikern zum einen mit der römisch-lateinischen Angst vor reformatorischen Verbindungen zu einer Nationalkirche, wobei ein solches Beispiel – fälschlicherweise – in der Tätigkeit der Brüder aus Saloniki gesehen wurde. Zum anderen führt er sie auf die Abwehr des zarischen Panslawismus zurück, der sich des Methodianismus' bediente, um die Katholiken auf die Seite der orthodoxen Kirche zu ziehen. „In einer

solchen Tradition wuchsen einige Generationen polnischer Historiker heran“ (Miniat, 1971, S. 3, 278-279).

Unter den Gegnern der These, in Polen sei der slawische Ritus verbreitet gewesen, hat sich seit den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts Tadeusz Lehr-Spławiński hervorgetan. In einem Buch, das in einer speziellen Reihe des katholischen Verlags „Pax“ zu Ehren der tausendjährigen polnischen Taufe (966-1966) veröffentlicht wurde, und das seine gesammelten Studien zu diesem Thema enthält, erklärte Lehr-Spławiński, die Ansicht, es habe eine kyrillo-methodianische Liturgie im alten Polen gegeben, sei wissenschaftlich überhaupt nicht belegbar und finde keinerlei reale Begründung in irgendwelchen Fakten. Die Wahrscheinlichkeit der Existenz einer slawischen Liturgie bei unseren Urahnen, den Wislanen*, erstrecke sich auf einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren (880 bis 885). Sie habe also nur kurz gewährt und an der Weichsel keine tiefen Wurzeln schlagen können. Und so zog er den Schluss: Im Polen des 10. und 11. Jahrhunderts habe es weder eine slawische Liturgie gegeben noch habe sie in der polnischen Kultur irgendeine Rolle gespielt (Lehr-Spławiński, 1961, S. 42-81).

Mich jedoch überzeugt eher der Standpunkt Jerzy Klingers, der nach gründlichem Studium von Fakten und Hypothesen feststellt, es sei wert hervorgehoben zu werden, dass „das polnische Christentum über bedeutend reichere Quellen verfügt als die einer einzigen kulturell-kirchlichen Tradition des lateinischen Ritus“. Das Verschweigen der anderen christlichen Tradition bedeute eine Verarmung der polnischen Kultur. Klinger zitiert auch den zugespitzten Satz J. Sobieskis:

„Heute wissen wir, dass die Verfolgung und Niederringung der slawischen Kirche im 9. Jahrhundert in Mitteleuropa keine Legende [...], sondern eine Tatsache war, und dass die Verbannung dieser Kirche aus der römisch-katholischen Gemeinschaft schwerwiegende Folgen hatte. Zeitgenössische Historiker, die sich auf diese Frage spezialisiert haben, neigen immer mehr zu der Schlussfolgerung, dass die Vernichtung der slawischen Kirche gleichbedeutend war mit der Vernichtung der Verbindungen zwischen Osten und Westen“ (Klinger, 1967, S. 410, 413-414).

Adolf Stender-Petersen war ähnlicher Ansicht. Er meinte, dass vom 9. bis 11. Jahrhundert eine Kulturgemeinschaft zwischen den Gebieten Mährens und Böhmens einerseits und Polen andererseits bestanden habe, die sich im

* Die Wislanen (lat. Vislani) waren ein slawischer Volksstamm, der in der Gegend von Krakau an der Weichsel siedelte. Im 9. Jahrhundert soll dieser zum Teil unter den Einfluss des benachbarten Großmährischen Reiches geraten sein und das Christentum nach orthodoxem Ritus übernommen haben, im 10. Jahrhundert wurde er in den Herrschaftsverband der piastischen Herrscher eingegliedert (Anm. d. Hg.).

Zeichen der altkirchenslawischen Sprache, Liturgie und Terminologie entwickelte. Noch zu Beginn des 11. bis zum 12. Jahrhundert habe in Polen die kyrillo-methodianische Tradition in Blüte gestanden. Es sei also ein anderer Weg für die Slawen denkbar gewesen. Man habe sich einer lokal für alle unmittelbar verständlichen Sprache bedient, die erfolgreich mit dem Lateinischen konkurrierte (Stender-Petersen, 1964, S. 440-448). Sehr entschieden vertrat auch Roman Jakobson seine durch zahlreiche Beweise belegte Ansicht, die kirchenslawisch-slawische Kultur sei aus den Gebieten Mährens und Böhmens nach Polen eingesickert. In der Frage des oft zitierten Fragments aus der Chronik des Gallus Anonymus, alle in Polen hätten den Tod von Boleslaus dem Tapferen (Bolesław Chrobry) betrauert – „*latinorum et slavorum, quotque estis incolae*“ –, nimmt Jakobson eine eindeutige Haltung ein: „Für jeden, der mit den tschechisch-lateinischen Überresten des frühen Mittelalters und ihrer Terminologie vertraut ist, ist es unstrittig“, dass mit diesen Worten Lateiner und Bekenner des slawischen Ritus gemeint seien (Jakobson, 1953, S. 30).

Trotz der von Seiten einiger Wissenschaftler formulierten Bedenken beziehe ich mich auf die Ansichten des Geistlichen Józef Umiński über den slawischen Ritus im Polen des 9. und 10. Jahrhunderts. Der Autor charakterisiert den methodianischen Ritus gegen Ende des 9. Jahrhunderts im Mittel-, Süd- und Ostslawentum folgendermaßen: „Der Jurisdiktion nach war er römisch, der Sprache nach slawisch, während die Liturgie ein byzantinisch-römisch-slawisches Konglomerat darstellte.“ Auf die Frage, ob der slawische Ritus in Polen existiert habe, antwortet Umiński: „Er hat nicht nur existiert, sondern sich bei uns – wie auch andernorts – für einen gewissen Zeitraum vielversprechend entwickelt“. Denn das Christentum habe sich in den Gebieten Mährens und Böhmens sowie in Polen verbreitet, wohin es von dort „friedfertig, aber zweigleisig“ gekommen sei. Wenn die methodianische Ordnung „auf slawischen Territorien auf irgendeinen radikaleren Widerstand stieß, dann nur seitens Geistlicher, die aus Deutschland gekommen waren und seitens der deutschen, eifersüchtig um ihren Einfluss besorgten Hierarchie“, hebt Umiński hervor (Umiński, 1953, S. 5, S. 10-11 mit Hervorhebungen vom Autor, S. 15, S. 20).

Hier berühren wir eine sehr heikle und wichtige Frage. Viele Wissenschaftler haben auf einen starken deutsch-slawischen Konflikt verwiesen und darauf, dass der deutsche Aspekt der Latinisierung des Slawentums auf Widerstand stieß. Henryk Lowmiański, der die Christianisierung der Elbslawen beschreibt, gibt an, Bruno von Querfurt habe den Ablauf der Bekehrung in zwei Etappen mit der biblischen Wendung *compellere intrare* umschrieben: Zwingen zur freiwilligen Annahme des neuen Glaubens. Über die Freiwilligkeit wissen wir nicht viel, „gut bekannt sind allein

Fakten der Eroberung und Gründung von Bistümern, die nach einem treffenden Ausdruck von Kazimierz Tymieniecki „nicht für die Slawen, sondern für die deutschen Bischöfe errichtet wurden“ (Łowmiański, 1979, S. 261). Die ursprüngliche Zweigleisigkeit des polnischen Christentums – slawisch und lateinisch – verschwand zugunsten des lateinischen Universalismus, während der „falsche slawische Ritus“ verstoßen wurde. Häufig wird das Argument der europäischen Einheit auf lateinischer Grundlage in den Vordergrund gerückt. Stender-Petersen meinte jedoch, der Latinisierung des Slawentums habe die Idee zugrunde gelegen, die christianisierten slawischen Völker der deutsch-römischen Spiritualität und den imperialen Ambitionen eines erneuerten, gut organisierten, in der Nachbarschaft liegenden römisch-deutschen Kaiserreiches unterzuordnen (Stender-Petersen, 1964, S. 440-442). Schließlich hieß es, dass der deutsche Klerus sich auf die „stärkste Organisation, die es auf der Welt gab“, die römische Kirche, stützte, „Erbin der älteren Organisation des weltbeherrschenden römischen Imperiums“ (Potkański, 1905). Nach Auffassung Stender-Petersens hätte die allgemein verständliche altslawische Sprache zu einem einigenden politischen Band werden können und damit zu einer Bedrohung des deutschen Kaiserreiches (Stender-Petersen, 1964, S. 441).

Das lateinische Glaubensbekenntnis brachte auch eine neue Gesellschaftsorganisation mit sich – verkörpert durch Feudalismus und christlichen Staat. Jahrhunderte später wurden unsere Romantiker auf dieses Abhängigkeitsgeflecht aufmerksam. Unter dem Einfluss des Historikers Joachim Lelewel (1786-1861), der für die polnischen Romantiker die Rolle eines Nestors der polnischen Geschichtsschreibung spielte, begannen sie, die lateinisch-germanisch-feudale Ordnung in Frage zu stellen, die die alten slawischen Gemeinschaftsformen untergraben und die heimische, alte, „slawisch-polnische Volksliteratur“ vernichtet habe. So sah es zum Beispiel auch Ryszard Berwiński, Autor des altslawisch stilisierten Poems „Göttin auf dem Gopło-See“. Hier machte sich eine Sehnsucht nach dem vernichteten, verdrängten Heimischen bemerkbar. Sie nahm unterschiedliche Ausmaße an, beinhaltete die Rückkehr zum Heidentum, zum Urslawentum. Die antilateinische Rebellion der polnischen Romantiker zielte darauf, die slawische Identität zurück zu gewinnen.

Nach Ansicht des Sammlers slawischer Altertümer und Patrons der Romantiker, Zorian Dołęga Chodakowski*, wurde das Slawentum seiner Identität durch die Taufe beraubt, die die heimischen Eigenschaften hin-

* Pseudonym Adam Czarnocki, 1784-1825, autodidaktischer Ethnograph und Archäologe, der Sammlungen polnischer, weißrussischer und ukrainischer Volkslieder anlegte. Vgl. Czesław Miłosz, *Geschichte der polnischen Literatur*, Köln 1981, S. 176 (Anm. der Hg.).

weggeschwemmt hatte. Alles Nichtchristliche, Andersartige, das von dem von außen kommenden, übernommenen Vorbild abwich, musste für immer beseitigt und vernichtet werden. Über das Abgetrenntsein vom „Eigenen“ beklagte sich Zorian in einer Abhandlung von 1818 „Über das Slawentum in vorchristlicher Zeit“ mit folgenden bezeichnenden Worten: „Die Bande des neuen Glaubens verleibten uns Abweichende dem Rest Europas ein.“ In Übereinstimmung mit der Logik der Kolonialisierungs-, Kreuzzugs- und Zivilisierungsmission waren wir abweichend und deshalb schlechter. Und es geschah etwas Furchtbares: „Indem wir uns nach einem fremden Vorbild formten, wurden wir uns selbst fremd“ (Zorian Dołęga Chodakowski, 1967, S. 19).

Das verdrängte Slawentum konnte sich bei den Romantikern in der Gestalt heimlicher, vor Grundherren und Priestern verborgener Volkszeremonien des Umgangs mit den Verstorbenen äußern (wie in der „Totenfeier“ von Mickiewicz); in Gestalt der Utopie vergangener Zeiten – idyllischer und grausamer gleichermaßen, schöpfend aus piastischer Idylle, aber auch aus der „Geschichte des Russischen Reiches“ von Nikolaj M. Karamzin (1766-1826), und gerade seiner Vision Iwans des Schrecklichen (wie in „König Geist“ von Juliusz Słowacki, 1809-1849); als Figur fremder Unheimlichkeit (wie bei dem jungen Zygmunt Krasiński (1812-1859), der nach dem Vorbild einer transsilvanischen Gräfin eine slawische Vampirin im heimischen Opinogóra ansiedelte) oder auch als Bilder einer unverständlichen Niederlage, von Ruinen und Vernichtung in den Romanen Józef Ignacy Kraszewskis. Das unheimliche Slawentum der Romantik ist ein Zeichen zerrissener Identität. Irgendeine in der Vergangenheit geschehene Katastrophe explodierte in stürmischen Bildern, in denen die aufgezwungene Ordnung niedergerissen und etwas Fremdes und Nahes gleichermaßen an die Oberfläche geholt wurde. Die letzte so ergreifende Vision des eigenen und gleichzeitig dämonischen Slawentums schuf Stanisław Wyspiański (1869-1907) in seinen so genannten „königlichen“ Dramen.*

Die nicht verheilte Wunde der Spaltung des Slawentums in zwei Kirchen, die östliche und die westliche, tauchte erneut vor uns auf, nachdem der „slawische Papst“ sich dieses Themas angenommen hatte. Im Jahr 1985 verkündigte Papst Johannes Paul II. die der Mission der Heiligen Apostel

* Der Maler und Schriftsteller Stanisław Wyspiański schuf unter anderem in Anlehnung an das Poem „König Geist“ des Romantikers Juliusz Słowacki zu Beginn des 20. Jahrhunderts Dramen, deren Titelhelden mittelalterliche polnische Könige waren: „Kasimir der Große“ (1900) und „Boleslaus der Tapfere“ (1903). Es ging dem Autor dabei weniger um die Darstellung der historischen Ereignisse als um deren Bedeutung für das kulturelle Gedächtnis im geteilten Polen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Anm. d. Hg.).

und Lehrer der Slawen, Kyrill und Method, gewidmete Enzyklika, „Slavorum Apostoli“ (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 1985). Sichtbar wird hier ein methodischer Standpunkt, der sich nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil herausgebildet hatte. Die Botschaft des Evangeliums soll durch Predigt und Katechese in Einklang mit den ewigen Wahrheiten übermittelt und zugleich dem konkreten geschichtlichen Kontext angepasst werden. Brennendes Problem bleibt die „Inkulturation“ – die Überführung des Evangeliums in den jeweiligen Kulturen unter Anerkennung ihrer Andersartigkeit, in Übereinstimmung mit der Mentalität der Evangelisierten und der Berücksichtigung der konkreten Bedingungen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich eine neue Bewertung der Mission von Kyrill und Method ab. In der Enzyklika spricht der Papst davon, dass diese Apostel die griechische Sprache, mit der sie aufgewachsen waren, nicht aufdrängten, sondern in slawischer Sprache „reiche, schöne Texte“ schufen. Die altkirchenslawische Sprache wurde als der lateinischen ebenbürtig anerkannt. Der Papst hob auch hervor: „Die slawischen Völker verteidigten ihre eigene Identität unter dem militärischen und kulturellen Druck des neuen Römischen Reiches Deutscher Nation und versuchten, jene Lebensformen zurückzuweisen, die ihnen fremd erschienen“. In diesem Zusammenhang konnte das Großmährische Reich* als Ort, an dem sich die gegenseitigen Einflüsse aus Ost und West kreuzten, die wichtige Mission der Christianisierung des Volkes in einheimischer Sprache erfüllen.

Die Enzyklika erklärt, die Errichtung einer kirchlichen Organisation in slawischem Ritus auf polnischem Gebiet sei historisch nicht erwiesen. „Es bleibt jedoch die Tatsache, dass die ersten Anfänge des Christentums in Polen mit dem Werk der beiden Brüder aus dem fernen Saloniki in Beziehung standen.“ Die Anerkennung besagter „Beziehung“ ist ein großer Triumph derjenigen, die von der Zweigleisigkeit des Christentums in Polen gesprochen hatten. Zum Schluss betont der Papst, beide Traditionen, die östliche und die westliche, seien im Schoße der einen Kirche entstanden, und bringt die große Sehnsucht nach Vereinigung und Einheit zwischen den zwei Schwesterkirchen zum Ausdruck (Cyril i Metody, 1991, S. 167-188).

Der Papst sprach – in Anlehnung an den russischen Kulturphilosophen Vjačeslav I. Ivanov (1866-1949) – von diesen Schwestern als von „zwei Lungenflügeln“ der Kirche und auch von „zwei Lungenflügeln Europas“. Ich berufe mich dabei auf Grzegorz Przebinda, der darauf hinweist, dass es Ivanov war, der „als erster die Metapher von Katholizismus und Orthodoxie als den zwei Lungenflügeln des Christentums formuliert hat. Diese Metapher taucht so oft in der ökumenischen, slawischen Lehre Johannes

* Das Großmährische Reich umfasste Mähren, die Slowakei und Pannonien (Teil des heutigen Ungarn) und existierte bis etwa 905/906 n. Chr. (Anm. d. Hg.).

Pauls II. auf" (Przebinda, 2003, S. 67) Der im Jahre 1995 veröffentlichte Hirtenbrief „Licht aus dem Osten“ (Orientale Lumen), eine Blüte der „Theologie der slawischen Ökumene Papst Johannes Pauls II.“, enthalte eine „hervorragende Beschreibung der orthodoxen Spiritualität“ (Przebinda, 2003, S. 229-230). Doch gab es, wie Andrzej Walicki in einem Interview zu seinem ausgezeichneten Buch „Russland, der Katholizismus und die polnische Frage“ formuliert, „im katholisch-orthodoxen Dialog in den letzten Jahren leider einen großen Rückschritt“. Joseph Kardinal Ratzinger veröffentlichte im Jahre 2000 ein Dokument, in dem die institutionelle Zugehörigkeit zur katholischen Kirche als einziger Weg zur Erlösung erklärt wird. Das Bischofskonzil in Moskau erklärte dagegen die Katholiken zu Schismatikern, mit denen man keine Kompromisse schließen dürfe (Walicki, 2003).

Die Wunde der Spaltung und die gegenseitige Feindschaft brachen erneut auf. In dieser Situation lohnt es sich vielleicht zur „Bogurodzica (Mutter Gottes, wörtlich Gottesgebälerin), *carmen patrium*“*, zum unvergessenen Zeugnis unseres ost-westlichen Slawentums, zurückzukehren. Der wunderbare Text der ersten zwei Strophen der „Bogurodzica“ wurde zum Gegenstand eines sich hundert Jahre hinziehenden, umfangreichen philologischen und theologischen Streits über die Lösung des Rätsels der Verbindung von Christus, Maria und Johannes dem Täufer. Hier sollte man sich auf Józef Birkenmajer beziehen, der den griechisch-byzantinischen Ursprung der „Bogurodzica“ herausgearbeitet hat, indem er sich auf die *Deesis** griechisch-ikonographischen Typs im östlichen Christentum berief, in der drei heilige Personen verbunden wurden: Muttergottes, Gottessohn und Täufer. Er verwies auch auf die enge Verbindung zur griechischen Hymnographie.

„Den Einfluss der im Westen vereinheitlichten römischen Liturgie, begonnen durch die Reformen Gregors VII. am Ende des 11. Jahrhunderts, wird man in unserem Lied vergebens suchen. Es gibt dagegen in der ‚Bogurodzica‘ Zeichen eines liturgischen Ost-West-Kompromisses, den man im 10. und in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts in manchen Ländern finden konnte.“ (Birkenmajer, 1937, S. 109, Hervorhebung M. J.).

Auch Stender-Petersen wies auf die Verbindung von Maria und Johannes dem Täufer in der mährisch-böhmischen kyrillo-methodianischen Tradition hin und analysierte die Figur der *Deesis* als Argument für den byzantinisch-slawischen Ursprung des Lieds. Zum Schluss macht sich der Autor über

* Das älteste polnische Muttergotteslied (Anm. d. Hg.).

* Griech. Fürbitte – byzantinische Darstellung des im Jüngsten Gericht thronenden Christus, vor ihm Maria und Johannes der Täufer, die „Fürbitter“ (Anm. der Hg.).

Versuche lustig, die archaischen Wendungen des ersten Teils der „Bogurodzica“ „als Russizismen“ aufzufassen und sie als russische Schöpfung darzustellen. Die „Bogurodzica“ soll vor der Schlacht bei Tannenberg (1410) gar nicht von dem katholischen polnischen Heer gesungen worden sein, sondern von den Hilfstruppen aus dem Großfürstentum Litauen. Stender-Petersen betonte, der Autor dieser Hypothese haben den byzantinisch-kirchenslawischen Ursprung dieses Liedes nicht zur Kenntnis nehmen wollen (Stender-Petersen, 1964, S. 469). Er lässt leider die Frage unbeantwortet, wer der eigentliche Urheber der Hypothese von der russischen Herkunft der „Bogurodzica“ ist. Stanisław Urbańczyk fasste die Überzeugungen nicht weniger Wissenschaftler zusammen, als er hervorhob, das Lied „Bogurodzica“ sei mit der mährisch-böhmischen Sprache, Kultur und Literatur verwoben (was Birkenmajer ignoriert hatte). Urbańczyk schrieb, dass sich in Mähren und Böhmen eine reiche Literatur in altkirchenslawischer Sprache entwickelt hatte und viele Spuren der slawischen Liturgie dort überdauert hatten. Man kann also die Rolle der Literatur in altkirchenslawischer Sprache bei den Westslawen nicht übersehen (Urbańczyk, 1978, S. 38-40). Auch Antoni Czyż bemühte sich, die Hypothese vom sowohl westlichen als auch östlichen Ursprung der „Bogurodzica“ zu beweisen (Czyż, 1995, S. 3-29).

Roman Mazurkiewicz, der bisher das letzte Wort zu diesem Thema hatte, meint, die „Bogurodzica“ könne als Zeugnis für das gemeinsame byzantinisch-slawische und westlich-lateinische Erbe gelten. Der Autor kommt zu dem Schluss, unser erstes vaterländisches Lied sei „aus dem tiefsten ‚Atem‘ unseres Christentums entstanden, gleichzeitig aus beiden Lungenflügeln der tausendjährigen Tradition: der östlichen und der westlichen“ (Mazurkiewicz, 2002, S. 298). Woher dann die vielen Missverständnisse? Woher die erstaunliche Tatsache, dass der große Kenner der altpolnischen Kultur, Aleksander Brückner, nichts mehr über den Ursprung von Johannes dem Täufer im Text der „Bogurodzica“ wusste? Roman Mazurkiewicz meint als Kenner der *Deesis*, dass der „im polnischen nachtridentinischen Katholizismus ausgebildete Typ der Religiosität und der christologisch-marianischen Spiritualität“ den altertümlichen Kult Johannes' des Täufers als dem Christus am nächsten stehenden Vorläufer und Mittler erkannt habe (Mazurkiewicz, S. 237-238). „Die Gotik hat unsere Religiosität endgültig ‚okzidentalisiert‘.“ Die *Deesis* war unverständlich geworden. (S. 324) Man muss hinzufügen, dass die polnische nachtridentinische Frömmigkeit allen Schismatikern gegenüber feindlich eingestellt war. Besondere Abneigung galt oft den Orthodoxen, was sich mit der unversöhnlichen Haltung der rechtgläubigen Adligen – der später als synonym gedachten „Polen-Katholiken“ – erklären lässt.

Heute erfordern Lektüre und Anhören der „Bogurodzica“ eine gewisse intellektuelle und emotionale Anstrengung. Aber es lohnt sich: Die „beiden Lungenflügel“ der altpolnischen Kultur werden dabei in unserer Vorstellung zum Leben erweckt.

3. Deutsche und Russen

Polen wurde Ende des 18. Jahrhunderts durch die drei Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich von der europäischen Landkarte gestrichen. Das beeinflusste unser Bewusstsein natürlich entscheidend. Und es spielte auch eine große Rolle bei der immer wiederkehrenden Suche des Volkes ohne Staat nach seinem Platz in Europa. Das Verhältnis der Polen zum Europa jener Zeit kann man als sehr gereizt oder gar neurotisch bezeichnen. Besonders den Romantikern fiel die Rolle zu, unentwegt an Polen zu erinnern, Polens Verdienste um Europa zu preisen, Bündnispartner in Europa für die Sache der polnischen Freiheit zu suchen und die These geschichtsphilosophisch zu begründen, dass ein politisches Gleichgewicht in Europa ohne ein unabhängiges Polen unmöglich sei.

Auf diesem Nährboden entstanden verschiedenartige Formen des Messianismus, unter ihnen die Idee des slawisch-französischen Messianismus von Mickiewicz im Zeichen der „napoleonischen Idee“ (vgl. Walicki, 1970, S. 280-282). Zygmunt Krasiński pflegte Briefe an die Mächtigen des Geistes (Pius IX.) und der Politik (Napoleon III.) zu schreiben, die er um Hilfe für die unterdrückte polnische Nationalität bat. Nach der Vorstellung Krasińskis setzt sich die „Allmenschheitskirche“ aus Völkern zusammen, die als geistige Ganzheiten von Gottes Geist durchdrungen sind. „Daher rühren Heiligkeit und Unantastbarkeit der Nationalität“ (Krasiński 1999, S. 31). Polens Teilungsmächte, insbesondere Russland, hätten dieses heilige Prinzip vergewaltigt. Polen müsse „das erste geschichtliche Vorbild planetarer Unsterblichkeit“ (S. 47) sein. Die Seele dieses großen Volkes werde anerkennen (und andere ebenfalls), dass „Polen trotz Sünden und Fehlern am reinsten in der europäischen Geschichte dasteht, am wenigsten mit Frevel befleckt und Christus am ähnlichsten ist, insbesondere deshalb, weil es am wenigsten an sich dachte, immer anderen Hilfe und Rettung brachte und sich für jene aufopferte“ (S. 46). Kein Wunder, dass dieser herrliche Geist – als Verkörperung der Christusähnlichkeit – auch einen besonderen Platz unter den slawischen Völkern einnimmt. Die megalomanen Ausführungen Krasińskis unterschieden sich im Ton nicht von anderen polnischen Messianisten – und genau wie jene machten sie keinen größeren Eindruck auf die europäischen Herrscher, an die sie gerichtet waren. Europa, in der Heiligen Allianz vereint, hielt sich im 19. Jahr-

hundert ganz gut ohne unabhängiges Polen, gerade nach dem Untergang Napoleons, an dem Russland entscheidenden Anteil hatte.

In der Romantik und der postromantischen Zeit triumphierte als Allegorie Polens – die Polonia, eine stolze Frau, unglücklich und verfolgt, immer wieder in Fesseln geschlagen, ins Grab gestoßen, ungebeugten Blickes an den Ketten rüttelnd. Diese Vorstellung von Polen passt genau zu dem, was Simone de Beauvoir über die Rolle der Frauen in der Geschichte schrieb. Das Steuer der Welt lag nie in ihren Händen. „Das Martyrium steht auch dem Unterdrückten offen; während der Christenverfolgung, nach sozialen oder nationalen Zusammenbrüchen haben die Frauen solche Blutzugenrollen gespielt; aber noch nie hat ein Martyrium das Antlitz der Welt verändert“ (Beauvoir, 1968, S. 145). Das traf auch für Polen, verkörpert als Polonia, zu.

Der Kampf um die Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert – mittels Verschwörungen, Aufständen, aber auch diplomatischen Intrigen – musste das Verhältnis der Polen zu den Teilungsmächten Deutschland und Russland grundlegend bestimmen. Das übertrug sich auch auf das 20. Jahrhundert, umso mehr als die polnische Kultur fast bis zum Ende des Jahrhunderts vom romantischen Paradigma geprägt blieb. Es betraf alle Bereiche des polnischen Lebens und brachte eine eigentümliche „patriotische Religion“ hervor. Denn die Romantiker schufen eine messianisch-patriotische „Häresie“, die von vielen, zum Beispiel auch von dem Schriftsteller und Träger des Literaturnobelpreises Czesław Miłosz (1911-2004), wegen der Identifizierung des Vaterlands mit dem Absoluten verurteilt wurde. Nachdem Miłosz die doppelte Identität des polnischen Messias im dritten Teil des Dramas „Die Totenfeier“ von Mickiewicz – als Erwecker eines Volksstamms und als das gekreuzigte Polen – abgehandelt hat, klagt er: „Also nein. [...] Wer sich der Religion des Gott-Menschen, also der Religion der Menschwerdung bedient, um einen kollektiven Messias einzuführen, verliert jeden Sinn für die Proportionen und man kann ihm wohl alles zutrauen“ (Miłosz, 1992, S. 88).

Kaum ein Romantiker befreite sich aus dem Dunstkreis der messianischen Illusionen, sie konnten sie nur entsprechend modifizieren und versuchen, sie universeller zu gestalten, wie es Krasiński versuchte. Zwei kurze Zitate geben die Spannung dieser eigenartigen „Religion“ wieder. Konrad droht Gott am Ende der Großen Improvisation im dritten Teil der „Totenfeier“ von Mickiewicz: „Schreiend immer und immerdar: Dass du der Vater nicht der Welt, dass du ihr ...“ – *Stimme des Teufels*: „Zar!!“ (Mickiewicz, 1887, S. 152) Kordian, der Held des gleichnamigen Dramas von Juliusz Słowacki, hört während seines Besuchs im Vatikan vom Papst: „Gegen die geschlagenen Polen schleudere ich den ersten Bannstrahl.“ (Anspielung auf die Verurteilung des Novemberraufstandes durch Gregor

XVI. in der Enzyklika „Cum primum“ aus dem Jahre 1832, die zum Gehorsam gegenüber dem „wohlmeinenden Kaiser“ – Zar Nikolaus I. – auffordert). Daraus kann man erkennen, dass es für Polen zwischen Zar und Papst keinen Platz gab, und die Romantiker dem Land deshalb Zuflucht im patriotischen Absoluten gewährten. Es ging aber manchmal nicht ohne Verurteilungen der Kirche, die meinte, das irdische Vaterland sei schon zu hoch über das himmlische hinausgewachsen.

Schauen wir uns an, wie die Polen sich selbst in ihrem Verhältnis zu Deutschland und im Verhältnis zu Russland sahen.

In Polen wurden Erkenntnis und Moral im Allgemeinen eng miteinander verknüpft. Der alle – und besonders die von Gott bestimmten – Grenzen überschreitende Erkenntnisdrang konnte als unmoralisch erklärt werden, also als Unheil verbreitend. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Rezeption des „Faust“ in Polen interessant. Stanisław Szczepanowski betonte z.B. in seiner Abhandlung über die „polnische Idee“ aus dem Jahre 1897, dass es einen grundlegenden Unterschied zwischen besonderen Stilen nationaler Philosophie und Literatur gebe. Dies zeige sich etwa, wenn man den II. Teil des „Faust“ und den III. Teil der „Totenfeier“ von Mickiewicz vergleiche, die beide im selben Jahr (1832) erschienen sind. Der Pole habe einen ebenso elementaren Hang zur Gerechtigkeit wie der Deutsche zur „Erkenntnis“ aller Dinge. Dabei geht es nicht nur um die manchmal geäußerte oberflächliche polnische Abneigung gegen die deutsche Grübeleien. Die Sache ist tieferen Ursprungs und gerade die „Totenfeier“ erlaubt es, den wesentlichen Unterschied zu verstehen.

Es wird hier eine vollkommen andere Welt vorgestellt – „was im ‚Faust‘ an erster Stelle steht: der unersättliche Drang nach Wissen und Wollust wird direkt verurteilt. Was es im ‚Faust‘ nicht gibt, Glaube und Gewissen, wird dagegen an die erste Stelle gesetzt“ (Szczepanowski 1987, S. 325). Szczepanowski meinte, Goethe habe – während er den „Faust“ schrieb – das Buch Hiob als erschütternde Geschichte über den Menschen, der nach Gott, dem Bösen und der Gerechtigkeit fragt, vor Augen gehabt. Absichtlich sei er jedoch diesem Vorbild nicht gefolgt. „Was in Hiob eine Frage des Herzens und der Gerechtigkeit ist, ist im ‚Faust‘ eine Frage des Verstandes, des Vorstellungsvermögens und des Wissens“ (S. 318). Demnach nahm Goethe einen besonderen Tausch vor: Er setzte das Problem des intellektuellen Wissens an die Stelle der moralischen Gerechtigkeit. Und eben diese stand im Zentrum des dritten Teils der „Totenfeier“. Das grundsätzliche Fehlen des moralischen Prinzips der Gerechtigkeit löscht in den Augen der Polen die faustischen Werte des Strebens nach Erkenntnis und nur Erkenntnis aus – so Szczepanowski. Der faustische Mensch weicht also dem moralischen polnischen Menschen.

Mickiewicz polemisierte in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit der Überzeugung, kein mächtiger Mensch sei religiös und jede Art von Macht sei des Teufels. Er widerlegte die Auffassung vom diabolischen Ursprung aller Macht, insbesondere politischer Macht und Herrschaft und zeigte im Gegenteil, was er für moralisch richtig erachtete: die Verbindung von Religion und Tat im Namen der Liebe. In dieser Überzeugung kann man die Tat nicht für etwas Unangebrachtes, Unreines, Schmutziges halten, für etwas, was den erhabenen Absichten widerspricht, denn die aktive Natur des Menschen, der die Verwirklichung eines Ideals anstrebt, offenbart sich in der Tat. Mickiewicz wie auch andere Romantiker und alle, die sich durch diese inspirieren ließen, wie etwa der polnische Staatsmann Józef Piłsudski (1867-1935), konnte die Politik nicht als etwas Schmutziges behandeln, das schamhaft außerhalb des wahrhaftig erhabenen Lebens angesiedelt blieb. Denn für Mickiewicz war Politik aufs engste mit dem „Geist“, also der Moral, verkoppelt. Sehr gut beschrieb Karol Ludwik Koniński, ein moderner katholischer Denker, diesen Bewusstseinsstand in einem seiner Aphorismen mit dem Titel:

„Die Religion der Polen: Die Religion eines neuzeitlichen Gewissens, eines Gewissens, das an die Religion der alten Philosophen anknüpft, der besten unter den sogenannten Heiden – und deshalb ist die Religion eines Krasińskis, Słowackis, Mickiewicz’, einer Orzeszkowa oder eines Prus’ ebenso wie von vielen anderen Häresie. Aber vielleicht war dies gerade die Häresie des Evangeliums? [...] Am besten ist schließlich die und nur die Religion, die edle, schöpferische und freie Arbeit in größtem Umfang hervorbringt“ (Koniński, 1962, S. 122).

Die polnische Tat schwelgt nicht in der „deutschen Sünde“, also der programmatischen Trennung von Politik und Geist. Thomas Mann charakterisierte in seiner Rede „Deutschland und die Deutschen“ aus dem Jahre 1945 (Mann, 1965), unmittelbar nach Kriegsende, aber auch in seinem Roman „Doktor Faustus“ das, was er das „deutsche Schicksal“ nannte. Die deutsche Musik und das Verhältnis der Deutschen zur Musik betrachtete der Dichter als etwas Großes, aber auch als Bedrohung, weil sich hier endgültig die Trennung von Geist und Leben zeigt. Laut Thomas Mann hatte schon Luther das Wesen der Freiheit nicht verstanden, als er die Freiheit des Christenmenschen von der politischen, der Freiheit des Staatsbürgers (S. 321) trennte, und damit immer weiter denselben „deutschen Fehler“ beging: die Trennung des spekulativen vom gesellschaftlich-politischen Element menschlicher Energie und die absolute Prävalenz des ersten vor dem zweiten (S. 319). Das falsche Freiheitsverständnis der Deutschen, die Trennung von Politik und Geist habe im Faschismus geendet. Der ausschließlich auf geistige Faktoren setzende Deutsche, der Politik für ein

Übel hält, „wird zum Teufel“, weil für ihn Politik nichts als Lüge, Mord, Betrug und Gewalt ist (S. 327).

Stanisław Szczepanowski verhielt sich kritisch zu der Theorie Friedrich Schillers von der Trennung von Ideal und Wirklichkeit. Er war der Auffassung, diese Theorie ermögliche die „für die Deutschen so typische Erscheinung eines persönlich untadeligen Menschen, der einer schlechten Sache dient. Schiller vergab diesen Leuten ihre Sünden von vornherein, denn sie hatten doch ihre Ideale bewahrt, die es schließlich an sich haben, dass man sie unmöglich verwirklichen kann“ (Szczepanowski, 1987, S. 330). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass ein Pole sich durch den Versuch auszeichnen muss, Ideal und Wirklichkeit, „Geist“ und „Leben“, Moral und Politik in Einklang zu bringen. Die Moralisierung der Politik, das war die Hauptlosung der polnischen Unabhängigkeitsbewegungen, im Übrigen auch nicht frei von der Gefahr, die Moral der Politik und nicht die Politik der Moral zu unterwerfen.

Die polnische Moralisierung der Politik richtete sich gegen alle Teilmächte, insbesondere gegen Russland. Die Romantiker verstanden Russland und Polen als zwei feindliche Mächte innerhalb des Slawentums, die entgegengesetzten Prinzipien folgten: der „Freiheit“ und der „Despotie“. Russland war immer der „Osten“, der vom europäischen Westen „orientalisiert“ wurde, indem man ihn mit folgenden Merkmalen belegte: ohnmächtig, unbeweglich, verspätet, zurückgeblieben, irrational und tyrannisch. Vom Zeitalter der Romantik bis zum heutigen Tag sehen wir, wie sehr sich Polen das Recht zur schärfsten Kritik an Russland zuerkannte. Polen hielt sich für den größten Kenner allen von Russland begangenen Unrechts, sei es vom zarischen wie vom sowjetischen. Immer betonte Polen, Russland gehöre nicht zu Europa (wovon auch einige russische Denker überzeugt waren – von Piotr J. Čaadajev bis Viktor Jerofejew).

Zygmunt Krasiński hasste Russland aus ganzer Seele – als Verkörperung asiatischen Barbarentums und mongolischer Grausamkeit. Krasiński wiederholte auch hartnäckig einen Gedanken, den später Jan Kucharzewski, Autor des Buches „Vom weißen zum roten Zarentum“, auf historischer und geschichtsphilosophischer Ebene aufgriff. In dieser Konzeption werden Zarentum und Revolution als Mächte, die dieselbe Form der Gewalt anwenden, gleichgesetzt. Während des ganzen 19. Jahrhunderts dominierte das romantische Bild von Russland als der unheilvollen Macht, die ganz Europa vom Osten her bedroht, und in der Propaganda des Jahres 1920, während des polnisch-bolschewistischen Krieges, wurde dieses Bild noch verstärkt. Ewa Pogonowska stellte eindrucksvoll eine ganze Reihe verbreiteter, stereotyper Vorstellungen zusammen, nach denen der Pole-Europäer mit dem verachteten Asiaten-Moskowiter-Barbaren aus dem wilden Osten ringen musste. Den Kern des Feindbildes „liefert eine grundlegend

binäre Gegenüberstellung, die auf die ganze Welt der Werte übertragen wird und zu konstruierten Ergänzungen führt: Europa bedeutete Kultur, Zivilisation, Russland hingegen – Mangel an Kultur, Anti-Zivilisation, Rohheit, Wildheit, Räubertum.“ Das polnische Autostereotyp zeichnet sich durch ein kulturelles Überlegenheitsgefühl gegenüber dem Moskowiter aus, das aus der Zugehörigkeit Polens zur Zivilisation des Westens, zur westlichen katholischen Gemeinschaft, resultiert (vgl. Pogonowska, 2002, S. 93-132). In der umfangreichen antibolschewistischen Poesie findet man die beispielhafte Entgegensetzung von „Europa“ und „Asien“, „Westen“ und „Osten“. Die gegenseitige Beschuldigung als Verräter, die in solchen Zuschreibungen wie: „Polen – der Judas des Slawentums“ oder „Russland – die betrogene Schwester“ zum Ausdruck kommt, verweist jedoch auf die Existenz einer tief emotionalen Beziehung, die auf der slawischen Verwandtschaft gründet.

Für die polnische Haltung, sich Russland entgegenzustellen, spielte die katholische Religion mit ihrer zentralen Gestalt des Polen-Katholiken eine besondere Rolle. Der Katholizismus wurde vor allem als Trost und Zuflucht betrachtet. Es entwickelte sich der allgemein verbreitete Kult der Mutter Gottes – als Trösterin der Betrübten. Das Gebet, das mit den Worten „Unter deinen Schutz und Schirm fliehen wir, o heilige Mutter Gottes“ beginnt, gehört zu den populärsten polnischen Gebeten überhaupt. Die tröstende Rolle der Religion verdrängte das Gefühl und das Erlebnis des Übernatürlichen. Miłosz wollte mit der Herausgabe einer Auswahl der Schriften von Simone Weil (die der Meinung war, dass „die Religion als Quelle von Trost ein Hindernis auf dem Weg zum wahren Glauben ist“) zeigen, worin das übernatürliche Element des wahren Glaubens bestehe; und zwar unbeeinflusst von irgendwelchen „Anliegen“, seien es selbst die erhabensten, sagen wir, nationalen.

Denn in Polen gab es immer sehr viele dieser sehr konkret und aufdringlich artikulierten „Anliegen an Gott“. Der Leibnizschen Theodizee gesellt sich eine besondere Variante, die polnisch-nationale Theodizee hinzu. Dabei geht es um die Rechtfertigung Gottes in einer schlechten, mit Unglück und Verfolgung übersäten Geschichte Polens. Der Messianismus erklärte, es stimme, Polen sei besonderem Leid und Unrecht ausgesetzt und von außergewöhnlichem Unheil betroffen gewesen, aber eben darum, weil Gott es zum Opfer erwählt hatte – für andere sündhafte Völker. Umso verständlicher wird dann die Angelisierung Polens, die vor dem Hintergrund anderer, sündhafter und böser Völker wie Russen und Deutsche besonders ausgeprägt ist.

Der Messianismus suchte in der Geschichte nach Spuren der Anwesenheit Gottes, nach von ihm hinterlassenen, speziell für das „gequälte polnische Volk“ bestimmten Zeichen. Ein solcher Messianismus war nicht nur

im 19. Jahrhundert, sondern auch in der großen nationalen Unterdrückung während des Zweiten Weltkriegs und auch während des Kriegsrechts in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts sowohl im Volk als auch bei den Eliten verbreitet. Die Anbetung Polens als unschuldiges Opfer musste zur Satanisierung seiner Verfolger führen. Im 19. Jahrhundert verkörperte vor allem Russland den Satan, den politischen Satan, wie Mickiewicz zu sagen pflegte; diese Überzeugung sollte vom bolschewistischen Russland bestätigt werden. Solche Vorstellungen unterschieden sich nicht sehr vom „Reich des Bösen“ eines Ronald Reagan.

Traditionelle polnische Ansichten über Russland haben auch heute nicht ihre Bedeutung verloren. Es sei daran erinnert, dass die Ostgrenze der Europäischen Union eben entlang der Linie verläuft, die Polen von Russland trennt. Gleichwohl grenzt Polen derzeit nicht unmittelbar an Russland.* Dabei bleibt offen, wie die beiderseitigen „Einflusssphären“ in Zukunft aussehen werden.

In einem Artikel über die östliche Grenze Europas betonte Alain Besançon 1995, ähnlich wie die polnischen Romantiker und ihre Epigonen, die Eindeutigkeit dieser europäischen Grenze sei von Russland häufig aufgeweicht worden; einem Russland, das sich nach „den Worten seiner Herrscher – Peter, Katharina oder Alexander“ habe europäisieren wollen. Doch seien diese Bestrebungen schließlich nie authentisch gewesen und hätten in der Gesellschaft keine wesentlichen Veränderungen im Sinne einer Verwestlichung hervorgebracht. Es sei dabei nur um die Expansion der russischen Großmacht gegangen. Diese Sichtweise lässt völlig außer Acht, dass sich das zarische Imperium eigentlich in keiner Weise von den Kolonialimperien der Franzosen, Holländer, Belgier oder Portugiesen unterschied, wie Martin Malia zu Recht betont: „Entgegen sämtlichen empirischen Beweisversuchen hat Europa eine rationale Behandlung der Haltung Russlands oftmals abgelehnt, und zwar aufgrund eines ewigen Vorurteils: Die russische Despotie sei als solche bereits ein besonders bedrohliches Phänomen“ (Malia, 1999 bzw. 2003, S. 455). Besançon verweist selbstverständlich auch auf die Eigenschaften, die das Russland der Zaren und das der Kommissare miteinander verbinden – vor allem auf den Staat, der in der Funktion des „Heeres im unterjochten Land“ auftritt. Europa müsse vor dem ständig an seinem Großmachtwahn schmiedenden Russland gewarnt werden, bekräftigt Besançon. Die Grenze zwischen „uns“ und „ihnen“ müsse bewacht werden, sonst bestehe die Gefahr, die eigene als absolut gesetzte Identität zu verlieren. „Wir müssen auch bedenken, dass eine Erweiterung Europas um Russland nicht nur die endgültige Aufweichung der Grenzen unserer Welt nach sich ziehen, sondern uns auch in das unlösbare Problem

* Abgesehen von der Königsberger Enklave (Anm. d. Hg.).

der Grenzen Russlands verwickeln würde, das als Imperium entstand und Jahrhunderte hindurch funktionierte, also keine nach ethnischen Prinzipien gezogenen Grenzen besitzt“ (Besançon, 1996, 1995, S. 94). Die Gefahr liegt also auf der Hand.

Es scheint, dass solche Ansichten auch in Polen revidiert werden sollten. Dazu können die Russen selbst beitragen. Michail Ryklin bemerkt, Erfinder des Begriffs des „ewigen Russland“ als absolute Entgegensetzung zum ebenfalls „ewigen Europa“ sei der Autor des 1843 erschienenen umfangreichen Werks „Russland im Jahre 1839“, Marquis de Custine, dem Besançon übrigens viel Beachtung schenkte (Besançon, 1980), und der einen eigenen Topos schuf: den des Russland bereisenden Ausländers. Jedoch bestimmte Custine die Grenze zwischen dem „ewigen Russland“ und dem „ewigen Europa“ willkürlich und mannigfaltig, was dazu führte, dass „jeder benannte Unterschied vorübergehenden Charakter trägt und in Frage gestellt werden kann“. Er kann keine Grundlage für etwas Ewiges sein, betreffe es nun Europa oder Russland. Entgegen allem Anschein wird das „Wesen“ Russlands in der Tat nicht als Wesen an sich, sondern als ein negatives Spiegelbild Europas bestimmt. Was in Europa „gut“ ist, verwandelt sich in Russland in etwas „Böses“ und umgekehrt. „Es existiert kein russisches Schibboleth* weder auf der einen noch auf der anderen Seite, und die benannten Unterschiede sind lang vorhersehbare Unterschiede infolge von Spiegelbildern“ (Ryklin, 2003, S. 60-65).

Die „Orientalisierung“ Russlands durch Europa bedient sich der immer gleichen spiegelbildlichen Folien. Mehrfach wurden sie dekonstruiert, was im polnischen Bewusstsein jedoch irgendwie nicht zur Kenntnis genommen wurde. Zuletzt tat das Viktor Jerofejew auf ungewöhnlich interessante Art und Weise. Die Dekonstruktion des im Westen so populären Begriffs der „russischen Seele“ und ihres Geheimnisses führte Jerofejew stilistisch in fragmentarischer Form durch, die bereits durch ihre Nicht-Linearität das Prinzip der „Spiegelbildlichkeit“ in Frage stellte. In gelungener, nicht-dialektischer Ironie beschreibt er sein Dilemma in einem Fragment mit dem Titel „Russischer Europäer“:

„Russland habe ich französisiert und Paris russifiziert. Was in mir ist, gibt es an sich nicht. Beide Welten habe ich ausgedacht. In mir gekreuzt. Höchstwahrscheinlich bin eben ich der russische Europäer, der weder Europäer noch Russe ist. Ich habe erreicht, was man nicht erreicht. Kann man mich zu den gelungenen Hybriden zählen? Ich habe das Gefühl für absolute Kriterien verloren. Da

* Diesen Begriff verwendet Jacques Derrida in seinem Buch über Celans Poesie (Derrida, *Schibboleth: pour Paul Celan*, Paris 1986). Im Alten Testament wird davon gesprochen, dass die Ephraimiten dieses Wort nicht richtig aussprechen konnten, auf diese Weise ihre Herkunft verrieten und sich damit zum Tode verurteilten (Anm. M. J.).

die beiden Welten nicht deckungsgleich sind, empfinde ich eine Instabilität der Moral. Die dort verstehe ich als die meinigen und komme mit ihnen zurecht, aber auch die Russen verstehe ich als die meinigen, und auch mit ihnen komme ich zurecht (obwohl schlechter). An der Kreuzung Montparnasse und Raspail habe ich den Eindruck, hier bin ich zu Hause, fragt sich nur für wen. Ich möchte in beiden Häusern wohnen. In einer Welt ist es mir zu eng. Ich brauche sie wenigstens nacheinander, besser noch zusammen, aber am besten gleichzeitig“ (Jerofejew, 2003, 1999, S. 89).

Eben: es gibt keine absoluten Kriterien, und die Gleichzeitigkeit Europas und Russlands würde die Spiegelbildlichkeit der Gegensätze liquidieren. In der bisherigen Rezeption des Buchs von Jerofejew in Polen gibt es jedoch keinen Hinweis darauf, dass diese neue Optik verstanden wird. Die Rezensenten bedienen sich weiterhin der binären Gegenüberstellungen, sie sind nicht fähig, freier über diese versteinerte „ewige“ Grenze zwischen Europa und Russland nachzudenken.

4. „Bei uns, in Auschwitz ...“

Messianische, katholisch-sarmatische Überzeugungen über die moralische Überlegenheit der Polen und ihre angeborene Unschuld haben sich tief in das Nationalbewusstsein eingegraben. Spuren dieses Denkens sind heute noch überall sichtbar. Der große Philosoph, Philosophiehistoriker und Teilnehmer am Zweiten Vatikanischen Konzil (als Laienkatholik), Professor Stefan Swieżawski, hat in der Zeit der nachkonziliaren Erneuerung stets mit großem Nachdruck betont, wie notwendig eine Veränderung der polnischen Mentalität sei. Dabei missbilligte er immer wieder die Tatsache, dass

„sich tief in uns ein Polen eingenistet hat, dass man als Sienkiewicz-Polen bezeichnen kann. Henryk Sienkiewicz war sicherlich ein genialer Schriftsteller. Doch die Wertemuster, die er uns hinterließ und nach denen ganze Generationen unreflektiert erzogen wurden, sind geradezu fürchterlich. Denn sie sind voll von Verachtung und Hass gegenüber anderen Völkern, den uns nahen, weil benachbarten Kulturen und Religionen“ (Swieżawski, 2000, S.144).

Die Mentalität der Gegenreformation, aus der der Prediger Piotr Skarga (1536-1612) und der Schriftsteller Henryk Sienkiewicz erwachsen, also die sarmatische Ideologie, die immer noch die Überzeugung von „unserer Kirche“ zelebrierte, war Swieżawski zeitlebens völlig fremd. Er hielt diese Ideologie vielmehr für ein ernsthaftes Hindernis für die ökumenische und tolerante Öffnung der Kirche und der gesamten Gesellschaft in Polen. Diese intellektuelle Konstellation resultierte auch aus der unzureichenden

Reflexion des großen polnischen Literaturerbes, das mit den Totalitarismen der Neuzeit in einer absoluten Extremsituation konfrontiert wurde.

Die besten polnischen Werke, die sich mit der Erfahrung der Konzentrationslager befassen, Werke, die einen bedeutenden Platz in der Weltliteratur einnehmen, wie die Erzählungen von Tadeusz Borowski in „Bei uns in Auschwitz“ und „Welt ohne Erbarmen“ von Gustaw Herling-Grudziński, teilen allerdings weder die Ansicht von der angeborenen polnischen moralischen Überlegenheit und der Unbeschadetheit Polens von jedwedem Bösen noch von der ebenfalls angeborenen totalen Bestialität seiner russischen und deutschen Verfolger.

Herling-Grudziński, Häftling und Autor eines der besten Bücher über den Gulag, verzichtete auf die in der polnischen Literatur, speziell der Erinnerungsliteratur, so verbreitete Methode der Dämonisierung der roten Henkersknechte. Er rang erfolgreich um einen eigenen Erzählstil und übernahm kein einziges der von der umfangreichen Tradition des polnischen Martyriums offerierten Stereotype. Er nahm sich dabei die Freiheit, Joseph Conrad, Autor von „Mit den Augen des Westens“, eine voreingenommene Einstellung gegenüber Russland vorzuwerfen. Denn nach Auffassung Herling-Grudzińskis (Herling-Grudziński, 1995, S. 121-149) war es Conrad nicht gelungen, die Kunst der Distanz zu wahren, die unerlässlich ist für einen Polen, wenn er sich mit Russland beschäftigt.

Der Autor von „Welt ohne Erbarmen“ nahm sich die Lektion des „Tagebuch(s) aus dem Pestjahr“ (1772) von Daniel Defoe zu Herzen. Sie bestand darin, dass „über gewisse Abschnitte der ‚schwarzen‘ Menschheitsgeschichte – über Kataklysmen, Seuchen, Ausrottung, barbarische Eroberungen, Völkermord – nur ein anonymen Chronist schreiben kann [...] absolut unpersönlich [...] peinlich genau, und sogar kleinlich, so monoton, als wäre man kein Mensch aus Fleisch und Blut, sondern eine von einer gesichtslosen Menge in Bewegung gesetzte Hand, wie die Nadel eines Seismographen“ (Herling-Grudziński, 1998, S. 324). Er machte darauf aufmerksam, dass die Beschreibung des anonymen massenhaften Todes zu ermüdeten Gleichgültigkeit führen kann. Deshalb sagte er, die Methode Defoes „ist bis auf den heutigen Tag unersetzlich, wenn es darum geht, die dramatische Spannung im Prozess des Sterbens anonymen Menschenmassen zu beschreiben, da immer die Gefahr besteht, jene Grenze zu überschreiten, wo die Summe menschlicher Individuen durch Zahlensummen ersetzt wird“ (S. 231).

In etwa vergleichbarer Weise versuchte er seine „Welt ohne Erbarmen“ zu schreiben – allerdings mit größerem Nachdruck auf Ästhetisierung, manchmal mit einem offenkundigen Zug Stendhalscher Kälte (besonders bei den Biographien russischer Häftlinge) und auf der Suche nach Balance zwischen den Gegensätzen von Grauen und Schönheit (wie es Milosz

beschrieb). In den extremsten Situationen, am tiefsten Abgrund nahm er – und das ohne „religiösen Trost“ –, wie er betonte, immer „etwas an sich Menschliches“ wahr. Mit seinem Verständnis für die Tragik der menschlichen Existenz nähert sich Herling-Grudziński Camus und dem existenzialistischen Heroismus, verliert dabei aber gleichzeitig keinesfalls seine – mit eigener Erfahrung erkaufte – Originalität sowohl in der polnischen als auch in der europäischen Literatur.

Eigene Erfahrungen als Häftling eines deutschen Konzentrationslagers lagen auch der Erzählung „Abschied von Maria“ von Borowski zugrunde. In seiner in Briefform verfassten Erzählung mit dem provokativen Titel „Bei uns in Auschwitz“ aus dem Jahre 1946 behandelte Borowski Phänomene, über die in dieser Art weder früher noch später geschrieben wurde. Zu diesem Zweck schuf er einen mit dem Leser auf perfide Art verbundenen Erzähler – der Leser lebt in einem Wertehorizont, der Erzähler dagegen nicht. Es entsteht die Spannung einer tragisch-ironischen Provokation.

Im Bericht über die Methode der Ermordung Zehntausender von Menschen hebt Borowski die grenzenlose Trivialität des *Procedere* hervor:

„Und hier schau: Zuerst eine gewöhnliche Scheune, weiß gestrichen und – darin werden Menschen vergast. Ohne Zauber, ohne Giftmischerei, ohne Hypnose. Ein paar Kerle, die den Verkehr regeln, damit es keine Stauungen gibt, und die Menschen fließen dahin wie Wasser aus dem aufgedrehten Wasserhahn. Das alles geschieht unter ein paar blutarmen Bäumchen eines schütterten, verqualmten Waldes. Gewöhnlich bringen schwere Lastwagen die Menschen heran, kehren um wie auf einem Fließband und bringen neue. Ohne Zauber, ohne Giftmischerei, ohne Hypnose“ (Borowski, 1999, S. 150).

Der Stil Borowskis – ebenfalls ohne Zauber, ohne Giftmischerei, ohne Hypnose – entspricht genial der so gesehenen, entdämonisierten Wirklichkeit: Vergasung am Fließband in Birkenau, von in gewöhnlichen Lastwagen herbeitransportierten Juden in einer bäuerlichen Scheune, in einem anämischen Wäldchen... Was bedeutet ein so beschriebenes Spektakel massenhafter, automatischer Ermordung? Manche sahen darin einen Beweis dafür, dass es bei Borowski kein Mitgefühl gibt, keine Empfindsamkeit für das Leiden. Man nannte ihn deshalb sogar einen Nihilisten. Aber hier geht es, wie es scheint, um etwas anderes.

Wolfgang Sofsky betont: „Die Leidenschaft der Gewalt ist keine besinnungslose Raserei, keine Entrückung ins ganz Andere, wo der Mensch nicht mehr weiß, wer er ist. Er weiß genau, was er tut. [...] Er gewinnt neues Terrain, das Terrain absoluter Freiheit“ (Sofsky, 1996, S. 57) Worin besteht diese? In erster Linie bedeutet sie Freiheit vom Tod.

„Der Tod ist die Gewalt schlechthin, die absolute Kraft. An dieser Kraft teilzuhaben, verschafft eine ganz seltene Genugtuung [...]. Wer den anderen tötet, ist selbst des Todes ledig. Mehr noch – er hat sich diese machtvollste aller

Gewalten untertan gemacht, hat sich selbst zum Herrn über den Tod erhoben. Nun sind nicht mehr alle gleich [vor dem Tode, M. J.]. Allein der Herr verfügt über den Tod. Jederzeit kann er ihn herbeirufen, wie immer es ihm beliebt“ (S. 58).

Wenn Borowskis Erzähler im Folgenden sagt: „Das ist die sonderbare Macht eines Menschen über einen anderen“ (Borowski, 1999, S. 151), meint er eben dies: die Praktizierung der absoluten Freiheit, der Freiheit vom Tod, durch die SS-Männer.

In Borowskis Erzählungen findet man Beschreibungen eines weiteren Stadiums, absolute Freiheit zu praktizieren und zwar in Bezug auf die Häftlinge sämtlicher Nationalitäten, die nach Auschwitz gelangten. Exekutiert wird diese an einem Häftling, der physisch und geistig bereits vollkommen zugrunde gerichtet ist, fertig für das Krematorium, isoliert und von den anderen Häftlingen verachtet, der aber noch sein elendes Dasein fristet. Im Lagerjargon nannte man ihn „Muselmann“ oder „Muselmane“ (vgl. Agamben, 2003, S. 36-75). Trotz oder eigentlich wegen seiner Erloschenheit ist er eine zentrale Gestalt im Konzentrationslager. Sofsky ist der Meinung, dass die Macht hier „ein drittes Reich zwischen Leben und Tod errichtet. Wie der Leichenhaufen dokumentiert der Muselmann den vollkommenen Triumph über den Menschen. Obwohl noch am Leben, ist er eine namenlose Gestalt“ (Sofsky, 1993, S. 230). Deshalb verstand Bruno Bettelheim den „Muselmann“ als bewegliche Schwelle, an der der Mensch in den Nicht-Menschen überging (Agamben, 2003, S. 40). Anders sah das Primo Levi; er stellte die bitter-ironische Frage: „Ist das ein Mensch?“ (Titel seines berühmten Buchs über Auschwitz). Er beschrieb die „Muselmänner“ als „merkwürdige Wesen“, „elende und schmutzige Marionetten“, „Gespenster“, als Verurteilte im Danteschen „Inferno“, aber er wollte auch Zeugnis ablegen für die „Unbezeugbaren“, die Verschlungenen, die Versunkenen. Für ihn waren sie „vollständige Zeugen“ – sie, die die Fähigkeit verloren hatten, zu beobachten, zu erinnern, sich auszudrücken. Der „Muselmann“ wird zum Ort eines Experiments, in dem Moral und Menschlichkeit selbst in Frage gestellt werden (Agamben, 2003, S. 54). Levi bezeugt also die vollbrachte Enthumanisierung – ähnlich wie Borowski.

Borowski richtete eine ungeheuerliche Anklage an die ganze europäische Zivilisation. Erst im deutschen Konzentrationslager sei ihm der Verlauf der Geschichte und ihr Preis klar geworden. Schon die Antike bezeichnete er als „riesiges Konzentrationslager“, in dem die einen, d.h. die Mehrheit, als Sklaven zur Zwangsarbeit verurteilt waren, während die anderen Dialoge und Dramen verfassten, Geschichte machten, ästhetisch und hehr waren... Das Schöne, Gute, Wahre – diese Begriffe waren auf dem verschwiegenen, blutigen, grausamen Unrecht am Menschen errichtet worden. Borowski sah

eine strikte Ähnlichkeit zwischen der so verstandenen Antike und „einer neuen abscheulichen Zivilisation“, errichtet durch die Sklaven Deutschlands. Wenn die Deutschen siegen, ermorden sie alle. „Von uns wird niemals jemand etwas erfahren. Dichter, Advokaten, Philosophen und Priester werden uns verschweigen. Sie werden eine Schönheit schaffen, eine neue Gerechtigkeit, eine neue Wahrheit. Eine neue Religion wird entstehen“ (Borowski, 1999, S. 172-173).

Als Ankläger Europas, das aus sich das Verbrechen des Totalitarismus hervorgebracht hatte, erkannte Borowski Plato als Lügner und „das Schöne, Gute und Wahre“ als Trug, der die Wirklichkeit der Shoah verhüllte. Seine sich selbst und anderen gegenüber unbarmherzige Haltung steckt wie ein ewiger Stachel in unserem Denken über Europa. Auschwitz liegt „bei uns“ und in Europa.

Machen wir hieraus den Kern einer empathischen neuzeitlichen Tragödie, die jedoch – im Unterschied zur antiken – keine definitive Katharsis bewirken kann. Sie verlangt, im Übermaß des Schmerzes, im Gefühl des unwiderrufbaren Verlustes zu leben. Ähnliche Gefühle weckt der Film „Der Pianist“ von Roman Polański – junge Leute in Polen weinten bitter und lange, nachdem sie ihn gesehen hatten. So teilten sie die Trauer mit Polański, der immer weint, wenn er sich an seine Mutter erinnert. Im sechsten Monat schwanger wurde sie in der Gaskammer in Auschwitz ermordet. Lange noch hoffte Polański, es sei nicht wahr und seine Mutter komme zurück (Polański, 1989, S. 49-50).

Hier gilt die Tradition, dass die Trauer nicht länger als ein Jahr andauern soll, nicht. Diese Trauer kann niemals enden. Die messianistische Mythologie greift gerne auf eine „Narratio der Erlösung“ zurück (Tokarska-Bakir, 2003, S. 98-99 sowie Tismaneanu, 1998 bzw. 2000), die ein gutes Ende vorsieht – in Gestalt des Triumphes über das Böse und in Form der moralischen Satisfaktion aufgrund der eigenen Größe. Eine derartige Strategie ist auch in Bezug auf den Holocaust nicht unüblich. Henryk Grynberg findet diese Haltung unangemessen und erklärt daher im Namen der jüdischen Gemeinschaft:

„Uns Juden aus Dobro gefallen auch die meisten Bücher nicht, die man über uns schreibt, und zwar besonders in Amerika: Idylle – Katastrophe – Kampf um Leben und Tod – Sieg über das Böse – Happy End. Also nichts Neues. Und doch wissen wir, dass es weder eine Idylle noch einen Sieg oder ein Happy End gegeben hat, nicht einmal eine Katharsis. Und dass darin das Neue besteht.“ (Grynberg, 2003, S. 98).

Eben dieses „Neue“, das meiner Meinung nach das „Neue“ einer nicht enden wollenden Trauerfeier ist, sollte zum Kern des Holocaust als Kultur werden. Imre Kertész umschrieb dies folgendermaßen: „Ich wiederhole, der Holocaust ist ein universales Erlebnis – und auch das Juden-

tum ist heute ein durch den Holocaust erneuertes universales Erlebnis“ (Kertész, 2003, S. 59). Diese Sichtweise hat ganz bestimmte Konsequenzen und ermöglicht die für Kertész grundlegende Frage: „Kann der Holocaust Werte schaffen?“ Die Antwort fällt positiv aus, allerdings nur dann, wenn die Gesellschaft ihr eigenes Bewusstsein erkennt und akzeptiert, dass „die schwere, schwarze Trauerfeier für den Holocaust ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Bewusstseins ist. [...] Der Holocaust ist ein Wert, weil er über unermessliches Leid zu unermesslichem Wissen geführt hat und damit eine unermessliche moralische Reserve birgt“ (ebd., S. 88). Die „schwere, schwarze Trauerfeier“ ist also eine ethische Haltung, die das universale Bewusstsein der Europäer definiert. Maria Czapka drückt diesen grundsätzlichen Zusammenhang wie folgt aus:

„Der furchtbarste Völkermord in der Menschheitsgeschichte, das Massaker an mehreren Millionen Juden in Polen, das von Hitler als Hinrichtungsort ausgewählt wurde, das Blut und die Asche der Opfer, die in polnischem Boden versickerten, bilden ein wichtiges Band, das Polen mit der jüdischen Nation verknüpfte, wobei es nicht in unserer Macht steht, uns von diesem Band zu lösen“ (Czapka, 1957, S. 53).

Diese Verpflichtung gilt für Polen und Europa gleichermaßen.

Bibliographie:

AGAMBEN, GIORGIO, Was von Auschwitz bleibt. Das Archiv und der Zeuge. Homo sacer III. Frankfurt/Main 2003.

ASCHERSON, NEAL, Schwarzes Meer, Frankfurt/Main, Berlin 1998.

DE BEAUVOIR, SIMONE, Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Reinbek 1968.

BEAUVOIS, DANIEL, Avant-propos de l'éditeur, in: Les confins de l'ancienne Pologne. Ukraine – Lituanie – Biélorussie XVIe-XX siècles, hg. v. DANIEL BEAUVOIS, Lille 1988.

BEAUVOIS, DANIEL, Polacy na Ukrainie 1831-1863. Szlachta polska na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie [Polen in der Ukraine 1831-1863. Der polnische Adel in Wolhynien, Podolien und im Kiewer Gebiet], Paryż 1987.

BESANÇON, ALAIN, Present soviétique et passé russe, Paris 1980.

BESANÇON, ALAIN, Wschodnia granica Europy [Die Ostgrenze Europas], in: Eurazja, Jg. III, 1, 1996 (gekürzte Fassung des Artikels: Les frontières orientales de l'Europe. Le cas russe, in: Commentaire 71, Herbst 1995).

BIRKENMAJER, JÓZEF, Bogurodzica dziewica. Analiza tekstu, treści i formy [Die jungfräuliche Mutter Gottes. Analyse von Text, Inhalt und Form], Lwów 1937.

BOROWSKI, TADEUSZ, Bei uns in Auschwitz, München 1982, 4. Aufl. 1999 (Utwory wybrane. Opracował ANDRZEJ WERNER, Wrocław – Warszawa – Kraków 1991).

Cyryl i Metody. Apostołowie i Nauczyciele Słowian. Studia i dokumenty. Część 2: Dokumenty [Kyrill und Method. Apostel und Lehrer der Slaven. Studien und Dokumente. Teil 2: Dokumente], hg. v. JAN SERGIUSZ GAJEK und Leonard Górka, Lublin 1991.

Buzzati, Dino, Die Tatarenwüste, Stuttgart 1994.

CHAUNU, PIERRE, Cywilizacja wieku Oświecenia, Warszawa 1989. (La civilisation de l'Europe des Lumières, Paris 1971).

CZAPSKA, MARIA, W odpowiedzi redaktorowi Turowiczowi [Eine Antwort auf den Redakteur Turowicz], in: Kultura 6, 1957.

CZYŻ, ANTONI, „Bogurodzica“ – między Wschodem a Zachodem. Kilka myśli o duchowej jedności Europy („Mutter Gottes“ – zwischen Ost und West. Einige Gedanken zur geistigen Einheit Europas), in: Światło i słowo. Egzystencjalne czytanie tekstów dawnych [Licht und Wort. Eine existentielle Lektüre alter Texte], Warszawa 1995.

GRABOWSKI, PIOTR, Zdanie syna koronnego o pięciu rzeczach rzeczypospolitej polskiej należących [Meinung eines Sohnes der Krone über fünf Dinge, der zur Republik gehören] (1595), Kraków 1858.

GRYNBERG, HENRYK, Monolog polsko-żydowski [Polnisch-jüdischer Monolog], Wołowiec 2003.

HARTOG, FRANÇOIS, Le miroir d'Hérodote. Essai sur la représentation de l'autre, Paris 1980.

HERLING-GRUDZIŃSKI, GUSTAW, Wyjście z milczenia. Szkice [Ausweg aus dem Schweigen. Skizzen], Warszawa 1998.

HERLING-GRUDZIŃSKI, GUSTAW, Mit den Augen Conrads, in: Polen zwischen Ost und West, in: Polnische Essays des 20. Jahrhunderts, hg. v. MAREK KLECEL, Frankfurt/Main 1995.

HERLING-GRUDZIŃSKI, GUSTAW, Welt ohne Erbarmen, München 2000. (Inny Świat, Warszawa 1992)

JAKOBSON, ROMAN, Polska literatura średniowieczna a Czesi [Polnische mittelalterliche Literatur und die Tschechen], in: Kultura 6, 1953 (Über-

arbeitete und ergänzte Fassung zweier Arbeiten, herausgegeben 1939 in einem Sammelwerk in Prag).

JEROFIEJEW, WIKTOR, *Encyklopedia duszy rosyjskiej. Romans z encyklopedią* [Enzyklopädie der russischen Seele. Romanze mit einer Enzyklopädie], Warszawa 2003 (*Enciklopedija ruskoj duszi. Roman s enciklopediej*, 1999).

JOHANNES PAUL II., *Enzyklika Slavorum Apostoli*, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 65, 2.6.1985, hg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

KERTÉSZ, IMRE, *Die exilierte Sprache. Essays und Reden*, Frankfurt/Main 2003.

KIENIEWICZ, JAN, *Polska granica Europy* [Polen als Grenze Europas], in: *Przegląd Powszechny* [Allgemeine Rundschau], 1990, 7/8.

KLINGER, JERZY, *Nurt słowiański w początkach chrześcijaństwa polskiego* [Die slavische Strömung in den Anfängen des polnischen Christentums] (1967), in: *O istocie prawosławia. Wybór pism* [Zum Wesen der griechisch-orthodoxen Kirche. Ein Auswahl von Schriften], hg. v. MICHAŁ KLINGER und HENRYK PAPROCKI, Warszawa 1983.

KONIŃSKI, KAROL LUDWIK, *Ex labyrinth*, Warszawa 1962.

KRASIŃSKI, ZYGMUNT, *Pisma filozoficzne i społeczne* [Philosophische und gesellschaftliche Schriften]. hg. v. PAWEŁ HERTZ, Warszawa 1999.

KUCHARZEWSKI, JAN, *Od białego do czerwonego caratu* [Vom weißen zum roten Zarentum], 7 Bde., Warszawa 1923-1935.

LEHR-SPLAWIŃSKI, TADEUSZ, *Od piętnastu wieków. Szkice z pradziejów i dziejów kultury polskiej* [Seit fünfzehn Jahrhunderten. Skizzen zur Vorgeschichte und Geschichte der polnischen Kultur], Warszawa 1961.

LEHR-SPLAWIŃSKI, TADEUSZ, *Szkic dziejów języka prasłowiańskiego* [Skizzen zur Geschichte der urslavischen Sprache], in: *Studia z filologii polskiej i słowiańskiej* [Studien zur polnischen und slavischen Philologie], Bd. 3, Kraków 1958.

LEVI, PRIMO, *Ist das ein Mensch?*, München 1992, 11. Aufl. 2002.

ŁOWMIAŃSKI, HENRYK, *Religia Słowian i jej upadek (w. VI-XII)* [Die Religion der Slaven und ihr Untergang, 6.-12. Jh.], Warszawa 1979.

MALIA, MARTIN, *L' Occident et l'enigme russe. Du cavalier de bronze au mausolee de Lenine*, Paris 2003 (*Russia under Western Eyes: From the Bronze Horsemen to the Lenin Mausoleum*, Cambridge 1999)

MANN, THOMAS, Deutschland und die Deutschen, in: Stockholmer Gesamtausgabe, Bd. II: Reden und Aufsätze, 1965, S. 313-335.

MAŃKOWSKI, TADEUSZ, Genealogia sarmatyzmu [Genealogie des Sarmatismus], Warszawa 1946.

MAZURKIEWICZ, ROMAN, Deesis. Idea wstawiennictwa Bogarodzicy i św. Jana Chrzyciela w kulturze średniowiecznej (Deesis. Die Idee der Fürbitte der Mutter Gottes und Johannes des Täuflers in der mittelalterlichen Kultur), Kraków 2002, 2. überarbeitete Auflage.

MICKIEWICZ, ADAM, Todtenfeier, Leipzig 1887.

MIŁOŻ, CZESŁAW, Szukanie ojczyzny [Auf der Suche nach dem Vaterland], Kraków 1992.

MINIAT, MICHAŁ, Wierność i klątwa. Losy misji Konstantyna i Metodego [Glaube und Kirchenbann. Das Schicksal der Mission von Konstantin und Method], Warszawa 1971.

PADALICA, TADEUSZ [ZENON FISZ], Opowiadania i krajobrazy. Szkice z wędrówek po Ukrainie [Erzählungen und Landschaften. Skizzen von Wanderungen durch die Ukraine], Bd. II, Wilno 1856.

PARRINGTON, VERNON LOUIS, Główne nurty myśli amerykańskiej. Romantyczna rewolucja w Ameryce 1800-1860 [Hauptströmungen des amerikanischen Denkens. Die romantische Revolution in Amerika 1800-1860], Warszawa 1970 (Main Currents in American Thought. The Romantic Revolution in America. 1800-1860).

POGONOWSKA, EWA, Dzikie biesy. Wizja Rosji sowieckiej w antybolszewickiej poezji polskiej lat 1917 – 1932 [Wilde Dämonen. Das Bild des sowjetischen Russlands in der polnischen antibolschewistischen Poesie der Jahre 1917 – 1932], Lublin 2002.

POL, WINCENTY, Wybór poezji [Eine Auswahl der Poesie], hg. v. MARIA JANION, Wrocław – Warszawa – Kraków 1963.

POLAŃSKI, ROMAN, Roman, Warszawa 1989 (Roman by Polański, 1984).

POTKAŃSKI, KAROL, Konstantyn i Metodyusz [Konstantin und Metod], in: Przegląd Powszechny 1905.

PRZEBINDA, GRZEGORZ, „Orientale lumen“ Papieża z Polski [Das „Orientale lumen“ des polnischen Papstes], in: Ders., Między Moskwą a Rzymem. Myśl religijna w Rosji XIX i XX wieku [Zwischen Moskau und Rom. Religiöses Denken in Russland im 19. und 20. Jahrhundert], Kraków 2003.

RECHOWICZ, MARIAN KS., Sprawa obrządku cyrylo-metodiańskiego w Polsce. Przegląd dyskusji [Die Frage des kyrillo-methodianischen Ritus in Polen. Zum Diskussionsstand], in: *Pastori et magistro... dla uczczenia jubileuszu P. Kalwy* [Pastori et magistro... zu Ehren des Jubiläums von P. Kalwa], Lublin 1966.

RYKLIN, MICHAŁ, Russisches Schibboleth, in: *Kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa* 11, 2003,

SAID, EDWARD W., *Orientalismus*, Frankfurt/Main – Berlin – Wien 1981.

SIENKIEWICZ, HENRYK, *Dzieła* [Werke], Bd. 2, Warszawa 1950.

Słownik sarmatyzmu. Idee, pojęcia, symbole [Wörterbuch des Sarmatismus. Ideen, Begriffe, Symbole], hg. v. ANDRZEJ BOROWSKI, Kraków 2001.

SOFSKY, WOLFGANG, *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager*, Frankfurt/Main 1993.

SOFSKY, WOLFGANG, *Traktat über die Gewalt*, Frankfurt/Main 1996.

SZCZEPANOWSKI, STANISŁAW, *Idea polska. Wybór pism* [Die polnische Idee. Eine Auswahl von Schriften], hg. v. STANISŁAW BORZYM, Warszawa 1987.

SZEWCZENKO, IHOR, *Ukraina między Wschodem a Zachodem* [Die Ukraine zwischen Ost und West], Warszawa 1996.

STENDER-PETERSEN, ADOLF, *Die kyrillo-methodianische Tradition bei den Polen, Cyrillo-Methodiana. Zur Frühgeschichte des Christentums bei den Slaven. 863-1963*, hg. v. M. HELLMANN, R. OLESCH, B. STASIEWSKI, F. ZAGIBA, Köln – Graz 1964.

SULIMIRSKI, TADEUSZ, *Sarmaci* [Die Sarmaten], Warszawa 1979. (The Sarmatians, 1970)

SWIEŻAWSKI, STEFAN, *Lampa wiary: rozważania na przełomie wieków* [Das Glaubenslicht: Überlegungen zur Jahrhundertwende], Kraków 2000.

SZABÓ, LÁSZLÓ CS., *Trzy siostry. Europa Środkowa w chrześcijańskim średniowieczu* [Die drei Schwestern. Mitteleuropa im christlichen Mittelalter], in: *Więź* 11–12, 1989.

TAZBIR, JANUSZ, *Polska przedmurzem Europy* [Polen als Vormauer Europas], Warszawa 2004.

TAZBIR, JANUSZ, *Przedmurze jako miejsce Polski w Europie* [Die Vormauer als Polens Platz in Europa], in: *Rzeczpospolita i świat. Studia z dziejów*

kultury XVII wieku [Republik und Welt. Studien zur Kulturgeschichte des 17. Jahrhunderts], Wrocław – Warszawa – Kraków – Gdańsk 1971.

THOMPSON, EWA M., *Trubadurzy imperium. Literatura rosyjska i kolonializm* [Troubadure des Imperiums. Russische Literatur und Kolonialismus], Kraków 2000 (Imperial Knowledge. Russian Literature and Colonialism, London 2000).

TISMANEANU, VLADIMIR, *Wizje zbawienia. Demokracja, nacjonalizm i mit w postkomunistycznej Europie* [Heilsvisionen. Demokratie, Nationalismus und Mythos im postkommunistischen Europa], Warszawa 2000 (Fantasies of Salvation. Democracy, Nationalism, and Myth in Post-Communist Europe, Princeton 1998)

TOKARSKA-BAKIR, JOANNA, *Skandalista Henryk Grynberg* [Der Skandalisierer Henryk Grynberg], in: *Res Publica Nova*, Juni 2003.

UMIŃSKI, JÓZEF KS., *Obrządek słowiański w Polsce IX-X wieku i zagadnienie drugiej metropolii polskiej w czasach Bolesława Chrobrego* [Der slavische Ritus in Polen im 9.-10. Jahrhundert und die Frage eines zweiten polnischen Bischofssitzes zur Zeit von Boleslaus dem Tapferen], in: *Roczniki Humanistyczne KUL*, 1953, erschienen 1954, Heft 4.

URBAŃCZYK, STANISŁAW, „Bogurodzica“. *Problemy czasu powstania i tła kulturalnego* [„Mutter Gottes“. Probleme der Entstehungszeit und des kulturellen Hintergrundes], in: *Pamiętnik Literacki*, 1978, Heft 1.

WALICKI, ANDRZEJ, *Filozofia a mesjanizm. Studia z dziejów filozofii i myśli społeczno-religijnej romantyzmu polskiego* [Philosophie und Messianismus. Studien zu Philosophiegeschichte und zum sozioreligiösen Denken der polnischen Romantik], Warszawa 1970.

WALICKI, ANDRZEJ, *Rosja, katolicyzm i sprawa polska* [Russland, der Katholizismus und die polnische Frage], Warszawa 2002.

WALICKI, ANDRZEJ, *Wschodnie płuco* [Der östliche Lungenflügel]. *Gespräch in: Gazeta Wyborcza* vom 20./21. September 2003.

WAŃKOWICZ, MELCHIOR, *Było to dawno* [Vor langer Zeit], hg. v. TOMASZ JODEŁKA-BURZECKI, Warszawa 1981.

WILSON, ANDREW, *Ukraińcy* [Die Ukrainer], Warszawa 2002 (The Ukrainians. Unexpected Nation, New Haven 2002).

WITKIEWICZ, STANISŁAW IGNACY, *Der verfluchte Sarmate*, Essay aus dem Band „Niemyte dusze“ [Ungewaschene Seelen], in: *Polen zwischen Ost und West. Polnische Essays des 20. Jahrhunderts*, hg. v. MAREK KLECEL,

Frankfurt/Main 1995. (Narkotyki. Niemyte dusze. Einführung und Bearbeitung von ANNA MICIŃSKA, Warszawa 1975).

ZORIAN DOŁĘGA CHODAKOWSKI, O Sławiańszczyźnie przed chrześcijaństwem oraz inne pisma i listy [Über das vorchristliche Slaventum sowie andere Schriften und Briefe], hg. v. JULIAN MAŚŁANKA, Warszawa 1967.

Aus dem Polnischen von Ruth Henning

CHRISTIAN LÜBKE

DAS MITTELALTERLICHE POLEN IN SEINEN EUROPÄISCHEN BEZÜGEN

EINE GRAUZONE IM OSTEN DES KONTINENTS

Als eine Grauzone bezeichnete der vor einigen Jahren verstorbene polnische Historiker Alexander Gieysztor jene europäischen Landstriche des 9. Jahrhunderts, die sich im Osten des Kontinents außerhalb der Wirkfelder der beiden Römischen Kaiserreiche befanden, die seit der Kaiserkrönung Karls des Großen im Jahr 800 miteinander konkurrierten. Das infolge dieses Aktes entstandene mächtropolitische und konfessionelle Spannungsfeld zwischen Aachen und Rom auf der einen und Konstantinopel auf der anderen Seite schuf aber eine Ausgangssituation, die es politischen Gemeinschaften und regionalen Herrschaftsträgern in diesem potentiellen Expansionsraum erlaubte, aus seinem Dunkel hervorzutreten, die Aufmerksamkeit der Kaiser und ihrer Höfe zu erlangen, sich zu profilieren und gegenüber den imperialen Hegemonialmächten zu emanzipieren und sich schließlich in die europäische Kulturgemeinschaft einzuordnen.

Dabei gehörte Polen zu jenen Regionen, die erst geraume Zeit später, nach der Mitte des 10. Jahrhunderts, in das Blickfeld der schriftlichen Quellen gerieten. Sogar noch in der ersten geschlossenen Darstellung der Geschichte Polens, der „Chronik und Taten der Herzöge und Fürsten Polens“, die ein anonym, aus „Gallien“ stammender und deshalb als Gallus Anonymus bezeichneter Kleriker am Beginn des 12. Jahrhunderts verfasste, klagte der Verfasser, dass Polen nur wenigen bekannt sei, weil es abseits von den Pilgerstraßen liege und nur einige Händler es auf dem Weg nach Osten, in den altrussischen Staat der Kiever Rus', durchquerten. Diese Beurteilung hat, wenn man die heute bekannten Informationen über Kommunikationswege und Austauschzone des frühen Mittelalters in Betracht zieht, für die vorangehenden Jahrhunderte sogar noch größere Berechtigung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die einst in der Antike viel befahrenen Handelswege, auf denen man über Weichsel und Oder Bernstein und Pelze von der Ostsee und aus dem Norden nach Süden transportiert hatte, im Zusammenhang mit den großen Wanderungsbewegungen der Spätantike unterbrochen worden und in Vergessenheit geraten waren.

Nach der Mitte des ersten christlichen Jahrtausends aber waren dann weite Gebiete an diesen Flüssen wie überhaupt die ganze Großregion von Gruppen besiedelt, die sich in ihrer Lebensweise und materiellen Kultur nicht besonders unterschieden, ja die sogar die gleiche – die slavische – Sprache benutzten. Deshalb gab es auch wenig Anreize für den Austausch von Waren oder gar für die Übernahme anderer Handwerkstechniken oder Lebensweisen.

Solche Impulse kamen aber schließlich von der Peripherie: von den Grenzzonen zwischen dem alten Römerreich und dem *barbaricum* im Osten, zwischen den im Ackerbau tätigen Slaven und den Steppenvölkern des pontischen Raumes, zwischen den Slaven und Balten auf der einen und den Skandinaviern auf der anderen Seite der Ostsee. In diesen ethnischen und kulturellen Kontaktzonen entstanden Handelsbeziehungen, die zu einem guten Teil der Jagd auf Sklaven zu verdanken waren, die man mit hohem Gewinn nach Byzanz und in den muslimischen Raum nach Bagdad oder Spanien verkaufte. Dieser Handel entfaltete aber auf dem Weg über die Transitrouten seine stimulierende Wirkung auch auf das Binnenland, von wo nach und nach weitere Waren eingespeist wurden: wertvolle Pelze und Erzeugnisse der Waldwirtschaft wie Wachs und Honig, wovon der ganze Kontinent profitierte.

Diese Entwicklung ist an dem aus dem 9. Jahrhundert stammenden ältesten Dokument abzulesen, das die Kenntnis über die Gebiete jenseits der Reichsgrenzen „am nördlichen Ufer der Donau“ genauer dokumentiert. Es handelt sich um eine im Grunde ganz karge Liste von Völkernamen, die wahrscheinlich am Hof der ostfränkischen Könige in Regensburg entstand und als „Bayerischer Geograph“ bezeichnet wird, und die mit einigem Recht als eine Art Leitfaden für Fernhändler interpretiert worden ist. An ihr ist zu erkennen, dass man über die Peripherie des späteren Polen, das heißt über die Ostseeküste, Schlesien und das obere Weichselgebiet, viel mehr wusste als über das spätere Kernland, wo sich aber an Warthe und Neiße jene Herrschaftsbildung vollzog, in deren Ergebnis in den sechziger Jahren des 10. Jahrhunderts ein mächtiger Fürst hervortrat: Polens erster historisch belegter Herrscher Mieszko I. aus der Familie der Piasten.

Die Erweiterung des christlichen Europa

Es war kein Zufall, dass dieses Auftreten im Zusammenhang mit dem ersten wirklichen Versuch stand, das erneuerte Römische Reich westlicher Prägung und damit das damalige christliche Europa weit nach Osten auszuweiten. Dieser Plan ging von dem ostfränkisch-sächsischen König Otto I. dem Großen, aus, der am 2. Februar 962 in Rom zum Kaiser gekrönt

wurde, wobei seine zuvor errungenen Erfolge im Kampf gegen die „Heiden“ – die heidnischen Elbslaven und die Ungarn – das wesentliche Argument dafür bildeten, gerade ihn mit dieser höchsten weltlichen Würde im Bereich der römischen Kirche zu betrauen. Als Kaiser beabsichtigte Otto auch die völlige Neugestaltung der Kirchenorganisation östlich seines Reiches, wobei Magdeburg im Zentrum seiner Überlegungen stand. Hier wollte Otto ein Erzbistum, eine große Metropole für das gesamte Slavenland, errichten, ohne dass eine Begrenzung ihres Wirkungsbereiches im Osten vorgesehen war. Diese weite Dimension der Planungen hing mit einem Ereignis zusammen, das Otto bewusst gemacht hatte, wie hoch sein Ansehen als Sieger über die Heiden und als Förderer des Christentums schon geworden war. Denn im Jahr 959 waren überraschend Gesandte aus Kiev vor ihm erschienen und hatten im Namen der dortigen Fürstin Ol’ga um einen Bischof und Priester für ihr Volk gebeten. Zwar war Otto für solche kirchlichen Belange weit außerhalb seines Herrschaftsbereiches gar nicht zuständig, doch belegt der Irrtum der Fürstin den bis weit nach Osten gedungenen Ruf Ottos, den dieser durch die Entsendung eines Missionsbischofs noch unterstreichen wollte. Der traf ungefähr zu jener Zeit in Kiev ein, als Otto in Rom zum Kaiser gekrönt und für seine Verdienste um die Mission der heidnischen Völker gepriesen wurde. Wenn man dabei in Rom die Hoffnung hegte, das römische Christentum quasi im Rücken der byzantinischen Kirche verbreiten zu können, war diese verfrüht. Denn Ol’ga hatte lediglich als Regentin für ihren noch minderjährigen Sohn Svjatoslav agiert, der, als er die Herrschaft übernahm, sofort einer heidnischen Reaktionsbewegung nachgab, so dass die Missionare zum Teil getötet wurden, zum Teil mit knapper Not entkamen. Und dennoch sollte die ottonische Delegation ihre Folgen haben: Der Missionsbischof Adalbert kam auf seiner Reise durch die böhmische Burg Libice und lernte die Familie ihres Herren Slavnik kennen, und nachdem Adalbert im Jahr 968 zum ersten Erzbischof in Magdeburg geweiht worden war, schickte Slavnik seinen Sohn Vojtěch (polnisch Wojciech), für den der Erzbischof als Firmpate fungierte, zur Erziehung auf die Magdeburger Domschule; es handelte sich um den späteren Heiligen Adalbert, den Bischof von Prag und Märtyrer der Prußenmission*, der mit einigem Recht als „Brückenbauer zwischen dem Westen und Osten Europas“ bezeichnet wird.

* Die baltisch-sprachigen Prußen lebten östlich der Weichsel und grenzten somit unmittelbar an das Herrschaftsgebiet der polnischen Fürsten. Der weiteren Expansion ihrer Herrschaft am Ende des 10. Jahrhunderts sollte auch die christliche Mission dienen, die von Boleslaw I. Chrobry unterstützt wurde; dieser erste Missionsversuch blieb aber erfolglos. Die ständigen Kämpfe im polnisch-prußischen Grenzgebiet sollten schließlich im 13. Jahrhundert zur Vorgeschichte der Niederlassung des Deutschen Ritterordens in Preußen gehören.

Zunächst aber hatte sich die Realisierung von Ottos Magdeburger Plänen verzögert, weil die zuständigen Bischöfe in Deutschland ihre Zustimmung verweigerten. Genau in diese Zeit, in das Jahr 963, fällt die erste Erwähnung Mieszkos, der damals versuchte, seine Macht westlich über die Oder und auf das handelspolitisch wichtige Odermündungsgebiet auszudehnen, dabei aber schwere Niederlagen hinnehmen und die Überlegenheit des ostfränkisch-deutschen Reichs und seines Markgrafen Gero anerkennen musste. In dieser Situation entschloss sich Mieszko zu einem grundlegenden Wandel seiner Politik. Der erste Schritt war die Anerkennung der Oberherrschaft des Reiches in den elbslavischen Gebieten westlich der Oder, wobei er aber seinen Einfluss im Land Lebus beiderseits der Oder aufrechterhalten konnte; die Burg Lebus, an einem Oderübergang einige Kilometer flussabwärts des erst viel später gegründeten Frankfurt gelegen, sollte noch bis ins frühe 13. Jahrhundert ein „Brückenkopf“ der piastischen Herrschaft westlich der Oder bleiben. Allerdings musste sich der Fürst damals auch zur Zahlung eines Tributes an den Kaiser verpflichten, den er aber nicht für sein gesamtes Herrschaftsgebiet, sondern nur „bis zum Fluss Warthe“ entrichtete. Damit war die Gegend bis Santok am Zusammenfluss von Warthe und Netze gemeint, bis wohin sich das Land Lebus erstreckte.

Doch ging Mieszkos Blick schon über die bloße Festigung seiner Position an der Oder hinaus. Vor allem muss er, wie zuvor die Kiever Fürstin, wie aber auch schon viel früher die slavischen Fürsten Böhmens und Mährens, erkannt haben, dass allein der Übertritt zum Christentum ihm und seinem Land für die Zukunft eine aktive Rolle in der Gemeinschaft der europäischen Herrscher sichern würde. Es spricht für seine politische Weitsicht, dass er sich in dieser Frage dem Einfluss des Kaisers entzog und die Taufe ohne dessen Zutun annahm, nämlich in einem Zug mit der Heirat der Tochter des christlichen Prager Fürsten Boleslav I., Dobrawa, die Mieszko im Jahr 963 oder 964 zur Gemahlin erhielt. Damit gewann er zugleich Frieden mit seinem südlichen Nachbarn, der in den vorangegangenen Jahrzehnten seine Herrschaft über Schlesien und Kleinpolen (mit Krakau) ausgebaut hatte. Die dortige Konkurrenzsituation beider Herrscher war zunächst beseitigt, und Mieszko erlangte Rückenfreiheit, ja sogar militärische Unterstützung aus Böhmen, für einen erneuten Zugriff auf das Mündungsgebiet der Oder; später eroberten Mieszko und sein Sohn Boleslaw auch Schlesien und Krakau.

Die Annahme des Christentums und die verwandtschaftliche Beziehung zu dem schon arrivierten Prager Fürsten verliehen Mieszko, der wenig zuvor noch als Anführer von „Barbaren“ gegolten hatte, aber zugleich eine völlig neue Position in dem damaligen politischen Gefüge, wozu auch die Beziehungen zu der päpstlichen Kurie in Rom zählten; in seinen letzten Regierungsmonaten sollte Mieszko gar seinen ganzen „Staat Gnesen“

(*civitas Schinesghe*) dem heiligen Petrus in Rom übereignen, um auf diese Weise den apostolischen Schutz für sein Land und seine Familie – die spätere sächsische Gemahlin Oda und die gemeinsamen Söhne – zu erlangen. Jedenfalls konnten in einer Phase, als man in Rom und an den deutschen Bischofsresidenzen noch um eine einvernehmliche Regelung zur endgültigen Gründung des Erzbistums Magdeburg rang, die realen Verhältnisse in den Ländern östlich der Oder nicht außer acht bleiben. Die Beziehungen zum Reich und seinen Repräsentanten an der Ostgrenze erreichten eine ganz neue Qualität, die sich in der Bezeichnung Mieszkos als „Freund des Kaisers“ (*amicus imperatoris*) widerspiegelt, womit der Chronist Widukind von Corvey zweifellos mehr als eine bloße persönliche Freundschaft meinte: „Freundschaft“ (*amicitia*) war ein formell geschlossenes Bündnis, das die Partner zu gegenseitiger Hilfe verpflichtete, und das der Kaiser als oberster Schutzherr der Christenheit nur mit einem Christen eingehen konnte.

Allerdings kam es nicht, wie Otto erhofft hatte, zur Einbeziehung von Mieszkos Herrschaftsgebiet in das Erzbistum Magdeburg. Zwar war der mit der Fürstin Dobrawa an Mieszkos Hof gelangte erste Bischof Jordan bei den ersten Amtshandlungen des neuen Magdeburger Erzbischofs anwesend, und die Magdeburger Kirche reklamierte noch bis ins 12. Jahrhundert hinein Hoheitsrechte über Posen, wo Jordan seinen Sitz nahm, und sogar über die gesamte polnische Kirche, doch blieb das Erzbistum real auf fünf Diözesen im Raum der Elbslaven westlich der Oder beschränkt.

Wenn auch keineswegs ungetrübt entstanden also innerhalb weniger Jahre auf der höchsten politischen Ebene und in kirchlichen Angelegenheiten intensive Beziehungen des polnischen Fürsten zum ottonischen Reich und damit zum damaligen Europa. Mieszko ebenso wie sein Nachfolger Boleslaw „der Tapfere“ waren zeit ihres Lebens erstaunlich intensiv in das Geschehen in Deutschland eingebunden: auf der Seite des bayerischen Herzogs Heinrich „des Zänkers“ in die zeitweilige Opposition gegen Otto II. und den kleinen Otto III., in der tatkräftigen Unterstützung der Kämpfe gegen die heidnischen Elbslaven oder in ihren durch Heiraten entstandenen engen Beziehungen zum sächsischen Adel. Als Mieszko im Jahr 992 starb, trug man seinen Namen in Verbindung mit dem Ehrentitel „Markgraf“ (*marchio*) in die Totenannalen der Reichsabtei Fulda ein, und sein gleichnamiger Enkel wurde im Jahr 1013 in Merseburg mit der Prinzessin Richeza aus dem Kaiserhaus vermählt.

Kaisertum und mittelalterliche Nationen

In dem ersten Jahrzehnt der Regierungszeit Boleslaws I. lief alles auf die weitere Integration Polens in das Römische Kaiserreich hinaus, das Otto III. ideologisch erneuern wollte (*renovatio imperii*). Dabei schufen die persönlichen Beziehungen beider Herrscher zu Bischof Adalbert von Prag eine gemeinsame Plattform, besonders nachdem Adalbert im Jahr 997 den Märtyrertod erlitten und Boleslaw seine Gebeine von den Prußen aufgekauft hatte, um sie in seiner Hauptstadt Gnesen als Reliquien aufzubahren und zum Mittelpunkt eines lebhaften Heiligenkultes zu machen. Im Jahr 1000 unternahm der Kaiser eine Pilgerfahrt nach Gnesen, wo er von Boleslaw großartig empfangen wurde, und wo er den polnischen Herrscher zum „Mitarbeiter des Reiches“ (*cooperator imperii*) erhob. Dieser „Akt von Gnesen“ symbolisierte sinnfällig die Integration des ehemals heidnischen *barbaricum* in die christliche Welt, eine Konstellation, die den zeitgenössischen Maler einer Dedikationsszene an den Kaiser veranlasste, die darauf abgebildeten, Gaben darbringenden, Mädchen als die vier Provinzen seines Reiches zu bezeichnen: Gallia, Germania, Roma und – erstmals an ihrer Seite – Sclavinia, das Slavenland. Vieles spricht dafür, dass der polnische Fürst, ebenso wie einige Monate später der ungarische Großfürst Stephan, auch zum König gekrönt werden sollte. Jedenfalls überreichte Otto Boleslaw eine Nachbildung der heiligen Lanze des Reiches samt einem Nagel vom Kreuz Christi als Symbol für die Übertragung von Herrschaftsrechten sowie der Pflicht, als „Verteidiger der Kirche“ (*defensor ecclesiae*) zu dienen; bis heute wird die Heilige Lanze im Krakauer Domschatz aufbewahrt. Seinen bildhaften Ausdruck fand diese Szene in dem Widmungsbild des Aachener Evangeliars Otto III., in dem der Kaiser von zwei unter ihm stehenden Lanzenträgern flankiert wird, die sich – als Könige – über vier kirchliche Würdenträger erheben. An der bewussten, sinnbildlichen Anordnung der Personen ist nicht zu zweifeln, und auf die konkrete Situation des Jahres 1000 übertragen, können mit den beiden Lanzenträgern nur jene Fürsten zweier Reiche (*regna*) gemeint sein, die dem Umfeld von *renovatio imperii* und Adalbertkult zugehörten: Boleslaw von Polen und Stephan von Ungarn.

Der baldige Tod Ottos III. (1002) verhinderte aber die Realisierung des Gnesener Konzeptes, und die Regierung seines Nachfolgers Heinrich II. begann mit einer scharfen außenpolitischen Wende, die in langjährige gewaltsame Auseinandersetzungen mit Boleslaw mündete, in denen Heinrich die Anerkennung seiner höheren Autorität erzwingen wollte. Der Hoftag in Merseburg, wo 1013 die in Gnesen verabredete Eheschließung von Boleslaws Sohn Mieszko mit Ottos III. Nichte Richeza realisiert wurden, bildete darin nur eine kurze Atempause. Erst im Jahr 1018 schloss

Heinrich II. mit Boleslaw Frieden, der nun zwei lange umkämpfte Landschaften (Nieder- und Oberlausitz) in den Elbmarken zu Lehen erhielt. Und als Heinrich im Jahr 1024 starb, holte Boleslaw sofort die fast ein Vierteljahrhundert zuvor versprochene Königskrönung nach, und nach seinem baldigen Tod (1025) ließ sich auch Mieszko II. sofort zum König krönen.

Da die Krönung ohne das Einverständnis von Heinrichs Nachfolger Konrad (II.) erfolgt war, blieb der Grundkonflikt zwischen dem römischen Kaisertum und seinen östlichen Nachbarn virulent. In den erneut ausgebrochenen Kämpfen war Mieszko II. aber nicht der gleiche Erfolg vergönnt wie seinem Vater, denn in einem Zweifrontenkrieg konnte er die gleichzeitigen Angriffe von Osten, von der Kiever Rus' her, und von Westen nicht abwehren. Bald darauf musste er aus Polen fliehen, und sein unter Kiever Protektion auf den Thron gelangter Halbbruder Bezprym sandte Konrad II. die Krönungsinsignien als Zeichen der Unterwerfung. 1033 in Merseburg demonstrierte Konrad seine Machtvollkommenheit, als er die Aufteilung des Landes unter drei „Tetrarchen“ verfügte, darunter auch Mieszko. Nach Mieszkos Tod (1034) und der Flucht seiner Gemahlin Richeza und des Thronfolgers Kasimir aber zerfiel jegliche Zentralordnung samt der Kirchenorganisation und vielerorts triumphierte die traditionelle, vorchristliche Gentilreligion über das noch auf die Unterstützung der Fürstenmacht angewiesene Christentum, ja die erzbischöfliche Stadt Gnesen wurde – wahrscheinlich 1039 – durch den böhmischen Fürsten Břetislav sogar der Reliquien des hl. Adalbert beraubt.

Dieses Ereignis markiert den Tiefpunkt der frühen Piastenzzeit, aber zugleich auch den Neubeginn auf der Basis der Solidarität der christlichen Mächte. Denn Kasimir „der Erneuerer“ verzichtete auf das umfangreiche Erbe, das ihm als Enkel des rheinischen Pfalzgrafen Ezzo in Deutschland hätte zufallen können, und kehrte mit Unterstützung Kaiser Heinrichs III. nach Polen zurück, wobei er auch auf die Hilfe seines Schwiegervaters, des Großfürsten Jaroslav von Kiev, bauen konnte. Gleichzeitig mit der allmählichen Wiederherstellung der piastischen Herrschaft kamen auch wieder Kleriker ins Land, vor allem die von Kasimir geförderten Benediktiner, und es entstanden romanische Kirchenbauten (in Tyniec, Mogilno, Tum und auf dem Wawel in Krakau), deren Bauweise Einflüsse aus dem Rhein-Maas-Gebiet widerspiegelt, woher Richeza stammte.

In außenpolitischer Hinsicht erwies sich von nun an der polnisch-böhmische Konflikt um die Herrschaft über Schlesien als bedeutsam, da dieser es im Verlauf vieler Jahrzehnte den Kaisern immer wieder erlaubte, ihre Autorität als Schiedsrichter ins Spiel zu bringen, bis sich Schlesien seit dem 13. Jahrhundert unter seinen piastischen Teilfürsten verselbständigte und schließlich aus dem Verband Polens ausschied. Die Konkurrenz und gegensätzliche außenpolitische Positionierung der Fürsten Polens und Böhmens

sorgte auch dafür, dass beide im Zusammenhang mit Reichsangelegenheiten, vor allem mit dem Investiturstreit, mit Königskronen ausgestattet wurden. Zunächst konnte sich Bolesław II. „der Kühne“ mit Unterstützung Papst Gregors VII. zum König krönen lassen (1076). Dann belohnte 1085 Gregors Gegenspieler Kaiser Heinrich IV. seinen treuen Gefolgsmann Vratislav II. von Böhmen mit der Königskrone. Beide Kronen waren allerdings an die Personen gebunden und nicht erblich, was aber für Polen längerfristige Folgen hatte: Während in Böhmen Přemysl I. Otakar 1198 die Erblichkeit dieser Würde erlangte, nachdem schon Vladislav II. die Krone getragen hatte, dauerte es in Polen (nach dem Zwischenspiel unter Przemysł 1295/96 sowie Wenzel II. und Wenzel III. 1300/05) bis zum Jahr 1320, als Władysław „Ellenlang“ durch den Gnesener Erzbischof in Krakau zum „König von ganz Polen“ (*rex totius Poloniae*) gekrönt wurde und Polen an Würde mit den benachbarten Königreichen (Böhmen und Ungarn) gleichzog. Der damals in der Hauptstadt zelebrierte Akt wurde von nun an bis 1764 in der Kathedralkirche auf dem Wawel vollzogen.

Periphere Verflechtungen und Regionalisierung

Bolesław II., der sich dem hegemonialen Anspruch des Kaisertums mit Erfolg entzogen hatte, war der einzige polnische Herrscher, der je vom Thron gestürzt wurde (1079 wegen der grausamen Hinrichtung des Bischofs Stanisław von Krakau). Er fand in Władysław Hermann einen Nachfolger, der sich als Gemahl einer Schwester Heinrichs IV. (Judith) um die Verbesserung der Beziehungen zum Reich bemühte. An seinem Hof im masowischen Plock wirkte auch der spätere Bischof von Bamberg, Otto, zu einer Zeit, als Gallus Anonymus jene Klage über die geringe Bekanntheit Polens formulierte. Zu einem guten Teil war diese Isolierung auf den „gentilen Keil“ (Jürgen Petersohn) zurückzuführen, jene heidnisch gebliebene Region an der Ostsee und an der unteren Oder, die sich seit dem Ende des 10. Jahrhunderts zwischen Deutschland und Polen geschoben hatte. Auf das Land dieser „Heiden“ richteten sich aber jetzt immer begehrtlicher die Blicke ihrer christlichen Nachbarn, und von Osten her machte der nächste polnische Fürst Bolesław III. „Schiefmund“ seinen Einfluss auf den pomoranischen Fürsten Wartislaw von Stettin geltend, der seinerseits westlich über die Oder in das Gebiet der elbslavischen Lutizen expandierte, die sich lange erfolgreich gegen die Oberherrschaft des Reiches zur Wehr gesetzt hatten. Um seine Position in diesem Gebiet weiter auszubauen, beauftragte Bolesław im Jahr 1124 Otto von Bamberg mit der Mission der Pomoranen.

Die damalige Konstellation war in gewisser Weise symptomatisch für die weitere Entwicklung in dem Grenzsaum zwischen dem Reich und

Polen. Denn dieses Land wurde in den großen Kolonisationsprozess des Hochmittelalters einbezogen, der von West nach Ost fortschreitend noch den gesamten Osten des Kontinents erfassen sollte. In seinem Verlauf wurde zuvor unbebautes Land mit neuen Methoden urbar gemacht und von Siedlern aus dem Westen bearbeitet, denen man das vorteilhafte *ius emphyteuticum* zubilligte, das Recht, den Boden gegen eine genau definierte Summe Geldes zu bewirtschaften und den Hof zu vererben. Damit einher ging die Gründung von rechtlich privilegierten Städten, wodurch die gesamte arbeitsteilige wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt wurde. Das noch von heidnischen Slaven besiedelte Land zwischen Elbe und Oder und an der Ostsee, das man sich mit dem Segen der Kirche und durch Kriegerecht aneignen wollte, war für die planmäßige Anwendung solcher Maßnahmen wie geschaffen.

Aus diesem Grund wollten auch die Nachbarmächte Bolesław das Feld nicht ohne weiteres überlassen. Als Otto von Bamberg im Jahr 1128 eine zweite Missionsreise unternahm, arbeitete er eng mit den westlichen, deutschen geistlichen und weltlichen Herren zusammen, mit König Lothar, Erzbischof Norbert von Magdeburg und dem Markgrafen Albrecht „dem Bären“. Auch Fürst Wartislaw setzte nun auf die deutsche Karte und hoffte, auf diese Weise seine Abhängigkeit von Polen abschütteln zu können. Auf einem Hoftag in Merseburg im Jahr 1135 sah sich der polnische Fürst daher gezwungen, die Oberherrschaft des Reiches über die Küstenländer anzuerkennen, indem er Lothar, der inzwischen zum Kaiser gekrönt worden war, als Vasall einen Treueid schwor und Pommern mit Rügen, das er noch gar nicht erobert hatte, als Lehen aus seiner Hand entgegennahm. An der weiteren Entwicklung in diesem Gebiet, das durch den „Wendenkreuzzug“ von 1147, durch die Eroberungen Herzog Heinrichs des Löwen und durch die zeitweise Großmachtstellung Dänemarks gekennzeichnet war, hatte Polen aber gar keinen Anteil mehr, weil es nach dem Tod Boleslaws (noch in 1135) durch innere Konflikte erschüttert wurde. Der Fürst hatte nämlich in Übereinstimmung mit den Großen seines Reiches seinen Söhnen testamentarisch bestimmte Territorien zugewiesen, die durch die Oberherrschaft des ältesten, des „Seniorfürsten“, zusammengehalten werden sollten. Diese Erbfolgeregelung erreichte jedoch ihren Zweck nicht, Konkurrenzkämpfe zwischen den Erben zu verhindern, ja sie förderte den Zerfall Polens in Regionen, in denen sich nach und nach dynastische Seitenlinien der Piasten bildeten: In Schlesien herrschte die von Władysław II. abgeleitete Linie, in Kleinpolen mit Masowien festigte sich die Herrschaft der Nachkommen Kasimirs II., und in Großpolen setzten sich die Erben Mieszkos III. durch. Die einzelnen Zweige der Piasten entwickelten auch außenpolitisch unterschiedliche Konzepte, in denen die jeweiligen Nachbarn jenseits der Außengrenzen eine wichtige Rolle spielten: die verschie-

denen altrussischen Fürstentümer im Osten, die pommerschen Herzöge und die deutschen Markgrafen im Westen sowie Böhmen und Mähren im Süden.

Mit Deutschland waren vor allem die schlesischen Fürsten verbunden, die Nachfolger Władysławs II., dem bei der Erbteilung 1135 Schlesien mit Breslau zugefallen war, den aber seine Brüder bald zur Flucht nach Deutschland gezwungen hatten, wo er im thüringischen Altenburg residierte. Als Kaiser Friedrich I. Barbarossa 1157 einen Feldzug gegen Polen unternahm und den damaligen Seniorfürsten Bolesław IV. zwang, das frühere Lehensverhältnis Polens gegenüber dem Reich anzuerkennen, musste Bolesław auch der Rückkehr Władysławs als Senior nach Polen zustimmen. Dieser starb aber schon kurz darauf (1159), ohne dass sich bis dahin in dieser Frage etwas bewegt hätte. Doch erhoben nun seine Söhne Anspruch auf ihr Vatererbe und fanden darin die Unterstützung des Kaisers, der im Jahr 1163 ein zweites Mal in Polen intervenierte. Auf seinen Druck hin händigte Bolesław IV. seinen Neffen ihr väterliches Erbe in Schlesien aus; es war zugleich das letzte aktive Eingreifen eines Kaisers in die inneren polnischen Angelegenheiten, denn als der Senior 1172 nochmals mit Władysławs Söhnen in Streit geriet und sie vertrieb, genügte bereits das Sammeln des kaiserlichen Heeres, um Bolesław zum Einlenken zu bewegen, das heißt zur Herausgabe Schlesiens und zur Zahlung des ausstehenden Tributes an das Reich.

Modernisierung durch Landesausbau und neue gesellschaftliche Herausforderungen

Damit war der Weg Schlesiens zur Eigenständigkeit geebnet, wozu auch die intensive Beteiligung am Landesausbau (*melioratio terrae*) beitrug, dessen Erfolge die schlesischen Fürsten während ihres Exils in den Elbmarken beobachtet hatten. Der Zeitzeuge Helmold von Bosau notierte damals in seiner „Slavenchronik“ (*Chronica Slavorum*), „das ganze Slavengebiet [...] zwischen Ostsee und Elbe [...] bis nach Schwerin, das einst durch räuberische Überfälle unsicher und öde war“, sei „jetzt durch Gottes Gnade in ein Siedlungsland der Sachsen verwandelt worden, in dem Städte und Dörfer erbaut werden und die Zahl der Kirchen und Diener Christi zunimmt“. Er bilanzierte damit die Zuwanderung von Ansiedlern aus dem Westen, ein Phänomen, das im 12. Jahrhundert rund 200.000 Personen auf 50.000 Bauernstellen betraf, die sich bis zu einer Linie Schwerin-Spandau-Dresden in neuen Dörfern niederließen. Für die Entwicklung des gesamten, weiter in den Osten Europas hineinreichenden Phänomens der Kolonisation bildete diese Bevölkerung ein Potential, aus dem sich weiterhin Bauern und

ihre Familien rekrutierten, die bereit waren, sich an der Gründung neuer Dörfer in bis dahin siedlungsleeren Gegenden zu beteiligen.

Den ältesten Beleg für deutsche bäuerliche Siedlung in Schlesien bildet der 1175 verfasste Stiftungsbrief für das schon 1163 von Wladyslaw Sohn Boleslaw gegründete und mit Mönchen aus dem deutschen Kloster Pforta besetzte Zisterzienserkloster Leubus (polnisch Lubiąż) an der mittleren Oder, worin festgeschrieben wurde, dass die „Deutschen, die künftig die Güter des Klosters bebauen oder, durch den Abt auf ihnen angesiedelt, dort Wohnung nehmen werden, für immer ohne jede Ausnahme von dem polnischen Recht frei“ sind. Damit war die Ansiedlung nach dem neuen, „deutschen Recht“ (*ius Theutonicum*) gemeint, das alle neuartigen Regelungen im Unterschied zu dem traditionellen *ius Polonicum* zusammenfasste. Nach der Phase der Christianisierung und Staatsbildung bis zur Jahrtausendwende sollte der hoch- und spätmittelalterliche Landesausbau mit der Einführung des *ius Theutonicum* für Polen eine zweite, diesmal sozio-ökonomische und rechtliche Vereinheitlichung des Gesamttraumes bedeuten – zugleich eine Europäisierung im Sinn der Anpassung an den Westen und die Mitte des Kontinents.

Der Landesausbau erfuhr einen zweiten Schub, als es in der Mitte des 13. Jahrhunderts darum ging, die Zerstörungen des Mongolensturms zu beseitigen, der zunächst die altrussischen Fürstentümer und dann im Jahr 1241 auch weite Teile Ostmitteleuropas verheert hatte; für den vergeblichen Kampf der christlichen Ritter gegen die taktisch überlegenen tatari-schen Reiterheere steht die Schlacht auf der Wahlstatt bei Liegnitz, in der Herzog Heinrich II. von Schlesien mit zahlreichen seiner Gefolgsleute den Tod fand. Zwar hatten sich in seinem Heer über sprachliche und nationale Grenzen hinweg Ritter aus Schlesien, Klein- und Großpolen sowie der Templer, Johanniter und des Deutschen Ordens vereint, aber zu einer gemeinsamen Abwehrfront zur Unterstützung der betroffenen Länder hatten sich die europäischen Mächte damals nicht zusammenfinden können.

Zur Beseitigung der Schäden und zum Ausgleich der Bevölkerungsverluste wurden erneut Menschen aus dem Westen nach Polen gerufen. Eines ihrer Ziele war die Hauptstadt Krakau, die im Jahr 1257 mit einem Gründungsprivileg ausgestattet wurde, das ihr das Magdeburger Stadtrecht zubilligte. In der Urkunde findet sich eine Passage, wonach die künftigen Vögte der Stadt „keinen Hörigen von Uns, der Kirche oder von sonst wem, auch keinen freien Polen [...] zum Mitbürger machen“ sollten. Sie wirft ein Schlaglicht auf die Probleme, die durch die Zuwanderung und Privilegierung der Fremden entstanden, auch wenn das Verbot der Aufnahme von Polen in die städtischen Gemeinden nicht überall auftrat und nirgends lange aufrechtzuerhalten war. Doch kamen die Neusiedler mit all ihren Sonderrechten und kulturellen Eigenheiten in ein Land, das schon seit Generatio-

nen über ein ausgeprägtes, zumindest von der geistlichen und weltlichen Elite propagiertes und getragenes Gemeinschaftsbewusstsein verfügte. In dieser Schicht orientierte man sich an dem Land Polen (*regnum Poloniae*), das sich in historischer Dimension durch die Reichweite der Fürstenherrschaft und der Kirchenorganisation gefestigt hatte, und das man immer mehr auch durch spezifische Rechte und Lebensweisen definiert sah. Dazu gehörte der nach Rom gezahlte „Peterspfennig“, worin man nicht nur den Ausdruck der symbolischen Anerkennung der Oberherrschaft des Apostolischen Stuhls über das Land sah, sondern auch ein Unterscheidungsmerkmal von den „Anderen“. Die Verweigerung seiner Zahlung durch die Deutschen in Polen gab dem Gnesener Erzbischof Jakub Świnka Anlass, die Bedrohung des traditionellen Polen darzustellen, in dem allein die Kirche der politischen Fragmentierung des Landes entgegenwirkte. Als durch die Weigerung deutscher Priester, den Weisungen der polnischen Bischöfe zu folgen, sogar die Gefahr einer Spaltung der Kirche offenbar wurde, formierte sich eine Gegenbewegung. Die Synode in Łęczyca im Jahr 1285 forderte demonstrativ das Recht der Polen ein, in ihrer eigenen Sprache unterwiesen zu werden, und sie verbot die Anstellung von Personen an kirchlichen Schulen, die das Polnische nicht fließend beherrschten.

Mehr als auf dem Land, wo die Neusiedler meist in ihren eigenen Dörfern abseits von den Polen wohnten, trat der Streit um Sprache und Recht in den Städten hervor, die mit ihrer überwiegend deutschen Bevölkerung in der fremden Umgebung auffielen, ohne dass sich aber in ihnen ein geschlossenes nationales Bewusstsein geformt hätte. In Reaktion auf die als bedrohlich empfundene soziale und wirtschaftliche Konkurrenz der zugewanderten Stadtbürger und Ritter ging die nationale Dimension vielmehr zuerst von dem einheimischen Adel aus. Indem er die ideelle Verteidigung des Landes und seiner heimischen Sitten forderte, stellte er seine eigene Verantwortung für das Wohlergehen des Landes heraus und profilierte sich zugleich im Verhältnis zu den Fürsten, die fremde Ritter und Beamte an ihre Höfe holten. Der vor diesem Hintergrund hervorgetretene Antagonismus zwischen Deutschen und Polen fand denn auch vor allem bei den niederen Adligen und Rittern Anklang, die gemäß traditionellem polnischen Erbrecht als *Włodyken* („kleine Herrschaften“) über kleine erbliche Landgüter verfügten, während die von den Landesfürsten favorisierten fremden Ritter, die zahlreich vor allem nach Schlesien kamen, sich mit dem Lehnrecht zufrieden gaben. Eben zu Erzbischof Jakubs Zeit (1283-1314) wurden die Weichen dafür gestellt, ob die polnischen Ritter Anschluss an den als *szlachta* (abgeleitet vom deutschen „Geschlecht“) bezeichneten Adel fanden, der sich zunehmend, wie die polnische Kirche, von einem über die Grenzen der Teilfürstentümer hinweg solidarischen Bewusstsein leiten ließ und sich als Träger der Einheit des Landes ver-

stand, oder ob sie infolge von Erbteilung auf ein standesgemäßes Leben verzichten mussten und sich auch gegenüber den – hauptsächlich aus Deutschland stammenden – städtischen Eliten, ja sogar gegenüber den Dorfschulzen, deklassiert fühlten.

In den damaligen ständigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen polnischen Fürsten, in die sich auch die benachbarten Herrscher einmischten, äußerten sich die einmal aufgekommenen nationalen und sozialen Konkurrenzen darüber hinaus auch in unterschiedlichen politischen Optionen. So favorisierte das deutsche Stadtbürgertum von Krakau am Ende des 13. Jahrhunderts in der Frage der Kandidatur für das kleinpolnische Fürstentum Heinrich IV. von Breslau, der im Jahr 1280 als erster schlesischer Herzog sein Land als Lehen aus der Hand König Rudolfs von Habsburg entgegengenommen hatte und dadurch zum deutschen Reichsfürsten geworden war. Nach Heinrichs Tod setzten sich die Krakauer für die böhmischen Přemysliden ein, die auf sein Erbe Anspruch erhoben; dagegen wurde der damalige großpolnische Fürst und zukünftige polnische König Władysław „Ellenlang“ hauptsächlich vom Kleinadel unterstützt. Gerade der Bereitschaft der Ritter, Eingriffe von außen, in diesem Fall von Böhmen her, abzuwehren, verdankte Władysław seine Erfolge im Innern. Die Wirkung des nationalen Aspekts für diese verschiedenen Orientierungen ist nicht zu unterschätzen. In Krakau erwies sie sich gleich nach dem Scheitern des auf „den Wahn der germanischen Wut“ (so die Annalen des Krakauer Domkapitels) zurückgeführten Aufstandes des Vogtes Albert (1312), der die schlesisch-polnische Richtung vertreten hatte: Für die Stadtbücher wurde nun der Ersatz der deutschen Sprache durch das Lateinische verfügt.

Das Königreich Polen auf der Bühne der europäischen Politik

Das Gemeinschaftsbewusstsein der Polen schärfte sich noch an einer anderen Auseinandersetzung: Im Jahr 1308 eignete sich der Deutsche Orden – aus Sicht der Polen widerrechtlich – Danzig mit Pommerellen an. Wegen der besonderen Struktur des Ordens und seiner weit verzweigten europäischen Verbindungen nicht nur ins Reich und nach Rom entstand dort aber nicht ein regional begrenzter Konflikt, sondern eine Gegnerschaft von internationaler Dimension, die für mehr als zwei Jahrhunderte die polnische Außenpolitik mitbestimmen sollte. Das wiedererstehende polnische Königreich rückte dabei in den Blickpunkt der europäischen Diplomatie: in den von ihm vor der Kurie angestregten Schiedsgerichtsprozessen gegen den Orden, die sich bis ins 15. Jahrhundert hinein hinzogen, aber vor allem als möglicher Partner oder Gegner in den verschiedenen Koalitionen, die sich infolge der Dynastiewechsel in Böhmen (hier folgten die Luxemburger

1310 auf die Přemysliden) und Ungarn (nach dem Aussterben der Arpaden regierten hier seit 1308 die Anjou) sowie im Reich (Habsburger, Wittelsbacher, Luxemburger) bildeten. Wegen der von den Luxemburgern aufrecht erhaltenen Ansprüche auf das vollständige Erbe der Přemysliden, die zuletzt mit Wenzel II. und Wenzel III. kurzzeitig die Kronen Böhmens, Polens und Ungarns in ihrer Hand vereint hatten, waren die ungarischen Könige natürliche Verbündete der polnischen Herrscher, für die sich im Osten auch die vom Orden ständig bekämpften Litauer als Partner anboten. Deswegen verheiratete König Władysław seinen Sohn, den Thronfolger Kasimir, mit einer Tochter des litauischen Großfürsten Gedimin, obwohl das Bündnis mit den noch heidnischen Litauern für Polen die Gefahr barg, vor der europäischen Öffentlichkeit bloßgestellt zu werden. Kasimir „der Große“ leitete denn auch nach seinem Regierungsantritt (1333) einen zeitweiligen Kurswechsel ein, der auf den Ausgleich mit Böhmen und dem Orden hinauslief. Dies gelang 1335 in einem polnisch-böhmisch-ungarischen Dreikönigstreffen in der ungarischen Burg Visegrád an der Donau; in Anlehnung an diese Übereinkunft bilden heute Tschechien, die Slowakei, Polen und Ungarn die Gruppe der so genannten Visegrád-Staaten.

Den Frieden mit Böhmen erkaufte sich Kasimir durch den endgültigen Verzicht auf Schlesien. Mit dem Deutschen Orden schloss er 1343 in Kalisch einen Vertrag, der für 66 Jahre Frieden brachte, allerdings ohne auf seine Ansprüche zu verzichten, die er in dem Titel „Erbe von Pommellen“ (*haeres Pomeraniae*) zum Ausdruck brachte. Die Beilegung der Konflikte mit diesen vorherigen Gegnern konnte der polnische König für eine gewaltige Expansion nutzen. Unter seiner Regierung von 1333 bis 1370 wuchs die Fläche des Königreiches von etwa 120.000 qm² auf ca. 230.000 qm² an, was fast ausschließlich auf Gebietsgewinne im Osten zurückzuführen war, im Bereich des altrussischen Fürstentums Halič-Volyn; deswegen nahm Kasimir auch den Titel „Herr und Erbe der Rus“ (*dominus et haeres Russiae*) an. Wie in anderen Teilen Polens, und zuletzt vor allem in Kleinpolen, begann man in diesem Teil der Rus', in Rotreußen*, sofort mit Modernisierungsmaßnahmen mittels des *ius Theutonicum* und der Gründung von Rechtsstädten und bewirkte auf diesem Weg die rasche strukturelle Angleichung des neu gewonnenen Landes an Polen. Auch in kirchenpolitischer Hinsicht war Polen im Osten erfolgreich, da es 1371, schon kurz nach dem Tode Kasimirs, gelang, eine eigenständige

* Rotreußen („Rote Rus“, Rotruthenien, auch Rotrussland, polnisch Ruś Czerwona) erstreckt sich über das Einzugsgebiet der Flüsse San und Dnjestr und reicht im Norden bis zum oberen Pripjet. Wie mit der „Roten Rus“ sind mit Weißrussland („Weiße Rus“, Weißruthenien) und Schwarzrussland („Schwarze Rus“) weitere Bestandteile der alten Kiever Rus' durch wohl sehr alte Landschaftsnamen überliefert, die durch Farben unterschieden sind.

Metropolie von Halič für die orthodoxe Bevölkerung der betroffenen Gebiete einzurichten, wodurch die Unabhängigkeit von dem russischen Metropoliten in Moskau gefördert wurde. Das polnische Ausgreifen nach Südosten wurde zudem von der römischen Kurie finanziell unterstützt, die im Jahr 1375 die Einrichtung eines katholischen Erzbistums Halič gestattete. Allerdings stieß Kasimir durch die Einbeziehung orthodoxer Bevölkerung in sein Reich eine Entwicklung an, die ein ganz neues Erscheinungsbild Polens entstehen ließ. Schon die früher eingewanderten westlichen, hauptsächlich deutschen Siedler in Stadt und Land, zu denen sich Armenier und Italiener gesellten, hatten dafür gesorgt, dass Polen nicht mehr nur aus der homogenen Bevölkerung bestand, die dem apostolischen Stuhl den Peterspfennig als Zeichen ihrer besonderen Identität zahlte. Die Existenz der kompakt siedelnden ostslavisch-orthodoxen Bewohner Rotreußens bewirkte nun das Entstehen jener ethnischen und konfessionellen Heterogenität, die für die spätere Adelsrepublik Polen-Litauen kennzeichnend werden sollte. Dazu gehörte auch das Anwachsen der Zahl der jüdischen Gemeinden, von denen die ältesten schon in der Zeit der ersten Piasten auf polnischem Boden existierten. Seit dem Einsetzen der Judenverfolgungen im Westen am Ende des 11. Jahrhunderts fanden die Juden in den östlichen Ländern, vor allem in Polen, Aufnahme und Schutz durch die Landesherren, die sich durch eine pragmatische Toleranz auszeichneten und von den Fähigkeiten ihrer neuen Untertanen profitieren wollten. Das Statut von Kalisch (1264), erlassen von Fürst Bolesław V. von Großpolen, regelte umfassend die Rechte der Juden und Fragen ihres Zusammenlebens mit den Christen. Zwar wurden solche Bestimmungen von der katholischen Kirche heftig attackiert, doch fanden sie vor allem dank König Kasimir im 14. Jahrhundert weitere Verbreitung.

Dieser betrieb zur Absicherung seiner territorialen Erwerbungen eine intensive und verschlungene Heiratspolitik mit den Häusern Anjou, Wittelsbach und Luxemburg, mit den litauischen Gediminiden, den Fürsten von Pommern-Wolgast-Stolp und den piastischen Nebenlinien seiner eigenen Dynastie, der Piasten. Glanzvoller Höhepunkt dieser Bündnis- und Heiratspolitik war der Fürstentag von Krakau im September 1364, als der polnische König als Schiedsrichter zwischen Kaiser Karl IV. und König Ludwig von Ungarn fungierte, und als auch König Waldemar von Dänemark, Rudolf IV. von Habsburg, Peter von Zypern, die Markgrafen von Brandenburg sowie mehrere schlesische Piasten erschienen. Der wichtigste Aspekt aller damals geführten diplomatischen Verhandlungen war die Nachfolgefrage für Kasimir selbst, ein Problem, das die internationale Diplomatie schon seit Jahrzehnten beschäftigte. Denn wegen des Ausbleibens eines männlichen Erbens hatte er schon im Jahr 1339 König Karl Robert von Ungarn und im Jahr 1342 dessen Sohn und Nachfolger Ludwig die Sukzes-

sion in Polen zugesagt, der wiederum selbst erst spät und nur weibliche Nachkommen hatte.

Die Bedeutung der in diesem Umfeld geschlossenen Vereinbarungen ging über die bloße Personalentscheidung in der Frage der Thronbesetzung weit hinaus, weil sich der Adel Polens bei den Verhandlungen immer stärker als unverzichtbarer Gesprächspartner ins Spiel brachte und verbrieft Zugeständnisse erwerben konnte. Zuletzt gewährte Ludwig von Ungarn, nachdem er 1370 vereinbarungsgemäß den polnischen Thron bestiegen hatte, zur Sicherung des Thronfolgerechts seiner Töchter im Jahr 1374 in Kaschau (Koaice) ein Privileg, das dem gesamten polnischen Adel, ähnlich dem ungarischen, als herausgehobener Schicht ein weitgehendes Mitspracherecht in Belangen des Staates sicherte, der nun immer häufiger als „Krone Polens“ (*corona regni Poloniae*) verstanden wurde – als ein souveräner und unteilbarer Organismus jenseits der Verfügungsgewalt des Monarchen. Damit war die Grundlage für die weitere Entwicklung zum Ständestaat gelegt, die dann um die Wende zum 16. Jahrhundert ihren Abschluss finden sollte. Ludwig musste sich in Kaschau auch dazu verpflichten, das polnische Königreich nicht nur in seinem damaligen Umfang ungeschmälert zu erhalten, sondern sich darüber hinaus für die Rückgewinnung verloren gegangener Gebiete einzusetzen; es war dies eine Forderung, deren Realisierung alle zukünftigen polnischen Könige dem Adel versprechen mussten.

Auf dem Weg zur polnisch-litauischen Union

Ungeachtet dieser Vereinbarungen war die Lage in Polen während der Regierung Ludwigs außerordentlich angespannt, und nach seinem Tod (1382) brachen sofort Auseinandersetzungen um die Nachfolge an, in denen sich nach zweijährigem Interregnum die – meist kleinpolnischen – Fürsprecher der jüngeren, erst zehnjährigen Tochter Ludwigs, Hedwig-Jadwiga, durchsetzten. Jadwiga zog im Oktober 1384 in Krakau ein und wurde zum „König“ (*rex*) gekrönt. Doch war dies nur der erste Schritt zur Beilegung der Krise, dem eine passende politische Ehe folgen musste. Man fand den angemessenen Bewerber schließlich in der Person des litauischen Großfürsten Jogailas (polnisch Jagiello), durch den sich weit reichende politische, militärische und wirtschaftliche Möglichkeiten im Osten eröffneten, ganz abgesehen von der Reputation, die man sich von der Taufe Litauens erhoffte, des letzten europäischen Heidenvolkes, das seit Jahrzehnten Ziel der vom Deutschen Orden inszenierten kriegerischen „Litauerreisen“ war.

Tatsächlich führten die Verhandlungen zur ersten Union zwischen Polen und Litauen: Jagiello nahm in Krakau die Taufe an, er wurde mit Jadwiga

vermählt und zum König von Polen gekrönt, und er sorgte für die Christianisierung seines Heimatlandes. Die zeitgenössische Wahrnehmung der Taufe Litauens in Europa war aber gespalten: Die traditionellen Parteigänger des Ordens verhielten sich eher ablehnend und beteiligten sich weiterhin an den „Litauerreisen“, während die Kritiker von Papst und Kaiser dem neuen polnischen König zuneigten, wie später die Hussiten, die ihm sogar die Krone Böhmens antrugen. Für den Orden bedeutete die Christianisierung Litauens eine schwerwiegende Gefahr, die ihm seine ideologische Grundlage, die Aufgabe des Kampfes gegen die Heiden, entzog. Deswegen führte er von nun an auch einen Propagandakrieg gegen Polen, der dem Eindruck entgegenwirken sollte, die Litauer seien tatsächlich dem Christentum zugeführt worden. In Reaktion darauf schrieb Stanisław von Skalmierz, der erste Rektor der im Jahr 1400 auf Initiative König Jagiellos wieder belebten Krakauer Universität (als „Akademie“ hatte sie schon Kasimir III. 1364 gegründet), eine Abhandlung über den gerechten Krieg, und einer seiner Nachfolger, Paulus Vladimiri (Włodkowiec), formulierte gar die Grundlagen eines neuartigen „Völkerrechts“ (*ius gentium*), das den Heiden das Recht auf Souveränität gab. Auf dem Konzil zu Konstanz wurde der Streit im Jahr 1416 vor der europäischen Öffentlichkeit ausgetragen, als Paulus Vladimiri mit dem Dominikanermönch Johannes von Falkenberg über Heidenmission und Heidenkrieg diskutierte. In seinem Bemühen, die Wirkungslosigkeit der Taufe Jagiellos nachzuweisen, bediente sich der für den Orden sprechende Falkenberg einer so scharfen Polemik gegen Polen-Litauen und den polnischen König, dass er wegen Häresie angeklagt wurde. Papst Martin V. stand in dieser Frage auf der Seite Polens, denn er bestellte damals Jagiello und seinen Vetter, den litauischen Großfürsten Witold, zu Generalvikaren für Polen und Litauen.

Trotz der Anfeindungen des Ordens auf der internationalen Bühne erlangte der polnische König litauischer Herkunft also hohes Prestige, das insbesondere auf seinen militärischen Erfolgen wie dem Sieg über den Orden bei Tannenberg/Grunwald (1410) gründete, aber auch auf der Förderung der Kultur vor allem in der Hauptstadt Krakau und auf der ihm schließlich doch angerechneten Christianisierung Litauens, wo er das Bistum Wilna gründete und die neue Bischofsstadt mit Magdeburger Recht ausstattete. Im Innern festigte Jagiello, der zunächst nur Gemahl und Mitregent der Königin Hedwig war, nach ihrem Tod (1399) seine Königsmacht in Polen durch weitere Zugeständnisse an die Adligen, während er in Litauen Witold die Herrschaft überließ und die Beziehungen zum litauischen Großfürstentum in neuen Unionsverträgen regelte. So legte Jagiello die Basis dafür, dass die nach ihm benannte Dynastie der Jagiellonen, die zeitweise auch die Könige Böhmens und Ungarns stellte, sich über nahezu zwei Jahrhunderte in Europa hohes Ansehen erwarb und Polen in

ein schon von den Zeitgenossen selbst so genanntes „Goldenes Zeitalter“ führte. Für den weiteren Verlauf der Geschichte Polens und damit langfristig auch für die Geschichte Europas insgesamt sollte die Zeit der Jagiellonen in dreierlei Hinsicht entscheidend werden: Erstens vollendete sich in Polen – anders als in Böhmen und Ungarn – die verfassungsrechtliche Ständestaatlichkeit bis hin zur Realisierung des Prinzips der freien Königswahl nach dem Aussterben der Jagiellonen (1572), also ein für die europäische Geschichte einmaliger Gegenentwurf zum Absolutismus. Zweitens wurde die lange Auseinandersetzung mit dem Deutschen Orden zugunsten Polens durch den symbolträchtigen Akt der „Krakauer Huldigung“ (1525) beendet, den der vormalige Hochmeister Albrecht von Hohenzollern als nunmehr weltlicher Herrscher – als Herzog des in den Lehnverband der polnischen Krone aufgenommenen Preußen – dem polnischen König Sigismund I. (1506-1548) entgegengebracht. Drittens wurde schließlich Polen durch die Union mit Litauen in den Kampf mit dem Großfürstentum Moskau um die Vorherrschaft in Osteuropa hineingezogen.

Resümee

Polen formte sich im Laufe des Mittelalters in ständigen Beziehungen und Wechselwirkungen zu seinen direkten Nachbarn, aber auch zu anderen Faktoren der europäischen Geschichte. Am Anfang setzten die ersten Fürsten aus der Dynastie der Piasten die Akzente: durch die Annahme der Taufe und die Förderung des Christentums, durch dynastische Beziehungen, aber auch durch territoriale Expansion auf der Basis militärischer Stärke und effektiver Staatsorganisation. Die dadurch angelegten Konflikte mit den Nachbarn (das Reich mit seinen deutschen Landesherren, Böhmen, Kiever Rus') stießen grenzübergreifende Verflechtungen an, wozu auch die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Größen wie des Adels und der Städte beitrugen, zumal unter den Bedingungen des ganz Ostmitteleuropa umfassenden „Landesausbaus“. Rechtliche und ökonomische Wandlungen, sprachliche und kulturelle Assimilationsprozesse und eine zugleich wachsende ethnische Heterogenität bewirkten einen Wandel des Erscheinungsbildes Polens, der sich am deutlichsten an der äußeren Gestalt des im 14. Jahrhundert wieder entstandenen Königtums offenbarte, dessen Grenzen sich nach Südosten erweiterten, wodurch der Weg zur polnisch-litauischen Union unter den Jagiellonen eingeschlagen wurde.

Bibliographie:

A Republic of Nobles. Studies in Polish History to 1864, hg. v. JAN KRZYSZTOF FEDOROWICZ, Cambridge 1982 (mit Beiträgen von BRONISŁAW GEREMEK: Poland and the cultural geography of medieval Europe; BENEDYKT ZIENTARA: *Melioratio terrae*: the thirteenth-century breakthrough in Polish history).

Early Christianity in Central and East Europe, hg. v. PRZEMYSŁAW URBAŃCZYK, Warszawa 1997.

Europe around the year 1000, hg. v. PRZEMYSŁAW URBAŃCZYK, Warszawa 2001.

GIEYSZTOR, ALEKSANDER, L'Europe nouvelle autour de l'an mil. La papauté, l'empire et les „nouveaux venus“, Roma 1997.

GRAUS, FRANTIAEK, Die Nationenbildung der Westslawen im Mittelalter, Sigmaringen 1980.

LÜBKE, CHRISTIAN, „.. und es kommen zu ihnen ... Mohammedaner, Juden und Türken ...“ – Die mittelalterlichen Grundlagen des Judentums im östlichen Europa, in: Juden und Antisemitismus im östlichen Europa, hg. von MARIANA HAUSLEITNER, Berlin 1995, S. 39 – 57.

LÜBKE, CHRISTIAN, Frühzeit und Mittelalter [bis 1569], in: RUDOLF JAWORSKI, CHRISTIAN LÜBKE und MICHAEL G. MÜLLER, Eine kleine Geschichte Polens, Frankfurt/ Main 2000, S. 12 – 141.

On the Frontier of Europe. Integration and Segregation in Red Ruthenia, 1350-1600, hg. v. THOMAS WÜNSCH und ANDRZEJ JANECZEK, Warsaw 2004.

Origins of Central Europe, hg. v. PRZEMYSŁAW URBAŃCZYK, Warszawa 1997.

PETERSOHN, JÜRGEN, Der südliche Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reiches. Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert, Köln – Wien 1979.

Polen und Deutschland vor 1000 Jahren, hg. v. MICHAEL BORGOLTE, Berlin 2002.

RHODE, GOTTHOLD, Die Ostgrenze Polens. Politische Entwicklung, kulturelle Bedeutung und geistige Auswirkung. Bd. I, Köln – Graz 1955.

SAMSONOWICZ, HENRYK, Polens Platz in Europa, Osnabrück 1997.

The Jews in Poland, hg. v. CHIMEN ABRAMSKY u.a., Oxford 1987.

The Neighbours of Poland in the 10th Century, hg. v. PRZEMYSŁAW URBAŃCZYK, Warszawa 2000.

The Neighbours of Poland in the 11th Century, hg. v. PRZEMYSŁAW URBAŃCZYK, Warszawa 2002.

ZERNACK, KLAUS, Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994.

JANUSZ TAZBIR

WIR, DIE BEWOHNER EUROPAS*

Wenn man im 16. Jahrhundert nach Anzeichen für ein gesellschaftliches Bewusstsein jenseits der eigenen Landesgrenzen suchen würde, so müsste man an erster Stelle das aus dem Mittelalter tradierte Gemeinschaftsgefühl der Anhänger des Christentums nennen. Des Weiteren wäre das Bewusstsein einer ständischen Solidarität zu nennen, das innerhalb der *szlachta* (Adel) stark ausgeprägt war, während es im städtischen Bürgertum in abgeschwächter Form und in dörflichen Siedlungen überhaupt nicht existierte. Als bedeutsam erwies sich ferner das slawische Gemeinschaftsgefühl in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen. Die gemeinsame europäische Identität bildete in diesem Zusammenhang wohl den schmalsten Bewusstseinsstrang und beschränkte sich auf eine kleine intellektuelle Elite. Diese setzte sich vor allem aus Menschen zusammen, die der Schreibkunst mächtig waren.

Im Zeitalter der Renaissance kannten die Menschen den Namen ihres Heimatortes (ob Dorf oder Stadt) bzw. den Ortsnamen der dazugehörigen ständigen Residenz des Königs zweifellos recht gut. Doch lediglich ein Teil von ihnen wusste, in welchem Land die betreffende Ortschaft lag. Und nur sehr wenige hätten sagen können, in welchem Winkel der Erde sich ihr Vaterland befand. Im 17. Jahrhundert kam die Megalomanie der *szlachta* lautstark zum Vorschein; auch durch die mit ihr verbundene Eurozentrik sahen sich die Polen beinahe an erster Stelle unter den Völkern der Welt. Die Bewohner unseres Kontinents waren gemäß dieser Denkweise nicht nur den Menschen Afrikas, Amerikas und Asiens sowohl in kultureller als auch in politischer und konfessioneller Hinsicht eindeutig überlegen. Die Polen standen dabei auch über allen anderen Nationen Europas, wodurch sie natürlich zur Elite unter den Eliten wurden. Sie stilisierten sich damit zum auserwählten Volk, das in der wichtigsten Region der Erde lebte.

* Die polnische Originalversion dieses Beitrags ist unter dem Titel „My, europianie“ erschienen in: JANUSZ TAZBIR, *W pogoni za Europą* [Auf der Jagd nach Europa], Warszawa 1998, S. 5-22.

Zwei Dogmen: Kornkammer und Vormauer

Das Verhältnis Polens zum westlichen Teil des europäischen Kontinents beruht auf zwei „Dogmen“: der Kornkammer (Europa braucht Polen aus wirtschaftlichen Gründen, da es sich hauptsächlich mit polnischem Getreide ernährt) und der Vormauer, der *antemurale christianitatis* (als solche sah sich Polen als unentbehrlicher militärischer Schutzwall für Europa). Aus diesen beiden Leitgedanken zog man einen Schluss, der sich für die *Rzeczpospolita* (Republik) als äußerst gefährlich erweisen sollte: Der Westen würde nicht zulassen, dass der polnische Staat von der Landkarte Europas verschwindet. Das Zeitalter der Aufklärung weckte den polnischen Staat recht brutal aus diesem friedlichen Schlummer. Dennoch vermochte sogar das rabenschwarze Jahr 1795 der dritten Teilung nicht den Glauben der intellektuellen Elite Polens an die Existenz einer gemeinsamen europäischen Zivilisation zu erschüttern, zu der das polnische Volk seit der Annahme des Christentums im 10. Jahrhundert unentwegt gehörte.

Zu den Grundpfeilern dieser europäischen Gemeinschaft gehörte zunächst die Universalsprache Latein, die damals überall eine dominierende Stellung einnahm. Dieser Sprache kam bei intellektuellen Kontakten eine unentbehrliche Vermittlungsfunktion zu. Erst seit Mitte des 17. Jahrhunderts wurde das Lateinische allmählich vom Französischen verdrängt. Die Sprache von Cicero und Julius Cäsar bewahrte ihre Vorrangstellung nicht nur in denjenigen Wissenschaftsgebieten, in denen terminologische Genauigkeit eine außerordentlich große Rolle spielte (z.B. Theologie oder Philosophie). Latein tauchte auch recht oft in der Schönen Literatur – insbesondere in der Poesie – auf. Daher ist es kaum verwunderlich, dass zahlreiche große Geister der Renaissanceliteratur sich durch Zweisprachigkeit auszeichneten, wie z.B. Stanisław Orzechowski (1513-1566) oder Jan Kochanowski (1530-1584). Im 17. Jahrhundert verfassten die polnischen Dichter in den weiten Ostgebieten der *Rzeczpospolita* ihre Werke sogar in drei verschiedenen Sprachen: Latein, Polnisch und Ruthenisch.

Im Polen des 16. und 17. Jahrhunderts zeigte man kein allzu großes Interesse für die westeuropäische Literatur. Die italienischen, französischen, spanischen oder englischen Werke wurden im Original in der *Rzeczpospolita* kaum zur Kenntnis genommen. Falls sie jedoch in lateinischer Übersetzung an Weichsel, Memel und Dnjepr erschienen, war ihre Popularität sichergestellt. Dabei galten Erasmus von Rotterdam, George Buchanan, Johannes Ludovicus Vives oder Justus Lipsius in der polnischen Adelsrepublik als europäische Literaten. In gleicher Weise blickte man außerhalb der Grenzen Polens auf Stanisław Hosius, Martin Kromer, Andrzej Frycz Modrzewski und (im 17. Jahrhundert) Stanisław Sarbiewski. Und niemand legte besonderen Wert auf die konkrete Nationalität dieser

Schriftsteller und Dichter. Sarbiewski z. B. wurde bezeichnenderweise als christlicher (und nicht als polnischer!) Horaz charakterisiert.

Die auf den Errungenschaften der antiken Zivilisation gründende Kulturgemeinschaft wurde also als wichtiger angesehen als ethnische Abgrenzungen. Der Gebrauch des Lateinischen sollte gerade die Existenz dieser Gemeinschaft bezeugen und die zivilisatorische Kontinuität der europäischen Identität beweisen. Der Initiator der frühneuzeitlichen Rechtschreibreform in Polen, Jan Januszowski (1550-1613), stellte mit unverhohlenem Stolz fest, dass „sämtliche christliche Sprachen [zumindest was Europa anbelangt] das Alphabet von den Lateinern übernommen haben, so wie diese von den Griechen“. An diesen Traditionszusammenhang knüpfte auch das Bewusstsein einer gemeinsamen Vergangenheit an. Dabei schuf die in der Bibel festgehaltene Geschichte des Altertums gleichsam einen Zugang für die historische Betrachtung des frühneuzeitlichen Europas. Schon am Anfang des 16. Jahrhunderts bei den Chronisten Maciej von Miechów, Marcin Bielski und Matys Strykowski, aber auch noch in den in Piaristen- und Jesuitenschulen verwendeten Lehrbüchern des 18. Jahrhunderts, findet sich immer wieder der Hinweis, dass die Ostgrenze Polens an Don (abgeleitet aus dem griechischen Wort „Tanais“) und Wolga verlaufe, also in die Besitztümer Russlands hineinreiche. Russland selbst zählte man jedoch nicht zu Europa, was mit einer Zuordnung des Moskauer Staates an das vermeintlich „rohe“ Asien korrelierte, mit allen Fehlern, die den Bewohnern dieses Kontinents angelastet wurden (Despotie, Rückständigkeit, Grausamkeit). Gleichzeitig entwarf man in Polen diverse Pläne für Bündnisse und Kreuzzüge gegen das Osmanische Reich unter Mitwirkung der russischen Zaren. Dabei taucht der zweite Grundpfeiler des gemeinsamen Europabewusstseins auf: die als notwendig angesehene Aufgabe, die christlichen Völker Europas vor einer bewaffneten Invasion des Islams zu verteidigen.

Die Gemeinschaft der christlichen Staaten

Im 16. Jahrhundert kam es zu erbitterten, blutigen Religionskriegen, in denen die Päpste immer wieder als „Antichristen“ verunglimpft wurden, wobei auch den großen Reformatoren (vor allem Calvin und Luther) die übelsten Beschimpfungen nicht erspart blieben. Doch sogar die vom Protestantismus bewirkte religiöse Spaltung konnte die allgemein vorherrschende Überzeugung nicht diskreditieren, dass es eine Gemeinschaft europäischer Staaten gab, die sich mit dem christlichen Glauben identifizierte. Im politischen Alltag konnte man es sich durchaus erlauben, die „Ketzer“, „Papisten“ und Gotteslästerer zu schmähen. In Anbetracht der

gemeinsamen Gefahr von außen beschwor man jedoch die Tapferkeit der puritanischen Schotten, lutherischen Deutschen und calvinistischen Schweizer. Diese sollten unterstützt von den erkatholischen Spaniern und Polen die Osmanen aus Europa vertreiben und sogar das Heilige Land vom islamischen Joch befreien.

In der antitürkischen Publizistik fiel der Begriff „Europa“ besonders oft. Die Konzeption der Vormauer bzw. des Schutzwalls, der Europa umgeben sollte, legte den Platz Polens auf dem Alten Kontinent fest. Eine gut bekannte, wiederholt aufgegriffene These lautete wie folgt: Die *szlachta* verteidigt den Staat, der Klerus betet für ihn, und der Bauersmann sorgt für den Unterhalt dieser beiden Stände. Diese polnische Sentenz lieferte gleichsam ein Äquivalent für ganz Europa. Denn während die einen Völker den Kontinent militärisch verteidigten, befassten sich andere – wie die Italiener – hauptsächlich mit den Angelegenheiten der katholischen Kirche. Darüber hinaus gab es aber auch Nationen, die vornehmlich für Handel und Handwerk zuständig waren. Diese Spezialisierung der Aufgabenbereiche fügte die Bewohner Europas zu einer großen Staatenfamilie zusammen. Sie wurden so zu einer Schicksalsgemeinschaft, die sich dem Willen der göttlichen Vorsehung verdankte. Auf diese Weise untermauerte die Vormauer-Konzeption die These von der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Solidarität.

Im 16. Jahrhundert richtete der politische Schriftsteller Stanisław Łaski (1500-1550) gemäß dem Beispiel von Erasmus von Rotterdam folgende Aufforderung an die Bewohner des östlichen Europa: „Könnt ihr selbst nicht allein den Portugiesen, Spaniern, Engländern, Franzosen, Italienern, Deutschen, Schotten, Dänen, Schweden zur Hilfe kommen?“ Sowohl Dichter als auch Prediger und politische Publizisten stellten die Kämpfe mit der Hohen Pforte so dar, als ob zwei verfeindete Kontinente auf dem Schlachtfeld aufeinander trafen. So ist es kein Zufall, dass die früheste polnische Bezeichnung der Bevölkerungen Europas in einem die „Türkengefahr“ akzentuierenden Gedicht von Sebastian Klonowic aus dem Jahre 1597 auftauchte, in dem die Europäer als „Europianie“ [Bewohner Europas] sprachlich definiert werden. Nicht von ungefähr tauchte auch das Adjektiv „europäisch“ in den literarischen Werken Polens fast ein halbes Jahrhundert früher auf als im Westen. Der britische Forscher Denys Hay machte erstmals auf diesen Zusammenhang aufmerksam. Dabei wies er nach, dass der „Tractatus de duabus Sarmatiis, Asiana et Europiana“ von Maciej von Miechów bereits 1517 verfasst wurde, während das Attribut „europäisch“ in den in Italien, Frankreich und England publizierten Schriften erstmals 1559, 1563 bzw. 1593 in Gebrauch kam.

Ein Lob auf Europa

Bereits seit der Renaissance wurde immer wieder die Ansicht geäußert, dass Europa trotz seiner vergleichsweise geringen geographischen Größe dem asiatischen Kontinent in vielfacher Hinsicht überlegen sei, von Afrika ganz zu schweigen (der Vergleich mit dem Schwarzen Kontinent tauchte erstmals im 18. Jahrhundert auf). Diese Sichtweise spiegelte sich auch in der damaligen Ikonographie wider, in der Europa als reich gekleidete, gepanzerte Jungfrau mit Krone und Zepter dargestellt wurde. Statt den Herrschaftsinsignien hielt die „Europa“ bisweilen auch ein Kreuz in der Hand, als Symbol für das Christentum. In der Regel gab man der „Europa“ ein Füllhorn in die Hand. Von den übrigen Kontinenten der Erde zeigte sich nur Asien zumindest teilweise in bekleideter Form. Die Personifizierung Afrikas und Amerikas geschah dagegen in Form von nackten Jungfrauen, die lediglich einen Lendenschurz um den Leib trugen und Keulen, Lanzen oder Pfeil und Bogen in den Händen hielten. Dabei wurden sie von wilden Tieren umgeben: Krokodilen, Schlangen und Löwen.

Im Lobgesang auf Europa unterschieden sich die Anhänger des römischen Glaubens kaum von Calvinisten und Lutheranern. Dies ist gar nicht verwunderlich, da die einen wie die anderen von derselben theologischen Motivation getrieben wurden. Bereits im frühen Mittelalter entstand die These, dass die Söhne Noahs die ganze Erde so unter sich aufgeteilt hatten, dass Sem und Cham Afrika mit Asien zufiel, während Jafet Europa erhielt. Es sei daran erinnert, dass die Heilige Schrift Cham für die Arbeit und Sem zum Gebet bestimmt, während Jafet mit der Herrschaft über die Welt betraut wird. Die Katholiken sahen einen besonderen Grund zum Lob auf Europa natürlich darin, dass sich auf diesem Kontinent der Sitz des Papstes befand. Die Protestanten hingegen wollten sich zu diesem Thema lieber nicht äußern. Man ließ es vielmehr bei der Feststellung bewenden, dass Europa „Asien und Afrika an Gotteslob, Tugend und Besonnenheit, aber auch in den Wissenschaften weit übertrifft, ihnen jedoch an Reichtum und Größe nicht gleichkommt“.

Niemand zweifelte daran, dass bereits der geographische Ort Europas auf dem Globus von der Vorsehung bewusst auserkoren worden war, um den Bewohnern dieses Kontinents Reisen in andere Kontinente zu erleichtern. Der politische und wirtschaftliche Theoretiker Giovanni Botero verfasste einen umfangreichen geographischen Grundriss der Welt, der im 17. Jahrhundert drei Mal ins Polnische übersetzt wurde. Botero stellte die Behauptung auf, dass das Meer an viele Länder Europas angrenze, damit dieser Kontinent „fremde Reichtümer erwerben und seine eigenen Reichtümer weiter verleihen“ könne. Auf diese Weise sollte Europa die Herrschaft über Afrika, Asien und Amerika ausüben. Eine besondere, gottgewollte

Privilegierung des europäischen Kontinents sah man auch in dem dort herrschenden milden Klima, das klirrende Winter und übermäßig heiße Sommer gar nicht kannte. Hinzu kamen die zahlreichen schiffbaren Flüsse, die den internationalen Handel und Verkehr ungemein erleichterten, sowie die fruchtbaren Böden. Die bevorzugte Stellung Europas wurde ferner mit den vielen reichhaltigen Kohlengruben und dem Mangel an „Reptilien und giftigem, grausamen Getier“ begründet.

Andererseits wurde ebenso eingestanden, dass die Länder Asiens und Amerikas bezüglich der dort vorhandenen Goldmengen, kostbaren Edelsteine, Perlen, Gewürze und Pfeffer den europäischen Kontinent überflügeln. Gleichwohl tröstete man sich mit der Behauptung, dass die in Europa existierenden Gewürze die asiatischen bzw. amerikanischen Speisezutaten erfolgreich ersetzen konnten. Europa übertreffe andere Kontinente eindeutig im Hinblick auf seine „Lebensmittel und das Hab und Gut“. Ferner besitze es unvergleichlich mehr Arzneimittel und sei in jeder Hinsicht autark. Lediglich Luxusartikel fehlten. Diese brächten den Menschen jedoch weder „Hilfe noch irgendeinen Nutzen“, sondern würden nur ihre Sitten verderben.

Die „Bewohner Europas“ sind in allem die besten

Bei der Darstellung der Vorzüge Europas leitete man die Errungenschaften der Bewohner dieses Kontinents nicht nur von den dort sichtbaren Gaben der Natur oder der günstigen geographischen Position auf dem Globus ab. Nach Ansicht zahlreicher Literaten war die führende Stellung Europas in erheblicher Weise den Begabungen und dem Fleiss der Europäer selbst zuzuschreiben. Denn diese entwickelten mannigfache Formen des Handwerks und trieben erfolgreich Handel. Darüber hinaus gelang es den Europäern, ihren ganzen Kontinent zu besiedeln (mit Ausnahme der Gebiete des hohen Nordens), dort zahlreiche Städte zu gründen – „in denen schöne Sitten und Gebräuche aufblühten“ – und viele herrliche Gebäude zu errichten.

Man räumte Asien zwar in bestimmten Dingen den Vorrang ein, da dort die Ursprünge des Christentums lagen und die Bewohner dieses Kontinents (die Chinesen) die Kunst des Buchdrucks und das Schießpulver erfunden hatten. Nichtsdestotrotz zog die christliche Religion in Europa in einem triumphalen Siegeszug in allen Staaten ein. Denn obwohl die Chinesen als erste überaus bedeutende Entdeckungen gemacht hatten, wurden der Buchdruck und das Schießpulver erst auf dem Alten Kontinent zur Perfektion gebracht. Daher standen diese Errungenschaften in keinem Vergleich zu „dem, was sich bei jenen Barbaren befindet“. Europa verkörperte gleich-

sam die Wiege der Künste, Wissenschaften und Entdeckungen. Aber auch weite und gewagte Überfahrten in Segelschiffen bezeugten die Überlegenheit dieses Kontinents. Der Übersetzer von Botero, Paweł Łeczycki (1572-1642), hat darauf hingewiesen, dass die Menschen des Altertums über fünf tausend Jahre lang vergeblich nach dem dritten Teil der Erde suchten. Erst die Europäer des 16. Jahrhunderts fanden „eine zweite Welt, die fast genauso groß und weit wie die [erste]“ war. Dies bildete einen unwiderlegbaren Beweis für die Überlegenheit der Europäer gegenüber den Bewohnern Afrikas und Asiens. Denn diese konnten sich mit den Europäern in Bezug auf die Segelkunst nicht vergleichen, wobei Botero diese Kunst für die höchste aller menschlichen Begabungen hielt.

Einen Sonderplatz nahmen die Errungenschaften im Bereich der – wie man heute sagen würde – bürgerlichen Freiheitsrechte ein. Diese stellte man dem asiatischen Despotismus besonders gerne entgegen. Schon der Chronist und Poet Marcin Bielski (1495-1575) stellte stolz fest, dass Europa „eine wohlwollende Freizügigkeit besitzt, so dass jeder frei von einem Königreich in das andere fahren und es durchqueren kann“. Die Bewohner Europas verabscheuten demnach die Sklaverei, während „die Unfreiheit“ in Asien „weiterhin aufrechterhalten“ werde. Aufgrund dessen seien die Europäer kampflustiger als die Bewohner Asiens, die aus Furcht vor tyrannischer Unterjochung nicht in den Krieg ziehen wollten. Dort verfügte der Despot laut Bielski über ein fremdes Söldnerheer, während in Europa freie Bürger zur Waffe griffen. Wie schon der politische Schreiber Stanisław Orzechowski (1513-1566) konstatierte, besiegten daher die Polen die Bewohner des asiatischen Kontinents im Kampf immer wieder. „Bezüglich seiner Grausamkeit, Unfreiheit und zahlenmäßigen Stärke war Asien stets berüchtigt, doch was Herz, Verstand und Tugend anbelangt“, musste es allen europäischen Staaten wiederholt den Rang abtreten. Asien „wurde von diesen immer als wenig wertvoll angesehen und gering geschätzt“. So stellte sich für Bielski die Frage: „Was kann uns ein von der Sonne gebräunter Araber oder ein nackter Äthiopier [Abessinier] antun? Es ist ein Neger.“

Ein wesentliches Argument für die Überlegenheit Europas bildete seine hoch entwickelte Kultur, die sich rühmen konnte, zahlreiche hervorragende Repräsentanten hervorgebracht zu haben. Der Lobgesang auf diesen Kontinent verwandelte sich beinahe stets in eine Ruhmrede über die Genialität des Menschen. Darüber hinaus dokumentierten die Panegyriker die Behauptung, dass sich die Distanz Europas gegenüber anderen Teilen der Welt ständig zu seinen Gunsten vergrößere. Die von den Europäern auf fremden Kontinenten erzielten Erfolge ließen nicht nur deren Kriegstechniken überlegen erscheinen, sondern suggerierten auch ihre eigene Überlegenheit gegenüber Indianern und Schwarzen. Erst seit dem ausgehenden

16. Jahrhundert entstand unter den Europäern allmählich ein Gefühl der Verachtung für andersfarbige Völker. Dies hatte die Versklavung der Schwarzen und die Vernichtung der Indianerstämme zur Folge.

Eine ähnliche Haltung offenbarte der Lobgesang auf die kühnen Weltensegler, tapferen Conquistadoren und aufopferungsvollen, stets zum Martyrium bereiten Missionare. Alle diese Menschen hatten Anteil an der geistigen und militärischen Unterjochung anderer Kontinente. Auch polnische Dichter verhehlten ihre Anerkennung für die Verdienste des großen Genuesen nicht. Hinter dieser Ruhmrede verbarg sich das starke Gefühl einer Interessengemeinschaft, die das gesamte christliche Europa umfasste. Eben diesem Europa dienten die gewagten Expeditionen eines Christoph Kolumbus, Fernão de Magalhães und Amerigo Vespucci. Indem man die Größe des Entdeckers der Neuen Welt pries, rühmte man vor allem die Tapferkeit eines Bewohners des Alten Kontinents. Gelobt wurde also ein Mensch, der den europäischen Betrachtern nahe stand, und dessen Handlungsmotive und Taten leicht nachvollziehbar waren.

Faktoren der Integration auf dem Alten Kontinent

Nicht nur Neapel, Rom, Florenz, Bologna, Venedig, Padua und andere westeuropäische Metropolen sahen sich im 16. Jahrhundert als gesamt-europäische Kulturzentren, sondern auch Städte wie Leipzig, Prag, Königsberg und Krakau. Die von Erasmus von Rotterdam über ganz Europa verstreuten Korrespondenzen enthielten natürlich zahlreiche humanistische Übertreibungen. Dabei konnten auch die seinerzeit üblichen Schmeicheleien nicht fehlen, um das Wohlwollen der mächtigen (und begüterten) Adressaten zu gewinnen. Der Verfasser der „Lobreden auf die Dummheit“ (*Pochwały głupoty*) überbrachte 1523 in einem Brief an den in Krakau lebenden Patrizier Jost Decjusz den Polen recht bezeichnende Glückwünsche. Demnach bildeten diese ein „Volk, das zwar einstmals für barbarisch gehalten wurde. Nun aber entwickelt es sich auf dem Gebiet der Wissenschaften, Rechte, Sitten und Gebräuche, der Religion und in allem, was gegen jede Art von Ungehobeltheit ist, derart prächtig, dass es mit den kulturell am höchsten stehenden Völkern der Welt konkurrieren kann“. In diesen Sätzen leuchtete bereits der Wille auf, die Polen des 16. Jahrhunderts an den vollen Wortlaut des Titels „Europäer“ zu gewöhnen. Dieser Anpassungsprozess vollzog sich durch die Teilnahme am geistigen Leben des Alten Kontinents. Die Qualität desselben bemaß man z.B. an Faktoren wie dem Zustrom der Studenten zu den berühmtesten Universitäten Europas. Dabei standen zunächst nur italienische, später aber auch deutsche, schweizerische und holländische Hochschulen im Mittelpunkt. Darüber

hinaus benutzte man sowohl im wissenschaftlichen Schrifttum als auch im Korrespondenzverkehr eine gemeinsame Sprache – Latein. Hinzu kamen die Rezeption allgemein geschätzter literarischer Werke und der Austausch von fiktiven Erzählstoffen. Bezeichnend ist ferner, dass in Europa ein- und dieselben Sprichwörter die Runde machten.

Natürlich erfasste dieser geistige Austausch nicht alle Teile Europas. Dennoch wurden sogar im russischen Staat die Werke polnischer Schriftsteller gelesen, die nicht nur auf Latein, sondern auch in mehreren neuzeitlichen Landessprachen im Umlauf waren. So wurde z.B. das *Sarmatismus*-Buch des Maciej von Miechów auch ins Holländische, Deutsche und Italienische übertragen. Die Abhandlung des Chronisten Martin Kromer (1512-1589) über Polen erschien indessen in spanischer und deutscher Übersetzung. Der politische Traktat von Andrzej Frycz Modrzewski (1503-1572) „*De republica emendanda*“ wurde sowohl ins Französische, Deutsche und Spanische als auch im 17. Jahrhundert in die russische Sprache übertragen. „*De optime senatore*“ von dem politischen Schriftsteller Wawrzyniec Goślicki (1530-1607) erschien in englischer Übersetzung, wobei die damaligen britischen Herrscher vergebens versuchten, die Verbreitung des in diesem Werk enthaltenen Gedankenguts durch Konfiszierung zu verhindern. Daher lernte u.a. William Shakespeare durch Goślicki die Vorzüge eines parlamentarischen Regierungssystems gegenüber der Monarchie kennen. Sämtliche Rekorte brach Hosius, dessen Schriften auf Englisch, Tschechisch, Französisch und Deutsch erschienen. Im Übrigen wurden sämtliche oben erwähnte Autoren ebenfalls ins Polnische übersetzt.

Sowohl Universitätsdozenten als auch Reformationsanhänger bzw. Verfechter des nachtridentinischen Katholizismus reisten damals unentwegt durch ganz Europa, was die kulturelle Integration des Alten Kontinents ungemein begünstigte. Dies bezeugt allein schon das populärste Werk von Hosius „*De expresso Dei verbo*“, das zunächst im schwäbischen Dillingen und anschließend in Löwen, Rom und Paris erschien. Diese Abhandlung wurde im 16. Jahrhundert in insgesamt zwölf Sammelausgaben verbreitet, die alle außerhalb Polens in Umlauf kamen. Die in Krakau und später in Raków gedruckten theologischen Werke der so genannten Polnischen Brüder (im 17. Jahrhundert als Sozianisten bezeichnet) rezipierte man in Leiden, Paris und London.

In der polnischen Literatur der Renaissancezeit tauchte häufig das Bestreben auf, das Vaterland und die Kultur der Polen innerhalb des damaligen Europas konkret zu definieren. Sämtliche diesbezüglichen Stellungnahmen bestätigten den polnischen Anteil an den zivilisatorischen Errungenschaften des Alten Kontinents. Es sei dabei nur an einen wohlbekannten Satz von Mikołaj Rej (1505-1569) erinnert: „Mögen alle fremden Völker wissen, dass die Polen keine Gänse sind und ihre eigene Sprache haben.“

Oder man denke an die stolze Feststellung von Jan Kochanowski, dass die Polen dank seinem Schaffen den ihnen gebührenden Platz auf dem Parnass der gesamteuropäischen Dichtkunst erhalten haben. Diese Sichtweise spiegeln auch zahlreiche Aussagen in den Werken Andrzej Frycz Modrzewskis wider. Die intellektuelle Elite Polens im 16. Jahrhundert war nicht nur davon überzeugt, dass ihr Vaterland einen integralen Bestandteil Europas darstellte, sondern dass es auch „ein eigenes Antlitz, seine Besonderheit“ besaß, „die nicht schamhaft verborgen werden darf“ (Janusz Pelc).

Die Skala der Polen zugeschriebenen und auf ganz Europa ausgedehnten Bedeutung zeigte sich spätestens seit Beginn des 16. Jahrhunderts. Davon zeugen nicht nur amtliche diplomatische Dokumente oder Abgeordnetenreden, sondern auch poetische Werke und publizistische Schriften. Die vom polnischen Herrscher erlangte Berühmtheit auf dem Alten Kontinent wurde zum Maßstab für seine Erhabenheit. Die Feststellung, dass Europa bisher kein schöneres Werk (Buch, Bauwerk, plastische Figur etc.) gesehen habe, sollte entsprechende Bewunderung auslösen. Die Behauptung, dass die Reisen des polnischen Herrschers sich auf den ganzen Kontinent erstreckten, legte dessen politische Reichweite fest. Die neue Skala herrschaftlicher Größe tauchte damals vor allem in den Panegyriki auf: Hosius bezeichnete man z.B. als Licht für Polen und ganz Europa, während König Zygmunt August (1548-1572) als „heller Stern Europas und als pater patriae“ angesehen wurde. Doch auch Jan Januszowski erinnerte an „den in ganz Europa bekannten Jan Kochanowski, einen Polen“. Und das von Andrzej Trzeciecki stammende Epitaph am Grab von Stanisław Łaski preist diesen u.a. dafür, dass er „die wichtigsten Sprachen desjenigen Teiles der Welt“ gekannt habe, „der den antiken Namen Europa trägt“.

Europa und andere Erdteile

Gleichzeitig führten die Segelschiffexpeditionen in entlegene Winkel der Erde dazu, dass demjenigen, der nicht nur einen, sondern gleich drei Kontinente bezwang, höchster Ruhm zuteil wurde. So konnte z.B. Joachim Bielski über Jan Zamoyski berichten, dass diesen bereits „der Perser und die schwarzen Mauren/Afrikaner“ kennen würden. In der von Klemens Janicki entworfenen Grabinschrift über Aleksander Orzechowski ist indessen zu lesen: „In Europa geboren durchreiste ich zahlreiche Königreiche des fernen Asiens und lernte viele deiner Völker kennen, afrikanische Erde“. Diese Aufzählung fußte noch auf der mittelalterlichen Gliederung der Welt in drei Teile, die damals die gesamte bekannte Welt bildeten. Ins

Auge fiel dabei natürlich Europa als kleinster Kontinent, der jedoch zugleich das bedeutendste geographische Glied darstellte.

Erst in der Epoche der Aufklärung gestand man allen Bewohnern des Erdballs das gleiche Recht auf Glück bzw. Mitgefühl im Leid zu. Damals tauchte erstmals der Vergleich zwischen den zum Frondienst gezwungenen polnischen Bauern und den Schwarzen bzw. zwischen den um ihre Freiheit kämpfenden Indianern und den Polen auf. Nach Ansicht zahlreicher Schriftsteller der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts boten die Hindus, Azteken oder Inkas, die mit dem blanken Schwert in der Hand ihre Unabhängigkeit verteidigten, ein leuchtendes Beispiel für die weißen Bewohner der *Rzeczpospolita*. Während der Teilungen Polens und der nationalen Aufstände des 19. Jahrhunderts dienten die Ureinwohner Amerikas und ihre Geschichte – insbesondere deren Unterwerfung durch die Spanier – gleichsam als passendes Kostüm für den polnischen Patriotismus. In derartigen Gewändern konnte das Nationalbewusstsein der Polen trotz der Argusaugen der Zensur auf der öffentlichen Bühne erscheinen. Diese Denkweise drückte sich u.a. in den Werken von Wojciech Bogusławski (1757-1829) sowie in anderen zeitgenössischen Dramen aus, die den „Inka-Patriotismus“ rühmten.

Die Kritik an den Methoden der Conquista und ihren führenden Vertretern (Hernán Cortés und Francisco Pizarro) fußte vor allem in der Überzeugung, dass die Völker Europas im 16. Jahrhundert ihre grundlegende Pflicht nicht erfüllt hatten: Anstatt sich mit der Zivilisierung der Indianer zu befassen, hatte man ein Blutbad unter ihnen veranstaltet. Gleichzeitig wurde jedoch an die positiven Folgen erinnert, die die Beherrschung der Neuen Welt durch die Europäer mit sich gebracht hatte. Dymitr Michał Krajewski (1747-1817) stellte die Behauptung auf, dass die Entdeckung Amerikas zahlreichen Ureinwohnern dieses Kontinents zwar einerseits Tod und Untergang gebracht habe. Nichtsdestotrotz sei Amerika durch die Einführung europäischer Bildung „in der Welt unvergleichlich bedeutender als vor seiner Entdeckung“. Der Alte Kontinent, der in Asien, Afrika und Amerika recht grausam aufgetreten sei, bringe diesen Erdteilen nun „die Fackel der Wissenschaft“. Dank dieser würden die Bewohner dieser Kontinente „allmählich aus ihrer Rückständigkeit und Ungehobelt-heit“ herausgeführt. Die vormals angewandte Gewalt sollte fortan durch zivilisatorisches Wirken ersetzt werden. Diese Vorgehensweise führte im Endeffekt zum gleichen Ergebnis, nämlich zur Unterordnung der Ureinwohner Amerikas, Asiens und Afrikas unter die Herrschaft des weißen Mannes.

Die Überlegenheit Europas gegenüber anderen Kontinenten, die im 16. und 17. Jahrhundert so oft und gerne beschworen wurde, unterlag auch für die Literaten der Aufklärung nicht dem leisesten Zweifel. Dieselben Auto-

ren, die die 200 Jahre zuvor begangenen Gewalttaten der Conquistadoren scharf verurteilten, stellten bisweilen im gleichen Atemzug fest, dass Europa den „ersten Teil der Welt“ bilde, da die dort ansässigen Nationen „den Völkern anderer Kontinente überlegen“ seien. In den „Gespräche(n) junger Polen“ (*Rozmowy młodych Polaków*) von Jan Józef Kanty (1776) wird z.B. behauptet, dass „Wissenschaften, Sitten und Gebräuche, Tapferkeit, Glück und Recht“ bereits seit langem von Asien nach Europa übertragen worden seien. Vergeblich weise Asien darauf hin, einstmals die Wiege der menschlichen Zivilisation gewesen zu sein. Nach Auffassung von Kanty disqualifizierte der grausame Despotismus der Asiaten ihren Kontinent im Wettlauf mit Europa. Aber auch Afrika oder Amerika könnten dem Alten Kontinent natürlich nicht das Wasser reichen, da dort Barbarei und Kannibalismus herrschten. Die zeitgenössische Welt besitze hingegen eine Mutter in Gestalt von Europa. Eine Bestätigung seiner Überlegenheit und Besonderheit fand dieser Kontinent bei der Konfrontation mit anderen Kulturen der Welt.

Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert verbreiteten die Bewohner Europas ihren Glauben in anderen Kontinenten, was von zahlreichen Grausamkeiten begleitet wurde. Die den Ideen der Aufklärung huldigenden Literaten des Alten Kontinents stellten dabei stolz fest, dass die Europäer in Amerika und Asien einer höheren Zivilisation Raum schaffen würden, was man nur begrüßen könne. Jedoch nicht das Christentum, sondern die Kultur wurde nunmehr zum entscheidenden Bewertungskriterium bei der Unterwerfung fremder Kontinente und der Zerstörung der dort angetroffenen Zivilisationsformen. Doch sogar in den wenigen Fällen, in denen die christliche Religion als Maßstab herangezogen wurde, berief man sich auf ein überkonfessionelles Christentum, das keineswegs nur auf den Katholizismus beschränkt blieb.

Exotische Weisheitslehrer

In den philosophischen Erzählungen der Aufklärung tauchte sehr häufig die Figur des „guten Wilden“ auf, dessen Herkunft man in weit entfernten Ländern verortete. Diese verkündete die Notwendigkeit der Rückkehr zur Natur als bestes Heilmittel gegen sämtliche Beschwerden der weißen Menschen. Gleichzeitig legte man die moralischen Lehren der Europäer gerne in den Mund eines weisen indischen Brahmanen, eines tugendhaften chinesischen Mandarins oder eines Aztekenherrschers. Im Allgemeinen fand man jedoch schnell heraus, dass es hier um bestimmte Diskurse und literarisch-philosophische Konventionen ging. Demnach erschien es geboten, sich orientalischer Figuren zu bedienen, um Kritik an der politischen

Verfassung (vor allem am Absolutismus, der für zahlreiche Staaten Europas kennzeichnend war) und der Kirche zu formulieren. Die intellektuellen Eliten von Paris, London, Amsterdam oder Warschau wussten nur zu gut, dass die Jünger der Aufklärung dergestalt ihre eigenen Auffassungen weiterverbreiten konnten. Daher wurde behauptet, dass es in China keine Bastillen gab. Diese Feststellung bedeutete in der konkreten Landessprache, dass das diesbezügliche Gefängnis in Paris in die Luft gesprengt werden musste. Diese literarisch-philosophischen Konventionen hielten in Polen erst während der Aufklärung Einzug. Im 16. und 17. Jahrhundert wurden die internationalen Beziehungen, Verfassungsformen oder tadelswerten Sitten nicht von exotischen Philosophen, sondern von europäischen Gesprächspartnern kritisiert. In diesem Zusammenhang sei nur an die in der *Rzeczpospolita* bereits seit der Renaissance so beliebten „Gespräche eines Polen mit einem Italiener“ (oder Franzosen bzw. Deutschen) (*Rozmowy Polaka z Wlochem*) erinnert.

Die Bedeutung der in Westeuropa aufkommenden antieuropäischen Polemik darf jedoch nicht überschätzt werden. Diese Rhetorik zog Vergleiche mit den „guten Wilden“, Mandarinern und Brahmanen, aber auch diverse politische Utopien zur Begründung ihrer Europakritik heran. Der französische Forscher Charles Morazé stellt zu Recht fest, dass sich Europa trotz aller Entzückung über den weisen Azteken und den tugendhaften Irokesen sehr wohl darüber bewusst war, dass seine Kultur die Zivilisationen anderer Kontinente überragte. Ein anderer Kenner der europäischen Mentalitätsgeschichte, Frédéric Chabod, ist sogar der Ansicht, dass diese europakritische Polemik auf Liebe und nicht auf Hass gegenüber dem eigenen Kontinent beruhte. Denn zumindest im 16. und 17. Jahrhundert enthielt diese Rhetorik weder eine Katastrophenstimmung noch wünschte sie den Untergang der europäischen Kultur herbei. „Niemand zeigte eine dermaßen proeuropäische Haltung als diejenigen Menschen, die die in Europa herrschenden Beziehungen so scharf kritisierten. Niemand glaubte mehr als sie an die hehren kulturellen Werte der europäischen Zivilisation“ (F. Chabod).

Nur wenige nahmen die „dunklen Prophezeiungen“ ernst, wonach Amerika einst die Vorherrschaft in der Welt einnehmen und Europa dabei vom Thron stoßen werde. Diese Untergangsvision entwarf am Ausgang des 16. Jahrhunderts u.a. auch Justus Lipsius. In dem im Jahre 1600 ins Polnische übertragenen Werk „Über die Beständigkeit“ (*O stałości*) richtete Lipsius folgende Aufforderung an Europa und Asien: „Überlasst die Herrschaft dem Volk jenseits des Ozeans und tretet sie an dieses ab. Irre ich mich? Sehe ich also, dass die Sonne einer neuen Herrschaft im Westen aufgeht?“ An diese schicksalhaften Worte knüpfte gegen Ende des 18. Jahrhunderts Guillaume Raynal (1713-1796) in seiner Geschichte der „zwei

Indien“ (Ost- und Westindien, also Amerika) an, die in polnischen intellektuellen Kreisen sehr populär war. Raynal sagte voraus, dass die von ihren ersten Entdeckern zerstörte Neue Welt erneut aufblühen werde, „und möglicherweise imstande sein werde, über die Alte Welt zu gebieten. Amerika wird zum Zufluchtsort der politisch unterdrückten oder vom Krieg vertriebenen Völker werden. Ihre wilden Ureinwohner werden sich zivilisieren, und die fremden geknechteten Zuwanderer werden zu freien Menschen“. Ein eifriger Leser der Werke Raynals war auch Adam Mickiewicz (1798-1855), der in dem im jugendlichen Alter verfassten Gedicht „Kartofla“ (Die Kartoffel) das Bild des zukünftigen Amerika entwarf – des Landes der Freiheit und des Gleichgewichts. Demnach werde Amerika dann aufblühen, wenn Europa zerfalle und Städte wie Paris, London und Wilna zu bloßen Trümmerhaufen würden: „In dieser Zeit wird über der Neuen Welt der Stern der Freiheitsrechte aufleuchten, Tugend und Wissenschaft werden sich unter sein Strahlen drängen“.

Die Parallelität zweier historischer Prozesse – die Kolonialexpansion der Europäer und die fortschreitende Zersplitterung Polens – bewirkte, dass unter den polnischen Intellektuellen im Zeitalter der Aufklärung zahlreiche Sympathien sowie Mitgefühl und Verständnis für die amerikanischen bzw. asiatischen Staaten auftauchten, die infolge der Eroberungszüge ein ähnliches Schicksal erlitten hatten wie die *Rzeczpospolita*. Das Rad der Geschichte drehte sich nun zurück. Denn bislang waren die Teilnehmer der polnischen Feldzüge gegen Moskau (als „Dymitriaden“* bezeichnet) in der zeitgenössischen polnischen Publizistik gerne mit den Soldaten des Cortés verglichen worden, während man Analogien zwischen dem Los der Bewohner Moskaus und den Indianern Altamerikas konstruierte. Seit dem Beginn der Fremdherrschaft in Polen zog man hingegen erstmals Parallelen zwischen dem polnischen Volk und den Opfern der Conquistadoren. Das Verschwinden zahlreicher souveräner Staaten von der politischen Landkarte anderer Kontinente drängte unwiderlegbare Analogien auf. Unter deren Eindruck schrieb Hugo Kołłątaj (1750-1812), der bereits im Jahre 1788 konstatierte, dass das unglückliche Polen wie einst Amerika „auf die hässlichste Art und Weise“ geteilt worden ist“.

Der Kolonialismus als polnisches Alibi

Vor diesem Hintergrund machte sich bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine Auffassung in Polen breit, die den Kolonialismus anderer Völker und Staaten als nationales Alibi benutzte. So wurde immer wieder stolz betont, dass die *Rzeczpospolita* an den Eroberungszügen auf fremden Kontinenten nie teilgenommen hatte. Daher sei es auch so angenehm, die

Geschichte der polnischen Nation kennenzulernen. Denn die Polen seien das „friedvollste Volk der Welt“. In dieser Geschichte gebe es nämlich weder eine Bartholomäusnacht noch eine Sizilianische Vesper, von der Unterwerfung Amerikas ganz zu schweigen. Doch selbst dann, wenn die Polen auf diesem Kontinent aufgetaucht wären, hätten sie sich dort nach Ansicht des Schriftstellers Michał Dymitr Krajewski (1746-1817) anders verhalten als die Conquistadoren. Unter polnischer Herrschaft wäre in Mexiko und Peru nicht das „Blut unschuldiger Indianer“ vergossen worden. Ein halbes Jahrhundert später – 1837 – erschien der Roman „Eine Amerikanerin in Polen“ (*Amerykanka w Polsce*) von Aleksander Tyszyński. In dieser Prosa wurde das Aufeinandertreffen eines Polen mit den Ureinwohnern der Neuen Welt thematisiert. Dabei verwünschen diese nicht nur die Conquistadoren, sondern auch Kolumbus selbst, der als „erster Henker und Tyrann“ bezeichnet wird. Tyszyński lässt seinen polnischen Landsmann daraufhin antworten, dass er den Indianern gegenüber niemals feindlich gesonnen war. Ganz im Gegenteil, erregt hört der Pole den Erzählungen über die Conquista mit ihren zahlreichen Grausamkeiten zu und vergießt Tränen über das Schicksal der „Amerikaner“.

Die intellektuelle Elite Polens konnte es vor allem den Völkern Westeuropas niemals vergeben, dass diese nicht auch aufgrund der staatlichen Zersplitterung der *Rzeczpospolita* in Tränen ausbrachen. Wie viele bittere Vorwürfe zu diesem Thema enthalten z.B. die „Bücher des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft“ (*Księgi narodu polskiego i pielgrzymstwa polskiego*), die von der Literaturhistorikerin Zofia Stefanowska sogar als „Kodex der Fremdenfeindlichkeit“ bezeichnet werden. Mickiewicz stilisierte in diesem Werk nicht Russland, sondern Frankreich zum negativen Helden, der den Polen beim Novemberaufstand 1830/31 nicht zur Hilfe gekommen sei. Aber auch in der Folgezeit führten die illusionären Hoffnungen auf wirksame westliche Unterstützung bei der Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit Polens in der polnischen Publizistik zumeist zu bitterer Ironie. Der radikalkonservative Denker Kajetan Koźmian (1771-1856) wies in seinen Memoiren auf zwei Dinge hin, die die *Rzeczpospolita* ins Grab getrieben hätten: die Anarchie und die Überzeugung, dass „Europa eine Aufteilung Polens nicht zulassen wird. Und siehe da, sie wurde zugelassen und bestätigt“. Gleichwohl gab es laut Koźmian immer noch Menschen, die trotz bitterer Erfahrungen auch weiterhin große Hoffnung hegten: „Europa wird es einsehen, vielleicht hat es es sogar schon eingesehen“. Bereits ein halbes Jahrhundert zuvor hatte Wirydianna Fiszerowa, geb. Kwilecka (1761-1826), in ihren Erinnerungen in ironischem Unterton die Selbsttäuschung der großpolnischen *szlachta* beschrieben. Denn diese „glaubte besessen daran, dass es weder ein Stückchen Brot noch ein einziges Boot auf den Meeren Europas gäbe, wenn wir

ihm [Europa] nicht Getreide und Holz lieferten“. Auch aus diesem Grund meinte man, dass der Alte Kontinent den Untergang der polnischen Adelsrepublik niemals zulassen werde.

Ähnliche Illusionen resultierten aus der Überzeugung, dass die *Rzeczpospolita* seit Jahrhunderten zur gesamteuropäischen Kulturgemeinschaft gehöre, die den Polen doch so viel verdanke (wiederholte Waffenhilfe, Beiträge zu Literatur, Kunst und Wissenschaft etc.).

In diesem knappen Überblick sollte gezeigt werden, dass sich die Polen seit dem 16. Jahrhundert tatsächlich als „Bewohner Europas“ gefühlt haben, um die Bezeichnung von Sebastian Klonowic nochmals aufzugreifen. Obgleich Polen aufgrund seiner geographischen Lage Ostmitteleuropa zugerechnet wird, hielt sich das Land in zivilisatorischer Hinsicht eher für einen Nachbarn der Italiener und Franzosen, deren Staaten der sarmatische Adel so häufig bereiste. Nicht zuletzt deshalb ist der in den neunziger Jahren von der Presse so gerne aufgegriffene Slogan von der „Rückkehr Polens nach Europa“ ein grobes Missverständnis. Denn die polnische Nation hat sowohl in den letzten beiden Jahrhunderten als auch in der fernerer Vergangenheit die Kultur- und Sittengemeinschaft des Alten Kontinents niemals verlassen.

Bibliographie:

ANGYAL, ENDRE, Die slavische Barockwelt, Leipzig 1961.

Barocco fra Italia e Polonia [Der Barock in Italien und Polen], hg. v. JAN ŚLĄSKI, Warszawa 1977.

BRÜCKNER, ALEXANDER, Das Goldene Zeitalter der polnischen Kultur, in: Wiener Slavistisches Jahrbuch 15, 1969, S. 126-148.

BRÜCKNER, ALEXANDER, Das silberne Zeitalter der polnischen Kultur, 1600–1648, in: Biuletyn Biblioteki Jagiellońskiej 29/1-2, 1979, S. 59-84.

Cultura in nazione in Italia e Polonia, dal Rinascimento all'illuminismo [Die Nationalkultur in Italien und Polen von der Renaissance bis zur Aufklärung], hg. v. VITTORE BRANCA u. SANTE GRACCIOTTI, Firenze 1986.

Italia, Venezia e Polonia tra umanesimo e Rinascimento [Italien, Venedig und Polen zwischen Humanismus und Renaissance], hg. v. MIECZYSLAW BRAHMER, Wrocław 1967.

JOBERT, AMBROISE, De Luther à Mohila. La Pologne dans la crise de la Chrétienté, Paris 1974.

KOT, STANISLAS, Socinianism in Poland. The Social and Political Ideas of the Polish Antitrinitarians, Boston 1957.

Movimenti ereticali in Italia e in Polonia nei secoli XVI–XVII [Häretische Bewegungen in Italien und Polen im 16. und 17. Jahrhundert], hg. v. Istituto Nazionale di Studi sul Rinascimento [Nationalinstitut für Renaissance-Studien], Firenze 1974.

Mythes et symboles politiques en Europe centrale, sous la direction de CHANTAL DELSOL, MICHEL MASŁOWSKI et JOANNA NOWICKI, Paris 2002.

PELC, JANUSZ, Literatura renesansu w Polsce, Warszawa 1994.

The Polish Renaissance in its European Context, hg. v. SAMUEL FISZMAN, Bloomington-Indianapolis 1988.

Reformation und Frühaufklärung in Polen. Studien über den Sozinianismus und seinen Einfluß auf das westeuropäische Denken im 17. Jahrhundert, hg. v. PAUL WRZECIONKO, Göttingen 1977.

A Republic of Nobles. Studies in Polish History to 1864, hg. von JACEK K. FEDOROWICZ, Cambridge 1982.

SAMSONOWICZ, HENRYK, Polens Platz in Europa, Osnabrück 1997.

SCHRAMM, GOTTFRIED, Der polnische Adel und die Reformation 1548 – 1607, Wiesbaden 1965.

Socinianism and its Role in the Culture of XVI-th to XVIII-th Centuries, ed. by LECH SZCZUCKI, Warsaw, Łódź 1983.

TAZBIR, JANUSZ, La culture polonaise des XVIe et XVIIe siècles dans le context européen, Roma 2001.

TAZBIR, JANUSZ, La République nobilitaire et le monde. Études sur l'histoire de la culture polonaise à l'époque du baroque, Wrocław 1986.

TAZBIR, JANUSZ, A State without Stakes. Polish Religious Toleration in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, Warszawa 1973.

ULEWICZ, TADEUSZ, Il problema dal sarmatismo nella culture e nella letteratura polacca. Problematica generale e profilo storico [Das Problem des Sarmatismus in der polnischen Kultur und Literatur. Allgemeine Problematik und historisches Profil], in: Ricerche Slavistiche 8, 1960, S. 126– 198.

WYRWA, TADEUSZ, La pensée politique polonaise à l'époque de l'humanisme et de la Renaissance, Paris 1978.

Aus dem Polnischen von Jan Obermeier

ANDREAS LAWATY

POLEN UND EUROPA IN DER AUFKLÄRUNG

Das Verhältnis Polens zu „Europa“ und das „Europas“ zu Polen scheint im Jahrhundert der Vernunft mehr von der Logik der Macht als von der Macht der Vernunft geprägt gewesen zu sein. Jedenfalls haben alle Anstrengungen der politischen Vernunft im Polen des 18. Jahrhunderts, Polen selbst zu „reparieren“ und innen- wie außenpolitisch wieder handlungsfähig zu machen, die mächtigen Nachbarn am Ende des Jahrhunderts nicht daran gehindert, ihrer eigenen *raison d'état* zu folgen, einer Raison der Macht eben, die nur in der Macht der mitspielenden Großmächte ihre „Selbstbegrenzung“ fand.

Das „Konzert der Mächte“, das in diplomatischen Verhandlungen und Kriegen immer wieder sein Gleichgewicht, wenn schon nicht „Harmonie“, wiederherzustellen vermochte, war nicht in der Lage Dissonanzen zu tolerieren, die aus Schwäche und „Unordnung“ resultierten. Das Polen-Litauen des 18. Jahrhunderts, das aus dem Großen Nordischen Krieg 1700-1721 außenpolitisch außerordentlich geschwächt hervorging, schien zunächst aber innenpolitisch diese Schwäche zum Fundament einer (adligen) Freiheitsideologie machen und den umgebenden absolutistischen Mächten verächtlich den Rücken kehren zu wollen. Das war keine gute Voraussetzung dafür, um sich der Vorherrschaft Russlands und in dessen Sog auch Preußens und Österreichs entziehen zu können. Die Vertreter des „aufgeklärten Absolutismus“, die sich zu Verteidigern der Freiheiten und der Toleranz in Polen stilisierten, führten die erste Teilung Polens 1772 als eine Art Krisenmanagement durch. Bezeichnenderweise haben die Teilungsmächte es für empfehlenswert gehalten, den Einsatz der Macht gegen Polen mit „vernünftigen“, die Erfordernisse der Aufklärung berücksichtigenden Argumenten zu untermauern. Als mit der Französischen Revolution die aufklärerischen Experimente der Monarchen zum Erliegen kamen, war die Zeit „reif“, auch die gerade im Gang befindliche polnische „milde Revolution“, die sich am 3. Mai 1791 eine neue Verfassung gab, zu beenden: 1793 in der zweiten und 1795 in der dritten Teilung Polens.

Dabei hatte es die politische Vernunft auch im polnisch-litauischen Reich selbst nicht leicht gehabt, die den Staat verkörpernde, jedoch in der

Logik der eigenen Ohnmacht verfangene Adelsgesellschaft von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen. Jede Reform war an die Bereitschaft zum Verzicht auf als unveräußerlich empfundene Freiheiten geknüpft, die nur unter Wahrnehmung der von innen und außen heranwachsenden Gefahren zu erzeugen war. Die Aufklärung war in Polen, wie auch anderswo, nicht allein eine philosophische und bildungspolitische Veranstaltung, vielmehr eine Frage der politischen und kulturellen „Dialogfähigkeit“ nach außen und der Reformfähigkeit nach innen, wobei es schier unüberwindliche Hürden zu bewältigen galt: die die eigene Existenz gefährdende Verführungskraft der „goldenen Freiheit“, den Glauben an die göttliche Dankbarkeit für die Treue der katholischen Nation, die „splendid isolation“ im Provinzialismus – insgesamt die „sarmatische“ Identität der polnischen Adelsnation einerseits und andererseits die Interventions- und Expansionsbereitschaft der Nachbarmächte, denen weder mit Nachgiebigkeit noch mit heroischem Widerstand allein zu begegnen war.

1. Der Europabegriff und die altständische Gesellschaft Polen-Litauens

Der Begriff „Europa“ setzte sich in Europa erst im zeitlichen Anschluss an das Konzept des sich als *christianitas* definierenden Kontinents durch. „Europa“ war das Ordnungsprinzip einer Welt, die sich nicht mehr gegen die Ungläubigen von Außen, wie zuletzt die Osmanen, definieren konnte, sondern vielmehr von einer konflikthaften Spaltung der *christianitas* in Konfessionen sowie vom säkularisierten Machthunger der mächtigen Staaten – den Prinzen Machiavellis und Hobbes' Leviathane – gerüttelt wurde. Erst nach dem Westfälischen Frieden von 1648 wurde „Europa“ zu einer politischen Formel, die in die Kriegserklärungen und Friedensverträge Eingang fand.

Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts beschreibt Heinz Duchhardt als eine Epoche, in der „der Begriff Europa seine Tiefe und Schärfe gewinnt“ (Duchhardt, 1996, S. 3). Das im Entstehen begriffene Völkerrecht, das *ius publicum europaeum*, das nach Grotius „De iure belli ac pacis“ (1625) das Recht in Kriegs- und Friedenszeiten umfasste, sollte einen ideellen, wenngleich politisch nicht einklagbaren Bezugspunkt des kontinentalen Denkens und des Verhaltens unter den europäischen Staaten bilden. Davon ausgehend versucht Duchhardt eine Definition des Europa-Begriffs, so wie er sich um 1700 im europäischen Denken etabliert hatte:

„Europa als politischer Code bedeutete die Freiheit aller Staaten angesichts hegemonialer Tendenzen einzelner Staaten, unter Beibehaltung verschiedener Staatsformen, zugleich die Gleichberechtigung aller souveräner politischer

Einheiten, und der Begriff setzte kulturelle Vielfalt anstelle einer einzigen dominierenden Kulturform, obgleich die Gesellschaften dieser Zeit sehr wohl das Bedürfnis hatten, sich an einer Kultur zu orientieren, die einen gemeinsamen Stil kreieren und als Norm anerkannt würde“ (Duchhardt, 1996, S. 3).

Der Alltag der europäischen Staaten war gewiss nicht von einem so definierten Europa-Begriff gesteuert, aber die Idee, gepaart mit einem modernisierten Begriff des Patriotismus der Staatsbürger wirkte auf die Moral nicht nur der Philosophen.

Der Begriff etablierte sich zunächst in der politischen Sprache Großbritanniens am Ende des 17. Jahrhunderts, wo die „*Liberties of Europe*“, die das Gleichgewicht der Staaten, die Religionsfreiheit und den Handel umfassten, zu einer Art Staatsideologie wurden (Duchhardt, 1996, S. 3). Die englische parlamentarische Monarchie, so wie sie aus der *Glorious Revolution* von 1688 hervorging, war ein wichtiger Orientierungspunkt, oft genug auch ein Bewunderungsobjekt, gleichermaßen der westeuropäischen und der polnischen Aufklärer. Dieser Europa-Begriff bot französischen Aufklärern vom Schlag eines Montesquieu Munition in ihrer Kritik an dem Absolutismus des eigenen Staats und machte Karriere in den Vereinigten Niederlanden, die sich von außen bedroht fühlten.

Wie hielt es nun Polen mit dem „Europa“, das es 1683 beim Entsatz von Wien vor den Türken gerettet zu haben glaubte? Einem Europa, zu dem spätestens seit der Beendigung des Nordischen Krieges im Friedensschluss zu Nystad 1721 an Schwedens Statt der Nachbar Russland als Großmacht gehörte, in dem der andere Nachbar Preußen sich als ein militärisch disziplinierter und ambitionierter *newcomer* entpuppte, und einem Europa, von dem Polen selbst 1795 keinen Schutz bekam, auch 1815 vom Wiener Kongress nicht, als die auf Napoleon gesetzten Hoffnungen begraben werden mussten? Und welchen Platz fand Polen am politischen und geistigen Horizont „Europas“, dessen Gesellschaften im 18. Jahrhundert selbst grundlegenden politischen und kulturellen Veränderungen unterworfen waren, und sich, mit neuem Selbstbewusstsein ausgestattet, in Abgrenzung zu den „minder entwickelten“ Teilen der Welt (und Europas) als Hort der Zivilisation oder als Kulturträger neu erfanden?

Es gehört zum Erbe des (west)europäischen Polenbildes der Zeit der Aufklärung und der historiographischen Debatten um die Unausweichlichkeit der Teilungen, dass Polen generell mit dem Makel der Rückständigkeit behaftet wird. Diese „Rückständigkeit“ war aber im Selbstverständnis der „sarmatischen“ Kultur der polnischen Adelsrepublik gleichermaßen Gegenstand des Stolzes und Ausdruck der Eigenart, die es in einem von Kriegen gebeutelten und zunehmend von selbstherrlichen Monarchen beherrschten Europa zu verteidigen galt. Der „polnische Sonderweg“ basierte auf dem Mythos wirtschaftlicher Autarkie als Kornkammer Europas, auf dem Glau-

ben an die Vorsehung, an den göttlichen Schutz für das Land, das allein den rechten Glauben an den östlichen Grenzen Europas schützen musste, und auf einer kritiklosen Überhöhung der eigenen republikanischen Verfassung.

Die Selbstbezogenheit der Adelsgesellschaft materialisierte sich in einer Ideologie, die deren Kritiker im 18. Jahrhundert als „Sarmatismus“ brandmarkten und die Janusz Tazbir als den „Typus einer geschlossenen Kultur“ beschreibt. Noch tief bis in das 18. Jahrhundert hinein war in Polen die Ablehnung eines selbstkritischen Vergleichs mit anderen Ländern Europas verbreitet. Die Selbstisolierung vom restlichen Europa basierte auf der Vorstellung einer religiös begründeten Mission und Höherwertigkeit der eigenen Kultur, einer Vorstellung, die nur mit Hilfe einer weltanschaulichen und kulturellen Selbstisolierung aufrechtzuerhalten war. Dies ist kein historisch einmaliges Phänomen. Doch im Falle der polnischen Adelsrepublik wohnte dieser Entwicklung eine gewisse Tragik inne, indem die durchaus ehrenhafte Verteidigung des republikanischen und freiheitlichen Grundgedankens gegen das „absolutistische“ Europa mit Mitteln der adelsständischen Megalomanie und einer mehr gegen den Westen als gegen den Osten gerichteten Xenophobie sowie um den Preis der politischen Selbstlähmung betrieben wurde.

Das moderne historische Denken fand in Polen überwiegend und zuerst über die städtischen und akademischen Milieus des Königlichen Preußen Eingang (Lemke, 1958). Nur allmählich kam es zu einer Säkularisierung des Geschichtsbildes in den polnischen Schulbüchern der um die Bildung seit den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts besonders besorgten Orden der Piaristen und Jesuiten. Wundersame christlich-astrologische Geschichten wurden zwar zurückgedrängt, blieben aber selbst in den Schulen der 1793 im Rang eines Ministeriums eingesetzten Kommission für Nationale Bildung und in der „professionellen“ Geschichtsschreibung etwa eines Adam Naruszewicz (1733-1796) virulent. Die „kritische Geschichtsschreibung“ verifizierte historische Fakten, verzichtete auf bloße Bestätigung von Traditionen und verwarf Wunder und Legenden, sie vermochte es aber nicht, die Vorsehung aus dem Spiel der historischen Kräfte wegzulassen.

Die Geschichte Polens in der Zeit einer andauernden und selbst reflektierten Krise zu schreiben, bedurfte eines Rests an übertationalem Vertrauen, dass die Geschichte, die eine des Fortschritts sein sollte, sich den äußeren Gefahren und inneren Widerständen zum Trotz doch noch zum Positiven wenden möge. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Reform führte in der Regel dazu, dass die Vergangenheit eher als eine Kette von Fehlern und Versäumnissen gesehen wurde denn als eine Sammlung von Beweisen für göttliche Fürsorge, die dem Adelsstand, der polnischen Nation also, zuteil geworden war. Damit wurde die politische Theorie des

adligen Konservatismus in Frage gestellt, und republikanische Reformtheorien konnten des Verrats an der gottgegebenen „goldenen Freiheit“ bezichtigt werden. Dennoch war auch die kritische Geschichtsschreibung am Erhalt des angeschlagenen Staates und an dessen Reformierbarkeit interessiert, unabhängig davon, ob die Reformvorstellungen eher monarchischen oder republikanischen Strömungen zuzuordnen waren.

Es war die aufkommende Einsicht in die Notwendigkeit einer selbstkritischen Betrachtung der Wirklichkeit der polnischen Republik, die einen offenen, vergleichenden Blick auf die Funktionsweisen anderer Länder Europas gefördert hatte. Der Grad der Öffnung gegenüber anderen Modellen politischer, kultureller und gesellschaftlicher Organisation und die Bewertungskriterien gegenüber den verschiedenen Ideen der europäischen Aufklärung bestimmten aber sowohl diejenigen, die den Reformdruck ausübten, als auch diejenigen, die um den Erhalt der unveräußerlichen „Grundrechte“ der polnischen Adelsnation bangten. Stanisław Konarski, Piarist und erfolgreicher Bildungsreformer in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts, prangerte in seiner 1760-1763 erschienenen Schrift „Über den wirksamen Rat“ die Überheblichkeit einer selbstverliebten Adelskultur besonders heftig an:

„Dass wir – Polen – uns für klüger und verständiger als die ganze menschliche Nation halten und über alle früher oder jetzt blühenden Republiken stellen [...] ist eine merkwürdige und unerhörte Anmaßung, die uns zum Gespött der ganzen Welt gemacht hat. [...] Denn weder Gott noch die Natur haben sich eines anderen Tons oder einer anderen Form bedient, als sie den Engländer, den Schweizer, den Belgier, den Venetianer etc. schufen“ (zit. nach Michalski, 1972, S. 280).

Das Bewusstsein dafür, dass Polen als freies Land nicht allein im Meer des Absolutismus und der Despotie stand, sondern dass es ihm verwandte politische Gebilde in Europa gab, ging in Polen nie ganz verloren, wurde aber erst seit den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts stärker in den Vordergrund gerückt. Zu den in Polen regelmäßig als „freie Republiken“ bezeichneten Staaten gehörten Venedig, Genua, Holland und die Schweiz. Auch das Alte Reich wurde als eine Art *respublica* bezeichnet, wobei man sich der komplexen Struktur des aus nichtrepublikanischen Gliedern bestehenden Gebildes bewusst war. Es kamen für eine begrenzte Zeit Schweden, vor allem aber England hinzu, das in der Zeit des letzten polnischen Königs Stanisław August Poniatowskis (1764-1795) zum Vorbild und Bezugspunkt politischer Debatten wurde. „Es war das einzige Land“, schreibt Anna Grześkowiak-Krwawicz, „um dessen Freiheitscharakter man in Polen nicht minder heftig stritt wie um die polnische Freiheit“ (Grześkowiak-Krwawicz, 1994, S. 175).

In den achtziger Jahren kam ein neues freies Land hinzu, die Vereinigten Staaten, die während der Beratungen und in den Auseinandersetzungen des Großen Reichstags 1788-1792 eine bedeutende Rolle spielten. Sie dienten nicht zuletzt den Gegnern der Erbmonarchie als Beispiel für eine große Republik ohne Monarchen. Schließlich wurde auch das revolutionäre Frankreich zum Beispiel eines freien Landes. Zuvor hatte man den freiheitlich geprägten Charakter der Briten („die Freiheit des Briten“) gerne mit der „versklavten“ Denkweise des Franzosen kontrastiert. Die Revolution bewirkte, dass das Land als Muster einer wieder gewonnenen Freiheit erschien und Frankreich alsbald in den Kreis der freien Länder aufgenommen wurde. Grzeškowiak-Krwawicz weist darauf hin, dass in den sich polarisierenden Debatten am Ende der Entwicklung besonders verbitterte Kritiker der „goldenen Freiheit“ Zweifel erhoben, ob Polen überhaupt zu dem Kreis der freien Länder gezählt werden könne, während die Euphorie über die Verabschiedung der Verfassung vom 3. Mai 1791 zur Überhöhung des polnischen Vorbilds und zu Exklusivitätsvorstellungen führen konnte, die an die besten „sarmatischen“ Zeiten gemahnte (Grzeškowiak-Krwawicz, 1994, S. 183).

2. Polnische Eliten und das aufgeklärte Europa

Die Einteilung der politischen Lager in Reformen und Konservative, in Europäer und „Sarmaten“, in Aufklärer und Rückständige entbehrt nicht der historischen Grundlage, kann aber in der Verallgemeinerung auch irreführen: Die Aufklärer waren sehr wohl um ihre Tradition bemüht, obwohl sie die „polnische Nation“ zu modernisieren und gewissermaßen neu zu konstruieren suchten. Sie handelten nicht ohne Rücksicht auf Traditionen, vielmehr bedienten sie sich oft derselben Begriffe und Werte wie die Verteidiger der Tradition, füllten sie aber mit neuen Inhalten unter Rückgriff auf die Philosophen der Aufklärung, auf die Staatsdenker des „goldenen Zeitalters“ Polen-Litauens in der Renaissance und auf Vorbilder der Antike. Andererseits wussten sich die Verteidiger der sarmatischen Adelstradition prominenter Vertreter der französischen Aufklärung zu bedienen: Die Schriften zur polnischen Nation und Verfassung von Jean Jacques Rousseau (1771/1781) und Gabriel Bonnot de Mably (1770-1772/1781), die auf Veranlassung Michał Wielhorskis – eines „aufgeklärten“ Vertreters der „konservativen“, gegen König Stanisław August Poniatowski gerichteten Konföderation von Bar – verfasst wurden, legen davon Zeugnis ab.

Die Frage nach der Rolle der Aufklärung in Polen und damit zusammenhängend nach dem Verhältnis zwischen Polen und Europa ist ein im-

mer wiederkehrender Bestandteil des historiographischen und gesellschaftlichen Diskurses in Polen, der das Selbstverständnis der jeweiligen Gegenwart mit prägt. „Wie überall sonst“ – schreibt Krzysztof Pomian – „so auch in Polen war die Aufklärung im Wesentlichen eine Bewegung zugunsten der Modernisierung des Landes“, – eine geistige, wirtschaftliche, gesellschaftliche, institutionelle und militärische Reformbewegung. „Die Aufklärung in Polen“ – fügt Pomian hinzu, nachdem er zuvor die Zugehörigkeit des sarmatischen Polens zur europäischen Zivilisation angesichts der kulturellen und institutionellen Rückständigkeit in Frage gestellt hat – „musste auch eine Bewegung zugunsten der Europäisierung des Landes sein, d.h. die Verpflanzung europäischer Institutionen und Sitten in den heimischen Boden zum Ziel haben und zugleich Europa zeigen wollen, dass Polen nicht mehr ein Land ist, das vor zwei Jahrhunderten stehen geblieben ist, ohne sich seither auch nur einen Schritt fortbewegt zu haben.“ Wenn Pomian darüber hinaus konstatiert, dass die „Umwandlung von Sarmaten in Europäer“ sehr lange gedauert habe, dann betont er die vielen Widerstände und Regressionen der polnischen Gesellschaft auf dem Weg nach Europa (Pomian, 2000, S. 18).

Gewissermaßen in Umkehrung dieser Sichtweise stellt Jacek Staszewski die Frage, ob es in Polen nicht einen „aufgeklärten Sarmatismus“ gegeben habe, das heißt eine Kumulation positiver Ideen des Sarmatismus wie Toleranz, Multikulturalität, Republikanismus und Pazifismus, die für sich genommen einen eigenständigen Beitrag zur europäischen Kultur darstelle und trotz der besonders schweren Krise am Anfang des 18. Jahrhunderts auch in der Zeit der Aufklärung positiv nachgewirkt habe. Das 18. Jahrhundert in Polen ließe sich damit nicht mehr mit der bisherigen Selbstverständlichkeit in die rückständige erste Hälfte unter den Sachsenkönigen und die fortschrittliche zweite Hälfte unter König Stanisław August Poniatowski (1764-1795) einteilen. Bereits in der Zeit König Augusts III. (1733-1763) habe es Ansätze einer „nationalen Erneuerung“ gegeben, die später erst zum Zuge kamen. Überhaupt ließen sich im Laufe des ganzen 18. Jahrhunderts in der *Rzeczpospolita* Ansätze eines Reformdenkens und einer Reformpolitik beobachten, die eine Modernisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft im Interesse eines seine feudalen Wurzeln hinter sich lassenden, sich rational organisierenden Staates zum Ziel hatten. Darin war die Adelsrepublik – eben im Sinne einer inneren Staatsraison – durchaus mit den ebenso nicht gerade hoch entwickelten „aufgeklärten Absolutismen“ Mittel- und Osteuropas zu vergleichen. Der Kurfürst von Sachsen Friedrich August entwickelte wenige Monate, bevor er als August II. 1697 zum König von Polen gewählt wurde, einen Plan, „wie Polen in ein blühendes von den Nachbarn geachtetes Land umzuwandeln wäre“. Staszewski sieht gute Gründe, die Anfänge der Aufklärung in Polen eben in die Jahrhundert-

wende vom 17. zum 18. Jahrhundert zu verlegen, und weist zugleich darauf hin, dass noch am Ende des 18. Jahrhunderts Strömungen der Aufklärung und des „Sarmatismus“ nebeneinander und teilweise sogar ineinander existiert hätten (Staszewski, 1992, S. 9-23 sowie ders., 1997, S. 203-214).

In seinem Buch über den Zusammenhang von „Kritik und Krise“ (1959) in der Geschichte der Aufklärung beschreibt Reinhart Koselleck die politische Struktur des Absolutismus „als Voraussetzung der Aufklärung“, das „Selbstverständnis der Aufklärer“ wiederum als „Antwort auf ihre Situation im absolutistischen Staat“. Wenn man dieses Prinzip der Verortung der Aufklärung an ihrem Ausgangspunkt auf Polen überträgt, so wird man feststellen, dass dort die krisenhaften Voraussetzungen für die Kritik der Aufklärung fehlten, weil Polen politisch und staats-theoretisch den Gegensatz zu jeder Form des Absolutismus bildete. Ansätze einer Verfestigung der Monarchie in Polen im Sinne eines *dominium absolutum* trafen auf erbitterten Widerstand gerade der konservativen Kräfte, die solche tatsächlichen oder vermeintlichen Bestrebungen dazu nutzten, um die Praxis des die Legislative über Jahrzehnte hinweg lähmenden *liberum veto* (das Vetorecht eines jeden Adligen auf dem Reichstag) und des *liberum rumpo* (die zur Auflösung des Gesetzeswerks eines ganzen Reichstags führende Anwendung des Vetorechts) gegen alle politische Vernunft als Inbegriff der zu schützenden „polnischen Freiheit“ zu verteidigen. „Die vom Westen her eindringenden Staatstheorien“ – fasst Kurt Georg Hausmann fast zeitgleich mit Koselleck (1957) diese Epoche der europäischen Geschichte in Bezug auf Polen zusammen – „waren auf dem Boden ganz anderer Erfahrungen von Obrigkeit, herrscherlicher Macht und staatlichen Zwecken erwachsen, auf dem Boden gleichsam eines Übermaßes an Herrschaft und ‚Staat‘. Ihre Spitze war demzufolge gegen dieses Übermaß gerichtet, gegen etwas also, was es in Polen nicht gab. Polen hatte ein Zuwenig an ‚Staat‘“ (Hausmann, 1957, S. 133).

Dieses „Zuwenig an Staat“ war aber nicht durch die Übernahme von bürokratischen und „absolutistischen“ Systemelementen der Nachbarstaaten zu kompensieren. Die eventuelle Adaption des durchorganisierten Systems der mächtigen Nachbarstaaten verbot sich nicht einmal deswegen, weil diese eine Bedrohung für Polen darstellten. Es verbot sich, weil ein Blick in das westeuropäische Reformschrifttum und auf das Staatensystem Europas die einheimische republikanische Tradition wieder aufwertete und einer aufgeklärten „monarchischen Republik“ mehr Zukunft versprach als einem „aufgeklärten Absolutismus“ auf einem dafür ohnehin ungeeigneten polnischen Boden. Die polnischen Aufklärer und Reformer, die überwiegend selbst dem Adel entstammten, sahen vielmehr

„im Begriff und in der Institution der eigenen Republik eine Verwirklichung dessen vor, was ihnen in der Theorie vorschwebte – eine unvollkommene Wirklichkeit zwar, gegen die sie ihre Kritik richteten, die aber zu ihrer Vervollkommenung der Reform und nicht der Revolution bedurfte. Im Besitze gleichsam dieser Republik schien Polen auch in den Augen der aufgeklärten Kritiker und Reformer den meisten europäischen Staaten, d.h. allen ‚Despotien‘ weit überlegen“ (Hausmann, 1957, S. 132).

Nach Emanuel Rostworowski sprachen der Absolutismus und die Aufklärung unterschiedliche Sprachen: Der Schlüsselbegriff des Absolutismus sei „Ordnung“, der der Aufklärung dagegen „Freiheit“ gewesen. Folgt man dieser Vorstellung, ging es aus Sicht der polnischen Reformer darum, die „polnische Freiheit“ der Republik zu universalisieren, d.h. jeden Staatsbürger und nicht nur den Geburtsadel daran partizipieren zu lassen. Tatsächlich aber war der Ordnungsgedanke der Aufklärung doch nicht so fremd, wie es durch diese Formel suggeriert wird. Auch das polnische reformerische Denken hatte sehr wohl bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erkannt, dass die „goldene Freiheit“ des einzelnen Adligen, wenn sie nicht dem Gesetz untergeordnet wird, sich in Despotie verwandelt, etwa wenn der Adlige sich des *liberum veto* bediente oder an seinem leibeigenen Bauern „Gerechtigkeit“ übte.

Die Kritik der polnischen Aufklärer an den Missständen im Staat hatte eine Reform desselben zum Ziel; sie fürchtete sich nachgerade davor, eine Revolution auszulösen. Unmittelbar vor dem Vierjährigen Reichstag, der 1788-1792 tagte und am 3. Mai 1791 mit der geschriebenen Verfassung eine auch im europäischen Maßstab zu beachtende „milde Revolution“ hervorgebracht hatte, schrieb der dem Bürgertum entstammende Publizist Stanisław Staszic (1755-1826) 1787 in seinen „Anmerkungen zum Leben von Jan Zamoyski“ über seine eigenen Reformvorschläge:

„Alle diese Veränderungen müssen so schnell wie nur möglich bewerkstelligt werden. Die Sache duldet kein Zögern. Die Krankheit ist akut man braucht also starke Arzneien. Dem saumseligen Arzt stirbt der Kranke vor der Zeit. – Doch bei jeder Veränderung, die zum Ziele des Bestandes der Republik vorgenommen wird, ist mir bange vor einem Aufruhr. Und während jeder Unruhe zittere ich davor, dass die übermächtigen Nachbarn das Land bis zum letzten Rest zerreißen“ (Staszic, [1787], 1952. S. 229).

Der Glaube an die Reformierbarkeit des eigenen Staates und die Angst vor der Revolution wurden sicherlich auch durch diese äußere Bedrohung befördert: In einer „rational“ gedachten Welt musste der polnische Staat einer grundlegenden Reform unterzogen werden, wenn er überhaupt eine Überlebenschance bekommen sollte. Andererseits musste die Reform des Staates und der Gesellschaft in einer Weise stattfinden, die eine neue Staatsbürgernation hervorbrachte, ohne die Adelsnation, die politisch

machtlöse städtische oder die selbst der persönlichen Freiheit beraubte bäuerliche Bevölkerung zum „revolutionären“ Aufruhr anzustacheln, der angesichts der machtpolitischen Lage mit dem Untergang Polens gleichbedeutend gewesen wäre.

In der Adelsrepublik waren aber bereits andere Formen „revolutionärer“ Zustände institutionalisiert und legalisiert: Die Zeiten des Interregnum und der Königswahl, an der der gesamte Adel teilnehmen durfte, boten den politischen Kräften im Lande einen gleichsam unbegrenzten Spielraum für Konflikte, was unmittelbare Einflussnahmen fremder Staaten und eine schleichende Erosion der Souveränität der Adelsrepublik zur Folge haben konnte und tatsächlich auch hatte.

Der Widerstand des Adels gegenüber dem König war in der Form des regionalen bzw. republikweiten Zusammenschlusses in einer „Konföderation“ legalisiert, konnte sich aber auch zu einem bewaffneten und rechtlich nicht sanktionierten Aufruhr (*rokosz*) entwickeln. Da in „Konföderationen“ nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt wurde und dort das *liberum veto* nicht galt, bot sich den Reformern gerade die Form eines „konföderierten Reichstags“ dazu an, das destruktive Vetorecht bei Strukturreformen zu umgehen. Nach der Wahl Stanisław August Poniatowskis zum König fanden 1764-1776 gleich mehrere „konföderierte Reichstage“ statt, die von der konservativen, in der Konföderation von Bar zusammengeschlossenen adligen Opposition als illegal erklärt wurden.

Diese komplizierte Situation einer politischen und einer „Verfassungskrise“ bot den europäischen Aufklärern und den „aufgeklärt absolutistischen“ Mächten Europas das Tableau einer sich ihrem „rationalen“ Horizont verschließenden „Anarchie“, wovon sie gleich in doppeltem Maße zu profitieren wussten: Sie vermochten zum Einen das negative Image Polens zur vorteilhaften Selbstdarstellung in der aufgeklärten europäischen Öffentlichkeit zu nutzen und selbst als „Schutzmächte“ der Religionsfreiheit in der „Dissidentenfrage“ in Polen aufzutreten. Zum anderen verstanden es die Teilungsmächte mit Hilfe von politischem und militärischem Druck, alle Aporien des verfahrenen politischen Systems vor jeder Reform zu „schützen“ und eine Stärkung des Staates und eine Modernisierung der Gesellschaft zu verhindern.

Ebenso wie die äußere Bedrohung die Einsicht in die Notwendigkeit der politischen Reform förderte, forderte die Kenntnisnahme des westeuropäischen Reformdenkens in Polen gegen alle Widerstände diejenigen zu neuen Anstrengungen heraus, die durch Bildung eine Gesellschaft mit einem neuen Weltbild und einen Staatsbürger mit einem neuen Wertehorizont schaffen wollten. Dabei lässt sich aber die politisch bewusst agierende polnische Gesellschaft keineswegs in Reforme bzw. „Europäer“ und deren Gegner einteilen. Auch wenn man davon ausgeht, dass in Polen zwei

Welten aufeinander stießen – eine von Freiheit, gleichsam von Un-Ordnung (*nierzqdem*) getragene und von Gott beschützte Adelsrepublik einerseits und eine Republik der nicht durch Geburt, sondern durch Eigentum und Aufklärung ausgewiesenen Staatsbürger, die vorzugsweise von einer parlamentarischen Erbmonarchie zu regieren wären und in Extremfall sogar eine „Despotie“ in Kauf zu nehmen hätten andererseits – , so standen die Zeitgenossen doch oft genug in beiden Welten zugleich: Nicht selten waren sie verwirrt von den Antinomien der Aufklärung, von den konkurrierenden Angeboten einer Zuversicht, die rückwärtsgewandt der religiöse Glaube und zukunftsgegenwärtig der Fortschrittsglaube ausbreiteten, von der Komplexität der innen- und außenpolitischen Lage, von der Anhänglichkeit an das Eigene, das es zu verteidigen und zu reformieren, und von der Anziehungskraft des Fremden, das es in seiner Widersprüchlichkeit zu begreifen und anzueignen galt.

Das Reisen allein nützte der Schärfung eines kritischen Blicks nur wenig. In seiner unvollendeten Bestandsaufnahme über den Stand der Bildung im Polen der letzten Jahre der Herrschaft Augusts III. (1750-1764) kritisierte der polnische Reformdenker Hugo Kollataj (1750-1812) heftig die Sitte der reichen polnischen Adelssöhne, nach Frankreich und vor allem nach Paris Lustreisen zu unternehmen „unter dem Vorwand, sich fortbilden zu wollen“. Nicht Aufklärung, sondern Blasiertheit und Sittenverfall seien dabei die Folge. Doch wichtiger als die Kritik waren die Beispiele nützlicher Reisen nach Europa, die Kollataj in seinem 1803-1810 verfassten Text beschrieb. Dazu gehörten „die damals nur geringe Zahl der Polen, die in ausländischen Armeen dienten, um ihre militärischen Fertigkeiten zu vervollkommen“ oder die Bürger Krakaus und Warschaus, die in Italien und Deutschland Medizin studierten. Er stellte fest, dass die Zöglinge der von Stanislaw Konarski 1750-1755 reformierten Schulen des Piaristen-Ordens, aber auch die der Jesuitenschulen von ihren Auslandsreisen „einen besseren Geschmack in Literatur“ und Kenntnisse der Mathematik und der Naturwissenschaften nach Polen gebracht hätten (Kollataj, 1953, S. 139-140).

Die Instruktionen, die den jungen Adligen auf ihre Reisen in Europa mit auf den Weg gegeben wurden, waren im gesamten 18. Jahrhundert tief in der altpolnischen Kultur verwurzelt. Sie warnten vor dem Kopieren und gedankenlosen Übertragen fremder Muster, fassten noch einmal die Werte zusammen, denen der Reisende treu bleiben sollte. Der Bischof von Krakau, Kajetan Sołtyk beispielsweise schrieb 1771 während seiner Verbannung in Russland seinem sich auf Reisen nach Europa begebenden Neffen Stanislaw Sołtyk eine Instruktion, in der er ihn zum Festhalten am römisch-katholischen Glauben ermahnt, ihn darauf aufmerksam macht, dass er auch in katholischen Ländern unmoralischen Menschen begegnen werde, und

auffordert, die Gesellschaft wichtiger und kluger Leute zu suchen. Denn die Reisen dienten vor allem der Vorbereitung auf politische Ämter nach der Rückkehr nach Polen. „In verschiedenen Ländern, die du während der Reise besichtigen wirst“ – setzt die Instruktion ihre Empfehlungen fort – „versäume es nicht, verschiedene Formen der Regierung kennen zu lernen, wie: die despotische, monarchische, aristokratische, demokratische und die anarchische (*bezządneho*). Stelle dir ihre Stärken und Schwächen vor, damit du dadurch die Regierungsform deines Vaterlandes besser kennen und schätzen lernst“ (zit. nach Wolański, 2002, S. 70-71).

Die kulturelle und politische Geographie Europas, so wie sie im Reise-schrifttum und in geographischen Schulbüchern sichtbar wurde, zeugte von einer tiefen Verbundenheit mit der Tradition Europas, als deren wichtiger Teil man sich ohnehin empfand. Sie basierte zunächst, und oft noch über eine lange Zeit, auf der Vorstellung der antiken Provenienz und der christlichen Einheit Europas. Die christlich, zunehmend auch kulturell begründete Höherwertigkeit Europas wurde dabei als selbstverständlich angenommen. Die theologisch korrekte Gottesvorstellung, die Musen und die Wissenschaften, die Kunst der Politik und des Krieges sowie schließlich der Handel waren die Grundlagen der Machtstellung Europas.

3. Elemente polnischer Europakonzepte: Völkerrecht und Vormauer

Auf eine andere Weise erschloss sich das Bild Europas, wenn es unter dem Aspekt des Völkerrechts betrachtet wurde. Für Andrzej Walicki sind die Europavorstellungen der polnischen Aufklärung gar nur Nebenprodukte eines wachsenden Engagements polnischer Autoren in der Frage der völkerrechtlichen Regelung internationaler Beziehungen (Walicki, 1993, S. 127). Das polnische Völkerrecht war vor allem gefordert, als es darum ging, die gesetzesbrecherische und politisch unmoralische Vorgehensweise der Teilungsmächte anzuprangern. Gerade die völkerrechtliche Argumentation machte es notwendig und möglich, an Europa als Einheit, als „Republik der Nationen“ zu appellieren, an den „Kodex der Nationen Europas“, der durch die Teilungen in Gefahr gebracht worden war.

Ein in der Geschichte der pädagogischen Literatur ungewöhnlicher Vorgang fand statt, als der dem Piaristenorden angehörende Pädagoge Kajetan Skrzetuski (1743-1806) in sein 1775 veröffentlichtes Schulbuch „Politische Geschichte für die adlige Jugend“ den „Traktat vom Ewigen Frieden“ (1713) des Abbé de Saint-Pierre in der Bearbeitung von Jean-Jacques Rousseau mit dem Titel „Auszug aus dem Plan eines ewigen Friedens des Herrn Abbé Saint-Pierre“ (1761) aufnahm. Skrzetuskis pol-

nische Übersetzung der französischen Vorlage von Rousseau weist dabei einige interessante Abweichungen vom Original auf: Er rettete im Interesse des polnischen Lesers den Fortschrittsglauben von Saint-Pierre vor dem Pessimismus Rousseaus (Skrzypek, 1998, S. 167-174).

Ein anderer Entwurf der Befriedung der Politik in Europa stammt von Stanisław Leszczyński (1677-1766) aus dem Jahre 1748. Der Autor war zwei Mal zum König von Polen gewählt (1704 und 1733), was er aber im innenpolitischen Streit und gegen den Willen Russlands nicht bleiben konnte. Als Herzog von Lothringen und Schwiegervater Ludwigs XV. widmete er sich nicht zuletzt auch der politischen Philosophie. Frankreich zugetan suchte er in einer „Denkschrift über die Festigung des allgemeinen Friedens“ dem König von Frankreich eine Vermittlerrolle in Europa zuzuschreiben. Wenn auch kein Dokument von Bedeutung für die europäische Politik, so stellte es doch eine wichtige Wegmarke des polnischen europapolitischen Denkens des 18. Jahrhunderts dar. Darin wandte sich Leszczyński explizit sowohl von dem Konzept einer *respublica christiana* als auch von den Entwürfen von Saint-Pierre ab, die ihm zwar wünschenswert, aber von Grund auf utopisch zu sein schienen: Jeder (absolutistische) Herrscher sei stets damit beschäftigt, Kriege zu führen oder sie in Friedenszeiten vorzubereiten, stets „auf Kosten der Völker“, die sie in den Ruin führten. „Allein Frankreich“ schien ihm in der Lage, „wenn es selbst Frieden bewahrt, auch im ganzen Rest Europas den Frieden zu wahren“. In einer geradezu napoleonischen Vision *avant la lettre* entwarf er den König von Frankreich als denjenigen, in dessen Händen das Schicksal Europas läge, da er dessen Richter, Einheits- und Friedensbewahrer sei. Das Originelle an Leszczyńskis Entwürfen war nicht das Bild einer gerechten und gutmütigen Diktatur Frankreichs in Europa, sondern die Tatsache, dass er die Rolle Frankreichs in einem Bündnis von Republiken verankert sah. Die Republiken waren in seiner Sicht die natürlichen verbündeten Frankreichs, weil sie „nie Eroberungskriege initiiert haben, zumindest halten sie sich gegenwärtig an dieses Prinzip“. Ähnlich wie später Immanuel Kant band er die friedliche Zukunft Europas an den republikanischen Charakter seiner Staaten. Die Kritik, die Leszczyński an Polen-Litauen in anderen Schriften geübt hatte, war stets von dem Glauben begleitet, dass die polnische Adelsrepublik ein Hort der Freiheit und des Friedens war. Die Zukunft Europas schien also in den Händen der Republiken zu liegen, die sich zum Zwecke der Überzeugung anderer mit Frankreich verbünden würden:

„Die Freiheit ist ihnen [den Republiken, A. L.] so teuer, dass sie fürchten würden ihrer verlustig und unfrei zu werden, wenn sie sich der Illusion eines Eroberungsgewinns ergeben würden, der ihrem Wachstum ohnehin unnütze wäre. Da ihre Denkungsart mit der, die ich Frankreich zuschreibe, übereinstimmt, würden sie es doch nicht fürchten, sich mit uns zum Zwecke des

Erhalts des Friedens zu verbünden, denn im Frieden liegt ihr und unser Nutzen und das Wohl Europas.“

Wenn dann noch Frankreich auf die Erweiterung seiner Besitztümer verzichtete, was die Republiken gewissermaßen von Natur aus taten, dann – glaubte Leszczyński – „würde Europa die Waffen niederlegen und sie nie wieder in die Hand nehmen“ (zit. nach Kuderowicz, 1992, S. 45-46). Der Entwurf Leszczyńskis folgte einer säkularisierten politischen Logik, die dem polnischen republikanischen System innewohnte, die aber in Polen selbst zu gleicher Zeit keineswegs *communis opinio* war.

Die Verortung Polens in Europa war einem Wandel ausgesetzt, der allerdings nicht geradlinig verlief. Die Vorstellung von Polen als *antemurale christianitatis* im Osten Europas bildete das herausragende Merkmal, das Polen in der providentialistischen Weltsicht über andere, insbesondere die „untreu gewordenen“ protestantischen Nationen stellte. Damit korrelierte die noch im 18. Jahrhundert in Schulbüchern verbreitete Ansicht, Gott habe die Spanier für ihre Verdienste bei der Vertreibung von Juden und Mauren aus Spanien mit der Entdeckung und Inbesitznahme Amerikas belohnt. Polen wurde gemäß der „sarmatischen“ Weltsicht für seine Rolle bei der Verteidigung Europas vor den Mongolen, Tataren, Türken, und Russen mit einem vollkommenen politischen System belohnt und zur auserwählten (Adels)Nation erhoben. Damit fand im 18. Jahrhundert eine ältere Tradition ihre Fortsetzung, versinnbildlicht in der Anbetung Marias als der Königin Polens und dem Ritus der Krönung ihrer Bilder. Zugleich setzte im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert ein Prozess der Säkularisierung und der politischen Umdeutung des Topos ein: Aus der Vormauer des Christentums wurde Polen zur Vormauer der europäischen Zivilisation, die vom „asiatischen“ Russland überrollt zu werden drohte. Ein Motiv, das im 19. Jahrhundert eine beherrschende Deutungsmacht bekam.

Zwischen dem christlichen und dem zivilisatorischen Motiv der Vormauer lag im 18. Jahrhundert noch ein geopolitisches: Janusz Tazbir weist darauf hin, dass die Vormauer-Konzeption im 18. Jahrhundert zu einem Bestandteil der Vorstellung vom Mächtegleichgewicht in Europa umgedeutet wurde und dadurch die „gefährliche Illusion“ nährte, dass die Existenz eines polnischen Staates für Europa „unabdingbar“ sei (Tazbir, 2004, S. 120). Anstelle des Islam und des Osmanischen Reichs trat nun Russland in den Vordergrund, dessen Macht in Europa aus polnischer Sicht auf dem territorialen Zugewinn auf Kosten Polen-Litauens basierte.

Einer der Wortführer der Reformbewegung in Polen, Hugo Kołłątaj (1750-1812), verfasste 1789 im Vorfeld einer mit Preußen abzuschließenden Allianz seine „Anmerkungen über den Einfluss von zwei Mächten auf die Interessen der Republik mit Überlegungen darüber, was angesichts dessen zu tun ist“, in denen er die politische Rolle der ostpolnischen Gebie-

te hervorhob, die Russland in Folge der ersten Teilung Polens 1772 an sich gerissen hatte: „Die bevölkerungsreichsten Gebiete Russlands, über die es in Europa Einfluss zu nehmen begann,“ – schreibt Kołłataj – „sind die von Litauen und der polnischen Krone abgefallenen Provinzen, die um so mehr ein anständiges Eigentum unserer Nation darstellen, als sie sich nicht durch das Gesetz des Schwertes, vielmehr durch eine Union oder als Vertrags-subjekte zu einem Königreich vereinigt haben.“ In der Zeit vor dem 1686 mit Russland geschlossenen Frieden, – der zur Folge hatte, dass sich Russland an der gegen die Türken gerichteten „Heiligen Liga“ und damit zum ersten Mal an einer gesamteuropäischen Vereinbarung beteiligte, – hätten „Polen und Russland aufeinander geschaut wie zwei Nationen, die die Welt in zwei Teile einteilen.“ Und er fährt fort:

„Polen war bemüht, an Asien zu grenzen, Russland dagegen versuchte, in kleinen Schritten diese Grenze zu überschreiten, und mit der Zeit hat unsere Anarchie (*nierząd*) ihm erfolgreich dazu verholfen, dass der Sieger [Polen, A. L.] der Schläue des Besiegten [Russland, A. L.] zum Opfer fiel, und ganz Europa bekam bald zu spüren, was sie der Fall Polens kostete.“

In Kołłatajs Begrifflichkeit lag Polen nicht mehr an der christlichen Grenze zu den Heiden, sondern an der zivilisatorischen Grenze Europas zu Asien, das von Russland verkörpert wurde. Und diese zivilisatorische Grenze wurde durch die Teilung Polens verletzt, infolge derer Asien nach Europa ausgriff. Denn nur die Polen weggenommenen Gebiete machten es möglich, dass Russland zu einem in Europa bedeutenden Staat geworden sei: „Andere Provinzen Russlands sind wilde und unzugängliche Wüsten, die aller Wahrscheinlichkeit nach später als Amerika besiedelt werden“ (zit. nach Deszczyńska, 2001, S. 288-290.).

Die säkularisierte Form der Vormauer-Konzeption war, dem Wandel der internationalen Lage entsprechend, in neue geopolitische Sinnzusammenhänge gebracht worden. Als stabil erwies sich indessen die Vorstellung von der zivilisatorischen Mission, die Polen in seinen Ostgebieten zu erfüllen habe. Dies lässt sich in der polnischen Dichtung der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachlesen, insbesondere aber nach dem Untergang des polnischen Staates und während der kurzzeitigen Errichtung eines Surrogats durch Napoleon in Gestalt des Herzogtums Warschau (1807-1813). Das zivilisatorische West-Ost-Gefälle, das in den Augen der westeuropäischen Aufklärer in der Regel bereits in Polen zu spüren war, wurde in der polnischen Kulturgeographie eindeutig an die russische Grenze verschoben. Dies stand nicht unbedingt im Konflikt zu dem in Polen im 18. Jahrhundert unter Mithilfe westeuropäischer Vorbilder entwickelten eigenen „Orientalismus“, in dem auch an eigene Erfahrungen mit dem „Osten“ positiv angeknüpft wurde. Das Osmanische Reich mauserte sich dabei unversehens zu einem natürlichen Verbündeten. Das „wilde“, „unbezähmte“ Asien

drang nunmehr mit Hilfe aufklärerischer Begrifflichkeit in Gestalt von Russland nach Europa ein. Zugleich stand diese Sicht konträr zu den Vorstellungen eines Voltaire, Schlözer oder Herder über Russlands Kulturmission in Asien, mochten zugleich in der deutschen Reichs- bzw. Fürstenbundpublizistik die Expansionsgebiete Russlands, namentlich Polen und die Türkei gelegentlich als „sozusagen uneuropäische Staaten“ erscheinen (Niklas Voigt 1787/1792 zit. nach Gollwitzer, 1964, S. 84). Die Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien erschien zunehmend als eine zwischen Zivilisation und Barbarei, und es war für Polens kulturelle Identität und im Hinblick auf die Deutung seiner politischen Lage keinesfalls gleichgültig, wo diese verlief.

In der Zeit des Herzogtums Warschau, als die Hoffnungen auf eine staatliche Zukunft Polens an Napoleon und Frankreich geknüpft wurden, verstand es die pronapoleonische Propaganda, Russland zu einem gemeinsamen Feind zu erklären. Stanisław Staszic verfasste 1807 „Eine kleine Auswahl von statistischen Informationen über Polen für diejenigen, die dieses Land befreien und für diejenigen, die es regieren wollen“. Hier ist eine suggestive Version der Verortung Polens in Europa nachzulesen:

„Die Linie zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, die Europa vor Asien verschließt, verläuft in Polen. In Polen liegt die Vormauer Europas vor den Überfällen aus Asien. Zwischen Dnjepr und Bug, zwischen Weichsel und Oder sind die Gräber zu finden, in denen die Horden verschwanden, die von Asien aus loszogen, um die europäische Zivilisation aufzuhalten und zu zerstören“ (Staszic, 1807, S. 33).

Dieses Motiv wurde nun in verschiedenen Versionen wiederholt und gab dabei immer wieder neue Deutungsmöglichkeiten sowie Gegenwartsbezüge frei. In einem veröffentlichten Brief des Politikers Antoni Gliszczynski (1766-1835) ist nachzulesen, dass Polen für die europäische Zivilisation gleich vier Missionen zu erfüllen hatte: zunächst als Schutzschild und Kornkammer; zudem gewährte es Vorteile, die sich aus der Lage zwischen zwei Meeren ergaben, und hatte „die über Asien verstreute slawische Nation aufzuklären“ (zit. nach Deszczyńska, 2001, S. 294). In geradezu barocker, oder wenn man so will frühromantischer Überhöhung, ist dieses Motiv in einer Predigt zu finden, die der Dichter, Priester und Politiker Jan Paweł Woronicz (1757-1829) am 3. Mai 1807 in Warschau gehalten hatte. Hier wurden religiöse, weltliche und nationale Motive in einer Weise miteinander verknüpft, die die angebliche Unrechtserfahrung Polens dem Zuhörer mit Identität stiftender Absicht suggerierte:

„Wer hat denn diesen sich ausbreitenden Haufen Einhalt geboten und die unaufhaltsamen Übergriffe der Wilden zerstreut? Hier sind die Horden wie aufgewühlte Wellen eines aufgebrauchten Meeres an der polnischen Wand

zerschellt; hier haben sie ihre Gräber gefunden und Hoffnungen darauf, weiter zu kommen, aufgegeben. Polen ging für Europa in Blut unter, während Europa, hinter Polens Rücken gesichert, seine Aufklärung und seinen Nutzen mehren konnte. Oh, unser Vaterland! Hast Du denn eine solche Vergeltung verdient?“ (Woronicz, 1990, S. 408).

Diese Form der an Europa gerichteten Anklage, allein gelassen, ja von Europa verraten worden zu sein, sollte im polnischen Europadenken eine lange, wenngleich keineswegs dominante Karriere machen.

4. Europakonzepte um 1800: ein Europa der Nationen

Als unter Napoleon die europäische Ordnung in Fluss geraten war, schienen alle Pläne und Zukunftsentwürfe gleichermaßen realistisch wie unrealistisch zu sein. Die Hoffnungen auf ein Polen in einem napoleonischen Europa schienen jedoch zumindest zeitweise durchaus realistische Grundlagen zu haben. Wie Polen und wie Europa am Ende dann aussehen würden, blieb differierenden Erwartungen überlassen. In seinen 1808 verfassten „Anmerkungen über die Lage des Teils des Polnischen Landes, das seit dem Tilsiter Frieden Herzogtum Warschau genannt wurde“ hielt Hugo Kołłątaj auch europapolitische Entwürfe fest. Er sah unter Napoleon das Ende der alten Gleichgewichtspolitik in Europa gekommen und die Zeit reif dafür, dass alle europäischen Staaten die politische Rechtsform von konstitutionellen Monarchien (und die zivilrechtliche Ordnung des *Code Napoleon*) annehmen und sich dem Völkerrecht unterordneten. Nachdem er England zur „nichteuropäischen Größe“ erklärt hatte, sah er in Europa nur noch für nur zwei Imperien Platz: das Westliche, nämlich Frankreich, mit dem sich andere europäische Staaten nach einer Phase der „moralischen Läuterung“ aller „Nationen und Regierungen“ verbünden könnten, ohne ihre „nationale Eigenart“ aufgeben zu müssen; und das Östliche, nämlich Russland, dem aber der Einfluss in Europa westlich des Dnjepr und der Döna verwehrt werden sollte.

In der „*respublica* des Westlichen Imperiums“ unter dem Kaiser der Franzosen sah er die Träume, die der Abbé Castel de Saint-Pierre in seinem „Traktat vom Ewigen Frieden“ 1713 niedergelegt hatte, bereits auf dem Weg der Verwirklichung. Denn die „Föderation des Westlichen Imperiums“ konnte er sich nicht anders vorstellen als ein Territorium, auf dem

„das gleiche Maß und das gleiche Geld Geltung besitzen. Dann wird jeder Bewohner eines jeden Teils dieser Erde sich in eine beliebige Richtung begeben können, sei es aus Neugierde, sei es zur Bildung in Kunst oder Handwerk, oder zum Handel, und er wird in jedem Fleck, wenn ich das so sagen darf, sein Vaterland finden: denn er wird überall die gleiche Verfassung, die selben

Gesetze, das gleiche Maß, Gewicht und Geld finden; keines Fleckes Sitten und Gebräuche werden ihm fremd sein: nur die Sprache und das Klima werden anders sein“.

In dieser „napoleonisch“ gedachten „Europäischen Union“ war es nicht leicht, einen geeigneten Platz für den Kleinstaat Herzogtum Warschau zu finden. Kołłątaj war daher geneigt zu glauben, dass auf dem ganzen Territorium zwischen Elbe und Russland noch ein „bemerkenswerter Bau im Norden“ errichtet und damit sowohl das Königreich Preußen als auch das Herzogtum Warschau überflüssig machen würde. Er sah es daher als zwingend an, dass „zwischen Germanien und Russland“, „zwischen Ostsee und Schwarzmeer“ und „zwischen Oder und Dnjepr“ ein neuer Staat entstehe, der das Westliche Imperium vor fremden Einflüssen schütze. Dieser „neue Staat“ sollte „als Vormauer des ganzen Westlichen Imperiums dienen“. Die von Kołłątaj gestellte Frage, ob Napoleon diese „neue Macht im Norden“ dem Hause Brandenburg oder einem wiederhergestellten „Königreich Polen“ überlassen wird, war freilich rein rhetorisch.

In Kołłątajs Modell eines übernationalen, von Verfassung und einheitlicher Gesetzgebung zusammengehaltenen Europas (Westliches Imperium) schlichen sich aber Inkonsequenzen ein: Das neue Polen sah er in einer vollkommen einheitlichen Form wiederhergestellt, nicht nur politisch („Polen können nirgendwo, nur unter der ihnen eigenen politischen Regierungsform leben“), sondern auch sprachlich („alle Völker werden sich in der reinen [polnischen, A.L.] Sprache verständigen können“) und kulturell („haben die gleichen Sitten“). Das brachte ihn dazu zu behaupten, alle östlich der Oder wohnenden Schlesier, Ostbrandenburger und Preußen sprächen Polnisch, während die in Polen lebenden Deutschen zu eifrigen Verteidigern der Freiheit Polens geworden seien. Es war daher nur konsequent, dass Kołłątaj die „Ausradierung der Preußischen Monarchie von der Karte Europas“ als eines nicht nationalen Staates vorsah. Zugleich stellte er allgemeine Regeln für die Bildung von Staaten auf, die ihm in der „politischen Geographie“ nicht angemessen berücksichtigt zu sein schienen:

„Wer bei der Reform der Völker auf deren Sprache, Auffassungen und Sitten nicht angemessen achtet, der behindert nicht nur deren Aufklärung, sondern verdirbt sogar deren nationalen Charakter. Daraus resultierten die so sichtbare Verrohung der Nationen und die Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen, heimatlichen Erde; und daher auch die Unstetigkeit der Staaten, die aus so verschiedenartigen Teilen zusammengeklebt, einer nach dem anderen zerfallen mussten. Die Regierenden und die Regierten sollen in einer Sprache miteinander sprechen können: wehe dem Volk, dessen Sprache der Regierende nicht versteht.“

Die Überlegungen Kołłątajs, in einer konkreten, wenngleich überaus kurzlebigen politischen Situation formuliert, haben hier eine ausführlichere

Schilderung gefunden, weil in ihnen die Spannungen deutlich werden, die sich beim Nachdenken über ein neu zu ordnendes Europa zwischen aufklärerisch-rationalen und historisch-nationalen Kategorien ergeben. In Kołłątaj's Begriffen definierte sich die Nation gleichzeitig ethnisch, sprachlich, politisch, kulturell, historisch und territorial, ohne dass diese Kategorien zueinander passend gemacht werden konnten. Einerseits sollte der Erhalt der Sprache die Existenzfähigkeit einer Nation selbst unter einer als „fremd“ gedachten Herrschaft suggerieren. Andererseits war die Sprache bei Kołłątaj noch keineswegs das überzeitliche Reservoir des nationalen Geistes wie etwa zeitgleich bei Johann Gottlieb Fichte in den „Reden an die deutsche Nation“, sondern schlicht ein notwendiges Kommunikationsmittel zwischen den Regierenden und den Regierten. Er blieb den Begriffen der Reformdebatten treu, wenn er Napoleon zum gerechten Richter über die Völker erhebt, und ihn befinden lässt, dass „diese unglückliche polnische Nation“ nicht etwa wegen „der Verderbnis ihres nationalen Charakters“ untergegangen ist, sondern wegen Missbrauchs alter Rechte. „Mitleid, Gerechtigkeit und das Verlangen Europas“ haben Napoleon dazu bewogen, Polen wiederherzustellen, allerdings freilich ohne die „Anarchie, die innere Zerrissenheit und die fremden Einflüsse“, die diese Nation zugrunde gerichtet haben. Dieses neue Polen im Rahmen des Westlichen Imperiums werde dann in vollkommener Einheit die Reformen zu Ende zu führen haben, die es in der Reformära unmittelbar vor der zweiten und dritten Teilung begonnen hatte (Kołłątaj, 1808, S. 97-111, S. 127, S. 133, S. 142, S. 184).

Die pronapoleonische Haltung Hugo Kołłątaj's war keineswegs die einzige Möglichkeit, die Lage Polens zu analysieren. Eine gegenteilige Position nahm Adam Jerzy Czartoryski (1770-1861) ein, Angehöriger der Magnatenfamilie, die mit dem König Stanisław August Poniatowski verwandt war und dessen Reformen weitgehend mitgetragen hatte. Nach der letzten Teilung Polens kam er nach St. Petersburg, wo er durch seine Freundschaft zum Kronprinzen und Zaren Alexander im Russischen Reich eine beachtliche Karriere machte und in den Jahren 1804-1806 zum Außenminister aufstieg. Während des Wiener Kongresses 1815 trug er als Berater Alexanders I. zur Schaffung des Königreichs Polen unter russischer Herrschaft bei. Czartoryskis Konzeption der Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit mit Hilfe Russlands stand freilich im Gegensatz zu den Interessen Napoleons, den er für einen skrupellosen Machtmenschen hielt. Dem Europa Napoleons setzte Czartoryski die Idee eines freiwilligen Zusammenschlusses entgegen, der nicht nur von den Herrschaftseliten, sondern auch von den Nationen selbst getragen würde. Damit stand er den Ideen einer sprachlich, ethnisch und kulturell definierten Nation von Johann Gottfried Herder näher als der Idee einer politisch und imperial gedachten

Nation in der Tradition der französischen Nation. Sein Versuch, Russland zu einem Krieg gegen Preußen zu gewinnen, dem die polnischen Territorien entrissen werden sollten, scheiterte ebenso wie sein Plan, nach der Wiederherstellung Polens im Bündnis mit England, einem vom Napoleon befreiten Frankreich und einem Deutschen Reich ohne Preußen und Österreich ein neues Gleichgewicht der Macht in Europa wiederherzustellen. Doch seine visionären, an dem Modell eines Europas der Nationen ausgerichteten Vorstellungen über eine künftige Selbstorganisation des Kontinents verdienen Beachtung.

In einem Essay, den er 1803 für Zar Alexander I. verfasst hatte, wies er auf die Bedeutung der öffentlichen Meinung in Europa hin, die nicht behindert, sondern im Interesse einer „wahren Aufklärung“ gelenkt werden sollte. Als Bewunderer der englischen Verfassung wollte er liberale Regierungsformen in allen Staaten eingeführt wissen. Dabei schwebten ihm Staaten mittlerer Größe vor, die im Wettbewerb und im Gleichgewicht zueinander stünden, womit sie der europäischen Tradition gemäß am besten zur Förderung der Zivilisation beitragen könnten. Russland sollte in seinen Augen Hegemoniebestrebungen in Europa verhindern und einen Stand herbeiführen, der „einen dauerhaften Frieden in Europa sichern und die Unruhen, die durch allerlei Ambitionen verursacht werden, beseitigen“ könnte.

Den inneren Frieden in Europa knüpfte Czartoryski an den Verzicht auf jedwede Form der Fremdherrschaft, ja er machte jenen von diesem abhängig. In einer Vorwegnahme des Selbstbestimmungsrechts der Nationen hielt er fest:

„Jede Nation besitzt ihre eigene Sprache, ihre Sitten und Gewohnheiten, ihre Sicht der Dinge und Gefühle. Sie [die Nationen, A. L.] können sich nicht wirklich untereinander verständigen oder kennen lernen; fremde Herrschaft kann daher keiner Nation gemäß sein. Jeder strebt danach, sein eigener Herr bei sich zu sein, und kann sich bei einem Fremden nicht so fühlen wie bei sich zu Hause. Es ist also offenkundig, dass jede fremde Herrschaft dem Zustand eines Gleichgewichts widerspricht. Beachten wir dabei, dass die Aufteilung in Nationen ungefähr einer geographischen Untergliederung entspricht, denn die Völker haben sich bei der Ansiedlung instinktiv an Grenzen gehalten, die ihnen die Natur vorgegeben hatte. Doch haben die Ambition der einen und die Dummheit der anderen Regierungen das Antlitz Europas derart entstellt, dass die Staaten nicht mehr durch die geographische Lage oder durch die Nationalität voneinander getrennt sind; und der Frieden wird nicht dauerhaft sein, solange sich dies nicht ändert“ (Czartoryski, 1986, S. 545 u. S. 553-554).

Damit verließ Czartoryski das Denken des 18. Jahrhunderts, das dem Staat und der (politischen) Nation bzw. der Staatsbürgergesellschaft den Vorzug gab. Der dauerhafte Friede wurde im 18. Jahrhundert überwiegend in

utopischen Entwürfen immer wieder eingefordert, zuletzt mit einer philosophischen und staatsrechtlichen Begründung in der von Immanuel Kant 1795 verfassten und bereits 1796 ins Polnische übersetzten Schrift „Zum Ewigen Frieden“ („Projekt wieczystego pokoju“, 1995). Der ewige Friede hing bei Kant, nicht unähnlich den Vorstellungen von Stanisław Leszczyński, von einer bestimmten politischen Struktur der beteiligten Staaten ab. Er gab vor: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein“. (Dabei galt auch: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalthätig einmischen“, eine Formulierung, die an die Praxis der Einmischung der Teilungsmächte in Polen zu gemahnen schien.) (Projekt, 1995, S. 13 u. 8) Czartoryski forderte in dem zitierten Entwurf zum Zweck eines dauerhaften Friedens dagegen nicht weniger ein als eine Neuordnung Europas entlang ethnischer, sprachlicher und kultureller Grenzen.

Als 1815 am Vorabend des Wiener Kongresses das napoleonische Europa endgültig am Ende war, und die Sieger- und Teilungsmächte auch die Zukunft der früher polnischen Territorien neu zu regeln hatten, schrieb Stanisław Staszic, dessen Name mit der polnischen Aufklärung verbunden bleibt, „Gedanken über das politische Gleichgewicht in Europa“ nieder. Darin sah er Europa zwischen drei große Geschlechter aufgeteilt: Die „Gallolateraner“, die zuletzt durch die Franzosen gezeigt hätten, dass sie für langfristige Aufgaben in Europa nicht beständig genug seien; die „Teutonen“, die zwar als die Ersten den Gedanken der Vereinigung aufgegriffen, diesen aber nicht den Nationen, sondern den Fürsten und Königen überlassen hatten, und zerstritten blieben. Schließlich das Geschlecht der Slawen, das von zwei Nationen, den Polen und den Russen angeführt werde. Die Slawen waren aus Staszics Sicht auf der Zivilisationsleiter jünger, bewegten sich aber auf dem Weg des Fortschritts schneller als die anderen europäischen Nationen. Er sah in der russischen und polnischen Geschichte die gemeinsame Erfahrung des Kampfes mit „asiatischen Horden“, die Europa bedrohten. Diese Erfahrung verbinde: „Die Polen sind nicht in der Lage eure [der Russen A. L.] Sklaven zu sein, aber sie sind bereit, eure Brüder zu werden.“ Die Erfahrungen der Teilungszeit hatten Staszic bereits gezeigt, dass die Russen ein ganz anderes Verhalten den Polen gegenüber an den Tag legten als die Deutschen: jene hatten den Polen ihre Nationalität, ihre Sprache und ihre Gesetze gelassen, während diese in ihren Teilungsgebieten sogleich versucht hätten, aus den Polen Deutsche zu machen. Staszic sah es als Teil einer „natürlichen Entwicklung“ und des „Willens des Schöpfers“ an, dass die Nationen eines Geschlechts bestrebt sein sollten zusammenzukommen. Und er sah für die Zukunft die Chance, dass die „Vereinigung der Slawen im Russischen Reich zu einer Vereinigung Euro-

pas führen wird, und in diesem Teil der Welt die Kriege vernichten und einen dauerhaften Frieden errichten wird“ (Staszic, 1974, S. 319).

Die „slawophile“ Version des Blicks auf die Zukunft Europas, die hier Staszic in einer frühen Version formulierte, und die über die antinapoleonischen und prorussischen Europapläne eines Adam Jerzy Czartoryski weit hinausging, konnte sich freilich im 19. Jahrhundert nicht durchsetzen, blieb aber andererseits keineswegs eine Einzelmeinung. Der polnische Europagedanke war im 19. Jahrhundert noch stärker als im 18. Jahrhundert bzw. in der napoleonischen Zeit an die „realpolitisch“ hoffnungslose nationale Frage gekettet. Das 19. Jahrhundert hatte den (Fortschritts)Optimismus verloren, aber zumindest in seiner romantischen Phase den Glauben wieder gewonnen, ihn jedenfalls meisterhafter und betörender in Worte gefasst, als es die Aufklärung je vermocht hätte. Diese hatte jedoch Brücken gebaut, die nie wieder ganz eingerissen wurden: zwischen der republikanischen Kultur des alten Polen und dem Reformdenken der europäischen Aufklärung, zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Bildung und Religion. Die Vitalität, die die politische Nation Polen-Litauens trotz aller Hindernisse im 18. Jahrhundert an den Tag gelegt hatte, rettete Polen in die moderne Staatenwelt hinüber, auch wenn es zur selben und für lange Zeit aus dem Gleichgewicht der Mächte hinausgeschleudert wurde, statt nach einer Reform aus eigenem Willen seinen Platz in Europa wieder zu finden. Jedenfalls erwies sich das polnische politische Denken bereits im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts als ein Reservoir von Vorstellungen zu einem Europa der Nationen (im Unterschied zu Vorstellungen vom Staatenbund oder Bundesstaat), nachdem es selbst den Weg von einer Adelsrepublik zu einer Staatsbürgernation und schließlich zu einer Kulturnation ohne Staat durchgemacht hatte.

Bibliographie:

BUTTERWICK, RICHARD J., *Poland's Last King and English Culture: Stanislaw August Poniatowski 1732-1798*, Oxford 1998.

CZARTORYSKI, ADAM JERZY, *Sur le systeme politique que devrait suivre la Russie (O systemie politycznym, która winna stosować Rosja)*, in: Ders.: *Pamiętniki i memoriały polityczne 1776-1809* [Erinnerungen und politische Denkschriften]. Red. JERZY SKOWRONEK, Warszawa 1986, S. 504-561.

DESZCZYŃSKA, MARTINA, *Wyobrażenie przedmurza w piśmiennictwie schyłku polskiego oświecenia* [Vorstellungen von der Vormauer im Schrifttum der ausgehenden polnischen Aufklärung], in: *Przegląd Historyczny* 92 (2001) Nr. 3, S. 285-300.

DOLAŃSKI, DARIUSZ, Zachód w polskiej myśli historycznej czasów saskich. Nurt sarmacko-teologiczny [Der Westen im polnischen historischen Denken der Sachsenzeit. Die sarmatisch-theologische Strömung], Zielona Góra 2002.

DUCHHARDT, HEINZ, Początki idei Europy [Die Anfänge der Europa-Idee], in: *Przegląd Zachodni* (1996), Nr. 2, S. 1-10.

FABRE, JEAN, Stanislas Auguste Poniatowski et l'Europe des Lumières, Paris 1952.

GOLLWITZER, HEINZ, Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1964.

GRABSKI, ANDRZEJ FELIKS, Myśl historyczna polskiego Oświecenia [Das Geschichtsdenken der polnischen Aufklärung], Warszawa 1976.

GRZEŚKOWIAK-KRAWICZ, ANNA, Rara avis czy wolni wśród wolnych? Obraz krajów wolnych w polskiej literaturze politycznej XVIII wieku [Rara avis oder Freie unter Freien? Das Bild der freien Länder in der polnischen politischen Literatur des 18. Jahrhunderts], in: *Trudne stulecia. Studia z dziejów XVII i XVIII wieku ofiarowane profesorowi Jerzemu Michalskiemu w siedemdziesiąt rocznicę urodzin* [Schwierige Jahrhunderte. Studien zur Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts Professor Jerzy Michalski zum 70. Geburtstag gewidmet], hg. v. ŁUKASZ KĄDZIELA [u.a.], Warszawa 1994, S. 167-183.

HAUSMANN, KURT GEORG, Die politischen Begriffe und Wertungen in der polnischen Aufklärung. Zum Selbstverständnis der Polen in ihrer Reformpublizistik am Ende der Adelsrepublik (zweite Hälfte 18. Jahrhundert) [Typoskript], Phil. Diss., Göttingen 1957.

HOENSCH, JÖRG K., Sozialverfassung und politische Reform. Polen im vorrevolutionären Zeitalter, Köln, Wien 1973.

HUBERT, STANISŁAW, Poglądy na prawo narodów w Polsce czasów oświecenia [Ansichten zum Völkerrecht im Polen der Zeit der Aufklärung], Wrocław 1960.

KLIMOWICZ, MIECZYSLAW, Deutsch-polnische literarische Grenzgebiete im 18. Jahrhundert, Berlin 2004.

KOLŁATAJ, HUGO, Stan Oświecenia w Polsce w ostatnich latach panowania Augusta III (1750-1764) [Der Stand der Aufklärung in Polen in den letzten Jahren der Herrschaft August III. (1750-1764)], hg. JAN HULEWICZ, Wrocław 1953.

KOLŁATAJ, HUGO, Uwagi nad teraźniejszym położeniem tej części ziemi polskiej, którą od pokoju Tylżyckiego zaczęto zwać Xięstwem Warszawskim [Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage des Teiles Polens, der seit dem Frieden von Tilsit Herzogtum Warschau genannt wird], Lipsk [Leipzig] 1808.

KUDEROWICZ, ZBIGNIEW, Polska filozofia pokoju: historia idei pokoju w kulturze polskiej do 1939 roku [Polnische Philosophie des Friedens: die Geschichte der Idee des Friedens in der polnischen Kultur vor 1939], Warszawa 1992.

KUKIEL, MARIAN, Czartoryski and European Unity 1770-1861, Princeton New Jersey 1955.

LEMKE, HEINZ, Die Brüder Żałuski und ihre Beziehungen zu Gelehrten in Deutschland und Danzig. Studien zur polnischen Frühaufklärung, Berlin 1958.

MICHALSKI, JERZY, Sarmatyzm a europeizacja Polski w XVIII wieku [Sarmatismus und die Europäisierung Polens im 18. Jahrhundert], in: Swojskość i cudzoziemczyzna w dziejach kultury polskiej [Eigenes und Fremdes in der polnischen Kulturgeschichte], Warszawa 1973, S. 113-168.

MICHALSKI, JERZY, Stanisław Konarski wobec Sarmatyzmu i problemu europeizacji Polski [Stanisław Konarski über Sarmatismus und das Problem der Europäisierung Polens], in: Polska w świecie. Szkice z dziejów kultury polskiej [Polen in der Welt. Skizzen zur polnischen Kulturgeschichte], Warszawa 1972, S. 277-284.

MORAWIEC, MALGORZATA, Vom „ewigen Bündnis der zivilisierten Völker“ (1831) zur „Dämmerung Europas“ (1867). Der Wandel des Europa-Diskurses in der polnischen Publizistik des 19. Jahrhunderts, in: Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Hrsg. von HEINZ DUCHHARDT/ MALGORZATA MORAWIEC, Mainz 2003, S. 37-53.

MÜLLER, MICHAEL G., Polen zwischen Preußen und Russland. Souveränitätskrise und Reformpolitik 1736-1752, Berlin 1983.

MÜLLER, MICHAEL G., Die Teilungen Polens 1772 – 1793 – 1795, München 1984.

Die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 vor dem Hintergrund der europäischen Aufklärung, hg. v. Helmut Reinalter/ PETER LEISCHING, Frankfurt/Main [u.a.] 1997.

POMIAN, KRZYSZTOF, Polska a Europa [Polen und Europa], in: *Studia Europejskie* (2000) Nr. 3 (15), S. 11-22.

„Projekt wieczystego pokoju“ w 200-lecie wydania pracy Kanta [„Das Projekt des ewigen Friedens“ 200 Jahre nach dem Erscheinen des Werkes von Kant], hg. v. JAN GAREWICZ/ BARBARA MARKIEWICZ, Warszawa 1995.

ROTHKOEGL, ANNA, Europavorstellungen in der Publizistik der polnischen Aufklärung, in: *Eurovisionen III. Europavorstellungen im kulturhistorischen Schrifttum der frühen Neuzeit* (16.-18. Jahrhundert), hg. v. JAN PAPIÓR, Poznań 2001, S. 301-311.

SKRZYPEK, MARIAN, Abbé de Saint-Pierre, Rousseau, Skrzetuski et leurs projets de paix perpétuelle, in: *Le siècle de Rousseau et sa postérité. Mélanges offerts à Ewa Rządowska*, hg. v. IZABELLA ZATORSKA/ ANDRZEJ SIEMEK, Warszawa 1998, S. 167-174.

SMOLEŃSKI, WŁADYSŁAW, Przewrót umysłowy w Polsce wieku XVIII. *Studia historyczne* [Der geistige Umbruch im Polen des 18. Jahrhunderts. *Historische Studien*], hg. v. ANDRZEJ WIERZBICKI, Warszawa 1979 [Zuerst: Kraków 1891].

STASZEWSKI, JACEK, „Jak Polskę przemienić w kraj kwitnący...” Szkice i studia z czasów saskich [„Wie Polen in ein blühendes Land umzuwandeln wäre...” Skizzen und Studien zur Sachsenzeit], Olsztyn 1997.

STASZEWSKI, JACEK, Sarmatyzm a Oświecenie (uwagi historyka) [Sarmatismus und Aufklärung (Anmerkungen eines Historikers)], in: *Kultura literacka połowy XVIII wieku w Polsce: studia i szkice* [Die literarische Kultur der Mitte des 18. Jahrhunderts in Polen: Studien und Skizzen], Red. TERESA KOSTKIEWICZOWA, Wrocław 1992, S. 9-23.

STASZIC, STANISŁAW, Myśli o równowadze politycznej w Europie, czytane w Wydziale Literatury Towarzystwa Przyjaciół Nauk w roku 1815 w miesiącu sierpniu [Gedanken zum politischen Gleichgewicht in Europa, verlesen in der Literaturabteilung der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften im Monat August des Jahres 1815, in: Ders.: *Pisma filozoficzne i społeczne* [Philosophische und gesellschaftliche Schriften], Red. BOGDAN SUCHODOLSKI, Warszawa 1974, Bd. 2, S. 301-321.

STASZIC, STANISŁAW, O statystyce Polski krótki rzut wiadomości potrzebnych tym, którzy ten kraj chcą oswobodzić i tym którzy chcą nim rządzić [Eine kleine Auswahl von statistischen Informationen über Polen für diejenigen, die dieses Land befreien und für diejenigen, die es regieren wollen], Warszawa 1807.

STASZIC, STANISŁAW, Uwagi nad życiem Jana Zamoyskiego [1787] [Anmerkungen zum Leben von Jan Zamoyski], Red. STEFAN CZARNOWSKI, Wrocław 1952.

STEINKAMP, VOLKER, L'Europe éclairée. Das Europa-Bild der französischen Aufklärung, Frankfurt/Main 2003.

TAZBIR, JANUSZ, Polska przedmurzem Europy [Polen als Vormauer Europas], Warszawa 2004.

WALICKI, ANDRZEJ, The Enlightenment and the Birth of Modern Polish Nationhood. Polish Political Thought from the Noble Republicanism to Tadeusz Kościuszko, University of Notre Dame Press 1994.

WALICKI, ANDRZEJ, The Idea of European Unity in the Polish Enlightenment and Romanticism, in: Dialogue and Humanism (1993) Nr. 1, S. 127-141.

WOLAŃSKI, FILIP, Europa jako punkt odniesienia dla postrzegania przestrzeni geograficznej przez szlachtę polską osiemnastego wieku w świetle relacji podróżniczych i geograficznych [Europa als Bezugspunkt der Wahrnehmung des geographischen Raumes durch den polnischen Adel anhand von Reise- und geographischen Berichten], Wrocław 2002.

WOLFF, LARRY, Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment, Stanford 1994.

WORONICZ, JAN PAWEŁ, Pisma wybrane [Ausgewählte Schriften], Red. ZOFIA REJMAN/ MAŁGORZATA NESTERUK, Chotomów 1990.

ZERNACK, KLAUS, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts, in: Russland und Deutschland. (Festschrift für Georg von Rauch), Stuttgart 1974, S. 144-159.

ZERNACK, KLAUS, Stanislaus August Poniatowski. Probleme einer politischen Biographie, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 15 (1967) S. 371-392.

MACIEJ JANOWSKI

POLEN IM 19. JAHRHUNDERT: EUROPA AN DER WEICHSEL?

I.

Polen in Europa? Was bedeutet das eigentlich und an welchen Kriterien soll man es messen? Suchten wir nach Spuren einer europäischen Einheitsidee im polnischen Denken des 19. Jahrhunderts, so wären wir enttäuscht. Tausend Jahre lang war das Heilige Römische Reich sichtbares institutionelles Zeichen der europäischen Einheit, aber in der polnischen Tradition wurde das universalistische Antlitz des westlichen Nachbarn gewissermaßen nicht zur Kenntnis genommen. Zwar taucht manchmal in der Publizistik und Belletristik der Frühen Neuzeit eine Vorstellung von Europa auf, die aber gleichwohl nicht Gegenstand ernsthafterer Reflexion ist, wenn ich mich nicht irre.

Das trifft sicher ebenfalls auf das 19. Jahrhundert zu. Wenn schon, dann diene Europa als bequemer Kunstgriff, um sich von Moskau abzugrenzen; das „asiatische“ Barbarentum wurde der „europäischen“ Zivilisation gegenübergestellt. Dieser im politischen Denken und in der Propaganda des 19. Jahrhunderts häufig benutzte Topos wurde in Polen wiederholt aufgegriffen, um sich selbst wie auch auswärtige Beobachter davon zu überzeugen, dass die Polen zu Europa gehören; insofern stellte er eine Verlängerung des traditionellen Topos der *antemurale Christianitatis* dar. Im polnischen Denken des 19. Jahrhunderts finden wir einige utopische Ideen zur Umwandlung Europas im Geiste ewigen Friedens und Glücks – etwa Ideen solcher Autoren aus dem 19. Jahrhundert wie Wojciech Bystrzowski oder Stefan Buszczyński, die eher zu den Marginalien in der Ideengeschichte zählen. Zweifellos ist selbst der intelligenteste dieser Texte, der „Essai sur la diplomatie“ des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski (1770-1861) – im Jahre 1829 anonym herausgegeben – bei aller Sympathie und Wertschätzung für den Autor, kein Werk von Rang. Zwar finden sich dort einige interessante Gedanken, aber sie betreffen weder Polens Verhältnis zu Europa, noch eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen, sondern die nationale Problematik: Czartoryski nähert sich hier zeitweise der ro-

mantischen Vorstellung der Nation, allerdings bleiben diese romantischen Nuancen doch im Schatten der rationalistischen Argumentation der Aufklärung.

Europa – oder genauer Westeuropa – taucht hingegen häufig als Bezugspunkt auf, sowohl positiv als auch negativ. Rechte und linke Radikale betrachten den bürgerlichen, aller Ideale entledigten, prosaischen und habgierigen Westen häufig mit Abneigung und hoffen auf eine radikale Veränderung jenseits der verdorbenen kapitalistischen Welt, auf eine Wiedergeburt mit Hilfe neuer unverdorbener Völker, neuer unverdorbener Klassen oder schließlich einer neuen, bzw. alten, aber erneuerten Religion. Personen mit gemäßigten Ansichten, Anhänger evolutionärer Veränderungen, skeptisch gegenüber der Losung einer vollständigen und sofortigen Erneuerung, davon überzeugt, dass man die Welt zwar ein bisschen verbessern, aber nicht grundlegend vervollkommen kann, verfolgten gern westliche Erfahrungen in der Hoffnung, mit deren Hilfe die polnische Rückständigkeit zu überwinden.

Dieses Gesamtbild ist natürlich ein wenig zu vereinfacht, um wirklichkeitsgetreu zu sein. Einige Radikale waren bereit, Frankreich wegen seiner revolutionären und napoleonischen Tradition aus der allgemeinen Verurteilung des Westens auszunehmen, während einige Anhänger der kapitalistischen Industrialisierung sich nicht unbedingt als gemäßigten erwiesen, wenn sie westliche und kapitalistische Utopien schufen, die so unrealistisch waren wie die Träume der Feinde des Kapitalismus. Man könnte weitere Nuancen einführen und diesen ganzen Text den unterschiedlichen polnischen Haltungen gegenüber der westlichen Zivilisation widmen. Aber nach dem hervorragenden Buch von Jerzy Jedlicki zu diesem Thema gibt es keinen Grund, das zu tun. Obige Skizze dient hier nur einem Ziel: Sie soll zeigen, dass Europa (oder vielleicht sollte man besser vom Westen sprechen, verstanden als Welt des westlichen Christentums) ein mentaler Bezugspunkt sowohl für seine Anhänger als auch für seine Gegner ist; sogar diejenigen, die Polen gern in Opposition zum Westen gesehen hätten, mussten mit Bedauern anerkennen, dass es bis dahin Teil Europas war. Nur am Rande sei bemerkt, dass die „Europäer“ des 19. Jahrhunderts in einer merkwürdigen Verblendung die byzantinische Tradition aus ihrer Vorstellung vom Europäertum ausschlossen, hierin unterschied sich Polen nicht vom ganzen übrigen Westen.

Wenn man weiß (wie schon aus dem Buch von Larry Wolff), dass viele westliche Touristen Polens Westlichkeit in Frage stellten, lohnt es sich, noch einmal die schon vielfach gestellte Frage aufzuwerfen: Welche Elemente der Kultur, der Wirtschaft, des politischen Lebens und der gesellschaftlichen Struktur Polens im 19. Jahrhundert können wir als typisch für das Europa von damals betrachten, und welche waren spezifisch, sei es nur

für Polen, sei es für die größere Region Mitteleuropa, Osteuropa oder Ostmitteleuropa? Lassen Sie uns einige Erscheinungen, die oft als spezifisch polnisch oder regional bezeichnet wurden, betrachten und ihr Verhältnis zu allgemein-europäischen Phänomenen reflektieren.

Fangen wir mit dem Offensichtlichsten an: dem materiellen Kontrast. Den bemerkte jeder Reisende, und diese Haltung zeugte nicht nur – wie Wolff meint – von überheblicher Arroganz und Verachtung. Osteuropa wurde im 18. Jahrhundert nicht konstruiert – es existierte tatsächlich, mit einem anderen Wirtschaftssystem, der Leibeigenschaft, der kulturellen Dominanz des polnischen Adels, aber auch mit Elend, schlechten Wegen, dem Kontrast zwischen Palästen und Lehmhütten und all dem, was den Reisenden vor zweihundert Jahren schockierte. Dieselben Phänomene bemerkten diejenigen, die in die andere Richtung reisten: Polen, Ungarn und Vertreter anderer Länder der Region. Das Gefühl vom Zivilisationskontrast trat und tritt gewöhnlich nach der Rückkehr ein: erst dann machte man sich bewusst, wie weitgehend das eigene Land hinter den Zivilisationszentren zurückbleibt. Dieser Kontrast, den man vorläufig einen „institutionellen“ nennen könnte, bleibt etwas eher Flüchtiges, wird aber doch durch viele Briefe und Erinnerungen bezeugt. Die Züge verkehren pünktlich, Polizisten und Beamte sind höflich (jedenfalls jemandem gegenüber, dessen Kleidung auf eine gewisse gesellschaftliche Stellung schließen lässt). Einfache Leute haben ein Gefühl ihrer eigenen Würde, und obwohl sie von den Reicheren und Gebildeteren distanziert behandelt werden, geschieht dies doch in der Regel ohne Verachtung. Die Reisenden aus dem russischen Teilungsgebiet sind gewöhnlich konsterniert über die Effektivität und Unbestechlichkeit der Staatsbeamten und darüber, wie oft es unnötig ist, Dokumente vorzuzeigen, Bescheinigungen vorzulegen oder um Erlaubnis nachzufragen. Hier muss man jedoch schon vorsichtiger sein, um zu erkennen, inwiefern diese Meinungen aufmerksamer gesellschaftlicher Beobachtung entspringen und inwiefern sie eigene Ansichten über das eigene und das fremde Land zum Ausdruck bringen.

Trotzdem ist es sehr schwierig, im Polen des 19. Jahrhunderts (oder auch in Ostmitteleuropa) auf Institutionen oder Gebräuche zu treffen, die über keinerlei Beziehung zur westeuropäischen Kultur verfügten. Im allgemeinen sind die Muster die gleichen, allerdings abgewandelt; sie befinden sich in einem anderen Interaktionszusammenhang als in den Herkunftsländern; einige verschwinden schnell, während andere von hartnäckiger Beharrlichkeit sind; im Ganzen bilden sie eine erstaunliche „Koexistenz von Ungleichzeitigkeiten“, ein charakteristisches Phänomen der Rückständigkeit. Der Eindruck des Exotischen bei den Reisenden aus dem Westen (oder bei polnischen Reisenden im Westen) rührt daher, dass die Genese der unterschiedlichen Gewohnheiten schon längst vergessen ist und

sie als fremd empfunden werden. Erstbestes und offensichtliches Beispiel: die Standesprivilegien. Ihre westliche Genese muss nicht aufgeklärt werden, trotzdem erschien es vielen Reisenden so, als ob die gesellschaftliche Distanz zwischen dem Adel und allen anderen Schichten in Polen und in anderen Ländern der Region eine „asiatische“ Erscheinung sei, Ausdruck des Einflusses östlichen Despotismus.

Die gesellschaftliche Struktur Polens im 19. Jahrhundert war Ergebnis von Prozessen, die im Kern analog zur Entwicklung in Westeuropa verliefen. Die Entstehung des Bauernstandes, des Adels, der Geistlichkeit und auch des Bürgertums war schließlich ein gemeineuropäisches Phänomen – nur mit dem Unterschied, dass in Polen in der Frühen Neuzeit die Standesstruktur aus verschiedenen Gründen versteinerte. Auf diese versteinerte ständische Struktur trafen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Einflüsse der westlichen Aufklärung und brachten die bis dahin statische Gesellschaft in Bewegung. Die marxistischen Historiker gaben sich zu kommunistischen Zeiten viel Mühe, um zu zeigen, dass in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Polen wirtschaftliche Veränderungen eintraten, die zum Hauptmotor der Veränderungen wurden. Ihre Anstrengungen überzeugten jedoch nicht, denn die wirtschaftlichen Modernisierungsversuche in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren zu diffus, als dass sie das Gesicht des Landes hätten verändern können, und, schlimmer noch – sie endeten in der Regel in einem Fiasko, und es gibt keinerlei Beweise, dass irgendetwas (Kapital, Erfahrung, Tradition) übrig blieb, um weitere Industrialisierungsprozesse anzukurbeln. Eher scheint es so, als sei der gesellschaftliche Wandel Folge institutioneller Veränderungen gewesen, denn die Modernisierung Mittel- und Osteuropas im 18. Jahrhundert hatte eher administrativen als ökonomischen Charakter.

Diese Veränderungen bewirkten, dass in einem Land mit rückständiger Wirtschaft und unbestritten vorherrschender Adelskultur neue gesellschaftliche Schichten entstanden. Nicht die Arbeiterklasse, denn dazu wäre eine industrielle Entwicklung Voraussetzung gewesen, nicht das Bürgertum – dessen Funktion erfüllten weitgehend noch Juden und Deutsche, was sich erst im 19. Jahrhundert in größerem Maßstab zu ändern begann. Was entstand, war die Intelligenz. Oft meinte man, dass allein ihre Existenz bereits ein Zeichen von Rückständigkeit sei. Eine gesonderte Schicht, die sich durch Bildung und intellektuelle Ansprüche auszeichnete, galt als Besonderheit nur von Ländern mit einem allgemein niedrigen Ausbildungsstand und dauerhaften Barrieren zwischen den Gesellschaftsschichten. Denn nur dann ist Bildung ein ausreichend starkes und dauerhaftes Unterscheidungsmerkmal, das der Definition einer gesonderten Gesellschaftsschicht dient. Zweifellos bildete sich weder in Polen noch in Ungarn noch in Russland und noch nicht einmal in Böhmen und Mähren die für Deutsch-

land so typische Kombination von Bildung und Besitz heraus; ein gebildeter Mensch sollte arm sein. (Ob es tatsächlich so war, ist eine andere Frage). Aber die Intelligenz war – vielleicht nicht gerade durch die von ihr vertretenen Inhalte –, sondern durch ihre Existenz ein wichtiger Faktor der Modernisierung. Sie stellte von Anfang an nicht nur eine Schicht deklasierter Angehöriger des Adels dar – wie es die populäre Ansicht wollte –, sondern bildete eine Integrationsebene für Leute aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen. Neben dem Adel wurde sie aus Bürgern und Ausländern verschiedener Stände gebildet; schnell schlossen sich „Ausreißer“ aus der bäuerlichen und der jüdischen Gemeinschaft an. Das berühmteste Dokument eines besonderen Gruppenbewusstseins polnischer Bauern vom Anfang des 19. Jahrhunderts, die vor hundert Jahren von Marcelli Handelsman herausgegebenen Memoiren des Kazimierz Deczyński, zeigt eben den Lebensweg eines solchen frühen Angehörigen der Intelligenz bäuerlicher Herkunft. Aber es gab auch andere, die gegenüber den herrschenden Normen vielleicht konformistischer waren, gleichzeitig jedoch erfolgreicher in der Verwirklichung ihres gesellschaftlichen Aufstiegs.

Trotzdem waren viele Reisende und ausländische Publizisten von der gesellschaftlichen Exklusivität der polnischen Eliten überrascht. Irritiert wurde über das Unvermögen der Polen, sich mit den Teilungsmächten zu verständigen und über den gesellschaftlich exklusiven Charakter des polnischen, adeligen Patriotismus berichtet. Irritiert wurde die polnische nationale Bewegung beschrieben, die einerseits revolutionär und andererseits konservativ war und gleichermaßen die Unabhängigkeit Polens wie die Aufrechterhaltung der Leibeigenschaft der Bauern anstrebte, beschrieben wurde ihre Heuchelei, den Ukrainern und Juden die gleichen Rechte, die sie für sich selbst beanspruchte, nicht zuzugestehen.

Einen gewissen Wahrheitsgehalt kann man diesen ein wenig synthetischen und oberflächlichen Urteilen nicht absprechen, die vielseitige Wirklichkeit hingegen vermögen sie nicht zu erfassen. In dieser ganzen großen Region zwischen dem deutschen und russischen Sprachraum waren Polen und Ungarn die einzigen Völker, die über eine eigene „historische“ Elite verfügten: den – politisch privilegierten – Adel. Kein Wunder also, dass dieser Adel den Verlust des „eigenen“ Staates stärker empfand als andere gesellschaftliche Schichten. Insofern trug sowohl die polnische als auch die ungarische nationale Bewegung ein adeliges Antlitz. Sie unterschieden sich in dieser Hinsicht auch deutlich von solchen nationalen Bewegungen wie der tschechischen oder ukrainischen, in denen sich die „heimischen“ höheren Schichten schon lange vorher germanisiert oder polonisiert hatten. Die nationale Bewegung, die sich aus Vertretern kleinbürgerlicher Schichten (im tschechischen Fall) oder der griechisch-katholischen Geistlichkeit

und der Intelligenz in der ersten Generation (im ukrainischen Fall) zusammensetzte, musste andere, weniger kämpferische Politikstile entwickeln. Betrachten wir jedoch das gesellschaftliche Antlitz der polnischen und ungarischen nationalen Bewegung im 19. Jahrhundert, so stoßen wir zugleich auf eine charakteristische Zwiespältigkeit: Der adelige Charakter führt einerseits tatsächlich zu gesellschaftlichem Konservatismus, bewirkt aber andererseits zugleich auch eine gesellschaftliche Radikalisierung.

Bleiben wir noch etwas bei dieser Zwiespältigkeit, die dem auswärtigen Betrachter auf den ersten Blick unverständlich bleibt. Die Tatsache, dass der adelige Charakter der Bewegung mit dem gesellschaftlichen Konservatismus des Adels zusammenhängt, leuchtet dem gesunden Menschenverstand ein; weniger einleuchtend dagegen ist die andere Seite der Medaille. Wenn also, wie schon gesagt, der Adel die Teilungen Polens von allen gesellschaftlichen Gruppen am schmerzlichsten empfand und sich am stärksten dafür einsetzte, ihre Folgen rückgängig zu machen, heißt das schließlich überhaupt nicht, dass die adeligen Revolutionäre und Verschwörer das gesellschaftliche und politische System der Adelsrepublik aus der Zeit vor den Teilungen idealisierten. So war es natürlich auch nicht: diejenigen, die das alte System idealisierten (und die – hätte es die Teilungen nicht gegeben – eine konservative Partei in Polen gebildet hätten), hatten es nicht eilig, sich an einer Verschwörung zu beteiligen, sondern neigten eher zum Kompromiss mit den Teilungsmächten. Paradoxerweise kam die enthusiastischste Apologie des politischen und kulturellen Systems der Adelsrepublik aus der Feder von Henryk Rzewuski, eines radikalen Anhängers der Verschmelzung polnischer und russischer Nationalität. Diejenigen, die kämpften und konspirierten – oft indem sie sich gegen die eigenen Väter und Großväter erhoben – kamen im Allgemeinen aus der jüngeren Generation. Die Erhebung richtete sich sowohl gegen den „Minimalismus“, den „Pragmatismus“ und ähnliche Sünden der polnischen Aufklärung, als auch gegen die „Entartung“ der alten Adelsrepublik, vor allem in sozialen Fragen. Die junge Generation der romantischen Aufständischen wies die Negation der Adelskultur durch die Aufklärung zurück, schuf sich aber zugleich ein ausgesprochen idealisiertes Bild dieser Kultur und lehnte damit im Grunde ihr reales Abbild ebenfalls ab. Die adeligen Revolutionäre verknüpften die Forderung nach dem Wiederaufbau Polens und das Preisen seiner Vergangenheit mit so radikalen Umbruchslosungen, dass sie sich damit entschieden auf der linken Seite der europäischen politischen Szene ansiedelten.

Natürlich waren sie dem Lebensstil, der Erziehung, der Bildung und den Gewohnheiten nach weiterhin Angehörige des Adels. Sicher konnte man Widersprüche zwischen ihrem tatsächlichen Verhalten und ihren erklärten Ansichten feststellen; das kommt schließlich häufiger vor bei

Revolutionären, die radikale demokratische Ansichten verbreiten und aus höheren gesellschaftlichen Schichten stammen. Die polnischen Demokraten und Radikalen machen hierin keine Ausnahme; aber es gibt keinen Anlass, ihren Demokratismus deswegen in Frage zu stellen.

Die adelige Prägung des polnischen öffentlichen Lebens bleibt das ganze 19. Jahrhundert hindurch offensichtlich, verblasst aber entschieden in der zweiten Jahrhunderthälfte. Die Niederlage des Aufstands von 1863, der großen adeligen Erhebung mit dem Ziel der Wiederherstellung der alten Adelsrepublik in den Grenzen der Vor-Teilungszeit, der die Losung der dreifaltigen polnisch-litauisch-ruthenischen Adelsrepublik auf seine Fahnen geschrieben hatte, war gleichbedeutend mit der Zerschlagung der politischen Dominanz des Adels im Königreich Polen. Im litauisch-ruthenischen Gebiet, das bereits am Ende des 18. Jahrhunderts unmittelbar dem russischen Zarenreich angegliedert worden war, wurde der Adel schon seit 1831 in seiner Stellung stufenweise und systematisch degradiert. Wichtiger ist jedoch, dass die kulturellen Strömungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einer Aufrechterhaltung der Stellung des Adels nicht förderlich waren. Der in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts dominierende Positivismus beinhaltete einen Frontalangriff auf die von ihr geprägten Elemente der polnischen Kultur; die polnische demokratische Intelligenz wird ähnliche Angriffe in gewissen Zeitabständen wiederholen, selbst noch nach dem Zweiten Weltkrieg. Sicherlich zeichnete sich die adelige Dominanz am stärksten in Galizien ab, das dem polnischen Adel im Gegenzug für politische Loyalität von Wien „verpachtet“ worden war. Es fällt also schwer, zu widersprechen, dass die polnische Kultur stärker als die vieler benachbarter Länder durch den Adel geprägt war. Wenn wir uns allerdings über die spezifischen adeligen Inhalte dieser Kultur klar werden wollten, erwiese sich das als eine sehr schwer zu fassende Sache. Anhänger der Adelstradition würden über die von der alten Adelsrepublik ererbte Tradition der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sprechen; Kritiker würden den Elitarismus, die Neigung zur Anarchie und die Unfähigkeit, sich der existierenden Ordnung anzupassen, betonen.

II.

Westliche Touristen, Wissenschaftler und andere mehr oder weniger kritische Beobachter der polnischen Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts waren außer von der „rückständigen“ Gesellschaftsstruktur gewöhnlich noch von einer anderen ebenfalls wichtigen Sache verblüfft, die von der englischsprachigen Geschichtsschreibung und Publizistik mit dem allzu dehnbaren Begriff des „nationalism“ beschrieben wird. Selten sind dehnbare Begriffe

nützlich; sie verbergen die unterschiedlichsten, häufig vollkommen widersprüchlichen Erscheinungen in sich. Allgemein nimmt man an, die polnische Gesellschaft ordne ihr ganzes Funktionieren der nationalen Frage unter. Diese Ansicht wird – wie es scheint – von vielen zeitgenössischen ausländischen (hauptsächlich angelsächsischen) Wissenschaftlern geteilt, die ganz Ost- und Mitteleuropa für eine ausschließliche Domäne untereinander zerstrittener Chauvinismen halten. Der Schein trügt, und die Situation ist meiner Meinung nach viel komplizierter. Der Nationalismus ist nicht alleiniges Thema der in Polen im Laufe des 19. Jahrhunderts öffentlich geführten Debatten. Außer der großen Debatte über das Verhältnis gegenüber den Teilungsmächten (zusammengefasst in der kurzen Lösung: „Kämpfen oder nicht kämpfen(?)“ gibt es noch die Debatte darüber, welcher Zivilisationstyp in Polen dominieren sollte; diskutiert wurde über die Hinterlassenschaften des Adels in der polnischen Kultur (diese Debatte wurde bereits erwähnt), über die Bauernfrage, über die Literatur, über die gegenseitige Beziehung von Nation und Menschheit, über die weltliche Moral, über die Befreiung der Frauen und über viele andere Dinge. Natürlich war in allen diesen Debatten die nationale Frage mehr oder weniger präsent – aber man kann sie ganz bestimmt nicht darauf reduzieren. Jede dieser Debatten hatte ihren autonomen Inhalt, unabhängig von der nationalen Frage. Zum Glück lässt sich das polnische Geistesleben im 19. Jahrhundert nicht auf den Schmerz über das nationale Unglück reduzieren.

Selbst ein so – wie es scheint – absurder Teil der polnischen nationalen Ideologie wie der romantische Messianismus ist zumindest keine provinzielle Abweichung (wie allgemein angenommen). Vom ganzen komplizierten messianischen Denken blieb in der öffentlichen Meinung nur eine Phrase übrig: „Christus der Völker“. Sie wurde von ausländischen Historikern (in der Regel keine Spezialisten in polnischer Geschichte), die die Geschichte des Nationalismus untersuchten, zitiert, auch von Journalisten, die sich nicht gerade für Kontext und tieferen Sinn des messianischen Phänomens interessierten, wenn sie in wenigen Sätzen die Absurdität der Forderungen des polnischen, extremen Nationalismus aufzeigen wollten. Ein größeres Missverständnis ist kaum möglich. Der polnische, romantische Messianismus – und das wissen wir dank der ausgezeichneten Arbeiten von Autoren wie Andrzej Walicki, Marcin Król oder Maria Janion heute schon recht gut – passte ins Zentrum der sozialen und philosophischen Problematik, für die sich gebildete Europäer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts interessierten. Die Frage nach der geschichtlichen Mission von Nationen wurde seit Herder zum integralen Bestandteil europäischer philosophischer Debatten (oder wenn man so will – paraphilosophischer). Die Argumentation von Adam Mickiewicz (1798-1855) oder Zygmunt Krasiński (1812-1859) lieferte sicher keine herausragende Philosophie, aber

die Leser der dreißiger oder vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren nicht empört, ihnen erschien sie, wenn schon nicht immer überzeugend, so doch in jedem Fall sinnvoll.

Denn die polnischen Romantiker waren in der Lage, die polnische Sache in eine übernationale Weltanschauung einzubinden, in die Sache der europäischen Freiheit. Aus Gründen, über die man lange sprechen könnte, war der Zeitraum zwischen dem Fall Napoleons und der Einigung des Deutschen Reichs eine Epoche, in der das europäische Bürgertum sich für die Freiheit der Völker begeisterte; die Polen waren in der Lage, ihre Sache als organischen Bestandteil des allgemeinen Kampfs um Freiheit und nicht in Kategorien eines eng verstandenen nationalen Interesses darzustellen. Nehmen wir ein Werk, in dem man verhältnismäßig einfach Formulierungen findet, die aus unserer heutigen Perspektive ziemlich chauvinistisch klingen, und in dem die Ideologie der moralischen Überlegenheit der für die Freiheit leidenden Polen über die satten und egoistischen Völker des Westens am klarsten formuliert wurde: „Die Bücher des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft“ (*Księgi Narodu i Pielgrzymstwa Polskiego*) von Adam Mickiewicz. Selbst dort ist die Wertehierarchie deutlich: der universelle Wert steht über dem nationalen. Wenn die Polen ein Recht darauf haben, von anderen Völkern geachtet und geliebt zu werden, dann nur deshalb, weil sie sich über den nationalen Egoismus erhoben, die Völkerfreiheit zu ihrer Angelegenheit machten und die heidnische Idee des Nationalinteresses und der Staatsraison zurückwiesen. Die Unabhängigkeit Polens wird die Belohnung dafür sein, sich für die universellen Werte geopfert zu haben. Wenn Polen eine messianische Aufgabe hat, so kündigt bereits diese Tatsache davon, dass es einen höheren Wert geben muss als die nationalen Ideale: ein Messias wird immer von jemandem gesandt, er schickt sich nicht selbst, Polen ist also – in der messianischen Ideologie von Mickiewicz – der Messias der Freiheit. Wir müssen nicht erklären, dass es sich hierbei um eine Auffassung handelt, deren Inhalt heute niemand verteidigen könnte; gleichzeitig steht diese jedoch mit absoluter Sicherheit im Zentrum der christlichen Inspiration und im Zusammenhang mit den verschiedensten, in Jahrhunderten im Umkreis der Kirche herangewachsenen Millenniumsvisionen und ist als solche integraler Bestandteil der europäischen Kultur. Es wird wohl auch nicht bestritten, dass es sich um keine typisch nationalistische Vision handelt, und zwar sowohl wegen der universalistischen Axiologie als auch wegen der entschiedenen Ablehnung solcher Vorstellungen wie der Staatsraison oder des Nationalinteresses.

Deshalb war die polnische Romantik – entgegen mancher stereotyper Annahmen – kein nützlicher Werkstoff zur Schaffung des modernen polnischen Nationalismus. Ganz im Gegenteil: der von dem Staatsmann Roman Dmowski (1864-1939) und seinen politischen Weggefährten zu Beginn

des 20. Jahrhunderts geschaffene moderne Nationalismus musste sein Werk damit beginnen, einige grundlegende Axiome des polnischen romantischen Denkens zu bekämpfen – unter Benutzung bestimmter postromantischer Klischees und Assoziationen. Vor allem musste er die Überzeugung vom ethischen Charakter der polnischen Frage brechen. Im Geiste des Sozialdarwinismus verkündeten die polnischen Nationalisten das Überleben der Stärkeren und den rücksichtslosen Existenzkampf, und auf den Sieg in diesem Kampf wollten sie die polnische Gesellschaft vorbereiten. Damit wiesen sie auch die Überzeugung von der Interessengemeinschaft unterdrückter Völker zurück. Die Romantiker waren überzeugt, dass jeder nationale Konflikt ein Werk reaktionärer Regierungen sei und als solcher zum Schweigen gebracht werde, wenn nur die Völker ihre Ketten abwürfen. Der romantische Politiker und Publizist Karol Libelt (1807-1875), der an der antipreußischen Verschwörung in der Epoche des „Vormärz“ teilnahm, verfasste zugleich die enthusiastischste Lobpreisung der deutschen nationalen Bewegung. Er sah darin keinen Widerspruch, denn der Feind war für ihn einzig und allein die konservative preußische Regierung. Für die modernen Nationalisten zwei Generationen später hingegen sind die Völker genauso gefährlich wie die Regierungen, oder sie sind die noch gefährlicheren Feinde.

Es ist also unbegründet, die polnische romantische Philosophie für die Ausweitung des polnischen Nationalismus verantwortlich zu machen. Wenn wir uns allerdings die Schriften und Tätigkeiten eines anderen prominenten Messianisten, des Posener Philosophen August Cieszkowski (1814-1894) anschauen, stoßen wir auf ein ganz anderes Gesicht des Messianismus. Cieszkowski, Autor religiös-philosophischer, nach katholischem Standpunkt von der herrschenden Lehre abweichender (erst nach seinem Tod veröffentlichter) Werke, verknüpfte Erwägungen über die Bestimmung der Menschheit und Polens mit wirtschaftlichen Interessen (die bei Mickiewicz z.B. vollständig fehlen). Er schrieb, wirtschaftliche Entwicklungsaktivitäten hätten einen wesentlich moralischen Inhalt, da sie zur Vervollkommenheit der Menschheit beitrügen und dadurch das Reich Gottes auf Erden näher brächten. Anders als andere Messianisten, sah Cieszkowski keinen der Realisierung messianischer Erwartungen vorausgehenden gewaltsamen Umsturz vor; Gottes Reich auf Erden realisiert sich seiner Meinung nach evolutionär, durch ausdauernde Arbeit ganzer Generationen großer menschlicher Gruppen. Das Denken Cieszkowskis ist ein interessantes Beispiel für eine Ideologie vom Wirtschaftswachstum, die sich nicht auf rationalistische Motive aufklärerischen Typs beruft, sondern auf die Idee der moralischen Vervollkommenheit und des Gehorsams gegenüber den göttlichen Plänen. (Ob man darin eine ferne Ähnlichkeit zu den von Max Weber analysierten Haltungen englischer Protestanten des 17. Jahrhunderts

entdecken könnte? Vielleicht gibt es gewisse Analogien, aber man sollte sie nicht allzu versessen suchen, denn bei Cieszkowski spielt die Askese eine sehr viel weniger exponierte Rolle als im Weberschen Modell). Das Denken Cieszkowskis erfüllte eine bestimmte gesellschaftliche Rolle, es inspirierte die Bewegung der *organischen Arbeit* im preußischen Teilungsgebiet, vor allem in Posen und beeinflusste damit die Spezifik dieser Region im Unterschied zu den übrigen Landen der ehemaligen Adelsrepublik in großem Umfang.

Hier fiel der Begriff der *organischen Arbeit*. Er bezeichnet eine grundlegende Vorstellung in der polnischen Geschichte des 19. Jahrhunderts und wurde nicht selten als nächstes spezifisch polnisches Phänomen interpretiert. Wir werden uns hier nicht im einzelnen mit seiner Genese beschäftigen; wir erinnern nur daran, dass die Anhänger der *organischen Arbeit* in der wirtschaftlichen Rückständigkeit ein größeres Problem sahen (jedenfalls ein unmittelbar bedrückenderes) als in der fehlenden politischen Unabhängigkeit; sie glaubten, die großen sozialen Prozesse seien die Resultate individueller („ameisenhafter“, wie sie gern sagten) Kleinarbeit und hofften, dass man Polen auf dem Weg der „unpolitischen Politik“ (um eine Formulierung zu benutzen, die an anderem Ort und zu anderer Zeit entstanden ist) modernisieren könnte. Die organischen Gesellschaftsvorstellungen dienten im konservativen Denken dazu, soziale Ungleichheit zu begründen, aber hier – in der Konzeption der *organischen Arbeit* – hatten sie eine andere Funktion; hier wurde die Gesellschaft nicht mit einem Organismus verglichen, um Ungleichheit zu legitimieren, sondern um die reicheren und gebildeten Klassen an ihre Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft zu erinnern. In der polnischen Tradition wurde die *organische Arbeit* der romantischen Aufstandspolitik gegenübergestellt und man kannte den – übrigens bis heute – nicht endenden Streit über die Berechtigung der einen oder der anderen Konzeption. Wenn wir jedoch aus einer anderen Perspektive blicken, erkennen wir, dass die *organische Arbeit* gar nichts spezifisch Polnisches ist. *Organische Arbeit* gibt es offensichtlich in der Geschichte der Nachbarvölker, die ähnlich wie die Polen solche oder andere auf Unabhängigkeit gerichtete Aspirationen verfolgten. Erkennbar ist dieses Phänomen aber auch in der Geschichte der deutschen Länder, ebenso wie in der anderer Regionen Europas.

Die Idee von der sich selbst organisierenden Gesellschaft, von der Assoziation als Instrument gesellschaftlicher Veränderung von unten usw. war in ganz Europa populär und ist keine Erfindung polnischer Anhänger der *organischen Arbeit*. Gesangsvereine, Turnvereine, Volksschulen, Lesekabinette und Bauernzirkel wurden von Bürgern, aufgeklärten Magnaten oder den von ihrer Zivilisierungsmission überzeugten Dorflehrern und Dorfpriestern nicht nur in polnischen Landen gegründet. Der Unterschied

bestand darin, dass in den von polnischsprachiger Bevölkerung bewohnten Landstrichen das allgemeingesellschaftliche Ziel stärker akzentuiert wurde als beispielsweise in den preußischen Gebieten, in denen die deutsche Dominanz nicht bedroht war. Für die Polen, die auf das Wohlwollen des Staates nicht zählen konnten, hatten Gesangverein oder Sparkasse eine über die lokale Gemeinschaft hinausgehende Bedeutung.

Die in den ethnisch gemischten Grenzgebieten im Rahmen der *organischen Arbeit* von unten aufgebauten Institutionen verfolgten noch ein zusätzliches Ziel: die Festigung des Nationalgefühls und die Abgrenzung der Bevölkerung von der anderen Nationalität, die auf demselben Territorium lebte. Insofern waren sie ein wesentliches Element bei der Entstehung des modernen Nationalismus. Es wäre aber gar nicht gut (und unbegründet), wenn dieser nationale Aspekt unseres Blicks auf die *organische Arbeit* alle anderen in den Hintergrund drängte. Im polnischen Fall (anders als z.B. im tschechischen oder ukrainischen) waren die meisten Territorien, in denen sich nationales Leben entfaltete (Westgalizien und der überwiegende Teil des Königreich Polens), monoethnisch. Zwar lebten dort außer Polen auch Juden, die jedoch kein eigenes nationales Territorium in polnischen Landen anstrebten und zumindest in diesem Sinne (bis zum Ende des 19. Jahrhunderts) nicht als Gefahr empfunden wurden. Deshalb wurde der „alltägliche“ ethnische Konflikt – anders als bei den Tschechen oder im Posener Gebiet – gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nicht zum Bestandteil alltäglicher Erfahrung der Polen im russischen Teilungsgebiet oder in Westgalizien. Man kann also die *organische Arbeit* nicht nur als Instrument im Nationalitätenkampf interpretieren. Sie verfolgte ein autonomes Ziel: die Modernisierung der polnischen Gesellschaft. Einige Historiker lancieren die Vorstellung von der „Selbstmodernisierung“ zur Charakterisierung von Tätigkeiten, die die Anhänger der *organischen Arbeit* unternahmen. Die „Selbstmodernisierung“ kam von unten und kann daher der Modernisierung von oben durch die Staatstätigkeit entgegengestellt werden, die oft als der einzige Modernisierungstyp bezeichnet wird, den man in rückständigen Regionen antrifft.

III.

Bis vor kurzem war die Sache mit der Modernisierung klar: sie wurde am Nationaleinkommen pro Kopf gemessen, das galt oft auch für diese oder jene Güter, deren Produktion in der entsprechenden Epoche vom technischen Fortschritt des produzierenden Landes zeugte. In den letzten Jahrzehnten änderte sich jedoch die Perspektive: die auf soziale und wirtschaftliche Messfaktoren beschränkte Modernisierungsvorstellung wurde in Frage

gestellt und dann gründlich neu interpretiert. Heute verfügen wir über ein erweitertes Verständnis von Modernisierung, das aber viel ungenauer ist als etwa in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Wir wissen (Jacob Burckhardt wusste das allerdings schon vor anderthalb Jahrhunderten), dass es so etwas wie modernes Humorgefühl, Lebensstil, ästhetische Vorlieben und literarische Kultur gibt. Vielleicht ist das Café ein mächtigeres Modernisierungsvehikel als die Fabrik.

Auch die nationale Bewegung ist ein mächtiges Modernisierungsvehikel, unabhängig von allen ihren unangenehmen Eigenschaften. Im 19. Jahrhundert und besonders seiner zweiten Hälfte ist sie der Hauptverbindungs-faktor zur breiten Masse der Bevölkerung. Den heutigen – vor allem den radikalen – Nationalismus assoziieren wir in der Regel mit Abgrenzung; das Wesen des heutigen Nationalismus ist Partikularismus, Feinde sind die Vertreter anderer Völker, oder diejenigen, die sich selbst in anderen als nationalen Kategorien definieren, z.B. indem sie allgemein menschliche oder europäische Werte über nationale Werte stellen. Im 19. Jahrhundert war das anders: damals, mindestens bis zu den neunziger Jahren, war die nationale Idee keine trennende, sondern im Gegenteil eine verbindende Idee. Der Hauptgegner stand weder „höher“ (die Kosmopoliten) noch „nebenan“ (die benachbarten Völker), sondern „niedriger“: Die nationale Ideologie bekämpfte lokale Partikularismen und ständische Separatismen, sie war also anders als heute eine integrierende und keine desintegrierende Idee. Die nationalen Aktivisten wollten „die Bauern zu Staatsbürgern“ machen; sie wollten den Horizont des Adels über den ständischen hinaus zum allgemeingesellschaftlichen erweitern; sie wollten die Geistlichkeit in nationale Aktivitäten einbeziehen, was damals in der Praxis eine Anhebung des moralischen und materiellen Niveaus der Bauernschaft bedeutete. Sie wollten schließlich die Juden assimilieren; ähnlich wie die Bauern behandelten sie die Juden als gesellschaftlichen Stand und nicht als Nationalität, und sie zweifelten nicht daran, dass Juden, ähnlich wie die Bauern, schließlich mit der polnischen Gesellschaft verschmelzen müssten. Die Situation änderte sich erst mit dem Entstehen des modernen ideologischen Nationalismus in den 90er Jahren. Da wird die nationale Idee exklusiv und orientiert sich am Konflikt mit den Nachbarn. Der Ideologie der Nationalisten folgend sollte auch im Fall innerer Angelegenheiten, etwa des Konflikts dieser Idee mit irgendwelchen anderen Werten, die nationale Idee überwiegen. So etwas gab es vorher nicht, oder jedenfalls nicht in diesem Ausmaß. Sogar damals gehörte der Nationalismus – wie es scheint – zu den Kräften, die für eine gesellschaftliche Veränderung agierten, denn neben dem Sozialismus zählte er zu den Hauptmobilisierungskräften der Gesellschaft und ihrer Einbeziehung in die Welt der großen Politik. Historiker sprechen in jüngster Zeit immer häufiger von „konservativer Modernisierung“ und

dieser Begriff passt – wie es scheint – auf die Aktivität der polnischen Nationalisten vor dem Ersten Weltkrieg.

In diesem Zusammenhang kann man darauf hinweisen, dass es zum charakteristischen Merkmal der polnischen Modernisierung (und sicher auch anderer peripherer Modernisierungen) gehört, Substitute zu benutzen. Darüber, dass typische Industrialisierungsfaktoren der Länder des europäischen Zentrums an der europäischen Peripherie nicht zur Geltung kamen und dort bis zu einem gewissen Grad durch Substitute verschiedener Art ersetzt werden konnten, schrieb schon vor Jahren Aleksander Gerschenkron in seinen ausgezeichneten Essays. Das Fehlen bestimmter Institutionen und Betätigungsmöglichkeiten führte dazu, dass – bewusst oder aufgrund der Logik der gesellschaftlichen Veränderungen selbst – die Modernisierungsaufgabe von Institutionen übernommen wurde, die zu völlig anderen Zwecken errichtet worden waren. So mobilisiert die nationale Propaganda die bäuerlichen Massen und bezieht sie in die Politik ein, wenn jene Mobilisierung nicht durch eine kapitalistische Industrialisierung vollzogen werden kann. Die Bewegung der *organischen Arbeit* ersetzt im russischen Teilungsgebiet gewissermaßen Institutionen, die woanders von der Zivilgesellschaft geschaffen werden – ein blasser und verschämter Ersatz, aber der einzige, real existierende. Wissenschaftler verweisen auf die Rolle der im Allgemeinen ungewöhnlich traditionellen kirchlichen Institutionen, wie z.B. der Rosenkranzzirkel oder der marianischen Kongregationen bei der Emanzipation der Frauen, besonders auf dem Land. Im russischen Teilungsgebiet waren viele Bauern, etwa zur Zeit der Revolution von 1905, in radikalen gesellschaftlichen Bewegungen aktiv, während ihre Frauen zur Versammlung der Rosenkranzzirkel ins Pfarrhaus liefen. Włodzimierz Mędrzecki zeigte kürzlich in interessanter Weise, dass Rosenkranzzirkel für die Dorffrauen eine Tribüne zur Erlangung von Selbständigkeit wurden – ähnlich wie es linke politische Parteien für ihre Männer waren. Es ist offensichtlich, dass der Charakter der Modernisierung selbst davon abhängt, welche Institution oder welches gesellschaftliche Phänomen ihr als Vehikel dient. Es entstehen – um den Titel des bekannten Artikels von Shmuel N. Eisenstadt zu zitieren – *Multiple modernities*.

Wenn wir von Modernisierung der polnischen Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg sprechen, dürfen wir deren Grenzen nicht vergessen. Als eine „Entwicklung unter Bedingungen wachsender Rückständigkeit“ bezeichnete Witold Kula das herrschende Wirtschaftssystem in Polen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Die bekannte Ökonomin Zofia Daszyńska-Golińska schrieb in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg über „passiven und aktiven Kapitalismus“. Der letztere, im Westen dominierende, wirke als Entwicklungsmotor; der erstere, in Polen überwiegende, koexistiere dagegen hervorragend mit der wirtschaftlichen Rück-

ständigkeit überwiegender Teile des Landes. Die Analyse von Daszyńska-Golińska steht den ein halbes Jahrhundert später auftauchenden Theorien vom „abhängigen Kapitalismus“ nahe, die Witold Kula und Tadeusz Łepkowski auf die polnische Situation anwandten. Zwar hat man die These, Ursache der wirtschaftlichen Rückständigkeit sei die koloniale Ausbeutung durch die Teilungsmächte, zurückgewiesen; die Tatsache der Rückständigkeit selbst unterliegt dagegen keinem Zweifel. Die materiellen Lebensbedingungen der übergroßen Mehrheit der polnischen Bevölkerung im russischen und österreichischen Teilungsgebiet unterschieden sich sehr weitgehend von den materiellen Lebensbedingungen nicht allein in Westeuropa, sondern sogar im preußischen Teilungsgebiet und in Böhmen und Mähren. In der kulturellen Sphäre zeigt sich die Rückständigkeit durch den geringen Grad der Alphabetisierung sowie durch die geringen Zugangsmöglichkeiten zu höheren Bildungsstufen.

Witold Kula prägte einen weiteren geistreichen, die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Polen zusammenfassenden Ausdruck, als er über die „Entwicklung unter den Bedingungen wachsender Rückständigkeit“ schrieb. Das erinnert an eine Formulierung des bekannten Wirtschaftspublizisten Stefan Bratkowski, der die weiße Königin aus der Erzählung „Alice im Wunderland“ von Lewis Carroll zitierte. Wie bekannt, sagte sie zu Alice, wenn man in ihrem Land am selben Ort bleiben wolle, so reiche es nicht, so schnell zu laufen wie man kann, sondern dazu müsse man doppelt so schnell laufen. Genauso war es im Polen des 19. Jahrhunderts, schreibt Bratkowski. Und – liefen die Polen schnell genug, könnte man fragen?

Die Antwort ist wie immer nicht einfach: es hängt davon ab, um welche Polen es geht, und auf welcher Etappe des großen Wettrennens sie sich befanden. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts veränderte sich Polen so, dass es nicht wieder zu erkennen war. Aus der alten Adelsnation wurde eine moderne Nation, mit ausgeprägter gesellschaftlicher Struktur; die Kultur demokratisierte sich, und die Führung ging immer sprunghafter von dem Adel auf neue gesellschaftliche Gruppen über. Früher untergeordnete Gruppen emanzipierten sich: Bauern, Juden, Bürger, Frauen. Die polnische Literatur, romantische Poesie und realistische Prosa, errang in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein nie zuvor erreichtes Niveau und konnte sich ihrer besten Dichter rühmen (Adam Mickiewicz, Cyprian Norwid (1821-1883), Bolesław Prus (1847-1912)), derer sich keine europäische Literatur hätte schämen müssen. In den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg gab es eine äußerst lebendige Entwicklung des Jugendstils, die auch Architektur und Malerei aufblühen ließ.

Das alles ist zutreffend – und doch muss man im Ganzen wohl den Worten Kulas Recht geben. Denn es gab Grenzen, die die Aktivisten der

organischen Arbeit trotz ihres Eifers nicht überschreiten konnten. Man darf die Teilungsmächte nicht für das verantwortlich machen, was die Polen selber hätten zuwege bringen können, darüber haben intelligentere polnische Publizisten vielfach geschrieben. Man darf nicht zulassen, dass die Teilungen zu einer Art von Alibi werden, auf das man verweist, wenn ein ausländischer Beobachter mit dem Finger auf unsere Rückständigkeit, Xenophobie, mangelnde Verantwortung für das Gemeinwohl und schmutzigen Toiletten zeigt. (Für die Kommunisten waren die deutschen Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs so ein Alibi, und derzeit muss man befürchten, dass es die kommunistischen Zeiten werden). Andererseits wäre es jedoch lächerlich, die Tatsache zu leugnen, dass die Teilungen (ähnlich wie die deutsche Besatzung und die darauf folgenden 45 Jahre des Kommunismus) tatsächlich auf dem Schicksal des Landes lasteten und seine Entwicklung hemmten. Das kann man gut an der Kultur erkennen. Vor den Teilungen gab es in der Adelsrepublik zwei Universitäten, die Krakauer für die Länder der Krone Polens und die Wilnaer für Litauen. 1816 kam die Warschauer Universität aus Gnade von Zar (und dem polnischen König) Alexander I. hinzu. Es gab also im Jahre 1830 drei Universitäten, an denen in polnischer Sprache gelehrt wurde. Zwei Jahre später war nur noch eine (Krakau) übrig, und in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als die Österreicher die Jagiellonen-Universität in Krakau germanisierten, gab es keine einzige mehr. Seit Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, nach der Polonisierung der Lemberger und der Repolonisierung der Krakauer Universität gab es zwei polnischsprachige Universitäten, beide im österreichischen Teilungsgebiet. Erst 1916, als die Deutschen zustimmten, eine polnische Universität in dem von den Russen eroberten Warschau zu eröffnen, erreichte die Zahl der Universitäten wieder den Stand wie 90 Jahre zuvor.

Warum schreibe ich darüber? Es ist doch offensichtlich, dass diese Fluktuation nicht durch Gründe hervorgerufen wurde, die innerhalb der polnischen Gesellschaft liegen, etwa durch Veränderungen der Haltung gegenüber der Wissenschaft oder des Besitzstandes; die Ursachen liegen in der mäandernden Politik der Teilungsmächte. Man kann ruhig annehmen, dass die Zahl von drei Universitäten im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nicht verringert worden wäre, hätte es die Teilungen nicht gegeben; nach der Umwandlung der Lemberger Akademie in eine Universität wären es vier geworden, und irgendwann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wäre für die westlichen Landesregionen eine Universität in Posen entstanden (für deren Einrichtung die polnische Gesellschaft sich seit 1815 vielfach eingesetzt hatte). So wäre die Zahl der Universitäten Jahrzehnte früher als in Wirklichkeit (nämlich 1919 – im selben Jahr entstand die sechste, private Katholische Universität in Lublin) auf fünf angestiegen.

Dieses Beispiel zeigt gut, wie die Teilungen die polnische kulturelle Entwicklung verlangsamen. Eine Universität ist schließlich – insbesondere im 19. Jahrhundert – viel mehr als eine Bildungsinstitution; sie schafft ein Milieu, wirkt als Magnet bei der Herausbildung der Intelligenz, um die herum sich nicht nur wissenschaftliche, sondern auch kulturelle, soziale und politische, manchmal auch künstlerische Initiativen gruppieren. So eine Universität kann bis zu einem gewissen Grad als Surrogat für die wirtschaftliche Entwicklung wirken, indem sie zum wesentlichen Faktor der Stadtentwicklung wird. So war es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den Universitäten in Krakau und Lemberg; und so wäre es auch mit den nicht existenten Universitäten in Posen, Warschau und Wilna gewesen.

Man muss nur einen Blick auf das intellektuelle Milieu Warschaus und Posens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werfen, um zu erkennen, welchen unwiederbringlichen Verlust die Russifizierungs- und Germanisierungspolitik der polnischen Kultur zugefügt hat. Ihr Ziel hat diese Politik nicht erreicht, sie hat nicht nur die Polen nicht russifiziert, sondern auch ihre Unterwerfung nicht erzwingen können – hingegen ist es ihr gelungen, das Leben zweier Generationen von Intellektuellen zu vergeuden, unter denen überdurchschnittlich begabte Individuen lebten. Wenn Ignacy Redliński oder Ludwik Krzywicki (1859-1841) Unterstützung im wissenschaftlichen Milieu gefunden hätten und nicht gezwungen gewesen wären, ihr Leben mit Korrepetitionen und Vorlesungen (in russischer Sprache) in privaten Mädchenpensionen zu fristen, und sich deshalb mit wissenschaftlicher Arbeit nur an den Abenden beschäftigen konnten, wären sie vielleicht über das Niveau eines Amateurs hinausgekommen und hätten eine wichtige Stellung in der europäischen Wissenschaft eingenommen.

Die durch die Teilungen verursachten kulturellen Rückschritte gingen jedoch erheblich über die Blockade einiger Dutzend Intellektuellenkarrieren hinaus. Im russischen Teilungsgebiet war es vollkommen unmöglich, irgendeine Art von Volksbildung zu entwickeln. In der gleichen Zeit gelang es dem preußischen Staat, den Analphabetismus im eigenen Land (auch in den polnischen Gebieten) vollkommen zu beseitigen. Währenddessen sank auch im – von polnischen Konservativen regierten – Galizien der Prozentsatz der Analphabeten kontinuierlich, wenn auch langsam; in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts lag der Grad des Analphabetismus dort irgendwo in der Mitte zwischen dem preußischen und dem russischen Teilungsgebiet. Wenn man annimmt, dass in einem eventuell unabhängigen Polen das Tempo der Beseitigung des Analphabetismus dem im autonomen Galizien entsprochen hätte, dann wäre die Beseitigung des Analphabetismus im Posener Gebiet zwar langsamer vonstatten gegangen (dafür hätten die Kinder allerdings Lesen und Schreiben in ihrer eigenen Sprache gelernt),

aber dafür hätte es einen sehr viel schnelleren Prozess der Alphabetisierung im russischen Teilungsgebiet gegeben. Die Alphabetisierung ist nicht alles; aber sie ist ein Gradmesser für die kulturelle Einbeziehung des Volkes. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Einwohner des russischen Teilungsgebiets wegen des repressiven politischen Systems außerhalb der öffentlichen Sphäre blieb, rächte sich im Jahre 1905, als die politische Mobilisierung des Volkes die Form einer blutigen Revolution annahm. In Galizien, das in wirtschaftlicher Hinsicht zweifellos rückständiger war als das Königreich, vollzog sich das Eintreten der Massen in das politische Leben – bei allen Unruhen und politischen Krisen – doch verhältnismäßig ruhig. Und noch einmal: Wenn wir Galizien annähernd als Vergleichsmaßstab dafür nehmen wollten, wie es im unabhängigen, ungeteilten Polen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ausgesehen hätte, so sehen wir klar, welchen großen Schaden die Bedingungen im russischen Teilungsgebiet in der Entwicklung der europäischen politischen Kultur angerichtet haben; Spuren davon kann man noch heute, z.B. im Wählerverhalten, finden.

Will man gerecht sein, darf man nicht vergessen, dass die Teilungen auch einen gewissen Nutzen gebracht haben. Im preußischen und österreichischen Teilungsgebiet konnte man davon profitieren, zu einem Staat zu gehören, der sich auf einem höheren materiellen Entwicklungsstand befand als Polen. Der offensichtlichste Nutzen bestand in der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung. Die für den gesamten Staat, also auch für die überwiegend reicheren und industrialisierteren Regionen, entwickelte Gesetzgebung konnte zum Entwicklungsimpuls für die rückständigen Regionen, also eben der polnischen Lande, werden. Wenn Galizien im Jahre 1910 tatsächlich über eine Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung auf europäischem Niveau verfügte, wie der Historiker Franciszek Bujak schrieb, so war das zweifellos der Zugehörigkeit zum österreichischen Staat zu verdanken. Im russischen Teilungsgebiet kann man vielleicht eine gewisse Demokratisierung der gesellschaftlichen Struktur erkennen, die sich als Ergebnis der Repression nach der Niederlage des Aufstands von 1863/1864 vollzog.

Wir haben es also mit einer typisch peripheren Entwicklung zu tun: verspätet, unselbständig, ungleich, sprunghaft, unterbrochen durch Jahre der Stagnation. Bei alledem – und damit kehren wir zu dem Problem zurück, das in der Überschrift dieses Artikels angesprochen wird, gibt es keinerlei Zweifel daran, dass es um eine europäische Entwicklung geht. Alle ihre Elemente, alle Interessen, Probleme sind denen der europäischen Denkströmung nah. Vielleicht könnte man sogar die These riskieren, dass die polnische Kultur im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Westeuropa näher war als je zuvor oder je danach. Die ganze wunderschöne, aufblühende polnische Barockkultur im 17. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war schließlich durch einen ungewöhn-

lich starken Einfluss der östlichen Kultur geprägt, sowohl in der türkisch-orientalischen Ausgabe als auch in der byzantinisch-orthodoxen. Diese Einflüsse werden in der polnischen Aufklärungskultur als barbarisch abgelehnt. Im 19. Jahrhundert wird die byzantinische Tradition als Element der Petersburger Russifizierungspolitik in Zentralpolen eingeführt – und als solche hatte sie natürlich keine Chance auf Akzeptanz. Zwischen 1939 und 1956 wurde die polnische Kultur dann von westlichen Einflüssen abgeschnitten und in der letzten Jahrhunderthälfte bemühten sich die Polen – mit unterschiedlichem Erfolg – darum, die Verspätung wieder aufzuholen. Andererseits unterliegt die Westorientierung der polnischen Eliten sowohl im 19. Jahrhundert als auch in der Zwischenkriegszeit keinerlei Zweifel. Diejenigen, die sich dem Kapitalismus entgegenstellten und über Gottlosigkeit, Atomisierung des gesellschaftlichen Lebens in den Großstädten (in Polen eher vom Hörensagen bekannt) und über das Verschwinden des patriarchalen Zusammenhangs zwischen Bauern und Gutshof lamentierten, kritisierten den Westen von innen (mit nur sehr wenigen Ausnahmen), betrachteten sich selbst aber als seinen integralen Bestandteil.

Ob jener Okzidentalismus der polnischen Eliten ausschließlich positive Folgen hatte, ist eine völlig andere Frage. Man kann es ein wenig bedauern, dass so wenige Denker (zu ihnen gehörte der unterschätzte Stanisław Szczępanowski) den kulturellen Nutzen erkannten, der sich aus der Lage zwischen Ost und West hätte ergeben können. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen einige polnische Wissenschaftler in Galizien den Wert der „ruthenischen“ Kultur der alten Ostgebiete der Adelsrepublik zu erkennen, aber für die Entwicklung der polnischen Kultur konnte das keine Bedeutung mehr erlangen. Andererseits kann man annehmen, dass die Furcht vor Russland, das bis in die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts allgemein als gefährlichste Teilungsmacht betrachtet wurde, Abwehrhaltungen hervorbrachte und es erschwerte, die Vorzüge der Kultur des östlichen Christentums anzuerkennen.

IV.

Wenn das so ist, hat dann jemand, der weder Pole noch Polonist ist, überhaupt irgendeinen Anlass, sich für die polnische Kultur des 19. Jahrhunderts zu interessieren? Innerhalb der polnischen Gesellschaft könnte es eine nützliche Funktion erfüllen, wenn den Polen dadurch ihre europäischen Errungenschaften bewusst würden, aber da es sich bei der polnischen Kultur des 19. Jahrhunderts um eine periphere Version der westlichen Kultur handelte, wäre es da nicht besser, sich auf die Quellen zu beziehen? Vermutlich ja, allerdings – und das ist die wichtigste Botschaft meiner

Skizze – ist die Provinz genau so interessant wie das Zentrum. Wer sich ausschließlich mit der „großen“ Kunst beschäftigen will, der sollte eine Bildungsreise nach Italien machen, aber wer sich für die verschiedenen Formen interessiert, die große Ideen unter lokalen Bedingungen annehmen, der sollte zurückkehren zur Geschichte Polens, der Ukraine, Tschechiens, Ungarns oder Rumäniens. Dort sieht er, wie sich unterschiedliche Strömungen verändern, miteinander verbinden, wie hybride Konstruktionen entstehen, die in sich widersprüchlich, aber schließlich nicht ohne eigene Logik sind und auf interessante Weise mit den äußeren Bedingungen zusammenhängen.

Was also ist so interessant an der Peripherie, fragen wir erneut? Eini- ges: Für die Bewohner einer anderen Peripherie ist es die Vergleichs- und Orientierungsmöglichkeit, die Tatsache, dass als außergewöhnlich empfun- dene Phänomene in Wirklichkeit für eine bestimmte Region oder einen bestimmten Systemtyp typisch sind. Für die Bewohner des Zentrums oder zentrumsnaher Regionen ist die Sache schwieriger, aber auch sie können wesentliche Gründe finden, sich für periphere Regionen zu interessieren: Zunächst, um die Struktur des abhängigen Kapitalismus verstehen zu lernen; um periphere Versionen unterschiedlicher politischer Ideologien, Liberalismus oder Sozialismus kennen zu lernen; um eine Architektur zu betrachten, die in spezifischer Weise die großen westlichen Stile der Bild- hauerkunst widerspiegelt – das alles ist, wie es scheint, nicht bedeutungslos für das Verständnis der Geschichte jener Phänomene auch in den Ländern, in denen sie in kanonischer Gestalt, lehrbuchhaft, auftraten. Die Richtung, in die sich bestimmte Doktrinen politischer oder wirtschaftlicher Systeme unter anderen Bedingungen entwickeln, ist niemals vollkommen zufällig; die Abwandlung erhellt bestimmte potentielle Möglichkeiten der Original- version, ähnlich wie eine gute Karikatur auf den ersten Blick nicht immer offensichtliche Züge des Modells enthält. Deshalb scheint es mir, dass der Wissenschaftler (oder Laie), der sich für diese oder jene Ideen oder gesell- schaftliche Bewegungen im „Zentrum“ Europas interessiert, gut daran tut, seine Vision mit dem Bild von diesen Doktrinen in einer der provinziellen Regionen zu kontrastieren (das muss natürlich nicht unbedingt Polen sein). Er erfährt dort auch etwas über das ihn interessierende Zentrum.

Zweitens – und vielleicht noch interessanter – ist die Möglichkeit, den „Kanon“ zu erweitern. Zwar besteht wenig Chance, auf einen unbekannten Rembrandt, Dante oder Aristoteles zu stoßen. Aber wir können Denker und Künstler der zweiten Reihe finden, die dennoch interessant sind und anre- gende Ideen entwickeln. Das polnische Denken des 19. Jahrhunderts (und vermutlich auch anderer Epochen) ist im Grunde genommen vom Westen abgeleitet. Das heißt jedoch nicht, dass es nicht einige interessante Konzep- tionen zu entdecken gibt.

Rückständigkeit und Peripherie können auch eine Chance sein, wenn sich ein Denker findet, der fähig ist, sie zu seinem Nutzen umzuformen, sie zum Ausgangspunkt weitergehender Überlegungen zu machen, oder sie einfach interessant und neu zu interpretieren. Das wurde im polnischen Denken des 19. Jahrhunderts vielfach versucht, und diese Versuche gehören vielleicht zu den interessantesten Errungenschaften dieses Denkens. Nur stichwortartig erinnern wir an einige Denker: Zu napoleonischen Zeiten erörterte Wawrzyniec Surowiecki die Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung durch den Staat zu stimulieren (diese Erörterungen stammen aus dem Kreis des kameralistischen Denkens, gehen jedoch über dessen Horizont hinaus). Zwei Generationen später strebt Józef Supiński eine „polnische Schule der sozialen Marktwirtschaft“ an – eine zweifellos von den Ideen Friedrich Lists über nationale Schulen der ökonomischen Theorie inspirierte Absicht, allerdings mit vollständig unterschiedlichen Rezepten, denn Supiński bemüht sich, das Modernisierungsprogramm auf eine freie Marktwirtschaft und eine sich vor allem in der Landwirtschaft realisierende Akkumulation zu stützen. Am interessantesten von allen war schließlich Stanisław Szczepanowski, der in seinem Buch „Die Armut Galiziens in Zahlen“ (*Nędza Galicji w cyfrach*, 1888) ein Modellbild von Gesellschaft und Wirtschaft in einem rückständigen Land vorstellt – ein Bild, das vielfach und sicher zu Recht wegen ungenauer Einzelheiten kritisiert wurde, das aber als in sich kohärente und überzeugende Gedankenkonstruktion weiterhin imponierend ist.

Die Beobachter des gesellschaftlichen Lebens beschränkten sich nicht auf die Wirtschaft. Das Werk von Bolesław Prus lässt sich als ein großes, in den wesentlichen Merkmalen, wenn nicht sogar in allen Einzelheiten kohärentes Bild der postfeudalen Gesellschaft interpretieren, in der die Weiterexistenz der Stände das grundlegende Kennzeichen ist, in der es „sehr viele Kasten und sehr viel Verachtung“ gibt, in der gesellschaftliche Gruppen sich wie durch wasserdichte Dämme voneinander abgrenzen. In einer solchen Gesellschaft ist es nicht nur wichtig, gesellschaftliche Mobilität für talentierte Individuen zu ermöglichen, sondern auch alle Formen gesellschaftlicher Kommunikation zu erleichtern, wie den freien Fluss von Ideen, Waren und Büchern.

Systematischer und von einer etwas anderen Seite griffen Historiker der Jagiellonen-Universität, die kollektiv als „Krakauer historische Schule“ bezeichnet wurden, diese Frage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf. Diese Wissenschaftler, vor allem Michał Bobrzyński (1849-1935), untersuchten die Genese der Teilungen Polens, und entwickelten im Ergebnis ein Bild des frühneuzeitlichen Polen als eines Staates, der seinen normalen, d.h. westeuropäischen Entwicklungsweg nicht weiter beschritt. Anstatt sich im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts in einen zentralisierten Staat

bürokratischen Typs umzuwandeln, wurde das spätmittelalterliche Ständesystem konserviert, das zudem noch durch das Übergewicht eines Standes, des Adels, verzerrt war. Die Ansichten der Krakauer Schule interpretierte man in Polen im Allgemeinen als Versuche, die Teilungen Polens mit dem inneren Auseinanderfall des Staates zu erklären. Diese Idee wurde als geschichtsphilosophischer Pessimismus bezeichnet, und ihr wurde die „optimistische“ „Warschauer historische Schule“ gegenübergestellt, die die Ursache des Niedergangs vor allem den Teilungsmächten zuschrieb.

Eine solche Interpretation hat natürlich seine Berechtigung, aber interessanter ist es, die Krakauer Schule unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten; nämlich in ihr eine frühe Theorie der institutionellen (und nicht wirtschaftlichen) Modernisierung zu erkennen. Bobrzyński, überzeugt von der Unabdingbarkeit eines ausgebauten, modernen „Weberschen“ bürokratischen Apparats, war der Meinung, für das weitere Fortleben des Volkes sei es notwendig, dass sich die Polen an ein Leben in einem modernen Staat gewöhnen; insofern kann er (in geringerem Maße auch seine Kollegen) als einer der wichtigsten Theoretiker eines modernen Verwaltungssystems im Polen des 19. Jahrhunderts gelten.

Das vielleicht interessanteste, wenn wohl auch am schwächsten entfaltete, Thema polnischer Interpretationen des peripheren Status sind die Analysen des polnischen Denkens selbst; die Suche nach einer Spezifik dieses Denkens, die sich mit dem Status der sozialen und wirtschaftlichen Peripherie in Zusammenhang bringen lässt. Im Prinzip lassen sich zwei Interpretationen unterscheiden: Die erste, einfachere, spricht von Verspätung und der Abwehr neuer Ideen, diktiert von materieller Rückständigkeit und archaischer gesellschaftlicher Struktur. Zweifellos können wir viele Beispiele für die Abwehr neuer Strömungen finden, es reicht, den sarmatischen Widerstand gegen die Ideen der Aufklärung zu erwähnen. Es wäre jedoch eine Vereinfachung, würden wir die Spezifik peripheren Denkens auf das Problem der Verspätung beschränken. Es wurde schon gesagt, dass wir es nicht nur mit Verspätung, sondern auch noch mit einem gewissermaßen entgegen gesetzten Phänomen zu tun haben: nämlich mit einer schnellen und oberflächlichen Übernahme europäischer Strömungen ohne Beschäftigung mit deren tieferem Inhalt; Phraseologie und Aussageschemata wurden übernommen, aber mehr nicht.

Auch zur Bestätigung dieser Theorie finden sich leicht Beispiele. Karol Irzykowski (1873-1944), einer der besten polnischen Literaturkritiker, schrieb in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts über den Plagiatcharakter polnischer literarischer Umbrüche. Er meinte, neue literarische Strömungen tauchten in Polen nicht dann auf, wenn alte ausklingen, wenn ihr Interpretationspotential erschöpft ist, oder einfacher gesagt, wenn man schon nichts Neues, Interessantes oder Wichtiges mehr durch sie ausdrü-

cken kann. Neue Strömungen tauchen dann auf, wenn sie aus dem Westen herüberkommen und nicht als Ergebnis eines in Polen stattfindenden Ideenwettbewerbs. Insofern haben literarische Umbrüche in Polen Plagiatcharakter, man kann sie scheinbar nennen. Es wäre verführerisch, die Diagnose Irzykowskis auf das gesamte polnische Denken zu erweitern und den von ihm beschriebenen Mechanismus als ein Phänomen der „abhängigen Entwicklung“ des intellektuellen Lebens zu verstehen; andererseits lässt sich feststellen, dass intellektuelle Moden nicht nur ein Phänomen peripherer Länder sind.

Etwas früher, um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, entwickelte der bekannte Soziologe Ludwik Krzywicki den Begriff der „reisenden Ideen“: Dabei geht es um Ideen, die unter bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen entstehen, dann jedoch in rückständige Regionen übertragen werden. Dort mutieren sie, passen sich den veränderten Bedingungen an, beeinflussen aber gleichzeitig auch ihre Umgebung und beschleunigen die Entwicklung. Diese von Krzywicki in einer kurzen Skizze vorgestellte Idee entwickelte er nicht weiter, aber selbst heute noch, fast einhundert Jahre später, kann sie eine interessante Interpretationsperspektive eröffnen.

Fassen wir zusammen. Am Beispiel einiger Phänomene der Geschichte Polens im 19. Jahrhundert versuchten wir die Spezifik der europäischen Peripherie des 19. Jahrhunderts zu erkennen. In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts meinten große Historiker wie Witold Kula, es sei möglich, ein einigermaßen kohärentes theoretisches Modell einer rückständigen Gesellschaft zu entwickeln (für frühere Zeiten unternahm Kula selbst einen glänzenden Versuch in seinem Buch „Zur ökonomischen Theorie des Feudalsystems“ (*Teoria ekonomicznej ustroju feudalnego*), eines der besten Bücher der polnischen Geschichtsschreibung). Heute sind wir von einem theoretischen Modell der rückständigen Region weiter entfernt als vor vierzig Jahren. Grundlegende Vorstellungen sind in Frage gestellt worden (darunter die Dichotomie Rückständigkeit/Modernisierung selbst), das Vertrauen in die Allmacht quantitativer Methoden ist erschüttert, die Vision einer linearen Entwicklung, die, wie es scheint, der Modernisierungstheorie zugrunde liegt, wird abgelehnt.

Trotzdem lohnt es sich, wie ich zu zeigen versucht habe, an den Begriffen Modernisierung, Modernität, Rückständigkeit oder Peripherie festzuhalten. Den Begriff Modernisierung kann man auch dann beibehalten, wenn man die Idee der linearen Entwicklung ablehnt. Man muss sich auch damit abfinden, dass es als Untersuchungsmethode eher eine vertiefte Analyse von Einzelfällen als eine Quantifizierung geben wird. Gleichzeitig muss man daran erinnern, dass die Peripherie, von der wir sprechen, eine Peripherie im Rahmen der europäischen Kultur (und Wirtschaft) ist, und

ihr Status durch jenes Europäisch-Sein mindestens genauso bestimmt ist wie durch das Peripher-Sein. Außereuropäische rückständige Gesellschaften zeigen gewisse strukturelle Merkmale, die der europäischen Peripherie ähnlich sind, in vielerlei Hinsicht unterscheiden sie sich jedoch grundlegend.

Kehren wir also zum ersten Satz dieses Artikels zurück: Europa an der Weichsel? Ja, aber peripher. Darin liegt meiner Ansicht nach keine Herabsetzung. Ich bin tatsächlich davon überzeugt, dass die Provinz genauso interessant ist wie das Zentrum, und wenn man aus der Not eine Tugend macht und den provinziellen Status in einen spezifischen Sehepunkt verwandelt, kann die periphere Lage sogar zur Quelle einer bestimmten Überlegenheit werden. Und schließlich waren „moderne“ Regionen im Europa des 19. Jahrhunderts selten: sogar die Mehrheit der provinziellen Regionen der am höchsten entwickelten Länder waren dem hier beschriebenen Status der Peripherie näher als dem Modellstatus und der real nirgends auftretenden Modernität. Insofern unterscheidet sich das periphere 19. Jahrhundert-Europäertum an der Weichsel nicht sehr von dem Europäertum der großen Mehrheit der Bewohner unseres Kontinents.

Bibliographie:

CHAŁASIŃSKI, JÓZEF, *Vergangenheit und Zukunft der polnischen Intelligenz*, Marburg 1965.

CZEPULIS-RASTENIS, RYSZARDA, „Klasa umysłowa“. *Inteligencja Królestwa polskiego* [„Die Klasse der Intellektuellen“. *Die Intelligenz im Königreich Polen*] 1832-1862, Warszawa 1973.

EISENSTADT, SHMUEL N., *Multiple Modernities*, in: *Daedalus*, 129 (2000), S. 1-29.

GERSCHENKRON, ALEXANDER, *Economic Backwardness in historical perspective. A book of essays*, Cambridge Mass. 1962.

JANION, MARIA; ŻMIGRODZKA, MARIA, *Romantyzm i historia* [Romantik und Geschichte], Gdańsk 2001 (Erstauflage 1978).

JEDLICKI, JERZY, *A Suburb of Europe. Nineteenth-Century Polish Approaches to Western Civilization*, Budapest 1999.

JEDLICKI, JERZY, *Der Adel im Koenigreich Polen bis zum Jahre 1863*, in: *Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780-1860*, hg. v. ARMGARD VON REDEN-DOHNA/ RALPH MELVILLE Stuttgart 1988, S. 89-116.

KRÓL, MARCIN, *Romantyzm. Piekło i niebo Polaków* [Die Romantik. Himmel und Hölle der Polen], Warszawa 1998.

KULA, WITOLD, *An Economic Theory of the Feudal System. Towards a Model of the Polish Economy, 1500-1800*, London 1976.

ŁEPKOWSKI, TADEUSZ, *Polska – narodziny nowoczesnego narodu* [Polen – die Geburt der modernen Nation] 1764-1870, Poznań 2003 (Erstauflage 1967).

PORTER, BRIAN, *When Nationalism began to hate*, Oxford 2000.

WALICKI, ANDRZEJ, *Philosophy and Romantic Nationalism. The Case of Poland*, Notre Dame 1982.

WOLFF, LARRY, *Inventing Eastern Europe*, Stanford 1994.

ZAJĄCZKOWSKI, ANDRZEJ, *Hauptelemente der Adelskultur in Polen*, Marburg 1967.

Aus dem Polnischen von Ruth Henning

STEPHANIE ZLOCH

POLNISCHE EUROPA-IDEEN UND EUROPA-PLÄNE ZWISCHEN DEN BEIDEN WELTKRIEGEN

EUROPA-DEBATTEN IM ZEITALTER DES NATIONALISMUS

Im Bestreben, die Europa-Ideen und Europa-Pläne der Zwischenkriegszeit zu untersuchen, sieht sich der Historiker rasch vor ein Dilemma gestellt: Die intensiven Debatten der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts bereiteten zweifellos einen fruchtbaren Boden für den neuen Anlauf zu einer europäischen Einigung nach 1945. Die Beschäftigung mit Europa-Ideen ist darüber hinaus dazu angetan, die traditionelle Fixierung auf nationalgeschichtliche Narrative aufzubrechen und auf lange Zeit in der Historiographie zur Zwischenkriegszeit vernachlässigte supra- und transnationale Vorstellungen und Handlungsspielräume aufmerksam zu machen. Problematisch wird das Vorhaben allerdings dann, wenn eine allzu empathische Suche nach „Vorläufern“ und „frühen Vordenkern“ des europäischen Integrationsprozesses sich mit einer Apologie der Entwicklung nach 1945 verbindet oder gar aktiv an einer legitimierungsschaffenden Mythenproduktion teilhat. Ohnedies ist bei aller Betonung transnationaler Verbindungen auf das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach wie vor wirkmächtige Denkmuster der Nation zu verweisen, ja, die Zwischenkriegszeit stellte geradezu einen Höhepunkt in der Geschichte des europäischen Nationalismus dar.

Viele Staaten, darunter vor allem auch die neu geschaffenen Staaten im östlichen Mitteleuropa, waren sorgsam darauf bedacht, keine Abstriche an ihrer nationalen Souveränität hinnehmen zu müssen. Die nach dem Ersten Weltkrieg nochmals forcierte Konzentration auf den eigenen Staat und die eigene Nation blieb auch für die eigenen Bürger nicht ohne Spuren für konkrete lebensweltliche Erfahrungen mit „Europa“. Mit nostalgischem Anklang schrieb in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsh: „Zu Beginn unseres Jahrhunderts hätte ich kein Visum gebraucht, um mit Rilke zusammenzutreffen oder vielleicht mit Gustav Klimt, und um nach Krakau, Prag, Salzburg oder Triest zu gelangen, hätte es genügt, eine Fahrkarte für den jeweiligen Zug zu lösen“ (Andruchowytsh, 2003, S. 42) Mag Andruchowytsh als

Kontrast hierzu vor allem die Situation seines Heimatlandes während der sowjetischen Zeit vor Augen gehabt haben, so bot schon die Zwischenkriegszeit ein anderes Bild. Um das aufgegriffene Beispiel der Zugfahrt weiterzuführen, sei hier – im Bewusstsein der literarischen Gestaltungsfreiheit, die zweifellos zuspitzende und suggestive Stimmungen erzeugen konnte und auch wollte – Alfred Döblin zitiert:

„Da hält der Zug. Ein feierlicher Akt beginnt. Die Tür am Ende des Waggons hat sich geöffnet, alle Reisenden sind aus dem Gang getreten. Zwei Männer in grünen Uniformen sind in den Waggon gestiegen, einer hinter ihnen in Zivil mit einem Heft. Sie nehmen die Paßbüchlein ab, notieren. Einer tritt in das Abteil, läßt die Koffer öffnen. Alles sehr still. Von Coupé zu Coupé wandern die Beamten. Der Zug rollt weiter. Schwarze Mitternacht ist geworden. Der Zug hält; ist es ein Bahnhof? Gespannte Stille. Wieder über den Teppich her drei Männer. Jetzt aber an der Spitze ein schwarz uniformierter Soldat, ein Polizist mit ungeheurem lackierten Kavalleriesäbel. Für den Paß gibt er Blechmarken. [...] Als wäre es Krieg, ergießen sich Scharen der Passagiere aus dem Zug. Wir müssen über finstere Bahnsteige, Treppen ab und auf, in Riesenholzschruppen, zur Zollstelle. Das ist schon Ausland. Der Zug hat die Grenze überfahren. Ich gehe schon auf fremdem Boden.“ (Döblin, 1993, S. 12)

Es gehört freilich zum Spezifikum der Zwischenkriegszeit als „Zwischenzeit“ (Gunther Mai), dass sich die Bezugsgrößen „Nation“ und „Europa“ keineswegs auf ein bloßes Neben- oder Gegeneinander beschränken ließen. *Mental maps* aus der Zeit vor 1914 und das Leiden an den bürokratisch-nationalstaatlichen Verengungen nach dem Ersten Weltkrieg verbanden sich auf ambivalente und vielschichtige Weise mit explizit nationalen Identifikationsangeboten, die Orientierung und Sinnstiftung in einer gemeinhin als beängstigend-unübersichtlich empfundenen Zeit zu bieten versprochen. Es ist daher recht fraglich, ob für die Zwischenkriegszeit eine trennscharfe Unterscheidung zwischen pro- und anti-europäischen Vorstellungen vorgenommen werden kann. Vielmehr zeichnen sich Debattenargumente, Geschichtsbilder, Raumvorstellungen, Zivilisationskonzepte und politische Mythen häufig sowohl durch nationale als auch europäische Komponenten aus.

Diese Ausgangsüberlegungen sind für die Rolle der Europa-Ideen im seit 1918 unabhängigen Polen von besonderer Prägnanz. Die polnischen Europa-Vorstellungen der Zwischenkriegszeit wurden vor dem Hintergrund eines neuen, um Selbstdefinition und internationale Positionierung noch ringenden Staatswesens artikuliert und legten einen engen Zusammenhang mit zeitgenössischen Konstruktionsprozessen nationaler Identität nahe.

Zwischen Utopie und Konsolidierung: Europa-Debatten in der Zeit der Grenzkämpfe 1918 – 1921

Die ersten Jahre des unabhängigen Polen zeichneten sich durch eine ideenreiche, lebendige und in dieser Intensität bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht mehr anzutreffende Verständigung über die künftige Rolle Polens in Europa aus. Genau genommen setzte diese Phase bereits 1917/18, in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs ein, als die weithin erhoffte staatliche Eigenständigkeit Polens zunehmend konkretere Ausichten auf Verwirklichung besaß. Die Kumulation von Europa-Vorstellungen in der frühen Zweiten Republik hatte mehrere Gründe.

Die historische Europaforschung hat die bedenkenswerte These formuliert, dass gerade in Gesellschaften, die erst spät zur nationalen Einheit fanden, der Europadiskurs besonders ausgeprägt war, da hiermit eine Projektion politischer Wünsche auf ein föderatives Subjekt verbunden gewesen war, das die nationale Einheit substituieren konnte. Tatsächlich war nicht nur das Gefühl der Zugehörigkeit zur europäischen Kultur und Werteordnung in Polen stets in ausgeprägter Weise vorhanden, die polnische Nationalbewegung propagierte darüber hinaus während der Teilungszeit unermüdlich, die polnische mit der europäischen Frage in enger Verbindung zu sehen. Zwar gewann mit der Entstehung der Nationaldemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine geistig-politische Strömung an Kontur, die den „nationalen Egoismus“ zum Leitbild des polnischen Nationalbewusstseins erhob, doch wirkte die habituell-lebensweltliche Europäizität der intellektuellen Eliten Polens bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Die Neuordnung Europas, speziell auch Osteuropas, am Ende des Ersten Weltkriegs wurde in diesen Kreisen daher keineswegs nur im Rahmen eines nationalstaatlichen Paradigmas gedacht. Vielmehr zirkulierten seit den Kriegsjahren verstärkt Überlegungen für alternative Ordnungsversuche, so insbesondere für die Begründung „Vereinigter Staaten von Europa“. Allerdings waren die Bezugspunkte hierfür unterschiedlich gewählt: Während der Geschichtsphilosoph Feliks Koneczny (1862–1949) die „lateinische Zivilisation“ beschwor, richtete sich das Augenmerk der polnischen Sozialisten auf Ostmitteleuropa als Nukleus eines künftigen europäischen Einigungsprozesses, und Ignacy Jan Paderewski (1860–1941), Pianist, Komponist und zugleich rühriger Initiator nationalpolnischer Unterstützungskomitees im Ersten Weltkrieg, betonte mit Blick auf die gleiche Region bereits eine dominante polnische Rolle, was ihn daher auch von den „Vereinigten Staaten von Polen“ sprechen ließ.

Die 1918 erlangte Unabhängigkeit ließ die polnischen Debatten über Europa nicht erlöschen, im zeitgenössischen Überschwang nationaler Empfindungen verschoben sich allerdings die Gewichte zwischen europäi-

schen und nationalen Komponenten zunehmend zugunsten der letzteren. Die stärkere Hervorhebung nationaler Denkfiguren brachte freilich zum Vorschein, dass in den ersten Jahren der Unabhängigkeit der Verständigungsprozess darüber, was die polnische Nation eigentlich ausmachen und welche Territorien, Bevölkerungsgruppen, Symbole und Traditionen ihr zugeschrieben werden sollten, gerade erst an brennender Aktualität gewann. Die lange Teilungszeit hatte unterschiedliche politische Erfahrungen, Vorstellungen und somit auch unterschiedliche *mental maps* geprägt. Der politische Pluralismus, den die demokratisch-liberale Verfassungsordnung der frühen Zweiten Republik gewährleistete, bot nun der Suche nach einer Selbstdefinition des unabhängigen Polen und den konkurrierenden Nationsentwürfen ein weites Spektrum an Konkretisierungsmöglichkeiten, ob in der öffentlichen Festkultur, bei der Formulierung politischer Partizipationsrechte, beim Ideenwettstreit um die inhaltliche Ausrichtung des Schulwesens oder bei der Regelung des Minderheitenschutzes.

Einen vorläufigen produktiven Höhepunkt fanden die unterschiedlichen Nationsentwürfe, und hier insbesondere jene Teilkomponenten, die auf Zivilisationskonzepte, Raum-Mythen und Europa-Vorstellungen rekurrierten, in den Jahren des polnisch-sowjetischen Krieges 1919/20.

Die Pariser Friedenskonferenz, auf der seit Anfang 1919 die neue Gestalt Nachkriegseuropas verhandelt wurde, hatte für Polen bislang nur Regelungen bezüglich seiner künftigen Westgrenzen gebracht. Dabei waren die territorialen Forderungen der polnischen Delegation um den Nationaldemokraten Roman Dmowski (1864–1939), die sich sowohl auf historische als auch demographische, wirtschaftliche und geostrategische Argumente gestützt hatten, nicht in jenem Umfang realisiert worden, wie dies in der national euphorisierten Öffentlichkeit des gerade erst begründeten polnischen Staates erhofft worden war. Bei der ersten „Begegnung“ mit der neuen europäischen Nachkriegsordnung in Gestalt des Versailler Vertrags war es somit nicht gelungen, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Umso erwartungsvoller richteten sich die Blicke daher nach Osten.

Während auf der Pariser Friedenskonferenz bereits vertragliche Regelungen für Mittel- und Westeuropa diskutiert wurden, hatte der Erste Weltkrieg an den osteuropäischen Fronten noch kein Ende gefunden. Nach dem Zusammenbruch der Administration der ehemaligen Teilungsmächte und dem Abzug der deutschen Heeresgruppe Ober-Ost aus dem litauisch-ukrainischen Gebiet im Winter 1918/19 kämpften im Machtvakuum des Gebietes zwischen Bug und Dnjepr sowjetische, polnische, litauische und ukrainische Einheiten um die künftige Dominanz. Aus polnischer Sicht handelte es sich bei den Gebieten jenseits des Bug (*Kresy Wschodnie*) um integrale Bestandteile der frühneuzeitlichen polnisch-litauischen Adelsrepublik, und ähnlich wie seit Ende 1918 historisch polnische Territorien

von den ehemaligen österreichischen und preußischen Teilungsmächten für den neu entstehenden Staat Polen gewonnen werden konnten, so erhoffte sich ein großer Teil der polnischen Öffentlichkeit die „Rückkehr“ einst russischer Gebiete über das ehemalige Kongresspolen hinaus. Aus russischer Sicht dagegen waren die ehemaligen Westgouvernements Bestandteil des Zarenreiches, und die Bolschewiki wichen von dieser Annahme nicht ab, bot sich doch die Gelegenheit, das revolutionäre Regime auf eine möglichst breite territoriale Grundlage zu stellen. Im Frühjahr 1919 entstand so die Litauisch-Weißrussische Räterepublik.

Schließlich drängten in dieser Region noch die litauische und die ukrainische Nationalbewegung auf die Errichtung einer eigenen, souveränen Staatlichkeit.

Nicht wenigen zeitgenössischen Beobachtern in Polen mochte die militärische Eroberung und Behauptung der beanspruchten Territorien weit heldenhafter erscheinen als das diplomatische Aushandeln von Kompromissen auf der Pariser Friedenskonferenz, zumal der Kampf um Lemberg im November 1918, der Großpolnische Aufstand seit Dezember 1918 oder auch die im Entstehen begriffene Mythenbildung um die Legionen Józef Piłsudskis (1867–1935) im Ersten Weltkrieg den Erfolg „aktiven“ Eingreifens nur allzu plausibel machte. Völlig frei von den Bindungen und Verpflichtungen der internationalen Ordnung konnten Soldaten und Zivilisten im Osten Europas jedoch nicht operieren: dies zeigte sich deutlich im Falle der im Übergang vom Ersten Weltkrieg zum polnisch-sowjetischen Krieg aufbrechenden Gewalt gegen Juden. Im Winter 1918/19 und Frühjahr 1919 kam es in mehreren Gebieten, die einst unter zarisch-russischer und österreichisch-ungarischer Herrschaft gestanden hatten, zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. Das Machtvakuum infolge noch nicht etablierter ziviler Staatsapparate, sozioökonomische Beweggründe wie die schwierige materielle Versorgungssituation oder die kriegsbedingte Inflation mochten den Ausbruch von Pogromen begünstigen; jüngere kulturwissenschaftlich inspirierte Forschungsansätze verweisen zudem verstärkt auf die Wirkung von Gewalterfahrungen, kollektiven Imaginationen und ideologischen Vorstellungen wie der vermeintlichen jüdischen „Kollaboration mit dem Feind“ oder der „Liquidierung des Bolschewismus“ in jenen Gebieten, die bereits vorübergehend unter sowjetischer Kontrolle gestanden hatten. Unter dem Eindruck der Pogrome des Winters 1918/19 war der Entschluss der Alliierten, Polen zur Annahme eines Minderheitenschutzvertrags zu verpflichten, daher nur konsequent.

Der kausale Zusammenhang zwischen Minderheitenschutzvertrag und dem beginnenden polnisch-sowjetischen Krieg wurde in der zeitgenössischen Wahrnehmung ebenso wie bislang auch in der Historiographie wenig reflektiert, entbehrt aber nicht einer gewissen Dialektik: Einerseits hatten

die Pogrome in den *Kresy Wschodnie* die internationalen Friedensbedingungen für Polen wesentlich verschärft und bewirkten, dass der Versailler Vertrag in der polnischen Öffentlichkeit vorwiegend negativ aufgenommen wurde, andererseits nahmen die im Jahr 1919 erreichten polnischen militärischen Erfolge im Osten allzu unzufriedenen Stimmen wieder den Wind aus den Segeln. Zugleich erschienen die in den Anfangsjahren der polnischen Unabhängigkeit forcierten Raum-Mythen, Zivilisationskonzepte und Europa-Vorstellungen im Zuge des polnischen Vormarsches nach Osten zunehmend als realisierbar und vermochten damit rasch an ungekannter Faszination und Strahlkraft zu gewinnen.

Die wohl bekannteste dieser Projektionen war die „jagiellonische Idee“. Tatsächlich handelt es sich hier um einen ausgesprochen schillernden Begriff. Ausgangsposition war die Erinnerung an die frühneuzeitliche polnisch-litauische Adelsrepublik mit ihrem weit über die Grenzen des einstigen Kongresspolen hinausgeschobenen Territorium. Welche Traditionslinien aber in welcher Weise auf die Situation der Jahre 1919/20 übertragen werden sollten, unterlag durchaus ambivalenten Deutungen.

Eine unveränderte Wiederherstellung der Grenzen von 1772 schien selbst den meisten Anhängern der „jagiellonischen Idee“ als undurchführbar. Dass sich die Rahmenbedingungen in den *Kresy Wschodnie* durch die Formierung einer litauischen und ukrainischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert gewandelt hatten, war polnischen Politikern, Publizisten und Gelehrten nicht verborgen geblieben. Die Berücksichtigung der Multiethnizität in den Ostgebieten und die daraus resultierende Präferenz eines politischen Nationsbegriffs gelten daher gemeinhin als wesentliche Kennzeichen der „jagiellonischen Idee“. Von großem Symbolwert war daher der nach der Einnahme Wilnas von Pilsudski verfasste „Aufruf an die Einwohner des ehemaligen Großfürstentums Litauen“ vom 22. April 1919. Darin verkündete das polnische Staatsoberhaupt: „Ich möchte Euch die Möglichkeit geben, innere, Nationalitäten- und Religionsangelegenheiten so zu regeln, wie Ihr Euch das selbst wünschen werdet, ohne jegliche Gewalt und jeglichen Druck von Seiten Polens“ (Pilsudski, 1937, S. 75).

Pilsudskis Variante eines „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ hielt jedoch manche Anhänger der „jagiellonischen Idee“ nicht davon ab, Zivilisationskonzepte für den Osten zu entwickeln, die eine polnische Hegemonialstellung implizierten. Eine besondere zivilisatorische Rolle Polens im Osten Europas propagierten vor allem konservative Kreise.

Dem Wilnaer Publizisten Stanisław Cat-Mackiewicz (1896–1966) schwebte beispielsweise eine Sammlung der slavischen Völker unter polnischer Hegemonie vor und er spekulierte gar, ob Polen nicht eines Tages in der Lage sein könnte, auf kolonisatorischem Wege die Nachfolge der russischen Besitzungen in Asien anzutreten (*Słowo*, 27.8.1922, S. 1).

Ähnlich selbstbewusst gaben sich katholische Würdenträger. Der Bischof von Kujawien und Kalisz, Stanisław Zdzitowiecki, gab als Leitlinie aus: „Im Osten reicht unser Polen so weit, wie die katholische Religion reicht“ (zit. vom 3.5.1919 nach Drozdowski, 1998, S. 185), und der Erzbischof von Lemberg, Józef Bilczewski, meinte, das neue Polen müsse „die Aufgabe eines göttlichen Apostels erfüllen, der den Brudervölkern im Osten das helle Licht der reinen Lehre Christi bringt“ (Bilczewski, 1923, S. 56-57). Der Warschauer Erzbischof, Kardinal Aleksander Kakowski, leitete aus einer aktiven Missionstätigkeit der katholischen Kirche Polens schließlich den politischen Anspruch auf eine Großmachtrolle Polens ab: „Uns verpflichten dazu auch nationale Gesichtspunkte, da wir eine große Nation sind und sein wollen“ (zit. vom 6.1.1921 nach Drozdowski, S. 236).

In scharfer Abgrenzung gegen die konservativen Anhänger der „jagiellonischen Idee“ wurde in der sozialistischen Publizistik die Annahme verbreitet, die „zivilisatorische Mission“ diene nur dem Zweck, den territorialen Besitzstand der polnischen Großgrundbesitzer zu sichern. Die politische Linke selbst gab, in Anlehnung an die Parolen der romantischen Nationalbewegung aus dem 19. Jahrhundert, für die polnische Politik im Osten Europas die Devise aus: „Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen“. Allerdings waren im Umkreis der linksorientierten Bauernparteien durchaus Stimmen zu vernehmen, die das im Osten gewonnene Land an kleinere und mittlere Bauern verteilt sehen wollten und damit Aussichten auf eine „kolonisatorische Expansion des polnischen Volkes“ befürworteten.

So unterschiedlich sich die Anhängerschaft der „jagiellonischen Idee“ bezüglich Motivation und Zielsetzung präsentierte, so vielfältig waren auch die Vorstellungen zu konkreten Organisationsprinzipien. Die wohl markanteste Trennlinie verlief dabei zwischen „Inkorporationisten“ und „Föderationisten“.

Die Inkorporationisten plädierten dafür, die Gebiete im Osten, zumindest aber jene Gebiete unmittelbar an der Grenze zum ethnographisch definierten polnischen Kerngebiet, direkt dem polnischen Staat einzugliedern. Vor allem in Bezug auf das Wilna-Gebiet („Mittellitauen“) engagierten sich die Konservativen um Stanisław Cat-Mackiewicz für eine direkte Inkorporierung in den polnischen Staat und stellten sich damit den Versprechungen von Piłsudskis Aufruf im April 1919 diametral entgegen.

Die besondere Aufmerksamkeit der Föderationisten galt der Stellung Litauens, Weißrusslands und der Ukraine. Ziel war es, diese zwischen Polen und Russland liegenden Gebiete als formal unabhängige Staaten mit Polen zu verbinden. Das neu entstandene Litauen, das in seinem Nationsbildungsprozess von allen Völkern der *Kresy Wschodnie* am weitesten vorangeschritten war, entzog sich allerdings sehr schnell den polnischen Föderationsbestrebungen. Günstigere Umstände trafen die Föderationisten

im Falle der Ukraine an. Bereits am 26. Juni 1919 war die Einnahme Ostgaliziens durch Polen von den westlichen Alliierten gebilligt worden, und Symon Petlura, der Anführer der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung, pflegte gute Kontakte mit Warschau. Am 21. April 1920 wurde ein Vertrag mit der Ukraine geschlossen, der ausführliche Regelungen über den Grenzverlauf zwischen den beiden Nachbarn und das Ausmaß der Zusammenarbeit enthielt. Drei Tage später folgte eine Militärkonvention, die unter anderem eine umfassende Alimentierung der polnischen Armee mit Erzeugnissen der ukrainischen Landwirtschaft vorsah.

Der weitere Verlauf des polnisch-sowjetischen Krieges machte diese Perspektive polnischer Ostpolitik zunichte. Dies bezeichnet zugleich das größte Manko der Föderationspläne: Sie wurden begünstigt durch die Auflösung der etablierten Ordnung im östlichen Europa seit 1917/18 und reagierten situativ auf die neuesten politischen und militärischen Entwicklungen, konnten unter diesen Umständen aber kaum Ausdruck einer zielstrebig verfolgten Strategie sein. Daher verwundert nicht, dass die Debatte um die Föderationspläne in der kurzen Zeit seit Erlangung der Unabhängigkeit Polens weit mehr um die Frage kreiste, welche Territorien im Osten für ein Zusammengehen mit Polen in Frage kämen, als dass eine konkrete inhaltlich-administrative Ausgestaltung erörtert wurde. Eher an idealisierte Geschichtsvorstellungen knüpfte die Idee einer „Union“ an, die eine Verbindungslinie konstruierte von der Union von Krewo 1385, die Jagiello die litauische Fürsten- und polnische Königswürde vereinigen ließ, der Union von Horodlo 1413, durch die sich der polnische und litauische Adel zu einem gemeinsamen Stand vereinigte, über die Union von Lublin 1569, die die beiden Landesteile Polen und Litauen nicht nur personell, sondern auch staatsrechtlich miteinander verband, bis zur Union von Brest 1596, die für die Ukrainer eine griechisch-katholische Konfession schuf.

Die bis 1920 diskutierten Föderationspläne zielten somit weniger auf politische Föderalismus-Modelle wie einen dezentralen Einheitsstaat, einen unitarischen oder konföderalen Bundesstaat, sondern changierten in ihrem Charakter vielmehr zwischen Staatenbund und Allianz. Damit handelte es sich in erster Linie um ein außenpolitisches Konzept. Wichtiger Antrieb war hier zunächst das traditionelle Feindbild Russland, das durch die Revolution 1917 an neuer Brisanz gewonnen hatte. Władysław Studnicki aus dem Kreis der Wilnaer Konservativen gab als Vorgabe aus: „Polen wird so viel Land im Osten haben, so viel es okkupiert, so viel es befreit aus der Herrschaft der bolschewistischen Banden“ (Studnicki, 1919, S. 9). Darin stimmte die konservative Krakauer Tageszeitung *Czas* zu: Es dürfe nicht sein, „dass Polen die Augen verschließt oder aber kaltblütig zusieht, wie die Bolschewiki die polnisch-katholischen Massen aus Weißrussland

und Litauen umbringt, verhungern lässt oder nach Osten vertreibt“ (Czas, 30.8.1920, S.1).

Die Abwehr Russlands suchte Piłsudski freilich produktiv zu gestalten. In einem Interview mit der Pariser Tageszeitung *Le Matin* vom 15. Februar 1920 ließ er wissen:

„Es ist nicht daran zu denken, das alte Russland um jeden Preis wieder zum Leben zu erwecken, womöglich mit den alten Verantwortlichen. Man muss nach neuen Konzepten suchen [...] Man muss endlich verstehen, dass es im Osten Europas zu einem fundamentalen Wandel gekommen ist. [...] Wir erarbeiten gegenwärtig einen Plan, der die Schaffung einer rechtmäßigen Ordnung im Osten Europas zum Ziel hat.“

Strittig war bei diesem Projekt innerhalb des Lagers der Föderationisten, ob dieses groß angelegte Vorhaben der polnischen Außenpolitik in enger Abstimmung und Verbundenheit mit den westlichen Alliierten durchgeführt werden sollte, wie es der Publizist Stanisław Bukowiecki nahe legte, oder ob dies, einem mehrheitlichen Wunsch der Piłsudski-Anhänger und der politischen Linken zufolge, ohne jegliche Vorgaben von Seiten der Entente zu realisieren sei. Damit ging es allerdings um nichts weniger, als im Osten Europas eine eigenständige, gar als komplementär zum Versailler System verstandene polnische Nachkriegsordnung für das östliche Europa aus der Taufe zu heben. Statt Bestandteil eines *cordon sanitaire* im Sinne der Westmächte zu sein, sollte Polen sich sein eigenes Vorfeld in Osteuropa schaffen.

Die Umdeutung des *cordon sanitaire*-Gedankens war eng gekoppelt mit dem Versuch einer neuen Selbstbeschreibung Polens vor dem Hintergrund der gerade gewonnenen Unabhängigkeit. Der Soziologe und Ethnograph Jan Stanisław Bystron (1892–1964) konstatierte, dass den Polen, die im 19. Jahrhundert als leidende Nation den Messianismus als Hauptrichtung des politischen Denkens erkoren hatten, nicht länger eine passive, sondern endlich eine schöpferische Rolle zufalle. Die neue Rolle könne Polen nur als Vormacht einer osteuropäischen Föderation erproben, denn „in anderen Systemen sind wir immer zur Rolle eines Satelliten verurteilt, zur Rolle des Schwachen, Hilfsbedürftigen, und zudem mehr oder weniger Abhängigen. Dagegen haben wir zwar im letztgenannten [i.e. im föderativen, S. Z.] System eine unendlich schwierigere Aufgabe, aber wir sind als Initiator und Lenker ein selbständiger Faktor“ (Pawłowski, Bystron, Peretiatkowicz, 1923, S. 75).

Die Anhängerschaft der „jagiellonischen Idee“ war ausgesprochen heterogen und sorgte für eine ambivalente Vielfalt von Konzeptionen und Interessen. Piłsudski-Anhänger, Bauernparteien, Sozialisten und Konservative zählten zu dieser Gruppe ebenso wie Nationaldemokraten und katholische Kirchenkreise. Entgegen der in der Forschungsliteratur häufi-

ger anzutreffenden Annahme eines dichotomischen Gegensatzes von Pilsudskis „jagiellonischer“ und Dmowskis „piastischer“ Orientierung gab es innerhalb der Nationaldemokratie über die Grenzen und räumlichen Dimensionen des unabhängigen Polen durchaus konträre Ansichten.

In der Tat sahen viele Nationaldemokraten die Hauptaufgabe der polnischen Politik im Kampf gegen Deutschland, in den Westgebieten und an der „Ostsee“. Auch bemängelten sie an der föderationistischen Lösung im Rahmen der „jagiellonischen Idee“, dass die östlich von Polen projizierten Pufferstaaten zu schwach zur Selbsterhaltung sein würden und über kurz oder lang an Russland zu fallen drohten. Daher galt die Präferenz einer direkten Grenze zwischen Polen und Russland. Allerdings konnte sich ein merklicher Teil der Nationaldemokraten nicht der Wirkmächtigkeit historischer Traditionskonstrukte wie dem Bewusstsein einer besonderen Mission Polens im Osten entziehen. Dies betraf an führender Stelle beispielsweise Joachim Bartoszewicz, der 1917 Kommissar der nationaldemokratischen *Liga Narodowa* in der Ukraine gewesen war, oder Stanisław Kozicki, dem ein Staatenbund zumindest mit dem litauischen Kerngebiet vorschwebte. Stanisław Grabski bekannte sich noch Anfang der zwanziger Jahre explizit sowohl zu einem piastischen Polen Mieszkos I. und Bolesław Chrobrys als auch zu den Jagiellonen und der polnisch-litauischen Adelsrepublik mit ihren Wahlkönigen.

Auch die katholische Kirche, die in großen Teilen eine politische Affinität zur Nationaldemokratie besaß, richtete ihren Blick nach Westen und nach Osten. Die Angliederung Schlesiens, der Zips und Orawa, Danzigs, Pommerellens, Ermlands und Masurens wurde ebenso befürwortet wie diejenige Ostgaliziens und sämtlicher historisch zu Polen gehöriger Länder im Osten Europas. Nationaldemokraten und katholische Kirche beschränkten sich in ihren territorialen Projektionen dabei nicht auf ein ethnisch rein polnisches Gebiet, sondern konstruierten die künftige räumliche Gestalt des unabhängigen Polen auch unter Berufung auf historische, geostrategische und religiöse Argumente.

Nachdem das weite territoriale Ausgreifen polnischer Truppen in den Osten Europas den unterschiedlichen Europa-Vorstellungen, Raum-Mythen und Zivilisationskonzepten bislang eine schier unerschöpflich scheinende Projektionsfläche geboten hatte, brachte das zweite Jahr des polnisch-sowjetischen Krieges eine nahezu diametral entgegen gesetzte räumliche Erfahrung. Im Frühsommer 1920 gelang den sowjetischen Truppen ein bedeutender Vorstoß ins polnische Kernland und schuf für die weitere Existenz des jungen polnischen Staates eine ausgesprochen bedrohliche Situation.

Dieser einschneidenden politisch-militärischen Lageänderung folgte eine konzeptionelle Neuorientierung bei der Formulierung von Polens Rolle in

Europa erst mit einigem Zögern. Noch im Juli 1920 versetzte die polnische Öffentlichkeit in helle Aufregung, dass die westeuropäischen Alliierten ihre Hilfestellung für Polen an diverse Auflagen knüpften, deren wichtigste der Rückzug der polnischen Armee hinter die Linie vom 8. Dezember 1919 (Curzon-Linie) war.

Unter diesen Umständen galt die intensivierte Mobilisierung der eigenen Bevölkerung als einzig verbleibender Ausweg. In den zahlreichen öffentlichen Aufrufen seit Mitte Juli 1920 wurde dabei nicht mehr die zu erwartende Hilfe Europas für Polen, sondern im Gegenzug die historische Mission Polens als Schutzwall für Europa in den Vordergrund gerückt:

„Durch die Straßen der Stadt zieht der polnische Soldat und trägt auf der Spitze seines Bajonetts das Schicksal Polens und Europas [...] Möge die ganze Bevölkerung auf den Straßen Warschaus die zum Kampf eilenden Soldaten nicht mit Tränen und sentimental Gefühlen, sondern mit einem Wort des Glaubens in den Sieg verabschieden“ (*Rzeczpospolita*, Abendausgabe, 14.8.1920, S. 3).

Diese Argumentation rekurrierte auf den traditionellen, seit den Tatareneinfällen des Mittelalters virulenten Mythos von Polen als Vormauer („antemurale“) des christlichen Ideals und der westlichen Kultur gegen die Bedrohung aus dem Osten. Die Betonung Polens als „antemurale“ war am deutlichsten ausgeprägt in kirchlichen Kreisen und bei den Konservativen. Die Nationaldemokraten sahen die „antemurale“ nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen Deutschland und gegen ein deutsch-russisches Zusammengehen gerichtet: „Der preußische Stiefel im Verein mit der russischen Knute würde sonst bald wieder über die Menschen regieren, die erst eine kurze Zeit lang die Freiheit geatmet haben“ (*Gazeta Warszawska*, 15.8.1920, S. 1). Aus dieser Interpretation der internationalen Lage resultierte für die polnische Rechte umso nachdrücklicher die Rolle Polens als strategischer und moralischer Pfeiler der europäischen Nachkriegsordnung. Zur Konstruktion des nationalen Zusammenhaltes dienten dabei nicht nur nationale polnische Erfolge, sondern das wiederholte Bekenntnis, für die freiheitlichen und demokratischen Ideale des Westens einzutreten.

Die Deutung Polens als „Vormauer“ des Westens wurde allerdings nicht von allen politischen Gruppierungen geteilt. Vor allem die Pilsudski-Anhänger und die Sozialisten legten Widerspruch dagegen ein, im Sinne der Westmächte instrumentalisiert zu werden.

„Polen will keine Barriere und kein Brückenkopf sein; Polen will das Leben einer unabhängigen Nation leben wie andere Nationen auch. Polen will kein Werkzeug sein, das der Entente dazu dient, politische und wirtschaftliche Rechnungen mit Deutschland, Russland und der Tschechoslowakei zu begleichen. Die Existenz Polens und seine Unabhängigkeit dürfen nicht abhängig sein von den wechselnden politischen Konjunkturen zwischen Ost und West“ (*Robotnik*, 3.8.1920, S. 1).

Damit manifestierte sich bei demjenigen Teil der politischen Eliten Polens, der sich schon für die Föderationspläne besonders engagiert hatte, erneut das Ziel einer größtmöglichen Selbständigkeit der polnischen Politik – eine Haltung, die sich gegenüber der Integration Polens in die europäische Nachkriegsordnung im Verlauf der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts manches Mal als sperrig erweisen sollte.

Der polnisch-sowjetische Krieg 1919/20 hatte gravierende Auswirkungen auf die Konstruktion politischer Mythenbildung in Polen. Dabei entfalteten Raumkonzepte und Europapläne wie die „jagiellonische Idee“ und die Vorstellung Polens als „antemurale“, die beide auf jeweils unterschiedliche Weise den Gegner Russland zu exkludieren strebten, in der Folge weit größere Breitenwirkung als eine Haltung, die Polen in der Funktion einer Brücke zwischen dem Westen und Osten Europas sehen mochte.

In der Debattenvielfalt der frühen Unabhängigkeitszeit spiegelte sich deutlich die in der polnischen Gesellschaft weit verbreitete Suche nach nationalem Sinn und nationaler Kohärenz wider. Zum einen schwang noch über den Ersten Weltkrieg hinaus das Bestreben mit, eine Perspektive für Polen zu schaffen, die jenseits des Nationalstaats lag; zum zweiten verwies der teilweise parallele Bezug auf „jagiellonische“ und „piastische“ Vorbilder auf noch wenig kanonisierte Geschichtsdeutungen und Traditionsbestände; zum dritten – und diese Auseinandersetzung sollte die Zweite Republik noch bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht in Ruhe lassen – manifestierte sich wiederholt das Zwitterverhältnis zwischen politischer und ethnischer Nation. Vor dem Hintergrund dieser intensiven Selbstfindungsdebatten war es freilich nicht leicht, auf internationaler Ebene einen einigermaßen kohärenten polnischen außenpolitischen Standpunkt zu vermitteln.

Anschluss an die internationale Europa-Debatte?

Einer der wichtigsten Bezugspunkte polnischer Außenpolitik in den ersten Nachkriegsjahren war der Völkerbund, dessen Mitglied Polen seit seiner Begründung 1920 war. Polen als neu entstandener Staat in der Mitte Europas hatte mit fast allen Nachbarn Fragen der Grenzziehung, Reparationen, Wirtschaftsbeziehungen oder des Status von Angehörigen der jeweiligen nationalen Minderheiten zu klären. Die polnische Delegation beim Völkerbund gehörte zu den wichtigsten diplomatischen Missionen mit entsprechender personeller Ausstattung.

Ein aktives Mitglied war Polen in den ersten Jahren des Völkerbundes allerdings nicht. Keine internationale Organisation hatte zu Beginn der zwanziger Jahre ihren Sitz in Polen, und in vielen Einrichtungen und

Abteilungen des Völkerbundes war Polen nicht präsent. Eine Ausnahme bildete die Mitarbeit in der „Kommission für geistige Zusammenarbeit“ des Völkerbundes: Sekretär der Kommission war der Historiker Oskar Halecki. Die *splendid isolation* Polens wird in der polnischen Historiographie häufig mit der Rolle Polens als „ständiger Klient“ des Völkerbundes und mit dem Wiederaufbau der eigenen Staatlichkeit begründet, die ein weitergehendes Engagement in Genf nicht zugelassen hätten.

Tatsächlich war die zeitgenössische polnische Haltung gegenüber dem Völkerbund von großer Skepsis und Distanz geprägt. Bereits nach wenigen Monaten seines Bestehens wurde der Völkerbund, der 1920 im polnisch-sowjetischen Krieg nicht eingegriffen hatte, von vielen polnischen Politikern in seiner Bedeutung gering geschätzt oder als der polnischen Sache nicht wohl gesonnen wahrgenommen. Zudem erschien die angebliche „Vormundschaft“ des Völkerbundes als Einschränkung für die gerade erst erlangte und zu behauptende staatliche Souveränität. Vorteile, die der Völkerbund für Polen zu bieten hatte, wurden vorwiegend *ex negativo* hergeleitet. Der Sozialist Bolesław Limanowski hielt ihn immerhin für besser als die Vorherrschaft des Deutschen oder des Russischen Reiches.

Nur wenige polnische zeitgenössische Beobachter unterzogen sich der Mühe, weitergehende Ursachen für die Passivität Polens auf internationaler Ebene zu identifizieren. Der Volkswirt Henryk Tennenbaum beispielsweise meinte, zehn „Wunder an der Weichsel“ reichten nicht aus, das internationale Prestige Polens zu verbessern, wenn kein Vertrauen in Währung und Wirtschaftskraft des Landes vorhanden sei (Rykten, 1923, S. 17).

Symptomatisch für die stark emotionsgeleitete Perzeption der neuen internationalen Ordnung in Polen war, dass Fragen der Personalpolitik schnell zum Seismographen für innerpolnische Erwartungen und Enttäuschungen gerieten. Besonders eklatant war dies im Falle der Genfer Delegatur Szymon Askenazys, eines angesehenen Geschichtsprofessors aus Lemberg. Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Völkerbundes entlud sich wiederholt gegen den Juden Askenazy und das „internationale Judentum“.

Für eine kooperative und konstruktive Politik gegenüber dem Völkerbund traten in den ersten Nachkriegsjahren nur die Konservativen ein. Schon während der Teilungszeit eine Partei der – von der Nationalbewegung heftig kritisierten – Zusammenarbeit und des Ausgleichs, kam ihnen zur Akzeptanz des Völkerbundes die im Gegensatz zu den anderen politischen Gruppierungen Polens größere Vertrautheit mit diplomatischen Gepflogenheiten und die spezifisch konservative Auffassung entgegen, dass „alle Völker und Staaten lebendige Bestandteile eines gemeinsamen Organismus“ seien (Czas, 21.5.1922, S. 1). Die Konservativen, die in der polnischen Außenpolitik rasch eine führende Stellung einnahmen, waren gegenüber dem Völkerbund allerdings auch recht pragmatisch eingestellt:

Kooperation war kein Selbstzweck, sondern mit dem Interesse verbunden, Polen im Kreis der europäischen Mächte eine wichtige Stellung zu verschaffen.

Die Entwicklung einer affirmativen Haltung zur europäischen Nachkriegsordnung verlief zunächst über den Weg einer bilateral orientierten Außenpolitik. Eine zentrale Stellung nahm dabei der polnisch-französische Bündnisvertrag vom 19. Februar 1921 ein. Entgegen manch kritischer Bewertung des Abkommens in der neueren historischen Forschung war die zeitgenössische Rezeption in der polnischen Öffentlichkeit nahezu euphorisch. Der Nationalkonservative und frankophile Stanisław Stroński sah im polnisch-französischen Bündnis den bedeutsamsten außenpolitischen Vorgang nach dem Versailler Vertrag und erkannte eine „ungeheure Tragweite für Polen, für Frankreich und für Europa“. Polen habe mit diesem Bündnis die Nachfolge Russlands als wichtigster Verbündeter Frankreichs auf dem Kontinent angetreten (*Rzeczpospolita*, Morgenausgabe, 22.2.1921, S. 3). Gar als „Rückkehr nach Europa“ feierte die Kommentatorin der konservativen Tageszeitung *Rzeczpospolita*, Irena Pannenkowa, den Vertrag. Das Gebot der Stunde sei es, „soviel Europa nach Polen und Polen nach Europa hineinzulassen wie möglich. Es ist höchste Zeit zu begreifen, dass wir, indem wir Bürger Polens sind, zugleich auch Bürger Europas und der Welt sind“ (*Rzeczpospolita*, Abendausgabe, 25.2.1921, S. 3).

Die am 6. Februar 1922 und am 26. November 1923 geschlossenen Handelsverträge mit Frankreich und Großbritannien und die Richtungsänderung der amerikanischen Außenpolitik ab 1924, die den finanziellen Konsolidierungskurs der Regierung Władysław Grabski unterstützten, indem erstmals größere Kredit- und Investitionssummen nach Polen flossen und das wirtschaftliche Wachstum ankurbelten, beförderten in Polen zusätzlich das Gefühl des „Ankommens“ in Europa.

Vor allem aber die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Grenzen 1923 ebneten den Weg zur Bereitschaft, im europäischen Nachkriegssystem eine Rolle als „Pfeiler, der über die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrags und des heutigen Gleichgewichts der Kräfte in Europa entscheidet“, einzunehmen (*Kurjer Poranny*, 10.9.1923, S. 1). Die Mitgliedschaft Polens im Völkerbundrat galt nun nicht nur als erstrebenswert, sondern zunehmend auch als Symbol für den polnischen Großmachtstatus.

Die Jahre von 1924 bis 1932 waren die Phase der aktivsten polnischen Präsenz auf dem Genfer Parkett. Die Formulierung einer klaren außenpolitischen Konzeption, die auf den Erhalt der europäischen Nachkriegsordnung abzielte, die Konsolidierung des polnischen Staatswesens und die damit einhergehende Professionalisierung des polnischen auswärtigen Dienstes begünstigten diese Entwicklung. Der Übergang vom übersprudeln-

den und teilweise etwas unbeholfenen Idealismus der frühen Nachkriegszeit zu einer pragmatisch-machtpolitischen Wahrnehmung als „national“ definierter Interessen, brachte allerdings auch eine Versteifung der polnischen Außenpolitik und Europa-Vorstellungen mit sich. Die wiedererlangte Staatlichkeit galt als höchster Wert, der nicht nur gegen die beiden übermächtigen und im Geiste des Rapallo-Vertrags von 1922 vereinten Nachbarn Deutschland und Sowjetunion, sondern auch gegen Pläne einer supranationalen Organisation Europas verteidigt werden musste, wenn hierbei Abstriche an der eigenen Souveränität vorzunehmen waren. Die europäische Friedensordnung wurde befürwortet, solange sie polnischen Interessen entgegenkam, sobald jedoch Irritationen auftauchten, wie sie selbst das als besonders eng eingestufte polnisch-französische Bündnis immer wieder prägten, ob durch französische Annäherungsbemühungen an Sowjetrußland, das französische Bündnis mit der Tschechoslowakei oder die Locarno-Verträge, zog sich die polnische Außenpolitik rasch auf eine Position zurück, die lieber den eigenen Kräften vertrauen und sich machtpolitisch nach größerer Unabhängigkeit orientieren ließ.

Auf diese gewandelte Stimmung in Polen stießen die seit Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts aufblühenden Initiativen zur europäischen Einigung. Dies bekam als erstes die paneuropäische Bewegung des Österreichers Graf Richard von Coudenhove-Kalergi zu spüren.

Dabei war die Resonanz in der polnischen Presse auf den ersten Paneuropa-Kongress in Wien im Oktober 1926 zunächst recht wohlwollend und zuversichtlich. Dies verdankte sich wohl in erster Linie dem Umstand, dass von polnischer Seite ein Zusammengehen von europäischen und nationalen Ideen für möglich, ja sogar für ausdrücklich wünschenswert gehalten wurde. So erinnerte der Vorsitzende der polnischen Paneuropa-Delegation, Aleksander Lednicki, bei seiner Rede zur Kongresseröffnung an die europäischen Visionen des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz, und der Kongressbeobachter Tadeusz Dzieduszycki konstatierte, dass die Evolution hin zu einem neuen Europa Hand in Hand gehen müsse mit der Evolution hin zu einem neuen Polen.

Die Ernüchterung trat recht bald ein. Ebenso wie in Westeuropa vermochte es die Paneuropa-Bewegung in Polen nicht, über eine zahlenmäßig recht geringe und in ihrer sozialen Zusammensetzung elitäre Vereinigung hinaus in breitere Bevölkerungsschichten vorzudringen. Da half es auch wenig, dass die polnische Paneuropa-Sektion im Laufe ihres Bestehens prominente Mitglieder verschiedener politischer Orientierungen verzeichnen konnte, darunter vor allem Vertreter der Linken wie der Sozialisten (Mieczysław Niedziałkowski) und der Bauernparteien (für Wyzwolenie: Stanisław Thugutt, für Piast: Marian Dąbrowski), Parteilose wie der international konzertierende Cellist Bronisław Huberman, aber auch Vertreter

der gemäßigten Rechten wie der Priester und Sejm-Abgeordnete Zygmunt Kaczyński sowie Angehörige des polnischen diplomatischen Dienstes wie der ehemalige Außenminister Aleksander Skrzyński.

Für die schwache Resonanz „Paneuropas“ in Polen waren noch weitere Gründe verantwortlich. Ein Schwachpunkt war die Person des Vorsitzenden der polnischen Sektion, Aleksander Lednicki. Der Rechtsanwalt, der lange Zeit in Moskau gewirkt hatte, galt nicht nur als russophil, sondern stand auch im Brennpunkt eines Aufsehen erregenden Gerichtsprozesses, in dem er sich gegen den von der nationalen Rechten erhobenen Vorwurf des Landesverrats zur Wehr setzen musste. Auch wenn Lednicki den Prozess gewann, so blieb er doch für einen einflussreichen Teil der polnischen Publizisten ein politischer Hasardeur. Diese Kontroversen um die Person Lednickis ließen unvermeidlich auch die Sache, das Engagement für Pan-europa, nicht unberührt.

Ein gravierendes Hindernis bestand schließlich in den Intentionen Coudenhove-Kalergis selbst, der sich zunehmend um die Gunst der deutschen Politik bemühte und daraus resultierenden Konflikten mit dem polnischen Bündnispartner Frankreich nicht aus dem Weg ging. Genau dies aber erschien weiten Teilen der polnischen Öffentlichkeit, die wegen der anhaltenden Grenzstreitigkeiten und der Minderheitenproblematik mit Misstrauen auf den westlichen Nachbarn Deutschland blickte, als nicht tragbar. Ein wirklicher Schritt auf dem Weg zur europäischen Einigung war nur in einer Atmosphäre der Sicherheit und des Vertrauens denkbar. Dies war solange nicht möglich, wie das deutsche Bemühen um eine Überwindung der Versailler Vertragsbestimmungen von polnischer Seite als Hegemoniestreben und Bedrohung der eigenen staatlichen Existenz perzipiert wurde.

Das gestörte deutsch-polnische Nachbarschaftsverhältnis war auch ein Schlüsselfaktor für den Misserfolg der zweiten großen europäischen Einigungsidee der zwanziger Jahre, dem Europa-Plan von Aristide Briand. War die Paneuropa-Bewegung eine Initiative, die zwar zeitweise von europäischen Politikern unterstützt wurde, jedoch im Grunde ein Privatunternehmen blieb, so gilt dies nicht für den Europa-Plan des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers Briand, der einen offiziellen Vorstoß der französischen Politik darstellte.

Am 5. September 1929 brachte Briand sein Projekt einer europäischen Einigung in einer offiziellen Rede vor den Völkerbund. Der Termin der Rede war beziehungsvoll, denn am gleichen Tag begann die Räumung der zweiten Zone im Rheinland. Briand wird in diesem Zusammenhang der Ausspruch zugeschrieben: „Wir müssen den Augenblick nutzen, da Frankreich die militärischen Positionen aufgibt, um uns moralische Positionen zu

sichern“ (Siebert, 1973, S. 498). Von Skeptikern wurde der Briand-Plan daher rasch als „Korrelat zur Rheinlandräumung“ beargwöhnt.

Aber auch das inhaltliche Angebot des Briand-Plans konnte den Kritikern nicht den Wind aus den Segeln nehmen. Wohl durchdacht war zwar, dass Briand als rechtliche Grundlage für seinen Vorschlag den Artikel 21 der allgemein anerkannten Völkerbundsatzung wählte, der eine regionale Integration ermöglichte. Auch sollte ausdrücklich nichts an eigenstaatlichen Souveränitätsrechten aufgeben werden, was ein klares Zugeständnis an die nationalen Interessen der künftigen europäischen Unionsmitglieder bedeutete. In seiner Rede beließ Briand viele Ausführungen zur konkreten Organisation einer föderativen Union jedoch im Vagen.

Die Tageszeitung *Czas* sah den Briand-Plan daher in einer Reihe europäischer utopischer Ideen der Friedenswahrung und Völkerfreundschaft von Dante über Leibnitz, Rousseau, Kant bis hin zu Saint-Simon – mit einem Wort, zu fantastisch, um jemals verwirklicht zu werden. Erst müssten eine Reihe grundsätzlicher Fragen geklärt werden, um dem Projekt eine ernsthafte Chance zu geben. Die wichtigsten dieser Fragen lauteten: Sollte die geplante europäische Union ein politisches oder ein wirtschaftliches Bündnis sein? Im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses war aus polnischer Sicht insbesondere das ungleiche Verhältnis von Agrar- und Industriestaaten von höchstem Interesse. Sollten alle europäischen Länder am Unionsprojekt beteiligt sein oder einige davon ausgeschlossen? Wie sollte sich das künftige Verhältnis zu den USA gestalten? Für Polen waren die Vereinigten Staaten zwar ein ferner, doch durchweg wohlgesonnener Partner, den es nicht durch eine „Bastion Europa“ zu verstimmen galt. Würde der geplante europäische Zusammenschluss in der Lage sein, dem Hegemoniestreben einzelner, größerer Staaten wirksam Einhalt zu gebieten? Diese Frage war für Polen vor allem im Hinblick auf Deutschland wichtig. Und schließlich: Könnte eine gemeinsame Union der europäischen Staaten wirklich die drängenden Fragen der Nachkriegsordnung, die Grenzstreitigkeiten und die Probleme mit den nationalen Minderheiten lösen helfen? (*Czas*, 14.9.1929, S. 1).

Dieser umfangreiche Fragenkatalog aus Polen deutete bereits an, dass selbst die offizielle Ausarbeitung des Briand-Plans, die für das kommende Jahr 1930 versprochen war, wohl kaum in der Lage sein würde, alle geäußerten Zweifel beiseite zu räumen.

Die mit Datum vom 1. Mai 1930 offiziell 26 Regierungen zugegangenen Vorschläge Briands wurden wie von den meisten europäischen Staaten, so auch von Polen in einer offiziellen Note mit einem „Ja, aber“ beantwortet. Neben der wiederholten Betonung der neu gewonnenen nationalen Souveränität für Polen und der Sorge vor einem anwachsenden Revisionismus des Deutschen Reichs, der durch die enge zeitliche Koinzidenz zwischen dem

Abzug der französischen Truppen aus dem Rheinland und der offiziellen Verbreitung des Memorandums solche Befürchtungen in Polen nur allzu plausibel erscheinen ließ, spielten auch konkrete inhaltliche Vorschläge des Briand-Plans eine Rolle für die zwiespältige Aufnahme in Polen. Die geplanten praktischen Verkehrs- und Handelsregelungen wurden einerseits positiv aufgenommen. Für den einfachen Bürger konnten die Vereinheitlichung von Zolltarifen und Währungskursen oder die Abschaffung von Visa eine deutliche Erleichterung bedeuten. Den Vorteilen für die Bürger wurden andererseits aber die vermeintlichen Nachteile für den polnischen Staat entgegengestellt: Der wirtschaftliche Liberalismus dieses europäischen Einigungsplans könne zum Niedergang der ohnehin bislang wenig entwickelten und nur eingeschränkt konkurrenzfähigen polnischen nationalen Industrie führen und somit direkt in die wirtschaftliche Abhängigkeit Polens vom wirtschaftlich stärkeren Ausland. Ohne Zweifel standen diese Einwände unter dem frischen Eindruck des Zoll- und Wirtschafts-„Krieges“ mit Deutschland und den ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, doch zeichnete sich hier ein Argumentationsmuster ab, das für das europäische Denken in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen durchaus typisch war: Priorität besaß der Nutzen für den Staat, während das Wohl des individuellen Bürgers von nachrangiger Bedeutung war.

Die Initiative Briands brachte noch den Geist der Locarno-Ära mit den Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung zum Ausdruck. Sie kam im Herbst 1929 allerdings zu einem sehr späten Zeitpunkt. Die Weltwirtschaftskrise brachte neue Rahmenbedingungen. Nun standen Debatten um eine gesamteuropäische Zolltarifreform mit dem perspektivischen Ziel einer europäischen Zollunion im Vordergrund. Die Zollfriedenskonferenz, die am 17. Februar 1930 zusammentrat, war jedoch von Anfang an dadurch belastet, dass die Industriestaaten und die Agrarstaaten Europas unterschiedliche Interessenlagen hatten. Die mitteleuropäischen Agrarstaaten beschwerten sich darüber, dass der zunehmende Agrarprotektionismus der Industriestaaten ihnen die Märkte verschließe und sie somit auf ihrem Getreide, das ohnehin schon vom Preisverfall betroffen war, sitzen blieben. Die Zollfriedenskonferenz gelangte zwar am 24. März 1930 zu einem Abschluss, obwohl sie wegen der Konflikte der Teilnehmerstaaten mehrfach vor dem Abbruch gestanden hatte, allerdings konnten nicht alle Ziele des Zollfriedens erreicht werden, weshalb der Abschlussvertrag nur als „Genfer Handelskonvention“ bezeichnet wurde. Bis zum 30. April 1931 sollte es untersagt sein, bestehende Handelsverträge aufzukündigen. Damit sollten im Zeichen der heranziehenden Weltwirtschaftskrise Bestrebungen zu verstärktem Protektionismus unterbunden werden.

Angesichts der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise konnte diese Vereinbarung für die mittel- und osteuropäischen Länder nur ein Tropfen

auf den heißen Stein sein. Deshalb wurden eigene Schritte zu einer regionalen Integration unternommen: Im Sommer 1930 kam es zu einer Serie von Agrarkonferenzen. Am 21. Juli trafen sich in Bukarest Rumänien, Ungarn und Jugoslawien, einige Tage später Rumänien und Jugoslawien im rumänischen Karpatenstädtchen Sinaia, dann auf der größten Konferenz vom 28. bis 31. August in Warschau alle Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, schließlich im Oktober in Bukarest und im November in Belgrad nochmals die gleichen Staaten mit Ausnahme der baltischen. Ziel war es, einen gemeinsamen Agrarblock als Gegengewicht zum ökonomischen Ausschuss des Völkerbundes zu bilden, in dem die Industrieländer dominierten. Dabei machten sich Polen und Rumänien gegenseitig Konkurrenz, wer die führende Kraft unter den Agrarstaaten sei. Da sich allerdings immer mehr die Hinwendung zu einer Konföderation der Donau-Staaten abzeichnete, nahm Polen seit 1932 nicht mehr an den Agrarkonferenzen teil.

Die Zurückhaltung und Distanz, mit der Polen den europäischen Einigungsbestrebungen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts begegnete, hatten ihre wesentliche Ursache in der klar umrissenen außenpolitischen Zielsetzung, den nach einigem Zögern in der ersten Nachkriegszeit nunmehr für Polen als günstig erkannten Status quo der europäischen Nachkriegsordnung ohne jegliche Abstriche zu bewahren. Die innenpolitische Entwicklung Polens, das sich seit 1926 auf dem Weg in eine autoritäre Diktatur befand, beförderte die Intransigenz der außenpolitischen Haltung, da zusammen mit den oppositionellen politischen Gruppierungen auch alternative Entwürfe bezüglich Polens Stellung in Europa ins Abseits gedrängt wurden. So ergibt sich für die frühen dreißiger Jahre im Vergleich zur ersten Nachkriegszeit ein diametral entgegengesetztes Bild: Die polnische Außenpolitik hatte an Professionalität und Durchsetzungskraft gewonnen, aber der Quell an originellen Ideen und Debatten zu Europa war vorerst versiegt.

Intermarium: Europa-Vorstellungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs

Die Rahmenbedingungen für Europapläne und Europa-Debatten waren in den dreißiger Jahren gänzlich andere als im Jahrzehnt zuvor. Die expansive Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland und das intensiviertere Streben der Sowjetunion nach internationaler Anerkennung, das seinen ersten Höhepunkt im Beitritt zum Völkerbund 1934 fand, ließen die auf der Pariser Friedenskonferenz etablierte europäische Nachkriegsordnung rascher zusammenbrechen als dies selbst manch skeptischer Kommentator befürchtet hatte.

Die polnische Außenpolitik der *Sanacja*-Regierungen seit 1926, die den multilateralen Bestrebungen auf europäischer Ebene ohnehin mit Reserve gegenübergestanden hatte, verfolgte insbesondere unter der Führung von Józef Beck (1894–1944) seit 1932 zwei Optionen: zum einen die verstärkte Hinwendung zur traditionellen bilateralen Bündnispolitik, so beispielsweise in den Nichtangriffsverträgen mit Deutschland (1934) und der Sowjetunion (1932), zum anderen den Ausbau einer eigenen Großmachtposition in Mittel- und Osteuropa.

Dieses Projekt, das unter dem Begriff „Drittes Europa“ bekannt geworden ist, war freilich inhaltlich ausgesprochen schillernd. Bei der populären Formel „Von Meer zu Meer“ (*Intermarium*, *Międzymorze*) war nur der Ausgangspunkt an der Ostsee eindeutig festgelegt; je nachdem, ob ein Zusammengehen mit dem faschistischen Italien präferiert wurde oder ob mit der Kleinen Entente kooperiert werden sollte, konnte dieses „zweite Meer“ sowohl die Adria als auch das Schwarze Meer bezeichnen.

Enger noch an die „jagiellonische Idee“ der frühen Unabhängigkeitszeit knüpfte die Bewegung des „Prometheismus“ an. Selbst gestecktes Ziel war es, für die „Befreiung“ der nicht-russischen Völker vom Kommunismus und ihren Schutz in einer Verbindung mit Polen einzutreten. Dieses Ansinnen wurde von polnischen Regierungsstellen mit einiger Sympathie verfolgt, fand aber keinen Eingang in die offizielle Diplomatie.

Die Bewertung der polnischen Außenpolitik unter Józef Beck fällt in der Historiographie ausgesprochen kontrovers aus. Während manche Autoren in teilweise apologetischer Tendenz das Bemühen um den Aufbau einer möglichst starken Sicherheitszone zwischen den beiden großen und feindlich gesonnenen Nachbarn Deutschland und Sowjetunion unterstreichen, verurteilen Kritiker die Politik Becks als „abenteuerlichen Schlingerkurs“, der ideell zu einer postulierten Äquidistanz zwischen demokratischen und totalitären Staaten führte, und verweisen auf imperialistische Neigungen. Unleugbar zumindest fehlte der Außenpolitik des *Sanacja*-Regimes in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts nach wie vor ein Korrektiv in Gestalt einer freien und pluralistischen Debatte über Polens Rolle in Europa, wie es das demokratische Verfassungssystem in der ersten Zeit der Unabhängigkeit ermöglicht hatte. Nach dem Tod Piłsudskis 1935 geriet zwar wieder mehr Bewegung in die politische und geistige Landschaft Polens, den immer noch beschnittenen Spielraum nutzten die oppositionellen Gruppierungen allerdings vorrangig für innenpolitische Forderungen nach einer Rückgewinnung an Partizipationsrechten.

So kam es bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu einer Konvergenz außenpolitischer Konzepte, wo sich Piłsudski-Anhänger und Nationaldemokraten in den Anfangsjahren der Zweiten Republik noch stark unterschieden hatten. Das Piłsudski-Lager einschließlich seiner Nachfolge-

Organisationen bestand nach wie vor auf der Interpretation, Polen habe seine Freiheit 1918 durch eigene Kraft und gegen den Willen Europas errungen, und suchte damit seine eigenständige und in den 1930er Jahren zunehmend eigenwillige Außenpolitik historisch zu rechtfertigen. Die Nationaldemokraten, die sich seinerzeit bis in den Juli 1920 hinein für die Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten stark gemacht hatten und dafür sogar den Abgang der Regierung Władysław Grabski hinnehmen mussten, schwenkten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre allmählich auf diese Sichtweise ein. Wenn es auch weiterhin Stimmen gab, den Sieg von 1920 nicht nur für die Existenz der polnischen Nation, sondern im Sinne des „antemurale“-Mythos auch als bedeutend für ganz Europa zu deuten, so zeigte sich beim nationalen Lager insgesamt die Tendenz, die 1920 noch beklagte internationale Isolation nunmehr als Tugend zu verklären. Dies verwies sowohl auf eine mittlerweile eingetretene Distanz zu den westeuropäischen Partnern von einst als auch auf die Adaption an den in Polen kurz vor dem Zweiten Weltkrieg weit verbreiteten und überaus selbstbewussten Diskurs der eigenen Stärke.

Auch in anderer Hinsicht war im Verlauf der zwei Jahrzehnte seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein bemerkenswerter Wandel zu registrieren: Die zumindest in den intellektuellen Kreisen Polens lebensweltlich-kulturell erfahrene Europäizität vor 1918, die noch in den frühen Jahren der Unabhängigkeit ihre Prägekraft entfalten konnte, schwand mit dem zunehmenden Selbstbewusstsein der neu erlangten eigenen Staatlichkeit. In engem Zusammenhang mit den zeitgenössischen Konstruktionsprozessen nationaler Identität wurde „Europa“ nun vorrangig unter dem Blickwinkel nationaler Selbstbeschreibung gedacht, wurden in Gestalt von Raum-Mythen oder Geschichtsbildern verstärkt nationale mit europäischen Komponenten zusammengebunden. Auf der Ebene der offiziellen polnischen Außenpolitik ergab sich aus diesem Spannungsverhältnis der wiederholte Versuch, der auf den Pariser Friedenskonferenzen etablierten europäischen Nachkriegsordnung eigene Ordnungsvisionen entgegenzusetzen – während des polnisch-sowjetischen Krieges 1919/20 noch als überwiegend komplementär, in den dreißiger Jahren hingegen schon als bewusst kontrastierend verstanden.

Bibliographie:

ANDRUCHOWYTSCH, JURI, Das letzte Territorium. Essays, Frankfurt/Main 2003.

BILCZEWSKI, JÓZEF, O miłości Ojczyzny. List pasterski na Wielki Post 1923 [Über die Liebe zum Vaterland. Hirtenbrief zur österlichen Fastenzeit 1923], Lwów 1923, S. 56-57.

Das Briand-Memorandum und die Antwort der europäischen Mächte. In deutscher Sprache herausgegeben auf Grund der amtlichen Unterlagen, Berlin 1930.

DÖBLIN, ALFRED, Reise in Polen, München, 1993.

GERNER, KRISTIAN, Piast, Jagiello or Jadwiga? Poland and Europe at the End of the 20th Century, in: The Changing Map of Europe. The Trajectory Berlin – Poznań – Warsaw. A Tribute to Antoni Kukliński, hg. v. RYSZARD DOMAŃSKI, Warsaw 1999, S. 35-51.

HAUSER, PRZEMYSŁAW, Federacyjna wizja Rzeczypospolitej w poglądach Józefa Piłsudskiego i próba jej urzeczywistnienia w latach 1918–1921 [Die föderative Vision Polens in den Ansichten Józef Piłsudskis und der Versuch ihrer Verwirklichung in den Jahren 1918–1921], in: Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa [Polen und die Ukraine. Das Bündnis 1920 und seine Folgen], hg. v. ZBIGNIEW KARPUS/ WALDEMAR REZMER/ EMILIAN WISZKA, Toruń 1997, S. 17-41.

KAWALEC, KRZYSZTOF, Spadkobiercy niepokornych. Dzieje polskiej myśli politycznej 1918–1939 [Die Erben der Unbeugsamen. Geschichte des polnischen politischen Denkens 1918–1939], Wrocław – Warszawa – Kraków 2000.

Le Plan Briand d' Union fédérale européenne. Perspectives nationales et transnationales, avec documents. Actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 septembre, hg. v. ANTOINE FLEURY und LUBOR JÍLEK, Bern u. a. 1998.

Locarno und Osteuropa. Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren hg. v. RALPH SCHATTKOWSKY, Marburg 1994.

MAI, GUNTHER, Europa 1918 – 1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart – Berlin – Köln 2001.

Metropolia Warszawska a narodziny II Rzeczypospolitej. Antologia tekstów historycznych i literackich w 80-tą rocznicę odzyskania niepodległości, hg. v. MARIAN MAREK DROZDOWSKI, Warszawa 1998.

PAWŁOWSKI, STANISŁAW, BYSTRON, JAN STANISŁAW, PERETIATKOWICZ, ANTONI, *Polska współczesna* [Das heutige Polen], Lwów – Warszawa 1923.

PILSUDSKI, JÓZEF, *Pisma zbiorowe*. Wydanie prac dotychczas drukiem ogłoszonych, Bd. 5 [Gesammelte Schriften. Ausgabe der bislang im Druck erschienenen Schriften], Warszawa 1937.

Polska na tle procesów rozwojowych Europy w XX wieku [Polen vor dem Hintergrund europäischer Entwicklungsprozesse im 20. Jahrhundert], hg. v. STANISŁAW SIERPOWSKI, Poznań 2002.

Polska w organizacjach międzynarodowych [Polen in internationalen Organisationen], hg. v. Stanisław Parzymies/ IRENA POPIUK-RYSIŃSKA, Warszawa 1998.

Polska wobec idei integracji europejskiej w latach 1918–1945 [Polen und die Idee der europäischen Integration 1918–1945], hg. v. MIECZYSLAW WOJCIECHOWSKI, Toruń 2000.

RYKTEN [i.e. TENNENBAUM, HENRYK]: *Polska w polityce światowej*. Szkic polityczny [Polen in der Weltpolitik. Eine politische Skizze], Warszawa 1923.

SIEBERT, FERDINAND, *Aristide Briand 1862 – 1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*, Erlenbach – Zürich – Stuttgart 1973.

STUDNICKI, WŁADYSŁAW, *W sprawie stosunku politycznego Polski do jej ziem wschodnich* [Das politische Verhältnis Polens zu seinen Ostgebieten], Warszawa 1919.

SZCZEPAŃKI, JANUSZ, *Spółeczeństwo Polski w walce z najazdem bolszewickim 1920 roku* [Die Gesellschaft Polens im Kampf gegen den bolschewistischen Kriegszug 1920], Warszawa – Pułtusk 2000.

TAZBIR, JANUSZ, *Spory o przedmurze* [Debatten über das „antemurale“], in: ders., *Pożegnanie z XX wiekiem* [Abschied vom 20. Jahrhundert], Warszawa 1999, S. 111–134.

TROEBST, STEFAN, „Intermarium“ und „Vermählung mit dem Meer“. Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28, 2002, S. 435–469.

Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, hg. v. HEINZ DUCHHARDT/ MALGORZATA MORAWIEC, Mainz 2003.

Z dziejów prób integracji europejskiej. Od średniowiecza do współczesności [Aus der Geschichte europäischer Integrationsversuche. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart], hg. v. MICHAŁ PUŁASKI, Kraków 1995.

ŚLAWOMIR ŁUKASIEWICZ

NACHKRIEGSEUROPA IN FÖDERALISTISCHEN KONZEPTIONEN ZUR ZEIT DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges trat die wohl ernsteste Krise in der bisherigen europäischen Geschichte zu Tage. Der neue Konflikt war zum einen das Ergebnis von Lösungen, mit denen der Erste Weltkrieg beendet worden war, zum anderen verschärfte und vertiefte er aber auch die bisherigen Negativerscheinungen auf dem Kontinent zusätzlich. Er machte nicht nur politische Schwachstellen in der bestehenden internationalen Ordnung und dem Sicherheitssystem deutlich, sondern ließ auch kulturelle, soziale und ökonomische Defizite sichtbar werden, deren folgenreichstes der Zusammenbruch der Demokratie in Europa war. All dies ließ sich bereits ansatzweise während des voraus gegangenen Krieges beobachten, und bereits damals war zunehmend häufiger gefordert worden, diese Mängel zu beheben; doch geschah das bei Weitem nicht so eindringlich wie nach dem Kriegsbeginn im September 1939.

Nicht anders verhielt es sich mit Projekten, die eine Veränderung der europäischen Ordnung zum Ziel hatten. Neben Aristide Briand oder Richard Coudenhove-Calergi – um nur die beiden bekanntesten Namen zu nennen – entwickelten eine Reihe anderer Reformer Konzepte und Organisationen, die ihres Erachtens in die Vorstellungswelt der Europäer passten und zu einem „Neuen Europa“ – wie es beispielsweise Tomáš G. Masaryk vorschwebte – führen sollten. Der weitere Lauf der Dinge schloss eine Verwirklichung all dieser Pläne aus und legte zudem deren zahlreiche Unzulänglichkeiten bloß.

Die politischen und intellektuellen Eliten im Vorkriegspolen waren über allerlei Vorstellungen einer Welt von morgen nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen, sondern hatten ihnen zumeist die Vision einer Großmacht Polen entgegen gestellt, die mit den Nachbarstaaten z. B. im Rahmen des so genannten *Intermarium* (*Międzymorze*), der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, verbündet war; doch fehlte es auch nicht an Versuchen, die aus Frankreich oder Deutschland stammenden Konzeptionen zu rezipieren. Der Krieg erzwang hier eine allgemeine Positionskorrektur.

tur. Insbesondere wurde argumentiert, Polen habe sich nicht ausreichend konsolidieren können und sei nicht stark genug gewesen, um allein auf sich gestellt einen Angriff von zwei Seiten abzuwehren. Daher erhoben alle politischen Gruppierungen mit Ausnahme der Kommunisten ganz selbstverständlich die Forderung, den polnischen Staat in den Grenzen von 1939 wieder zu errichten und diese eventuell durch Gebietserwerbungen im Zuge von Kriegsreparationen zu erweitern. Fast alle Parteiprogramme hoben ausschließlich auf diesen Aspekt ab, verloren kein Wort über einen Wiederaufbau Europas oder begnügten sich mit der vagen Formulierung, die demokratische Ordnung sei wiederherzustellen. Doch immerhin führte das Eingeständnis der Schwäche der Republik Polen zu der Schlussfolgerung, dass die Existenz eines völlig auf sich allein gestellten polnischen Staates in Ostmitteleuropa fortan nicht mehr möglich sei. Entscheidend war aber, dass sich diese Erkenntnis auch auf zahlreiche polnische Konzeptionen zur Neugestaltung Europas auswirkte, die nach dem September 1939 entstanden und deren originellste Ausformungen Thema des vorliegenden Beitrags sind.

Des weiteren musste auf diese Konzeptionen zweifellos auch einwirken, dass Polen zwei Großmächte als Nachbarn hatte, die imperiale Machtansprüche hegten, damals von Diktatoren regiert wurden und aus polnischer Sicht beide Aggressoren waren. Während man im Fall der Sowjetunion zumeist die simple Feststellung bemühte, sie gehöre nicht der europäischen Völkerfamilie an, stellte die Nachbarschaft zu Deutschland ein weitaus komplexeres Problem dar. Deutschland trennte Polen von seinen Bündnispartnern Frankreich und Großbritannien. Somit wäre jeder gesamteuropäische Staatenbund, an dem Polen teilhaben und von dem Deutschland ausgeschlossen werden sollte, an der Wirklichkeit vorbeigegangen. Doch damit nicht genug: In Folge des Krieges war ganz Ostmitteleuropa, insbesondere aber die jeweils herrschende Elite gespalten – je nachdem ob sie mit den Achsenmächten oder mit der Emigration und Widerstandsbewegung zusammenarbeitete.

Jede Konzeption, die darauf Anspruch erhob, realistisch zu sein, musste wenigstens die oben genannten Voraussetzungen in Betracht ziehen und darüber hinaus auf die bereits bestehenden internationalen Lösungsansätze Bezug nehmen. Von diesem Blickwinkel aus wurde der Stab vor allem über dem Völkerbund gebrochen, da er unfähig gewesen sei, militärische Konflikte zu verhindern, während der polnischen Diplomatie angelastet wurde, mit ihren Versäumnissen ebenfalls die Niederlage heraufbeschworen zu haben. Diese Kritik ging auf den Zwist zwischen den politischen Lagern in Polen zurück, worauf an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

Der Krieg erschwerte die Bedingungen für eine Diskussion über die Zukunft Europas. Einerseits war man um eine möglichst geschlossene Haltung bemüht, wie sie bei der Entscheidungsfindung im Krieg und im diplomatischen Dienst unerlässlich ist, andererseits führten die Aufteilung der Kampffronten in Heimat und Exil sowie die Zersplitterung im Innern zu Konzeptionen und Plänen, die erheblich voneinander abwichen. Praktisch besaß jede politische Gruppierung ihre eigene Vorstellung von einem zukünftigen Polen und dessen Rolle in Europa. Aus nahe liegenden Gründen hatten in der Anfangsphase des Krieges diejenigen Projekte, die im Umfeld der Exilregierung verfolgt wurden, die größte Bedeutung.

Das erste gewichtige Vorhaben, das unter diesen Umständen Gestalt annahm, zielte auf eine Konföderation oder – wie die polnische Seite sich ausdrückte – Föderation zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Die politische Elite Großbritanniens versagte ihre Unterstützung nicht und war in vielen Punkten sicherlich auch inspirierend tätig geworden. An den vorbereitenden Arbeiten beteiligten sich Edward Raczynski, der damalige polnische Botschafter in London, und Józef Retinger, der persönliche Berater von Ministerpräsident Władysław Sikorski, federführend. Bei den Gesprächen auf Regierungsebene wurde vereinbart, dass eine Zusammenarbeit beider Länder nach Kriegsende und sogar ein enges Bündnis im beiderseitigen Interesse lägen. Im Übrigen wurde erst durch diese Verhandlungen die Existenz einer tschechoslowakischen Exilregierung auf internationaler Ebene bestätigt. In der gemeinsamen Erklärung vom 11. November 1940 fand der angestrebte Zusammenschluss seine formale Bestätigung.

Unmittelbar darauf kam es zur Einsetzung gemeinsamer Kommissionen, die konkrete Lösungen für die Zeit nach Beendigung der Kriegshandlungen erarbeiten sollten. Auf polnischer Seite entstand ein spezielles Politisches Komitee unter der Leitung von General Kazimierz Sosnowski. Es wurden Expertisen in den Bereichen Recht, Wirtschaft, Transportwesen und Landesverteidigung erstellt, die den Nutzen eines eventuellen Staatenbundes aufzeigen sollten. All diese Arbeiten erfolgten im Hinblick auf einen zukünftigen Friedensgipfel; denn man ging allgemein davon aus, dass der Krieg – nicht anders als der voran gegangene – mit einer Friedenskonferenz seinen Abschluss finden und Polen dabei als Bundesgenosse der Siegerkoalition eine bedeutende Rolle spielen würde. Diesem Ziel dienten die Vorbereitungen des Ministeriums für Kongressarbeiten, das aus dem Büro für Kriegsziele hervorgegangen war (später hieß es dann Büro für Politische, Ökonomische und Juristische Arbeiten). In diesem Ministerium, das dem nationaldemokratischen Politiker Marian Seyda unterstand, wurde eine Reihe von Projekten nebst politischen, wirtschaftlichen und juristischen Expertisen zum geplanten Staatenbund erarbeitet.

Die Konzeption einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation ist nicht nur als ein Versuch zu sehen, eine starke Wirtschafts- und Verteidigungsallianz zu schaffen. In den Erklärungen von polnischer wie von tschechoslowakischer Seite wurde wiederholt betont, dass ein Bund beider Staaten als Ferment für eine schrittweise politische Umgestaltung ganz Ostmitteleuropas in ein organisches Ganzes gedacht sei. Es sei festgehalten, dass die Gespräche und Prozesse, die bei der polnisch-tschechoslowakischen Annäherung in Gang gesetzt wurden, nach Kriegsende ihre Fortsetzung in Westeuropa fanden. In diesem Zusammenhang wird allgemein auf die Bedeutung des Dialogs zwischen einzelnen europäischen Exilregierungen in London hingewiesen, der später die Föderation der Benelux-Länder zur Folge hatte. Eine besondere Rolle spielte dabei General Sikorskis Berater Józef Retinger. Die politische Annäherung zwischen Polen und der Tschechoslowakei brachte darüber hinaus Lösungsansätze mit sich, die Ähnlichkeit mit Strukturmodellen aufwiesen, die sich derzeit im europäischen Integrationsprozess herauskristallisieren.

Als Ergebnis vertiefter Vorarbeiten, die der Struktur der Föderation galten, erschienen von polnischer Seite im März 1941 die „Grundsätze des Verfassungsgesetzes für den Staatenbund zwischen Polen und der Tschechoslowakei“. Hier sei lediglich auf einige Lösungen hingewiesen, die dieses Dokument vorsah: Repräsentation sowie Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik fielen in die Kompetenz des Bundes. Außerdem sollte ein „Oberster Bundesrat“ einberufen werden, der aus den Staatsoberhäuptern der Mitgliedsländer bestand. Jedes Staatsoberhaupt sollte nach dem Rotationsprinzip ein Jahr lang den Ratsvorsitz übernehmen und dabei den Titel „Bundespräsident“ führen. Ferner waren vorgesehen: ein „Rat der Staatssekretäre“, d.h. eine Regierung; eine „Bundesversammlung“, die alle vier Jahre aus allgemeinen, direkten, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorging (ein Mandat entfiel auf 500.000 Einwohner); eine „Bundeskontrollkammer“, ein „Bundesverfassungsgericht“ und ein „Staatsgerichtshof“. Geplant waren ein gemeinsamer diplomatischer Dienst und die Koordinierung der Verteidigungsmaßnahmen, insbesondere angesichts eines drohenden militärischen Konflikts. In wirtschaftlicher Hinsicht waren Regelungen für die Bereiche Waren- und Zahlungsverkehr, Beschäftigung, Verkehrswesen, Seeschifffahrt und Sozialgesetzgebung geplant; darüber hinaus erforderte ein funktionstüchtiger Staatenbund natürlich auch einen gemeinsamen Fiskus. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Vorschläge, die Zollschränken aufzuheben (in Ausnahmefällen nach Übergangsfristen), um den Handelverkehr zu erleichtern und die jeweilige Geldpolitik aufeinander abzustimmen (u.a. sollte ein fester Wechselkurs für die Währungen der Bundesstaaten beibehalten werden). Es gab Pläne, dem tschechoslowakischen Nachbarn und

mit der Zeit womöglich auch weiter südlich gelegenen künftigen Mitgliedsländern einer mitteleuropäischen Föderation polnische Häfen zugänglich zu machen. Ferner war daran gedacht, alle Beschränkungen im Personenverkehr wie Pass- oder Visumpflicht auf dem Territorium des Staatenbundes aufzuheben und Bürgern „der zur Föderation gehörenden Staaten [...] Niederlassungs- und Erwerbsfreiheit auf dem Gebiet der gesamten Föderation einzuräumen, mit Ausnahme von Personen deutscher Nationalität, denen gegenüber die Mitgliedsstaaten der Föderation sich das Recht vorbehalten, abweichende Rechtsnormen festzulegen.“ Der restriktive Charakter dieser Formulierung wird erst dann recht verständlich, wenn man sich die Zusammenhänge klar macht, in denen dieses Dokument entstanden war.

Ein Teil jener Vereinbarungen wurde unter Auslassung der verwaltungsrechtlichen Strukturbeschreibung (Bundesrat usw.) und unter Beibehaltung des Begriffs „Konföderation“ in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister Edward Raczynski und Hubert Ripka vom 23. Januar 1942 in gekürzter Form wiederholt. Ausdrückliche Erwähnung fand hingegen die Einladung an andere Länder in der Region, sich dem geplanten Staatenbund anzuschließen. Dies war jedoch der letzte optimistische Akzent in den diesbezüglichen polnisch-tschechoslowakischen Gesprächen; denn ein Erfolg des Föderationsprojekts hing letzten Endes davon ab, ob historische Hürden – wie die Teschen-Frage sowie die belasteten diplomatischen Beziehungen der Vorkriegszeit – und Stalins immer deutlicher vorgebrachte Einwände gegen die Föderationspläne überwunden werden konnten. Mit seiner ablehnenden Haltung nahm der sowjetische Diktator entscheidenden Einfluss auf die tschechoslowakische Exilregierung, die in einem Bündnis mit der UdSSR die Chance erblickte, ihre internationale Position zu stärken, um in Zukunft ein mögliches neues „München“ verhindern zu können.

Das Projekt einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation unterstützten sämtliche Parteien, welche die polnische Exilregierung trugen, also auch die Nationaldemokraten (*Stronnictwo Narodowe*). Dies ist insofern von Bedeutung, als die national eingestellten Gruppierungen in den meisten Fällen Projekte ablehnten, die eine Beschränkung der nationalen Souveränität Polens zur Folge gehabt hätten. Allenfalls zogen sie Lösungen in Betracht, in denen dem polnischen Staat eine dominierende Rolle zufiel, wie beispielsweise in einem „Imperium des Slawischen Volkes“.

Mit den oben erwähnten Föderationsprojekten befassten sich nicht nur Regierung und Diplomatie *sensu stricto*. Kurz nach der Erklärung vom 11. November 1940 erschien in New York die erste Nummer der Zeit-

schrift *New Europe and World Reconstruction*. Das neue Presseorgan war aus dem Umfeld des *American Committee for European Reconstruction* hervorgegangen, das über eine eigene polnische Sektion verfügte, der außer den ehemaligen Diplomaten Anatol Mühlstein und Roman Michałowski auch der Leiter des Polnischen Informationszentrums in New York, Stefan de Ropp, angehörte. Mit der Zeit übernahm die polnische Exilregierung die Zeitschrift, in der sie ein ausgezeichnetes Instrument im Kampf um eine vorteilhafte Gestaltung der staatlichen Zukunft Polens sah. Besondere Bedeutung wurde dem Einfluss beigemessen, den ein solches Blatt auf die politischen Entscheidungsträger in den USA ausüben konnte; es wurde allein schon deswegen ernst genommen, weil es mit der nationalsozialistischen deutschen und der sowjetischen Propaganda rivalisieren musste, die damals noch beide in den USA ihre Vision von Europa propagierten.

Im *New Europe* stellte Anatol Mühlstein erstmals sein Projekt der Vereinigten Staaten von Mitteleuropa vor. In einer Artikelreihe, die anschließend auch in Buchform erschien, erklärte er, warum seines Erachtens ein mitteleuropäischer Staat entstehen solle und wie dessen Struktur aussehen müsse. Mühlsteins Vision knüpfte ganz deutlich an populäre föderalistische Ideen an, die in der Zwischenkriegszeit den Vereinigten Staaten von Europa gegolten hatten.

Er legte an die früheren Föderationsversuche in Ostmitteleuropa sehr strenge Maßstäbe an. Ein derartiges Projekt konnte seiner Auffassung nach nur dann gelingen, wenn es ein großes Territorium mit einer hohen Bevölkerungszahl einbeziehen würde; doch selbst ein derartiger Staatenbund konnte nicht auf eine Unterstützung der westlichen Verbündeten verzichten. Mühlsteins Vorschlag lief auf einen Bundesstaat hinaus, in dem die klassische Dreiteilung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative bewahrt bliebe.

Mühlstein war auch der einzige, der die polnische Judenheit erwähnte und dann in seinen weiteren einschlägigen Überlegungen – noch ganz in der Manier der Fortschrittsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts – davon ausging, dass eine Föderation, wenn sie die wirtschaftlichen Probleme der Region beseitigen konnte, automatisch auch eine Lösung der Judenfrage bewirkt hätte.

Im *New Europe* wurde in einer Reihe von Artikeln die zukünftige Gestalt Europas erörtert. Hier sei auf Roman Michałowskis theoretische Abhandlungen zur Sicherheitsfrage hingewiesen, in denen er begründete, weshalb er eine mitteleuropäische Föderation aus strategischen Gründen für nötig hielt. Des Weiteren verdient der Meinungsaustausch zwischen Michałowski und hochrangigen amerikanischen Offizieren zum Jahresbeginn 1941 Beachtung. In ihm ging es um den Grenzverlauf der zukünftigen

mitteleuropäischen Föderation, der sich nach Meinung der amerikanischen Diskussionsteilnehmer aus militärischen Erwägungen ergab.

In London erschien *Free Europe*, eine Zeitschrift, die abgesehen vom Titel auch sonst *New Europe* zum Verwechseln ähnlich sah. Sie wurde von dem bekannten Journalisten Kazimierz Smogorzewski redigiert und diente der polnischen Exilregierung ebenfalls zu Propagandazwecken. Allein schon die Lektüre der Redaktionsartikel bestätigt die These, dass eine künftige mitteleuropäische Föderation damals zu den Prioritäten der polnischen Politik gehörte.

Als die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche Ende 1941 in eine schwierige Phase gerieten, wurde im Verlauf der Konferenz des *International Labor Office* in New York der *Central and Eastern European Planning Board* (CEEPB) ins Leben gerufen, der sich aus Vertretern der Exilregierungen Polens, der Tschechoslowakei, Griechenlands und Jugoslawiens zusammensetzte. Dies geschah im Januar 1942, praktisch zur selben Zeit, als in einer polnisch-tschechoslowakischen und einer griechisch-jugoslawischen öffentlichen Erklärung jeweils von Föderationsabsichten die Rede war. Daher fiel dem New Yorker *Planning Board* auch die Aufgabe zu, die künftige Zusammenarbeit dieser vier Staaten nach dem Krieg vorzubereiten und die Möglichkeiten für die Bildung einer größeren mitteleuropäischen Föderation unter politischen, ökonomischen und sozialen Aspekten zu prüfen. Doch diese Arbeiten fanden bereits 1943 ein plötzliches Ende, als die polnisch-sowjetischen Beziehungen abgebrochen und die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche unterbrochen wurden und schließlich im Juli desselben Jahres General Sikorski tödlich verunglückte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der Emigration zahlreiche Broschüren und Bücher erschienen, in denen versichert wurde, dass es notwendig sei, nach Kriegsende eine polnisch-tschechoslowakische bzw. mitteleuropäische Föderation oder Union zu gründen. Dabei handelte es sich entweder um Arbeiten, die in Regierungsdienststellen verfasst worden waren, wie z. B. die Broschüre des Ökonomen Czesław Poznański „Eine Föderation... aber welche?“ und „East and Central Europe“ von Leon Barański oder um Abhandlungen regierungsunabhängiger Autoren wie Tytus Filipowicz, einem Piłsudski-Anhänger und Mitglied der Demokratischen Partei (*Stronnictwo Demokratyczne*), der das Buch „Poland and Central Europe after the War“ beisteuerte. Alle diese Autoren gingen zunächst auf die historischen Traditionen der Region ein, behandelten dann Sicherheits- und Wirtschaftsfragen und bewiesen anschließend, dass die Existenz der Staaten Ostmitteleuropas in ihrer Vorkriegsgestalt künftig nicht mehr möglich sei und in Folge dessen ihre Vereinigung in einem Staatenbund herbeigeführt werden müsse.

Während des Krieges kristallisierte sich außerdem der Plan einer mehrstufigen Föderation heraus, der eng mit der so genannten regionalen Konzeption zusammenhing. Letztere lief im Wesentlichen darauf hinaus, zunächst eine Reihe von regionalen Föderationen zu schaffen, darunter auch eine in Mitteleuropa. Diese regionalen Zusammenschlüsse sollten dann in einen größeren staatlichen Organismus – eine gesamteuropäische Föderation – eingeordnet werden, die schließlich Teil einer Weltföderation hätte werden können. Die mitteleuropäische Föderation galt darüber hinaus als unerlässliche Voraussetzung für eine neue Sicherheitsarchitektur in ganz Europa. Diplomatische Gespräche, Propagandaaktionen und symbolische Gesten sollten die Möglichkeit einer polnisch-tschechoslowakischen und später eine polnisch-tschechoslowakisch-jugoslawisch-griechischen Konföderation aufzeigen, für die die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche und die Einsetzung des *Central and East European Planning Board* als erster Schritt angesehen wurden. All dies war nur als ein Schritt auf dem Weg zu einer regionalen Föderation in Mitteleuropa und später in ganz Europa gedacht. Oft war zu hören, dass ohne eine derartige Föderation auf dem Kontinent – und auf lange Sicht auch weltweit – kein dauerhafter Frieden garantiert werden könne. Mit einer mitteleuropäischen Föderation glaubte man, selbst so prekäre Probleme wie die Integration Nachkriegsdeutschlands in die europäische Staatengemeinschaft lösen zu können. Es setzte sich nämlich bald die Ansicht durch, dass bei den Deutschen abermals eine revanchistische Stimmung aufkommen könnte, würden sie alle ohne Ausnahme mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes identifiziert und ihnen ähnliche Sanktionen wie nach 1918 in Versailles auferlegt. Damit hätte erneut ein bewaffneter Konflikt gedroht, so dass Anhänger einer Föderation zunächst Maßnahmen zur Umerziehung des deutschen Volkes befürworteten, für die es im CEEPB eine eigene Sektion gab. Erst nach einer politischen *reeducation* sollte Deutschland in eine regionale und später gesamteuropäische Föderation eingegliedert werden. In Deutschlands Demokratisierung und seiner Einbindung in die Strukturen einer europäischen Föderation sah man eine Chance für präventive Schutzmechanismen, mit deren Hilfe sich weitere Wiederholungen der Geschichte vermeiden ließen.

Die Forderung nach einer Demokratisierung des politischen Lebens in Europa war nicht allein auf die Deutschen beschränkt. Sie tauchte – wenn auch aus gänzlich anderen Gründen – im Zusammenhang mit der geplanten mitteleuropäischen Föderation auf. Insbesondere sozialistische Kreise erinnerten an die Notwendigkeit, die sozialen Probleme zu lösen und den Menschen einen würdigen materiellen Lebensstandard zu gewährleisten.

Die angestrebte mitteleuropäische Föderation hätte noch weitere Folgen für das Verhältnis zu Deutschland gehabt. Bei den Planungen wurde davon

ausgegangen, dass die Föderation, genauer gesagt Polen als deren Mitgliedsstaat, einen möglichst breiten und sicheren Zugang zur Ostsee haben müsse, um die internationale Handelsfreiheit zu gewährleisten und eine direkte Verbindung mit den Alliierten zu ermöglichen. Sodann hätte die Existenz einer Föderation notwendigerweise auch eine Revision der Binnengrenzen bedeutet. In diesem Zusammenhang fiel beispielsweise der Vorschlag, den „deutschen Keil abzuschlagen“ (d.h. den Teil Schlesiens zu annektieren, der Polen und die Tschechoslowakei gewissermaßen spaltete [Anm. der Hg.]). Hier gaben Sicherheitserwägungen den Ausschlag. Als Folge der Grenzverschiebungen wurde auch ein Bevölkerungstransfer unumgänglich. Die polnischen Programme sahen für die deutsche Zivilbevölkerung Umsiedlungen vor, die mit einem analogen Vorgehen der Besatzungsbehörden auf polnischem Boden gerechtfertigt wurden. Derartige Pläne wurden umso leichter formuliert, als die Verantwortung für die Kriegsverbrechen und das Leiden der unterworfenen europäischen Völker, darunter auch der Polen, der gesamten deutschen Nation angelastet wurde. Auch im bewaffneten Untergrund machte man sich trotz schwieriger Existenzbedingungen Gedanken über die zukünftige Gestalt Europas. Zu Beginn des Krieges waren derartige Überlegungen aus nahe liegenden Gründen noch vernachlässigt worden, doch je länger der Konflikt andauerte, desto häufiger dürfte man sich die Frage gestellt haben, wie die Welt nach Beendigung dieses Krieges aussehen sollte. Die Pläne für eine mitteleuropäische Föderation erfreuten sich zwar großer Beliebtheit – falls eine solche Formulierung für Ideen überhaupt zutreffend sein kann –, aber die meisten politischen Gruppierungen in Polen entwarfen doch ihre eigenen Projekte bzw. reagierten auf föderalistische Konzeptionen, die in der westlichen Welt entstanden waren, darunter auch auf die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche. In den im besetzten Polen entwickelten Konzeptionen wurde eindeutig mehr Nachdruck auf die Rekonstruktion eines starken polnischen Staates gelegt, der beim Aufbau einer europäischen und insbesondere einer mitteleuropäischen Ordnung eine dominierende Rolle spielen sollte. In derartigen Vorstellungen fanden häufig bereits früher lancierte Föderationsprojekte eine Fortsetzung, insbesondere das *Intermarium* oder aber die Idee eines slawischen Staatenbundes. Neu hingegen war der christlich-soziale Unionsgedanke oder Universalismus. Er stammte aus den Kreisen der Untergrundorganisation „Union“, die 1944 unter Leitung des Publizisten Jerzy Braun ein Mitteleuropa-Institut errichtete, das organisatorisch der Regierungsdelegatur (der Exekutive des Untergrundstaates [Anm. d. Hg.]) unterstand. Im März 1944 machte der Rat der Nationalen Einheit – eine Art Untergrundparlament – in einer besonderen Erklärung öffentlich, „Worum die polnische Nation kämpft“. In dieser Schrift, in der föderale Zusammenschlüsse in ganz Mitteleuropa begrüßt wurden,

waren die Vorstellungen von einer künftigen Gestalt Europas zwischen den polnischen Regierungsinstitutionen in der Heimat und im Exil aufeinander abgestimmt worden. Leider gab es damals bereits keine Möglichkeiten mehr, diese Postulate auf internationaler Ebene durchzusetzen.

Trotz des offiziell bekundeten Willens, die Politik General Sikorskis fortzuführen, nahm der Einfluss, den „Föderalisten“ tatsächlich auf politische Entscheidungen hatten, die nach Kriegsende zu treffen waren, ab Mitte 1943 deutlich ab. Immer seltener kam die Konzeption einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation zur Sprache und immer realer wurde die Entstehung von Einflusszonen in Europa, welche die Interessen der kleineren Staaten unberücksichtigt ließen. Dem entsprachen auch die Vorschläge für eine neue Sicherheitsarchitektur, die auf den Konferenzen in Dumbarton Oaks (1944) und Jalta (1945) entwickelt wurden. Die polnische Seite kritisierte jene Vorschläge, weil sie die Rückkehr zum Sicherheitssystem des Völkerbundes ankündigten, nur dass diesmal das Zusammenwirken der drei Siegermächte die Durchführung der Beschlüsse garantieren sollte. Angesichts der Tatsache, dass die Sowjetunion im Frühjahr 1943 ihre diplomatischen Beziehungen zu Polen abgebrochen hatte, stand für die polnische Exilregierung, der die Situation in den von der Roten Armee besetzten Gebieten bekannt war, zweifelsfrei fest, welche Entscheidungen Stalin bezüglich Polen fällen werde.

Anfang 1945 veröffentlichte der Sekretär des CEEPB und Chefredakteur des *New Europe*, Feliks Gross, sein Buch „Crossroads of Two Continents“, das von den US-amerikanischen Intellektuellen und der mitteleuropäischen Intelligenz im amerikanischen Exil positiv aufgenommen wurde. Das Buch war insofern von Bedeutung, da es sämtliche Pläne für eine mitteleuropäische Föderation, die in den Kriegsjahren zur Sprache gekommen waren, zusammenfassend darstellte. Gross, der überzeugter Sozialist war und der PPS nahe stand, legte besonderen Wert auf die Verknüpfung von Föderalismus und Demokratie und schlug sogar den Ausdruck „demokratischer Föderalismus“ vor. Dies war das letzte nachdrückliche Plädoyer für eine mitteleuropäische Föderation in Kriegszeiten.

Man wird nicht behaupten können, dass die Idee eines vereinten Europa oder gar eines vereinten Mitteleuropa allgemeinen Anklang gefunden hätte. Einzelne Zeitzeugnisse legen die Annahme nahe, dass diese Idee zwar einerseits leicht neue Anhänger fand, doch andererseits immer auch auf Widerstand stieß. Beispielsweise wurde der Gedanke einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation von den Gegnern der Regierung Sikorski kritisiert. Das am häufigsten verwendete Argument war mangelndes Vertrauen in den tschechoslowakischen Verbündeten. Föderalistische Modelle – gleichgültig in welcher Form – wurden von national orientierten Gruppie-

rungen häufig allein deshalb angegriffen, weil diese darin eine Bedrohung der Souveränität von Staat und Nation erblickten.

Die Intellektuellen hingegen sprach der Föderationsgedanke an; er war bei ihnen populär und fand relativ große Unterstützung. Bronisław Malinowski, der Mitbegründer der Kulturanthropologie, der sich damals in den USA aufhielt, stand in engem Kontakt mit den dortigen polnischen Emigranten, u.a. auch mit Feliks Gross. Kurz vor seinem Tode im Jahre 1942 übernahm Malinowski noch den Vorsitz des Polnischen Wissenschaftlichen Instituts in Amerika. Er schrieb damals an seinem Buch „Freedom and Civilisation“, in dem er die Vision eines vereinten Europas in einer künftig geeinten Welt entfaltete. Malinowski befürwortete konkrete Maßnahmen, die zur Bildung einer weltweiten Föderation geführt hätten. Auch für andere Wissenschaftler und Künstler wie den Historiker Oskar Halecki und den Dichter Jan Lechoń war die mitteleuropäische Föderation ein Thema, das sie gern aufgriffen. Ein anderer Poet – Kazimierz Wierzyński – schrieb von einem europäischen Traum, ohne den jegliche Veränderung unmöglich sei.

Die meisten Konzeptionen für ein Europa nach dem Krieg betrafen eine wie auch immer geartete Föderation bzw. mitteleuropäische Konföderation, die anschließend in einen gesamteuropäischen Staatenbund eingehen sollte. Von einer einheitlichen Haltung aller polnischen politischen Gruppierungen in dieser Frage kann sicherlich nicht die Rede sein, aber es drängte sich doch die Vision eines föderalen Zusammenschlusses aller Staaten Ostmitteleuropas in den Vordergrund – zunächst aus Sicherheitsgründen, aber auch aus ökonomischen und kulturellen Erwägungen. Die stärkste Ausgangsposition hatten dabei Konzeptionen, die sich in die Politik der Londoner Exilregierung einfügten, die wiederum mit der Unterstützung der westlichen Alliierten rechnen und ihre diplomatische Tätigkeit und Propagandaarbeit zumindest bis 1943 aufrechterhalten konnte. Aufgrund der komplizierten Kriegslage waren polnisch-tschechoslowakische Gespräche möglich, völlig undenkbar erschien jedoch ein diesbezüglicher polnisch-ungarischer oder polnisch-rumänischer Meinungsaustausch. Von polnischer Seite vertraute man darauf, dass mit Kriegsende auch diese Gespräche beginnen könnten. Dagegen brachten die polnisch-litauischen Gespräche nicht die erwarteten Ergebnisse.

Das schwierigste Problem, das sich in diesem Zusammenhang ergab, bildeten zweifellos die Zukunft Deutschlands und sein Status in einem künftigen Europa. Hier schwankten die Ansichten zwischen dem Entzug der Staatsbürgerschaft für alle Deutschen innerhalb einer zukünftigen

mitteleuropäischen Föderation auf der einen Seite und ihrer Umerziehung sowie Demokratisierung und Eingliederung einer solchermaßen gewandelten Nation in die europäische Gemeinschaft auf der anderen Seite. Was letztgenannten Vorschlag anbelangt, gingen dessen Befürworter davon aus, dass dieser Wandlungsprozess sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Schon allein deshalb wurde in der Nachkriegszeit auch so heftig auf jeden Versuch reagiert, Deutschlands Stellung zu stärken.

In sämtlichen Konzeptionen einer mitteleuropäischen Föderation wurde betont, dass sie freundschaftliche Beziehungen zu den Alliierten, insbesondere zu Großbritannien und den USA, unterhalten müsse. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, als sich die Notwendigkeit ergab, die polnische Politik hinsichtlich der UdSSR mit dem Standpunkt der wichtigsten Alliierten abzustimmen, wurde in offiziellen diplomatischen Stellungnahmen immer wieder unterstrichen, dass sich die künftige Föderation nicht gegen die Sowjetunion richte; doch inoffiziell war allen Beteiligten weiterhin bewusst, dass ihr Ziel die Errichtung eines starken Staatenblocks zwischen Deutschland und der UdSSR war. Daher lag es auch im Interesse der Sowjetunion, wenn eine Gruppe polnischer Kommunisten sie unterstützte, die sich durch unbedingte Loyalität auszeichneten und für die das Programm eines neuen Europa das Programm einer allgemeinen Revolution war.

Es ist schwierig, den Grad der gesellschaftlichen Zustimmung für einzelne Konzepte zu messen, die doch immer erst unter dem Einfluss von internationalen Ereignissen hervorgerufen wurden und Gestalt annahmen. Wie es scheint, waren es zumeist elitäre Ideen, die sich erst allmählich den Weg in breitere Bevölkerungsschichten bahnten, die schließlich genügend mit Kriegs- und Alltagssorgen zu tun hatten.

Nach dem Krieg bestanden keinerlei Chancen mehr, die oben skizzierten Pläne für eine Integration Ostmitteleuropas und ganz Europas zu verwirklichen. Doch gab es weiterhin eine Gruppe von Personen, die sich nachhaltig für diese Initiativen einsetzte, von denen die meisten eine Fortsetzung fanden. Bis Ende der vierziger Jahre, als das *National Committee for Free Europe* (NCFE) entstand, waren z.B. die noch zu Kriegszeiten gegründeten Föderalen Klubs tätig, in denen sich Vertreter der mitteleuropäischen Völker zusammenfanden. Die Existenz des NCFE bot die Möglichkeit, erneut wesentliche Lösungen der mitteleuropäischen Föderation aufzugreifen, wovon auch bereitwillig Gebrauch gemacht wurde. So entstanden der Bund der Polnischen Föderalisten, die Christlich-Demokratische Union Mitteleuropas und 1954 sogar das Surrogat eines mitteleuropäischen Parlaments, die *Assembly of Captive European Nations*. Diejenigen Polen, die während des Zweiten Weltkrieges föderalistische Initiativen unterstützt hatten, griffen auch ab 1947 neue Initiativen zur europäischen

Einigung auf. Józef Retinger gründete die Europäische Bewegung; Edward Raczyński beteiligte sich an den Arbeiten einer Sonderkommission des Europarates und arbeitete mit einer Reihe von europäischen Institutionen wie dem *Collège d'Europe* in Brügge zusammen. Unter den Nachkriegsbedingungen war es das grundsätzliche Ziel dieser Aktivitäten, an die Existenz Ostmitteleuropas zu gemahnen, das sich im sowjetischen Einflussbereich befand. Man erinnerte daran, dass die Integration des Kontinents ohne die Befreiung Ostmitteleuropas, eines Bestandteils des europäischen Kulturkreises, nicht möglich sei.

Archivrecherchen für diesen Beitrag erfolgten u.a. im Warschauer Archiv für Neue Akten [*Archiwum Akt Nowych*], im Polnischen Institut und General-Władysław-Sikorski-Museum [*Instytut Polski i Muzeum im. gen. Władysława Sikorskiego*] in London, im *Polish Institute of Arts and Sciences in America* und im Józef-Piłsudski-Institut [*Instytut Józefa Piłsudskiego*] in New York, in der *New York Public Library* und in den *Hoover Institution-Archives*.

Bibliographie:

Veröffentliche Quellen:

Československo-polská jednání o vytvoření konfederace 1939-1945 [Tschechoslowakisch-polnische Verhandlungen über die Bildung einer Konföderation 1939-1945], hg. v. IVAN ŠTOVIČEK/ JAROSLAV VALENTA, Bde. 1-4, Praha 1994.

Documents on the History of European Integration, hg. v. WALTER LIPGENS, Bde. 1-4, Berlin, New York 1985-1991.

Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej [Protokolle der Ministerratssitzungen der Polnischen Republik], hg. v. MARIAN ZGÓRNIAK, Bde. 1-5, Kraków 1994-2001.

Wizje Polski. Programy polityczne lat wojny i okupacji 1939-1944 [Polnische Visionen. Politische Programme der Kriegs- und Okkupationszeit 1939-1944], hg. v. KAZIMIERZ PRZYBYSZ, Warszawa 1992.

Forschungsliteratur:

Federalizm – teorie i koncepcje [Föderalismus. Theorien und Konzeptionen], hg. v. WIESŁAW BOKAJŁO, Wrocław 1998.

FERTACZ, SŁAWOMIR, Polska myśl słowiańska w okresie drugiej wojny światowej [Der polnische slawische Gedanke im Zweiten Weltkrieg], Katowice 2000.

FRISZKE, ANDRZEJ, O kształt niepodległej [Die Gestalt der unabhängigen Republik Polen], Warszawa 1989.

GROSS, FELIKS, Crossroads of Two Continents. A Democratic Federation of East-Central Europe, New York 1945.

GROSS, FELIKS, Federacje i konfederacje europejskie. Rodowód i wizje [Europäische Föderationen und Konföderationen. Ursprünge und Visionen], Warszawa 1994.

GRYGAJTIS, KRZYSZTOF, Polskie idee federacyjne i ich realizacja w XIX i XX wieku [Polnische Föderationsideen und ihre Verwirklichung im 19. und 20. Jahrhundert], Częstochowa 2001.

Historia dyplomacji polskiej [Geschichte der polnischen Diplomatie], hg. v. WALDEMAR MICHOWICZ, Bd. 5: 1939-1945, Warszawa 1999.

KISIELEWSKI, TADEUSZ, Federacja środkowoeuropejska. Pertraktacje polsko-czechosłowackie 1939-1943 [Die mitteleuropäische Föderation. Polnisch-tschechoslowakische Verhandlungen 1939-1943], Warszawa 1991.

Ku zjednoczonej Europie. Studia nad Europą środkową i południowo-wschodnią w XIX i XX wieku [Auf dem Weg zum vereinten Europa. Studien zu Mittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert], hg. v. IRENA STAWOWY-KAWKA/ WOJCIECH ROJEK, Kraków 1997.

ŁAPTOS, JÓZEF, Projekty organizacji państw Europy Środkowo-Wschodniej 1942-1950. Analizaporównawcza [Projekte zur Organisierung der Staaten Ostmitteleuropas 1942-1950], in: Prace Komisji Środkowoeuropejskiej [Arbeiten der Mitteleuropäischen Kommission] 3, 1995, S. 107-122.

O nowy kształt Europy. XX-wieczne koncepcje federalistyczne w Europie Środkowo-Wschodniej i ich implikacje dla dyskusji o przyszłości Europy [Die Neugestaltung Europas. Föderalistische Konzeptionen im Ostmitteleuropa des 20. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Debatte über die Zukunft Europas], hg. v. JERZY KŁOCZOWSKI/ SŁAWOMIR ŁUKASIEWICZ, Lublin 2003.

PASIERB, BRONISŁAW, Polska myśl polityczna okresu II wojny światowej wobec Niemiec [Das polnische politische Denken über Deutschland zur Zeit des Zweiten Weltkrieges], Poznań 1990.

PASIERB, BRONISŁAW, Polskie prace przygotowawcze do Traktatu Pokojowego z Niemcami 1916-1948. Instytucje – ludzie – problemy [Polens Vorbereitung auf den Friedensvertrag mit Deutschland 1916-1948. Institutionen, Menschen, Probleme], Wrocław 1996.

PONCZEK, EUGENIUSZ, Polska myśl o pokoju w latach drugiej wojny światowej (1939-1945) [Der polnische Friedensgedanke im Zweiten Weltkrieg (1939-1945)], Łódź 1999.

PRZYBYSZ, KAZIMIERZ, Polska myśl polityczna 1939-1945. Zarys problematyki [Das polnische politische Denken 1939-1945. Ein Problemüberblick], Warszawa 2000.

WANDYCZ, PIOTR S., Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers 1940-43, Bloomington (Ind.) 1956.

WOLAŃSKI, MARIAN, Europa Środkowo-Wschodnia w myśli politycznej emigracji polskiej 1945-1975 [Ostmitteleuropa im politischen Denken der polnischen Emigration 1945-1975], Wrocław 1996.

Aus dem Polnischen von Jan Obermeier und Jürgen Hensel

JOSÉ M. FARALDO / PAULINA GULIŃSKA-JURGIEL /
CHRISTIAN DOMNITZ

EUROPAS PLATZ IM SOZIALISTISCHEN POLEN

Polen rückt nach Osten.

Das Ende des Krieges und der Anfang der Teilung Europas
(José M. Faraldo)

Die Geschichte Nachkriegspolens begann in Moskau. Zaudernd wurden dort die ersten Leitlinien für die kommenden vierzig Jahre des polnischen Staates festgelegt und Pläne für die Nachkriegszeit vorbereitet. Eine Handvoll polnischer Kommunisten, die der Verfolgung durch Hitler und den stalinistischen Säuberungen hatten entkommen können, suchte verzweifelt einen Platz an der Sonne. Ihre Welt war mit dem stalinistischen Terror und der deutsch-sowjetischen Besatzung verschwunden. Die Utopie des Kampfes für ein kommunistisches Polen war bereits gescheitert, als Hitler und Stalin das Land untereinander aufgeteilt hatten. Das Vaterland der Arbeiterklasse bot den Exilanten jedoch zu wenig Raum, um sie als Polen oder polnische Juden leben zu lassen. Kein Heim, kein Ideal – Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht waren alles, was den polnischen Kommunisten geblieben war. Sie übten Verzicht auf die eigene vertraute Umwelt und tauchten in die sowjetische Wirklichkeit ein.

Darauf folgte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, die sich plötzlich im Krieg mit Deutschland befand. Polen wurde blitzartig zu einem eher unbequemen Verbündeten, der auf der Karte Europas erneut auftauchen durfte. Jetzt konnten die Exilkommunisten das Wort Polen wieder aussprechen, jetzt konnten sie sogar die demokratische Londoner Exilregierung als die eigene betrachten, wenn auch nur für kurze Zeit und mit dem Vorbehalt, dass sie politisch feindlich war. Die Emigranten vermuteten, dass ihre Stunde geschlagen hatte und versuchten, in Moskau eine Zukunft für ihr wiedererstehendes Vaterland zu finden. Allerdings eine Zukunft, die den Wünschen Stalins entsprechen sollte.

Es war selbstverständlich, dass das neue Polen auch in einem neuen Europa entstehen würde. Die Slogans „neues Polen“ und „neues Europa“ wiederholten sich in der kommunistischen Publizistik jener Zeit in einer

Form, die den Diskursen der polnischen Exilanten in Westen ähnlich war. Freilich gab es Unterschiede, die Propaganda Moskaus war von Anfang an gegen regionale Zusammenschlüsse wie die polnisch-tschechoslowakische Konföderation, die die Londoner Regierung verhandelt hatte. Aber ein ähnliches Pathos des Neuanfangs prägte alle zeitgenössischen Diskurse.

So war es zum Beispiel in den Überlegungen zum „Platz Polens in Europa“, die der kommunistische Aktivist Alfred Lampe kurz vor seinem Tod 1943 niedergeschrieben hatte und die 1944 in Moskau veröffentlicht worden waren. Lampe war ein moskautreuer „Patriot“, ein Mitglied des von polnischen Kommunisten im sowjetischen Exil gegründeten „Verbandes der polnischen Patrioten“. Seine Suche nach einer Verortung des Landes auf dem Kontinent war nicht untypisch für die europäischen Exilanten während des Zweiten Weltkrieges, wo auch immer sie sich gerade befanden. Die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges veranlasste viele von ihnen zur Kritik an der internationalen Politik der vergangenen Jahre und zur Definition eines neuen Systems kollektiver Sicherheit in Europa. Pläne wurden entworfen in den besetzten Ländern, im Untergrund, sogar in Konzentrationslagern, deren Insassen eine Widerspiegelung Europas im Kleinen verkörperten.

Selbstverständlich wurden auch im Exil Pläne konzipiert. Die in Westeuropa verbliebenen Exilanten und Widerstandskämpfer sahen den Nationalstaat als problematisch an und suchten die Lösung in „Europa“. Diejenigen osteuropäischen Exilanten, die zurück in ihre jeweilige Heimat kamen, suchten jedoch in der Stärkung der Nation die Lösung jener Probleme, die der Zweite Weltkrieg ausgelöst hatte. Die kommunistischen Politikmigranten waren hier keine Ausnahme. Weil die Kommunisten, die den Krieg im Land überlebt hatten, noch betonter nationalistische Züge als die Rückkehrer zeigten, war Polen fortan nur noch als Nationalstaat zu denken.

Dies war auch ein Ergebnis des Krieges, nach dessen Ende Polen zum Subjekt gewaltiger Umwälzungen wurde. Sowjetische Truppen brachten eine neue Macht, Grenzen wurden verschoben. Die neuen Herrscher in Polen kontrollierten nach und nach den Staat. In großem Umfang wurden nationale Säuberungsaktionen durchgeführt; Migrationsprozesse waren die Folge. Auf diese Weise begann sich eine neue gesellschaftliche und ökonomische Ordnung herauszubilden, die ein neues nationales Projekt darstellte. Der Krieg hatte dazu geführt, dass der Staat zunehmend in das Wirtschaftsleben eingriff. Dies galt nicht nur für die von der Roten Armee befreiten Länder, sondern auch für Großbritannien und Frankreich. Deshalb wurde das Konzept der Demokratie, zumindest was die unmittelbare Nachkriegszeit betrifft, mit dem Sozialismus und einem starken Staat verbunden.

Der wirtschaftliche Aufbau und die materielle Wiederherstellung des Landes standen im Kontext einer neuen Vision von der Zukunft Polens.

Auch die Geschichte erfuhr eine neue Interpretation. Das sowjetische Modell schien für die meisten Kommunisten die adäquate Form zu sein, die Rückständigkeit ihres Landes zu beheben. Die Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse wurden mit der Stärkung der Nation verknüpft. Es sollte ein militärisch starker und ethnisch homogener Staat entstehen. Überraschend war die bewusst nationalisierende Rolle, die die kommunistische Partei spielte. Unabhängig von ihrer gelegentlich internationalistischen Rhetorik entwickelte sie einen nationalen Diskurs, der manchmal direkte Verbindungen zur extremen Rechten vor 1945 hatte, der aber auf jeden Fall ein Bild der nationalen Gemeinschaft reflektierte, das nicht über den integralen Nationalismus des 19. Jahrhunderts hinausging.

In dieser streng nationalen Weltsicht gab es kaum Raum für föderalistische Europagedanken. Stur und fanatisch wiederholten neue Politiker wie etwa der Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR), Władysław Gomułka, Parolen von der Einheit des Volkes und der Unabhängigkeit der Nation. Europa wurde nicht wahrgenommen oder verschwand in einem Nebel von geostrategischen Referenzen und Vorschlägen für kollektive Sicherheit. Sehr überzeugend wusste der Soziologe und Anhänger der Bauernpartei Józef Chałasiński schon 1946 die Europavorstellungen der polnischen „Marxisten“ zu charakterisieren: „Sie denken in technologisch-wirtschaftlichen Kategorien und sehen in Europa als eigenständige Frage überhaupt kein Problem“. Sogar sowjetische Formen eines leninistischen Föderalismus wurden für Polen als unangebracht betrachtet. Minderheiten stand man keine regionale Autonomie zu, sondern zwang ihnen Ausgrenzung, Aussiedlung und Assimilierung auf. Für Ostmitteleuropa wurden keine größeren Bündnisse erwogen, keine Föderationen, sondern eine aggressive Haltung gegenüber Deutschland und „dem Westen“, begleitet von der servilen Bindung an die Sowjetunion.

Es blieb tatsächlich nicht viel Raum für Europa übrig. Doch wer hätte über Europa sprechen können? Ein Großteil der intellektuellen Elite Polens war verschwunden, ermordet von den Nationalsozialisten und den Sowjets. Die wenigen „Paneuropäer“ aus der Vorkriegszeit waren im Krieg gestorben – wie zum Beispiel der Politiker Hipolit Gliwic – oder sie blieben im Exil zurück wie Józef Retinger, ein polnischer Politiker, der eine aktive Rolle im westeuropäischen Einigungsprozess spielte. Die neuen Eliten, die sich langsam formierten, hatten keine Erfahrung mit Europa oder nur eine, die an die Kriegserfahrung geknüpft war.

Allerdings bewegte sich Polen noch bis 1948 in den Kreisen gesamt-europäischer Europavorstellungen. Auch in Westeuropa hatte nach dem Sieg über den Nationalsozialismus die Bereitschaft der Politiker zur freiwilligen Einigung Europas zunächst abgenommen. Innerhalb Polens wurden die Europadebatten in der noch halbfreien Presse geführt, politische und

literarische Zeitschriften wie *Odrodzenie* (Auferstehung) und *Świat i Polska* (Die Welt und Polen) boten Diskussionsforen für unterschiedliche Ideen. Diese waren freilich von einer starken Skepsis gegenüber kollektiven Lösungen und Souveränitätseinbußen geprägt, was schon in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts für Polen typisch gewesen war. So wurden die reaktivierte Paneuropabewegung und die Appelle Winston Churchills zur Einheit Europas als „antieuropäische Konzeptionen“ beschrieben und die westeuropäischen „Föderalen Klubs für Mitteleuropa“, eine Organisation emigrierter Anhänger einer mitteleuropäischen Föderation, sogar als „faschistisch“ diffamiert.

Die spezifisch kommunistische Färbung dieser Skepsis war von der Abhängigkeit der Herrschenden von der Sowjetunion bestimmt. Alle Entwürfe für eine europäische Einigung wurden als gefährlich für die sowjetische Hegemonie eingestuft, und man beurteilte sie als Versuche, eine neue Großmacht zwischen den USA und der UdSSR zu bilden. Anfangs wurde dieses neue Großmachtstreben in einer neuen hegemonialen Politik des verfallenen britischen Empire gesehen. Erst während der Auseinandersetzungen um den Marshallplan wurde das Bild der Vereinigten Staaten als neuer Kolonialmacht, die Europa versklaven will, zementiert.

Andere politische Kräfte, die im Land noch nicht verboten waren, entwickelten eigene Blicke auf Europa. So zum Beispiel die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS), die an den Treffen der mitteleuropäischen sozialistischen Parteien 1946 in Prag und 1948 in Wien teilnahm. Diese Treffen, die erst nach der Zusammenlegung von kommunistischen und sozialistischen Parteien in den Volksdemokratien beendet waren, entwickelten sich zu Foren für Ideen regionaler Kooperation und Integration, auf denen auch ein auf Europa bezogenes Vokabular präsent war. Nicht zu vergessen ist, dass die emigrierte PPS sich während des Krieges für „die Vereinigten Staaten von Europa“ ausgesprochen hatte. Zurück im Land, war sich die PPS jedoch der neuen geostrategischen Lage sehr bewusst. Ab jetzt würde man keine Bewegung in der Europapolitik ohne die Zustimmung der Sowjetunion machen können. Das führte zum Versuch, ein Gleichgewicht zwischen den Forderungen nach mitteleuropäischer Kooperation und der Anerkennung der sowjetischen Interessen zu wahren.

Die Idee eines christlichen Europa wurde in katholischen Kreisen propagiert. In Zeitschriften wie *Tygodnik Powszechny* (Allgemeine Wochenzeitung), *Tygodnik Warszawski* (Warschauer Wochenzeitung) und *Odnowa* (Erneuerung) wurden von katholischen Publizisten wie Jerzy Turowicz erste Überlegungen zur christlichen Einheit Europas veröffentlicht. Diese Publizisten spielten in der Folgezeit eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen um Europa.

Im Ausland entwickelten die Exilpolen eine Reihe von Europavorstellungen. Die übersichtliche Zahl politisch aktiver Emigranten war sehr zerstritten. Viele Parteien, Bewegungen und Gesellschaften versuchten, von außen Einfluss auf das Land auszuüben, was in den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts kaum gelang. Im beginnenden Kalten Krieg waren sie für die europäische Öffentlichkeit und für manche westlichen Regierungen nicht bedeutungslos. Die meisten politischen Kräfte des Exils teilten die Ziele des polnischen „Föderalismus“, der unterschiedliche Konzepte regionaler Föderationen entwarf, die eventuell einer größeren Formation hätten beitreten können. Die Londoner Exilregierung war während der vierziger und fünfziger Jahre bemüht, diese Vorstellungen zu unterstützen. Das wichtigste Föderationskonzept war wahrscheinlich das *Intermarium* (*Międzymorze*), das seine Wurzeln in der Zwischenkriegszeit hatte. Das Bild einer Union Polens mit seinen Nachbarstaaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer wurde populär, weil es Schutz vor einer sowjetischen bzw. deutschen Bedrohung zu bieten schien. Ein anderes Konzept einer stufenweisen globalen Föderation entwickelte die Organisation „Unabhängigkeit und Demokratie“ (*Niepodległość i Demokracja*, NiD). Die „NiD“ nahm unter ihrem Gestalter Rowmund Piłsudski an allen föderalistischen Veranstaltungen Europas sehr aktiv teil und blieb bis Mitte der fünfziger Jahre relevant. Allerdings waren ihre Bestrebungen darauf ausgerichtet, die Annäherung des Westens an Deutschland zu boykottieren, da ein Wiedererstarken Deutschlands für Polen als extrem gefährlich galt. Andererseits fand unter den polnischen Nationalisten im Exil wie Jędrzej Giertych eine Auseinandersetzung mit Europa im Sinne eines „Europa der Völker“ statt, dessen östlicher Teil unter der Hegemonie eines vom Kommunismus befreiten Polens stehen sollte. Einige polnische Exilanten wurden sehr wichtig für die europäische Einigung. Sie hatten nicht – wie die meisten Emigranten – für regionale Föderationen argumentiert, sondern plädierten von Anfang an für eine gesamteuropäische Einigung. Insbesondere ist hier der bereits erwähnte Józef Retinger zu würdigen, der den Haager Europakongress von 1948 mit veranstaltet und die Europabewegung mitbegründet hatte.

Bald blockierte die wachsende Stalinisierung Polens jede freie öffentliche Diskussion über Europa. Gleichzeitig begannen der Kalte Krieg und die Spaltung des europäischen Kontinents, was die Integration Europas im Westteil beschleunigte. Der Wille einiger kommunistisch dominierter Regierungen, am Marshallplan teilzunehmen, zeigt, dass die Spaltung nicht unbedingt zwingend war. Der Plan für den Wiederaufbau Europas zwang jedoch die europäischen Volkswirtschaften zur Zusammenarbeit und zur Koordinierung, was nicht nur die sowjetische politische Hegemonie bedrohte, sondern auch den ökonomischen Umbau der ostmitteleuropäischen

Länder nach sowjetischem Muster zunichte gemacht hätte. Dem sowjetischen Druck folgend brachen Polen und die Tschechoslowakei die Gespräche über den Marshallplan ab. In der Folgezeit begann in der Presse der sozialistischen Länder eine Hetzkampagne gegen das Projekt, deren Hauptargument auf der bedrohten nationalen Souveränität beruhte und die damit dem verstärkten nationalen Diskurs der Kommunisten entsprach.

Auf der Konferenz von Schreiberhau (Szklarska Poręba) in den neuen polnischen Westgebieten im Jahre 1948 diskutierten neun europäische kommunistische Parteien unter der Ägide der KPdSU ihre kommenden Aufgaben in Europa. Die „freiwillige Zusammenarbeit“ der Volksdemokratien wurde einer versuchten „Kolonisierung“ Europas seitens der amerikanischen Großmacht entgegengesetzt. Wie der Marshallplan gezeigt habe, sei die westeuropäische Annäherung an die Vereinigten Staaten mit einem Verzicht auf Souveränität verbunden gewesen. Das Argument der nationalen Souveränität fungierte als eine Art Joker, der später gegen den westeuropäischen Einigungsprozess ausgespielt werden konnte.

In der Hochphase des Stalinismus trieb man die Homogenisierung aller Lebensbereiche und die unkritische Übernahme des sowjetischen Modells voran. Für die Europapolitik bedeutete das eine Ablehnung aller Integrationsinitiativen. Neben dieser antieuropäischen Rhetorik wurde in der Presse zugleich die Zugehörigkeit zu Gesamteuropa betont und gegen die Monopolisierung des Europabegriffes seitens der Westeuropäer gekämpft. Europa war für die Kommunisten ein Faktum, und obwohl diese nicht bereit waren, Integrationsinitiativen zu fördern oder gar zu verstehen, mussten sie auf die entstehende europäische Einheit reagieren.

Den Widerstand gegen die Monopolisierung Europas durch den Westen mobilisierte man mit der Bildung verschiedener Mythen rund um die westeuropäischen Einigungsbestrebungen. Die in diesen Jahren geschaffenen Mythen lebten sehr lange, und an einige von ihnen knüpfen antieuropäische Diskurse im heutigen Polen an. So wurde die Einigung Europas als Erscheinung eines neuen deutschen Imperialismus und als Kapitulation gegenüber dem zuerst britischen bzw. später dann amerikanischen Imperialismus dargestellt. Auch schrieb man dem östlichen Europa im Gegensatz zum Westen, der als fremd, dekadent und überheblich betrachtet wurde, eine gewisse Gemeinsamkeit zu. Hierzu bemühte man die „slawophile Bewegung“. Dieser Entwurf, der besonders an die gemeinsamen slawischen Wurzeln appellierte, sollte nun in einem sowjetischen Sinn umgedeutet werden. Dieser Entwurf erwies sich jedoch bald als unzureichend, weil nicht nur slawische Nationen Teil des Ostblocks waren, vor allem aber, weil Jugoslawien dem großen „slawischen Bruder“ die Stirn geboten hatte. So entstand mit der Zeit das Konzept einer „sozialistischen Gemeinschaft“ als eine Art Ersatzeuropa.

Die slawophile Bewegung zeigt, dass es auch Grundlagen für andere denkbare Diskurse gab. So nahm die Propaganda tagespolitische Themen zum Anlass, um über Europa zu reflektieren. Als bestes Beispiel kann das Bild eines revolutionären Europa gelten, das man anlässlich des hundertsten Jahrestages der Revolution von 1848 bemühte. In Vorträgen, Ausstellungen und Büchern wurde die Idee einer flächendeckenden europäischen Revolution dargestellt, die die Namen von nationalen Revolutionshelden in anderen Ländern Europas bekannt gemacht hatte. Dies war ein deutlicher Versuch, Vorstellungen Europas zu entwickeln, die dem Marxismus-Leninismus mehr entsprechen sollten, als es die föderalistischen Ideen taten. Eine ähnliche Rolle spielte die kommunistisch dominierte pazifistische Bewegung. Bei Veranstaltungen wie beispielsweise auf dem Kongress der Intellektuellen für den Frieden, der 1948 in Breslau stattfand, erfolgten Plädoyers für die Verteidigung der „europäischen Kultur“ gegen die „kulturelle Aggression der Amerikaner“, was eine implizite Anerkennung Europas als kulturelle Einheit bedeutete. Allerdings wurden diese neuen Perspektiven auf Europa nicht weiter verfolgt und blieben nur als Fragmente eines kommunistischen Europagedankens stehen.

Die Teilung Europas trat nach 1948 offen zutage. Grenzen trennten fortan, Spontaneität, freie Entscheidung und Reisen wurden erschwert. Offizielle Einrichtungen zentralisierten alle Kontakte mit dem Ausland und versuchten, diese auch propagandistisch zu nutzen. Ein Beispiel dafür ist das Komitee für kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland (*Komitet Współpracy Kulturalnej Zagranicą*, KWKZ), eine Organisation, die zwischen 1950 und 1956 für kulturelle Auslandskontakte zuständig war. Diese typisch stalinistische Erfindung beschäftigte sich unter anderem in sehr bürokratischer und ineffizienter Weise mit der Organisation von Reisen ausländischer Besuchergruppen nach Polen.

Die Berichte des KWKZ über die Gäste zeigen, inwieweit vorhandene nationale Stereotype und ideologische Verwirrungen die Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten der innereuropäischen Grenze belasteten. Mit der zunehmenden Integration im Westen (Marshallplan ab 1948 und NATO ab 1949) wuchs die Notwendigkeit einer besseren Organisation des östlichen politischen Raums, die teilweise eine Antwort auf den Westen darstellte. Der Warschauer Pakt lieferte ab dem 14. Mai 1955 den beteiligten östlichen Staaten einen militärischen Handlungsrahmen. Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), der am 25. Januar 1949 gegründet worden war, galt als wirtschaftliche Alternative zum Marshallplan. Er versuchte – jedoch weniger effizient – als Alternative zum als verdorben angesehenen westlichen Kapitalismus zu fungieren. Allerdings war die kommunistische Führung in Polen nicht wirklich daran interessiert, den Prozess der Einheit der sozialistischen Staaten voranzutreiben, nicht zu-

letz, weil die Souveränität bereits von sowjetischer Seite begrenzt war und eine echte Integration die vorhandenen Handlungsspielräume weiter eingeschränkt hätte.

Die Entstalinisierung nach 1956 verursachte eine Wende, auch in der Europawahrnehmung. Symbol eines neuen, offenen Umgangs mit Europa waren die Feuilletons „Briefe an Frau Z.“, die Kazimierz Brandys in der Wochenzeitung *Nowa Kultura* (Neue Kultur) ab 1957 veröffentlichte und die er teilweise auch in Radiosendungen vorlas. Brandys, ein bekannter Schriftsteller und Kommunist, der nach und nach zum Dissidenten geworden war, beschrieb in vielen dieser „Briefe“ seine Erfahrungen in Westeuropa in einer humorvollen und skeptischen Weise. Die Dämonisierung des Westens war damit beendet oder relativiert, und eine positivere Betrachtung wurde ermöglicht. Die von den Polen gefühlte Verbundenheit mit der europäischen Kultur konnte sich jetzt entfalten. Kulturelle Einflüsse und Moden erreichten Polen, die vor allem von der polnischen Jugend begeistert aufgenommen wurden; insbesondere Jazz, Beat und Rhythm'n' Blues erfuhren eine spezifisch polnische Prägung und erreichten ein Niveau, das seinesgleichen in Europa suchte. Dies war kein Zufall, sondern eine Konsequenz dieser neuen Kommunikationsströme und einer relativen Liberalität der autoritären Macht. In dieser Hinsicht wurde eine gewisse „Amerikanisierung“ der Kultur gleichzeitig zu einem Muster von Europäisierung.

Die Periode des „Taufwitters“ begann kurz vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 1957. Die Wahrnehmung dieses ersten entscheidenden Schrittes der europäischen Einigung war allerdings negativ, und dies nicht nur in den offiziellen Medien. Die verpönte Bezeichnung von „Kleineuropa“ – eigentlich ein westeuropäischer Begriff – machte offiziell und inoffiziell die Runde, selbst in der Exilpresse. Nicht zu vergessen ist, dass die Europäische Gemeinschaft auch im Westen heftige Kritik einstecken musste. Die Argumente der Kritik waren in Ost und West oft die gleichen. Das westdeutsche Übergewicht innerhalb der Gemeinschaft wertete man als Rückkehr des deutschen Imperialismus, die Einheit Europas als Triumph der amerikanischen Herrschaft. Auch wurde beklagt, die wenigen Länder, die die Verträge unterschrieben hatten, repräsentierten nicht das ganze Europa. Dieses letzte Argument zeigt, dass sich die Polen immer noch als Teil eines größeren Europa fühlten.

Zwischen Sicherheitspolitik und kultureller Zugehörigkeit: Die sechziger und siebziger Jahre (Paulina Gulińska-Jurgiel)

Anfang der sechziger Jahre bildete der Eiserne Vorhang auf dem europäischen Kontinent eine feste Größe. Zwischen den beiden Supermächten – den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – und somit auch zwischen den beiden konkurrierenden politischen Systemen dauerte das Ringen um die Oberhand im europäischen Wettbewerb an. Obwohl in der geopolitischen Konfrontation eindeutig Aspekte wie etwa das atomare Wettrüsten oder aber der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China von grundlegender Bedeutung waren, wurden sie im offiziellen kommunistischen Diskurs konsequent verschwiegen. Ausgeblendet wurde auch ein nicht weniger wichtiges Element, nämlich die Mangelwirtschaft im Ostblock, die in den sechziger und siebziger Jahren von westlichen Transferleistungen abhängig war. Die Propaganda seitens der kommunistischen Parteien stellte die Situation jedoch völlig anders dar und versuchte, ein positives Bild von den Verhältnissen im Ostblock zu zeichnen. Dazu gehörte für die Volksrepublik Polen, sich als ein engagiertes Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft von Bruderstaaten darzustellen.

Die Ablehnung des westeuropäischen Integrationsprozesses diente der polnischen Parteipropaganda dazu, sich als ein Land zu präsentieren, das aktiv für die Stärkung von Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent eintrete. Als besonderer Vorteil wurde dabei wahr genommen, dass Polen – seit Jahrhunderten ein durch die zwei Großmächte Deutschland und Russland bedrohtes Land – nun aus der starken Position eines Verbündeten der Sowjetunion das Wort ergreifen konnte, um für die Stabilisierung der europäischen Lage zu plädieren. Dementsprechend tauchte „Europa“ in der polnischen kommunistischen Tageszeitung *Trybuna Ludu* (Tribüne des Volkes) als ein bedrohtes Wesen auf, dessen erwünschte friedliche Existenz nur die östlichen Staaten garantieren könnten. Die vermeintliche Hilfsbedürftigkeit spiegelte sich in standardisierten Wortverbindungen wider. So war die Rede von „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, es wurden Maßnahmen „zur Normalisierung der Lage in Europa“ getroffen, man debattierte über die „friedliche Zukunft Europas“. Eine gezielt betriebene Pressekampagne sollte den Eindruck einer dynamischen öffentlichen Debatte erwecken. Als Leitmotive wiederholten sich Übernahmen aus der sowjetischen Tageszeitung *Prawda* (Wahrheit), in der die europäische Thematik mit großer Redundanz ausgebreitet wurde. Ein interessantes Beispiel ist der *Prawda*-Artikel „Überlegungen zur Sicherheit des großen Europa“ aus dem Jahre 1965, in dem außer den schon genannten Aspekten die von Generalsekretär Michail Gorbatschow zwanzig Jahre später bemühte Metapher des

„gemeinsamen europäischen Hauses“ vorgebracht wurde, das von drängenden Problemen erfüllt sei. Die Bewohner dieses Hauses sollten des vermeintlichen „Lebens auf dem Vulkan“ überdrüssig sein. Als Lösung bot sich die europäische Sicherheit an. Auf den ersten Blick könnte verwundern, dass in demselben Text die Worte des britischen Premierministers Anthony Eden aus dem Jahre 1936 – „das allerletzte, was ich sehen möchte, ist die Teilung der Staaten in Lager“ – erwähnt sind. Der historische Kontext verdeutlicht den Zusammenhang: In den sechziger Jahren wurde seitens des Ostblocks der nach dem polnischen Außenminister benannte Rapacki-Plan entwickelt. Dieser schlug 1957 auf der UNO-Vollversammlung vor, auf Atomwaffen zu verzichten und Mitteleuropa zu entmilitarisieren. Einen ähnlichen Vorschlag hatte Anthony Eden bereits drei Jahre zuvor gemacht. Beide Pläne scheiterten, jedoch wurde der Rapacki-Plan im sowjetischen und insbesondere im polnischen Sicherheitsdiskurs als Ursprung des friedlichen Engagements verinnerlicht.

Alle späteren Aufrufe für ein sicheres und friedliches Europa bauten darauf auf. Solche Appelle nahmen in den sechziger Jahren stetig zu. Eines der ersten Beispiele dafür war eine Verlautbarung des Politischen Komitees des Warschauer Paktes vom Januar 1965. In diesem Dokument forderten die Staaten des Ostblocks, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen, einen Nichtangriffspakt mit der NATO zu schließen, das „deutsche Problem“ friedlich zu lösen, keinen der deutschen Staaten mit Atomwaffen auszurüsten sowie schließlich auch das gesamte atomare Arsenal zu vernichten. Eine noch eindeutigere Aussage in diesem Sinne folgte ein Jahr später, in Form der „Erklärung zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa“, die in Bukarest am 6. Juli 1966 verabschiedet wurde. Auch der Budapester Appell, welcher am 17. März 1969 von den Vertretern des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Pakts verkündet wurde, sollte diese Bemühungen der ostmitteleuropäischen Staaten betonen.

Die Sicherheit wurde in politischen Diskussionen als ein schlagkräftiges Argument vorgebracht. Dieses funktionierte jedoch erst dann, wenn ein Feind ausgemacht werden konnte, der jene bedrohte. Die reale Bedrohung der Sowjetunion durch China durfte in den jeweiligen staatlichen Parteidiskursen nicht genannt werden, weshalb man nach einem anderen Feind suchte. Der althergebrachte Gegner Deutschland bot sich hier in seiner westdeutschen Variante als passendes Feindbild an. Die verbündete DDR wurde von jeglicher Verantwortung für die Geschichte befreit. In Polen zeichnete sich dabei vor allem Parteichef Władysław Gomułka aus, der ein verbissener Gegner alles Deutschen war. Seine Reden berührten sehr oft das Problem des „westdeutschen Revanchismus und Militarismus“, die Richtlinien der Bonner Regierung wurden als „Saison-Politik“ bezeichnet,

und die Bundesrepublik Deutschland fungierte als „Sturmbock der NATO“. Eine immer noch frische Erinnerung der polnischen Bevölkerung an den Zweiten Weltkrieg verstärkte die Tragfähigkeit dieser Parolen. Hinzu kam ein Propagandaelement, das in allen kommunistischen Ländern gern verwendet wurde, nämlich eine an die vorherrschende politische Taktik angepasste Interpretation der Geschichte. Einen absurden Höhepunkt erreichte sie anlässlich der Tausendjahr-Feiern Polens, als Gomułka auf einer feierlichen Sondersitzung des polnischen Parlaments am 21. Juli 1966 den Widerstand des polnischen Piastengeschlechts gegen die deutschen Feudalherren als den größten Beitrag der Polen zur Geschichte Europas bezeichnete.

Als zweiten großen Feind identifizierte die polnische Propaganda die USA, gegen die der Kampf um das „friedliche Europa“ gerichtet werden sollte. Auch hier wiederholten sich aus der frühen Nachkriegszeit hervorgegangene Muster. Um es mit den Worten von Jerzy Holzer zu fassen: Während die Schuld für alles Böse in der Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland zugeschrieben wurde, galt als der Hauptverantwortliche für alle Probleme in der Gegenwart der atlantische Feind – die USA. Amerika wurde als ein Diversant geschildert, welcher die Hinwendung „Europas zu Europa“ zu bremsen und den Zustand der Unsicherheit auf dem europäischen Kontinent beizubehalten versuchte. Die Betonung der hegemonialen Ansprüche der Vereinigten Staaten bildete jedoch kein spezifisches Merkmal der polnischen Propaganda, sondern passte gut zu der amerikakritischen Stimmung, die zu jener Zeit auch in Westeuropa zu beobachten war. Ein Aspekt der Amerika-Kritik konnte jedoch als spezifisches Merkmal der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) sowie der verbündeten Parteien im Ostblock betrachtet werden, nämlich die Haltung zu dem vom US-amerikanischen *National Committee for a Free Europe* begründeten und seit 1950 von München aus sendenden *Radio Free Europe* (RFE). Die Kommunisten kritisierten es heftig, weil dessen Sendungen ihren offiziellen Alleinvertretungsanspruch auf die Wahrheit in Frage stellten. In der Propagandasprache der Zeit präsentierte man RFE – mit dem Direktor der polnischen Sektion, Jan Nowak Jeziorański, an der Spitze – als ein Medium, das durch amerikanische Kapitalisten beziehungsweise Verschwörer geleitet werde.

Aus ähnlichen Gründen richtete sich die kommunistische Propaganda gegen ein anderes Emigrantenmedium – die Pariser Zeitschrift *Kultura* (Kultur). In der schon erwähnten Festrede Gomułkas vom Juli 1966 wurden die Thesen des Londoner Korrespondenten der Zeitschrift, Juliusz Mieroszewski, der eine „Europäisierung“ der Sowjetunion von Polen aus forderte, heftig angegriffen. Die von ihm vorgeschlagene Lösung, das Beschreiten eines Dritten Weges zwischen Kommunismus und Kapitalismus wurde von Gomułka als ein Angriff auf die Einheit und Stabilität des sowjetischen

Blocks verstanden. Und dies nicht ohne Grund, denn Mieroszewski lehnte eine Gleichsetzung polnischer mit sowjetischen Interessen definitiv ab. Betrachtete man Polen als einen Satellitenstaat der Sowjetunion, so wäre eine solche Auffassung für ihn nachvollziehbar; für einen Staat jedoch, welcher Anspruch auf seine Autarkie erhob, schien sie ihm nicht angebracht. Und gerade ein solches, geistig unabhängiges Land wollte die 1947 gegründete *Kultura* trotz der Herrschaft der Kommunisten in Polen sehen. Die Zeitschrift wurde zwar von polnischen Autoren initiiert (Jerzy Giedroyc, Zygmunt und Zofia Hertz, Gustaw Herling-Grudziński, Józef Czapski), beschränkte sich aber nicht auf die Repräsentation polnischer Interessen, sondern dachte in einem breiteren Kontext. Obwohl sie aus unterschiedlichen Milieus und Gebieten kamen, verfügten sie alle über eine gemeinsame Erfahrungsbasis, von der aus Europa als eine kulturelle Einheit betrachtet wurde. Die Erfahrungen der beiden Kriege lösten nicht die enge Verflechtung der polnischen Kultur und Geschichte mit seinen Nachbarn, hauptsächlich den östlichen. Das Schicksal Polens wurde eindeutig mit jenem von Europa verbunden. Die Botschaft der *Kultura* knüpfte an grundlegende europäische Werte wie Demokratie und Liberalismus an. In der Negation des Kommunismus zielten Giedroyc und seine Verbündeten nicht darauf ab, die politisch-soziale Struktur Vorkriegspolens wieder her zu stellen, wie es die Londoner Emigration gerne gesehen hätte. Ein souveräner Blick auf den Staat, befreit von nationalistischer Rhetorik, und ein mit einem visionären Schwung verbundener politischer Realismus prägten den Charakter der Zeitschrift. Demzufolge wurde das Konzept von Polen als einem Bollwerk des Christentums gegenüber dem Osten (*antemurale christianitatis*) durch jenes von Polen, welches Brücken schlagen sollte, ersetzt.

Solche Brücken wurden Anfang der siebziger Jahre zum ersten Mal in der politischen Realität errichtet. Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 über die „Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ brachte eine neue Qualität in die offizielle europapolitische Debatte. Doch die polnischen Kommunisten wollten ungern ihr Monopol auf friedliche Initiativen in Europa aufgeben. Wenn über Jahrzehnte hinweg die Hallstein-Doktrin mit dem Alleinvertretungsanspruch der BRD für das gesamte deutsche Volk im Ostblock als Hemmschuh für die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen galt, so muss festgestellt werden, dass auch nach dem Beginn der bundesrepublikanischen „Neuen Ostpolitik“ in den Staaten des Warschauer Paktes altbekannte Feindbilder bemüht wurden. Demzufolge wurden die neue Ostpolitik Bonns und die Person Willy Brandts eher mit Distanz als mit Euphorie über den Fortschritt bei der europäischen Sicherheit wahrgenommen. Der führende Publizist der *Try-*

buna Ludu, Karol Małcużyński, schilderte das Abkommen als einen Lackmustest für guten Willen, Realismus und friedliche Koexistenz im Gegensatz zu Nationalismus, Revanchismus und Unversöhnlichkeit, die er immer noch in der Bundesrepublik auszumachen glaubte. Jener Ton blieb bis Mitte der siebziger Jahre, d.h. bis zur Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975, bestehen. Die polnische Propaganda legte Wert darauf, sich als Initiator und aktiven Partner bei der Umgestaltung der europäischen Situation zu präsentieren.

Doch trotz des von der PVAP angestrebten Meinungsmonopols hielten sich in Polen andere Vorstellungen von Europa. So gestaltete sich die *mental map* vieler polnischer Intellektueller in grundsätzlicher Abweichung zu den parteioffiziellen Verlautbarungen. Einen aussagekräftigen Einblick in die oppositionelle Welt gewährt ein Blick auf Krakau, wo sich um die Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny* und um die Monatszeitschriften *Więź* (Bindung) sowie *Znak* (Zeichen) die geistige Elite Polens versammelt hatte. Gerade hier keimte und gedieh unabhängiges Denken, das nicht zuletzt aufgrund der Zusammensetzung der Redaktionen, die noch aus Erfahrungen der Vorkriegszeit schöpften, an die Auffassung vom alten Kontinent als einer Einheit anknüpfte. Die in der ersten Nummer des *Tygodnik Powszechny* vom 24. März 1945 angekündigte „apolitische und parteilose Linie“ der Zeitschrift bezeichnete eine klare Taktik für die darauf folgenden Jahrzehnte, nämlich eine zur kommunistischen Auffassung alternative Wahrnehmung und Darstellung der Realität. Die katholischen Wurzeln des Wochenblattes korrespondierten mit einem christlichen Verständnis des Kontinents. Auch die kulturelle Zugehörigkeit Polens zu Europa wurde nie in Frage gestellt, sie stieß jedoch auf die harte geopolitische Realität. „Europa“ als Begriff war reine Abstraktion, erinnert sich der Redakteur Krzysztof Kozłowski in einem Interview von 2005, wirksam war stattdessen das Bewusstsein eines eigenen, vom Rest der Welt abgekapselten Hofes.

Politische Einschränkungen – etwa in Form einer aufwändigen und undurchsichtigen Prozedur der Ausreisewilligung – erschwerten den direkten Kontakt mit dem Westen. Trotzdem gelang es, wenn auch in einer eher fragmentarischen Form, Informationen aus der „freien Welt“ nach Polen zu transportieren. Im Land verbotene Bücher wurden während der Auslandsreisen gelesen, manche von ihnen kamen – zusammen mit mündlichen Berichten über eine andere Realität – in der Heimat an. Nach der Rückkehr nach Polen wurden sie während der Redaktionssitzungen diskutiert. Während dieser Debatten wurde das westliche Europa idealisiert. Im Zentrum der Aufmerksamkeit des mitteleuropäischen Betrachters, der sich während seiner Reisen ins Ausland meist wie ein „armer Bruder“ fühlte, standen die im eigenen Land unterdrückten Freiheiten, wie ein politischer

Pluralismus oder eine nicht vom Staat kontrollierte Öffentlichkeit. Die intensiven Auseinandersetzungen mit Themen, die in Westeuropa *en vogue* waren, folgten den jeweiligen intellektuellen Bedürfnissen.kehrte man danach jedoch in das eigene Haus zurück, so wurde die strikte politische Trennlinie zwischen den beiden Systemen auch für die Intellektuellen unmissverständlich spürbar. Wie der heutige Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny*, Adam Boniecki, in einem Gespräch im Jahr 2005 feststellte, war das Bewusstsein des „Eisernen Vorhangs“ allgegenwärtig. Die einzige Möglichkeit, die sich anbot, war es, kleine Löcher in diesen Vorhang zu bohren.

Da sich bereits in den sechziger und siebziger Jahren der *Tygodnik Powszechny* als eine Keimzelle unabhängigen Denkens sowohl in Polen als auch im Ausland fest etabliert hatte, besuchten ausländische Gäste oft die Redaktion in der Weichselstraße 12 in Krakau. Durch persönliche Treffen und Korrespondenzen konnte ein Netzwerk aufgebaut werden. Wie und mit welcher Intensität es trotz der ungünstigen Bedingungen zustande kam, beweisen die Kalender des ersten und langjährigen Chefredakteurs der Zeitschrift Jerzy Turowicz (1912-1999). Stichwortartig, jedoch mit höchster Präzision wurden alle Termine eingetragen, die im Nachhinein – eingebunden in einen breiteren zeitgeschichtlichen Rahmen – als Bausteine für die Aufrechterhaltung lebendiger Verbindungen nach Europa gedeutet werden können. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Kontext die deutsche Problematik, die in bewusster Abgrenzung zu den Positionen der kommunistischen Partei behandelt wurde.

Der *Tygodnik Powszechny* fand engagierte Partner für einen solchen aufgeschlossenen Dialog mit der deutschen Seite. Einer von ihnen war die als gesamtdeutsche Organisation gegründete „Aktion Sühnezeichen“, die wegen des Bestehens zweier deutscher Staaten jedoch organisatorisch getrennt agierte. Initiiert wurde sie von Lothar Kreysing auf der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands 1958 und mit einem Schuldbekenntnis sowie der Bereitschaft untermauert, einen Dialog zwischen den Menschen im Geist der Versöhnung und Demut zu führen. Als anderer Gesprächspartner fungierte die internationale katholische Organisation der Friedensbewegung „Pax Christi“, die ihre Arbeit im Geist der Ökumene verstand. Sowohl die Vertreter der „Aktion Sühnezeichen“ (Günther Särchen und Lothar Kreysing) als auch Reinhold Lehmann von „Pax Christi“ waren in der Redaktion des *Tygodnik Powszechny* oft zu Gast und versuchten, die deutsch-polnischen Beziehungen (sowohl zur DDR als auch zur Bundesrepublik) auf der gesellschaftlichen Ebene mit einem neuen Geist zu füllen. Krzysztof Kozłowski begründet in dem schon erwähnten Interview diese aufgeschlossene Haltung gegenüber Deutschland damit, dass ein Weg nach Europa, der versucht hätte, Deutschland zu umgehen, unmöglich

gewesen wäre. Doch waren zu jener Zeit die Rahmenbedingungen für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht günstig. In der Bundesrepublik stießen die Redakteure zwar auf Interesse, jedoch fehlte es an genaueren Kenntnissen über die Situation in Mittel- und Osteuropa. Die offiziell abgesegnete Freundschaft mit der DDR konnte in den Alltagskontakten zwischen den beiden Gesellschaften nicht mit Leben erfüllt werden. Die restriktive ostdeutsche Politik verhinderte die Entstehung einer oppositionellen Szene, die mit der in der Volksrepublik Polen zu vergleichen gewesen wäre. Dementsprechend waren der *Tygodnik Powszechny* und andere Zirkel jahrelang Vorbilder für Kollegen, die auf der anderen Seite der Oder lebten. Trotz der Erschwernisse kämpfte die Redaktion, besonders der Publizist Mieczysław Pszon und der Abgeordnete Stanisław Stomma (Parlamentariergruppe *Znak*), mühsam um die Entdämonisierung Deutschlands. Die Gruppe *Znak* setzte sich ab 1957 im polnischen Sejm auch für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat und für die Religionsfreiheit ein.

Der Entwurf einer vom damaligen *status quo* abweichenden europäischen Landschaft lässt sich gut anhand der konkreten publizistischen Arbeit rekonstruieren. Hier tauchte „Europa“ auf unterschiedlichen, jedoch miteinander verbundenen Ebenen auf: einer historischen, einer zivilisatorischen und einer religiösen. So wurde auf den Seiten des Krakauer Presseorgans oft über europäische Traditionen geschrieben. Anlässlich eines Treffens polnischer und ausländischer Intellektueller in Lublin im Jahr 1961 definierte die Redaktion „Europa“ als Vielfalt und Ideenreichtum, die sich nicht in eine feste Form – sei es ideeller oder aber geopolitischer Art – pressen ließen.

In einer Zeit, als polnische Bürger keinen Einfluss auf die Politik hatten, wurde die historische Publizistik als Ausweichmöglichkeit genutzt. Aus historischen Erfahrungen sollten Orientierungslinien für die gegenwärtige Wirklichkeit abgeleitet werden. Eine solche Strategie verfolgte Antoni Gołubiew (1907-1979) in der Redaktion, der von unterschiedlichen Ansatzpunkten her die Verortung Polens in der geschichtlichen Struktur Europas analysierte. Er plädierte für eine Analyse der polnischen Geschichte vor dem Hintergrund der Entwicklung der europäischen Zivilisation. Als ein Hindernis in der Betrachtung der aktuellen Situation sah er einen geographischen und zeitlichen Partikularismus, den er nicht nur den „kleinen“ Völkern und Nationen kritisch vorhielt. In dem Aufsatz „Geschichtsunterricht“ aus dem Jahr 1960 fanden häufig gebrauchte Metaphern für Polen wie etwa „Brücke“, „Tor“ beziehungsweise „Mauer“ oder „Festung“ bei Gołubiew keine Akzeptanz.

Die temperamentvollen Feuilletons des Publizisten Stefan Kisielewski (1911-1991) widmeten sich im *Tygodnik Powszechny* – trotz der Zensur –

wirtschaftlich-politischen Aspekten Europas. Kisiel – wie der Autor seine Texte unterschrieb – war sich der Grenzen und Einschränkungen bewusst, die in den Nachkriegsjahren in Polen eingeführt worden waren. Nichtsdestotrotz appellierte er an die polnische Gesellschaft, sich die aus der geographischen Lage hervorgehende Rolle des polnischen Volkes zu vergegenwärtigen. Ein klassisches Beispiel dafür sind die Artikel „An dieser Stelle Europas“ (1960) und „Vermittlung als Idee“ (1967), in denen er als Aufgabe der Intellektuellen definierte, aus der politischen Konstellation Schlussfolgerungen zu ziehen und sich für ein „polnisches Experiment“ – die Koexistenz von Kirche und Staat – einzusetzen. In dieser erblickte er eine genuine Leistung der polnischen Nation, da somit das Polnische gleichzeitig zum Universalen werden könne. Den Beitrag Polens zur Geschichte Europas verstand Kisielewski als den eines Vermittlers zwischen dem Westen und dem Osten, dem Norden und dem Süden, zwischen unterschiedlichen politischen Optionen, Nationen und Kulturen.

Diese Postulate fungierten auch für den Autor selbst als inspirierende, aber auch über den Tag hinausweisende Ansätze. Die Wahrnehmung der grauen Realität spiegelte sich in seinen Tagebüchern (1968-1980) wider. Hier wurde Polen anders charakterisiert – als ein „Auswuchs des Roten Imperiums“, eine „vergessene Provinz Europas“ oder eine „zweitrangige Nation, welche ihre Todeindrücke niederschreiben und in einer Schublade verstecken kann“. Das Gefühl des Sieges einer deprimierenden Realität über die Bedürfnisse des Geistes symbolisierte eine im Alltag von Kisielewski getroffene Wahl: Anstatt Gast des berühmten „Europäischen Restaurants“ (*Restauracja Europejska*) zu werden, bevorzugte der Warschauer Publizist das Café „Kreuzweg“ (*Rozdroże*).

Obwohl die Rolle des *Tygodnik Powszechny* für das unabhängige politische Denken und für eine zum offiziellen Parteidiskurs alternative Europa-wahrnehmung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, hatte das Medium kein Monopol unter den Intellektuellen auf diese Thematik. Nicht weniger intensiv waren die Debatten im Monatsheft *Znak*. Die Wahl zwischen einem offenen oder geschlossenen Europa beziehungsweise zwischen einem „Europa der Nationen“ oder der „Nation Europa“ diskutierte Stefan Wilkanowicz in seinem Text „Notizen zur Friedensstrategie“ (1962). Zenon Szpotański fragte in dem Aufsatz „Ein Pole vor europäischem Hintergrund“ (1970) nach den Merkmalen eines polnischen nationalen Charakters im europäischen Kontext. Bohdan Cywiński schrieb den Text „Europa erfahren“ vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage, der nationalen Subjektivität und des Reichtums an potenziellen Perspektiven. Er fasste Werte zusammen, die für ihn das Wesen Europas konstituierten, nämlich die Akzeptanz und Entfaltung seiner Kultur, die aus der Antike hervorgegangen war, die Affirmation des Christentums sowie die Freiheit

und die Würde des Menschen und schließlich das Streben nach einer Gemeinschaft der Mentalität und der Kultur.

Der letzterwähnte Artikel erschien im Jahr 1979, in einer Zeit, als bereits eine neue Epoche begonnen hatte. Vier Jahre zuvor war die KSZE-Schlussakte unterzeichnet worden. Zwar betrachteten die polnischen Oppositionellen und mit ihnen der *Tygodnik Powszechny* sie zunächst mit großer Distanz und pflegten eine Aversion gegen die verstaatlichte Friedens- und Koexistenzsymbolik. Doch trat mit der Unterzeichnung auch der so genannte „Dritte Korb“ der Schlussakte, der sich auf die Wahrung der Menschenrechte bezog, in Kraft. Die kommunistische Akzeptanz der Konsequenzen, die aus dem Helsinki-Abkommen resultierten, ermöglichte – was die sowjetischen Machthaber so nicht vorhergesehen hatten – die Entstehung zahlreicher neuer Bewegungen sowie neue Herangehensweisen an die europäische Problematik. Das Engagement junger Menschen in mehr oder weniger formalisierten Kreisen brachte bald eine neue Qualität in polnische Auffassungen über die Gestaltung des europäischen Raumes.

Im Zeichen von Europa: Nationale Selbstverortung in Opposition zur staatssozialistischen Macht (Christian Domnitz)

Das letzte Jahrzehnt des Staatssozialismus brachte eine tiefe politische und ökonomische Krise für die polnische Gesellschaft. Seit den Streiks von 1976 und 1980 litt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei immer mehr unter einem massiven Legitimitätsdefizit. Dies führte zu einer inneren Lähmung der Parteistrukturen und zu einer Orientierungslosigkeit, die nach dem Führungswechsel von 1980 zu einer kurzen liberalen Periode der staatssozialistischen Herrschaft führten. Mit dem Antritt des Militärgenerals Wojciech Jaruzelski und der bald folgenden Ausrufung des Kriegszustandes wurde eine Gegenbewegung eingeleitet, die erst in der Verständigung der Partei mit der Opposition in den Jahren 1988 und 1989 ihr Ende fand. Mit ihrer Europa-Propaganda versuchte die Partei ihre Herrschaft zu legitimieren und erteilte dabei jedoch, ihrer inneren Zerrissenheit entsprechend, verschiedenen Stimmen das Wort.

Gescheiterte wirtschaftliche Reformversuche unter dem Ersten Sekretär der PVAP, Edward Gierek, in den siebziger Jahren hatten eine im Vergleich zu den anderen Staaten des RGW hohe Auslandsverschuldung hinterlassen, und auch die Versuche einer ökonomischen Dezentralisierung von 1985 brachten nur wenig Erleichterung. Das Resultat war ein Lebensstandard, der dem Vergleich mit vielen Nachbarländern und den meisten europäischen Staaten nicht standhielt. Der Ost-West-Konflikt hatte sich im

Laufe der Entspannungspolitik beruhigt, wozu die in Polen intensiv wahrgenommene und kontrovers debattierte Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland ihren Teil beigetragen hatte. Auch die Parteiführung hatte sich eine Politik der Entspannung auf die Fahnen geschrieben und widmete den Beziehungen mit westlichen Ländern hohe Aufmerksamkeit. Die Kooperationsbereitschaft hatte nicht nur sicherheitspolitische, sondern auch ökonomische Ziele – in einer Zeit, in der die Zusammenarbeit in dem nie richtig in Schwung gekommenen „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ stagnierte, orientierte sich die polnische Regierung nach Westeuropa, begleitet von einer gesamteuropäischen Rhetorik.

Obwohl polnische Europaideen der letzten Phase der staatssozialistischen Herrschaft den Fall der Blockgrenzen und das Ende der Volksrepublik vorwegnahmen, unterschieden sie sich von denen, die nach den Umbruch von 1989 populär wurden. Europa wurde in der Zeit des Ost-West-Gegensatzes von vielen Beobachtern als das Andere wahrgenommen. Auch gab es vor 1989 Europaideen, welche die Sowjetunion einschlossen. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei profilierte sich weiterhin als Garantin der polnischen Westgrenze im Rahmen einer europäischen Nachkriegsordnung. Während nach wie vor eine staatsoffizielle Friedenskampagne geführt wurde, brachte die europaweite Bewegung für Frieden und Abrüstung im Polen der achtziger Jahre zivilgesellschaftliche Initiativen und Bürgerengagement hervor. Auch gab es Diskussionen über die Mechanismen der sich in Westeuropa vollziehenden politischen Integration. Doch zumeist verbanden sich im Polen der späten siebziger und achtziger Jahre mit dem Begriff von Europa Debatten über ein nationales Selbstverständnis. Sehr populär war die Debatte um „Mitteleuropa“, die zu Ende der achtziger Jahre auch einen spezifischen polnischen Beitrag hervorbrachte.

Hervorzuheben ist dabei, dass gerade in den letzten Jahren des Staatssozialismus eine verstärkte Hinwendung des publizistischen Untergrunds zu den Nachbarländern einsetzte. Die Debatten darüber, was Opposition in den Staaten des Ostblocks bedeute, der Blick auf das kulturelle Schaffen jenseits der Landesgrenzen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ließen die Kommunikation über diese Grenzen hinweg anwachsen, was den Niedergang der staatssozialistischen Herrschaft vorwegnahm. Bereits einige Jahre vor dem Ende des Kommunismus drangen Europeanarrationen aus dem Untergrund und aus der Wissenschaft in die ursprünglich von der Parteipropaganda dominierte Presse vor. So verloren kommunistische Europaideen – beispielsweise bezüglich einer friedlichen Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus – allmählich ihre Legitimation und Akzeptanz.

Im Nachdenken über Europa hatte der polnische Untergrund nicht nur einen zeitlichen, sondern auch einen quantitativen Vorsprung vor den Dissidenten und Oppositionellen in den Nachbarländern. Abzulesen ist dies

an einer unvergleichlichen Fülle von Samizdatpublikationen, in denen Publizisten über die Einreihung ihrer Nation in ein freies Europa der Völker nachdachten. Sie stellten es sich meist als ein Ensemble vieler Nationen ähnlichen kulturellen Hintergrunds vor. Zu dieser Zeit wurde die Gesellschaft für Fragen der Politik und des Zusammenlebens in Europa stärker sensibilisiert. Mit dem Anwachsen der grenzübergreifenden Kommunikation wurde die polnische Vorreiterrolle auch außerhalb des Landes wahrgenommen. Die *Solidarność*-Bewegung strahlte in linke Milieus der westlichen Welt genauso aus wie in die sozialistischen Nachbarstaaten. In der tschechischen und der ungarischen Diskussion um „Mitteleuropa“ wurden Impulse aus Polen kritisch verarbeitet. Dies betraf sowohl Vorstellungen zur polnischen nationalen Unabhängigkeit als auch konföderale Pläne.

Eine Konstante in polnischen Europadiskursen ist bis heute die stets präsente Diskussion über eine europäische Kultur und darüber, ob die polnische Gesellschaft zu einem europäischen Kulturkreis gehöre. Diese Tradition kann mindestens bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgt werden. Für den Samizdat und die Untergrundverlage war „Kultur“ ein autonomer Raum, der sich jenseits der von den kommunistischen Parteien dominierten Sphären öffnete. „Solange wir die nationale Existenz nicht zurück gewonnen haben, muss sich unser Streben auf die Sphäre des Denkens und des kulturellen Schaffens beschränken“, schrieb der Untergrundpublizist Zdzisław Najder 1979 in einem Programmtext der Polnischen Unabhängigkeitsvereinigung (*Polskie Porozumienie Niepodległościowe, PPN*). So wurde nicht nur die Exilzeitschrift *Kultura* in Paris produziert, sondern auch die Untergrundzeitschrift *Kultura niezależna* (Unabhängige Kultur). Großen Widerhall in Polen fanden die Reden Johannes Pauls II. über eine europäische Kultur ebenso wie seine Wahl zum Papst und seine drei Besuche in der Volksrepublik. Polnische katholische Publizisten sahen in den siebziger und achtziger Jahren in Ost- wie in Westeuropa eine kulturelle und geistige Krise, weshalb sie umso stärker eine christliche Verwurzelung der europäischen Kultur betonten. Aus dem Kulturverständnis kirchlicher Kreise resultierte auch, dass die Kirche sich immer wieder als Gastgeber für Europadebatten engagierte.

Besonders Argumentationen der frühen achtziger Jahre machten Polens Zugehörigkeit zu einem europäischen Kulturkreis geltend. Sie verwiesen dabei auf Traditionen der Antike, des Christentums, der französischen Revolution und der Aufklärung. Ein Editorial der intellektuellen Samizdatzeitschrift *Krytyka* (Kritik) von 1980, das die Herausgeber Marek Beylin, Konrad Bieliński und Adam Michnik verfassten, verdeutlicht die Herleitung eines Europas der Gegenwart aus diesen Traditionen. Das Reflektieren über eine europäische Identität ist in allen Epochen des polnischen Staatssozialismus zu finden, fand aber in den achtziger Jahren seinen Höhepunkt. Mar-

cin Król bestimmte in seinem wegweisenden Text „Europa und wir“ von 1979 ein Europa-Ideal der Politik, eines der Kultur und eines der Normen. Noch im gleichen Jahr formulierte er, Kultur und Moral könnten sinnstiftende Elemente einer Föderation sein, wobei sie ein Primat vor der Geopolitik haben müssten. Der Dissident Jan Józef Lipski schrieb 1988, die europäische und die polnische Identität seien zwei Ideen, die sich gegenseitig stützten. Das Bewusstsein einer Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis, den man unfreiwillig und nur für kurze Zeit verlassen zu haben glaubte, nahm den Weg vorweg, auf dem Polen nach 1989 „nach Europa zurückkehrte“. Auch bei Reformversuchen des Staatssozialismus und in der Debatte um „Mitteleuropa“ spielte es eine Rolle. Dies zeigt, wie auf Europa bezogene Vorstellungen umformuliert wurden, während sie die verschiedenen Diskursräume des Staatssozialismus durchquerten.

Eine polnische Besonderheit war, dass sogar in der staatlich geförderten Wissenschaft Europa kulturell begründet wurde. In halboffiziellen und wissenschaftlichen Schriften wurden Gedanken zur kulturellen Verwurzelung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften in Europa und zum Beitrag der polnischen Nation zur europäischen Kultur publiziert. Das Polnische Institut für Internationale Beziehungen, eine beim Außenministerium angesiedelte Denkfabrik, lotete fast über die gesamten achtziger Jahre hinweg nicht nur die Möglichkeiten europaweiter sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Kooperation aus, sondern ließ auch Betrachtungen zum Europäismus in der Philosophie in sein Programm einfließen. In seiner Umgebung wurde 1979 ein Werk mit dem Titel „Die Identität Europas“ verfasst. Es zeichnete sich dadurch aus, dass seine Autoren Michał Dobroczyński und Janusz Stefanowicz – meist mit Verweis auf westliche Wissenschaftler und Publizisten – eine primär kulturell begründete Identität beschrieben. Auch das West-Institut in Posen präsentierte Ende der achtziger Jahre in der Auseinandersetzung mit der Mitteleuropa-Debatte kulturelle Europaerzählungen. Schriften solcher Art konnten über die gesamten siebziger und achtziger Jahre hinweg publiziert werden; allein die Zeit des Kriegszustands unterbrach dieses Schaffen für eine kurze Zeit.

Die PVAP versuchte in der andauernden Krise ihrer Herrschaft, einen *modus vivendi* mit der erstarkenden Oppositionsbewegung zu finden, wobei Phasen der Anerkennung und der Repression aufeinander folgten. Dieser stetige Wandel hatte Einfluss darauf, wie in offiziellen Publikationen über Europa geschrieben wurde. Es entstand ein permanentes Nebeneinander von orthodox-kommunistischer Europapropaganda, die sich mit sicherheitspolitischen und ideologischen Fragen beschäftigte, und von gemäßigten wissenschaftlichen Europadarstellungen, die auf eine europäische Kultur Bezug nahmen. Zu Beginn der achtziger Jahre – kurz vor und während des Kriegszustands – erschienen verstärkt parteistaatliche Europadarstellungen,

die an die Schaffung der „Potsdamer Friedensordnung“ erinnerten oder die den – einen eigenen Weg zum demokratischen Sozialismus einfordernden – „Eurokommunismus“ der westlichen kommunistischen Parteien verurteilten. An der westeuropäischen Integration wurde antikapitalistische Kritik geübt und die Lebensbedingungen in der Marktwirtschaft schwarz gemalt.

Das Europa der orthodoxen PVAP-Ideologen war ein anderes als das Europa, das nach 1989 Einzug halten sollte. In seinem Zentrum standen die Systemerhaltung und die Sicherung von Herrschaftslegitimität. Da in den achtziger Jahren in den Staatsführungen des westlichen Ostblocks ein Nachdenken über eine Entspannungspolitik stattfand, sah die offizielle Presse den Ost-West-Dialog positiv. Die Absicht der Kommunisten, ihre Macht zu sichern, fiel dabei in dieser positiven Sicht mit der Hoffnung der Menschen zusammen, das Gegenteil würde geschehen und die Herrschaftsverhältnisse würden sich langfristig verändern. Gerade weil es ihre Aufgabe war, die Herrschaft zu stabilisieren, wurden kommunistische Verweise auf Europa in der Gesellschaft oft in Frage gestellt.

All diese Konstanten polnischer Europavorstellungen der achtziger Jahre bildeten den Hintergrund für eine Reihe bahnbrechender Dynamiken und für den Wandel polnischer Europaideen. Ein polnisches nationales Erwachen, das im Ostblock beispiellos war, entfaltete sich in den Untergrundschriften im Umfeld der Streiks von 1976 und 1980/1981. Aus der sich in einer Konfliktsituation befindenden Gesellschaft artikulierten sich Ideen zu neuen Perspektiven vor einem europäisch gedachten Hintergrund. In den im Untergrund herausgegebenen Schriften wurden Positionen einer widerständigen polnischen Nation zur europäischen Politik und Kultur erarbeitet und während der Streiks auf der Lenin-Werft, in den Fabriken und in den Kohlegruben wurde an europäische Werte appelliert. Ganz besonders die Debatte um die Menschenrechte gewann an Brisanz. Der vom polnischen Helsinki-Komitee 1980 erstellte Menschenrechtsreport, der akribisch politische Repressionen gegen Dissidenten und Protestierende dokumentierte, wurde auf der KSZE-Nachfolgekonferenz von Madrid (1980-1983) öffentlich verlesen. Im Umfeld national denkender Gruppen fanden sich Europavorstellungen, die als Chiffre für Widerstand und Konfrontation dienten. Der Oppositionelle Aleksander Hall argumentierte 1979, Europa müsse über einen Patriotismus der Nationen zu neuer Einheit finden, um seine dominierende Position in der Welt zurückzuerlangen. Nicht nur die sowjetische, sondern sogar die amerikanische Dominanz auf dem Kontinent sah er dabei als Hindernis. Ein solches Konstrukt entsprach der symbolischen Geografie eines als national empfundenen und kulturell begründeten polnischen Befreiungskampfs.

In dem schon erwähnten Editorial der *Krytyka* hieß es, die polnische Frage sei eine europäische Frage. Die Isolierung Polens von (West-)Europa sollte in einem „Streit um die Gestalt Europas und um den Sinn eines Europäismus“ überwunden und die Sowjetisierung rückgängig gemacht werden. Im Samizdatband „Nachdenken über unser Europa“ schrieb der katholische Priester Józef Tischner 1988, ohne ein Verständnis der zeitgenössischen polnischen Frage sei Europa nicht im Stande, sich selber zu verstehen. Mit der nationalen Besinnung auf Europa und der polnischen Verortung vor einem europäischen Hintergrund erfolgte gleichzeitig auch ein In-Frage-Stellen national fokussierter Sichtweisen. Intellektuelle distanzierten sich von Xenophobie und nationalistischen Anachronismen. Dennoch geben ihre analytischen Texte auch Hinweise darauf, auf welche Weise polnisches nationales Denken und Erinnern mit Ideen von Europa verknüpft war. Unmittelbar nach seinem Text „Europa erfahren“, der einen europäischen Kulturkanon beschrieb, verfasste der katholische Publizist und Historiker Bohdan Cywiński einen Essay über die „Polnische Erfahrung“. So wurde in den Debatten der frühen achtziger Jahre ein komplexes Geflecht von Selbstverortungen, Europabezügen, Patriotismus und nationalem Denken gesponnen. Dieses Referenzsystem war für die Polen über 1989 hinaus gültig.

Der Kriegszustand bedeutete keine Zäsur für das Entwerfen von Europavorstellungen. Die umfangreichen Verhaftungen von Oppositionellen verfehlten ihr Ziel, die Opposition mundtot zu machen oder eine abschreckende Wirkung auf die übrige Gesellschaft auszuüben. Stattdessen konnten sich Ideen, die aus der Zeit der Streiks stammten, erhalten und tradieren. Auch in den folgenden Jahren wurden in Positionspapieren des Untergrunds Europaideen verfestigt. Hinzu trat hier die europaweite Friedensbewegung, die Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt fand. Auch in Polen formte sich eine pazifistische, oft auf Menschenrechtsfragen ausgerichtete Friedensbewegung in Opposition zur staatlich betriebenen Friedenspropaganda. Ihre Arbeit lief auf die These hinaus, dass die Art der Integration Europas eine der Schlüsselfragen für die Bewahrung des Friedens sei. Eine Vereinigung Europas könne, so schrieben die jungen Aktivisten von „Freiheit und Frieden“ (*Wolność i Pokój*), zu einer Friedensgarantie für die ganze Welt werden. In ihrem Bulletin veröffentlichten sie das Memorandum der Ost-West-Friedensbewegung „Helsinki mit wirklichem Leben erfüllen“. In ihrer Zeitschrift *Czas Przyszły* (Die kommende Zeit) pflegten sie den intellektuellen Austausch mit anderen ostmitteleuropäischen Friedensaktivisten.

Die Europaideen, die in der Hochzeit der Friedensbewegung formuliert wurden, begleitete bald die Debatte um „Mitteleuropa“. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde die Idee eines ostmitteleuropäischen Kulturraums ausgearbeitet, der oft als Vorstufe zu einer Integration in den

westeuropäischen Kontext gedacht war. Angeregt von Milan Kunderas zuerst in Paris veröffentlichter Darstellung Mitteleuropas als „gekidnappter Okzident“ und dessen strenger Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion, entwickelten sich polnische Ergänzungen und Umdeutungen. Ein sehr bekanntes Werk ist der im Samizdat erschienene Band „Nachdenken über unser Europa“. Die Beiträge prominenter Autoren des Untergrunds setzten sich sehr kontrovers mit dem teilweise als nostalgisch kritisierten Mitteleuropabegriff auseinander. Trotz dieser intellektuellen Kritik wurde das Identifikationsangebot „Mitteleuropa“ in der polnischen Gesellschaft überwiegend positiv aufgenommen, wovon zahlreiche weitere Schriften zeugen.

Das schon erwähnte Konföderations-Konzept eines *Intermarium* (*Międzymorze*) verband eine übernationale Integrationsidee mit nationalem Sendungsbewusstsein. Aus dem polnischen Untergrund verlautete, das in der Zwischenkriegszeit von Marschall Józef Piłsudski bzw. Außenminister Józef Beck verfolgte Konzept des *Intermarium* stelle den einzigen Entwurf polnischer Staatlichkeit dar, der stark genug sei, um zwischen den Machtpolen Deutschland und Russland zu bestehen. Hingegen blieb oft ohne Erwähnung, dass in den ostmitteleuropäischen Staaten der Zwischenkriegszeit bemängelt worden war, das Konzept würde den Nachbarn eine polnische Dominanz aufzwingen. Die Idee war in Polen jedoch so populär, dass eine Untergrundzeitschrift ab 1984 unter diesem Titel erschien, nämlich „*Adriatyk, Bałtyk, Morze czarne*“ (Adria, Ostsee, Schwarzes Meer). In ihr wurden verschiedene konföderale Friedenskonzepte für das östliche Europa debattiert.

Auch andere Untergrundzeitschriften widmeten sich grenzübergreifenden Fragen und leiteten damit eine fast alle ostmitteleuropäischen Staatssozialismen umfassende Transnationalisierung des Dissenses ein. Eine gemeinsame Bewegung im Ostblock forderten sowohl die seit den frühen achtziger Jahren bestehende Zeitschrift *Obóz* als auch die 1988 begründete Schrift *Zona*. Beide Untergrundmagazine trugen umgangssprachliche Bezeichnungen der Staaten des sozialistischen Blocks („Lager“ und „Zone“) im Titel. Sie pflegten einen das gesamte Ost- und Ostmitteleuropa umfassenden inhaltlichen Anspruch und wollten nicht mehr nur in der eigenen Nation wirken. Die Redaktion der 1987 geschaffenen intellektuellen Untergrundzeitschrift „Europa“ hatte sich zum Ziel gesetzt, den Polozentrismus zu überwinden. In den Nachbarstaaten DDR und ČSSR fanden diese Zeitschriften keine Entsprechung. Einen tatsächlichen Schritt über die Grenzen der Nation machten die Mitglieder der „Polnisch-tschechoslowakischen Solidarität“, auf deren Treffen im Riesengebirge sich prominente Dissidenten wie Václav Havel und Jacek Kuroń begegneten. Angesichts der Tendenz, dass Ostmitteleuropäer ein über die eigene Nation hinausgehendes Bewusstsein entwickelten, ließ sich der Publizist und

Politiker Edmund Jan Osmańczyk im Jahr 1988 zu der Aussage hinreißen, „Bürger, die sich mit Europa identifizieren, gibt es östlich der Elbe mehr als westlich von ihr“.

Der sich weitende Blick über die eigenen Grenzen begünstigte das Sich-Vergleichen der Polen mit ihren nahen und fernen Nachbarn. Als Maßstab dienten hierbei vor allem Wohlstand und Lebensqualität. Auch der sehn-süchtige Blick auf Wirtschaftsmächte außerhalb Polens, die symbolisch für einen höheren Lebensstandard standen, gehört zu polnischen Vorstellungen von Europa. Der Publizist und spätere Diplomat Jerzy Surdykowski verglich 1989 den Osten und Westen des Kontinents auf diese Art und setzte sein Land auch mit den anderen Staaten des sozialistischen Lagers in Bezug. Selbst hierbei fiel seine Bilanz für die Polen ungünstig aus.

Das Ende des Staatssozialismus wurde vom „Neuen Denken“, von der „Perestrojka“ und von „Glasnost“ unter Michail Gorbatschow eingeleitet. Staatsoffizielle Europaideen erfuhren in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit dem „Gemeinsamen Haus Europa“ eine interessante Wendung, und orthodox-kommunistische Vorstellungen wurden erschüttert. In den Friedensbewegungen und im publizistischen Untergrund der ostmitteleuropäischen Staaten wurde das „Gemeinsame Haus“ zu einer oft verwendeten Metapher, die eine Verspätung der eigenen Parteiführungen nunmehr nicht nur gegenüber dem westlichen Europa, sondern auch gegenüber der Sowjetunion anzeigte. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als sich die Führung der PVAP mit der Opposition arrangiert hatte, änderte sich ihre westlich und gesamteuropäisch geprägte Europaideen ablehnende Haltung. Sie entwarf vorsichtig und zögernd eine eigene, nationale Interpretation des „Europäischen Hauses“, welche die territoriale Integrität Polens und die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ in den Vordergrund stellte. Damit wurde versucht, die Europaideen, die die bisherige Ordnung erbeben ließen, dennoch zum Systemerhalt zu nutzen. Die PVAP stellte sich auch weiterhin als Garanten der polnischen Westgrenze dar und berief sich mit der „Nichteinmischung“ auf ein Prinzip der Helsinki-Schlussakte, das ihr Handlungsfreiheit im Innern versprach. Zum Ende der achtziger Jahre, als sich eine Verständigung von Opposition und Parteiführung abzeichnete, benutzte sogar Wojciech Jaruzelski das Schlagwort einer „Europäisierung Europas“ und schlug erneut eine europäische Friedenskonferenz vor, diesmal anlässlich des fünfzig Jahre zurückliegenden Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs.

Wohl auch wegen der mangelnden Kreativität der Partei im Umgang mit dem „Gemeinsamen Haus“ wurde die einst von ihrer Propaganda dominierte Sphäre in den letzten Jahren des Staatssozialismus von oppositionellen und reformkommunistischen Argumentationen durchdrungen. Dies geschah zu einer Zeit, als sich bereits eine Machtbeteiligung der Opposition in den

Gesprächen zwischen Oppositionsführer Lech Wałęsa und Innenminister Czesław Kiszczak anbahnte. In der offiziellen und der geduldeten Presse erschienen Europeanarrationen, die ursprünglich von Oppositionellen verwendet worden waren. Die Art, wie die offizielle Presse Europa propagierte, wurde zum Indikator für den Wandel innerhalb der Gesellschaft. Es zeigte sich, dass in einst streng durchherrschten Sphären althergebrachte Parteipositionen an Akzeptanz verloren und andere Argumentationen ihren Platz einnahmen. Wie weit Reformimpulse in die offizielle Presse vordringen konnten, zeigt ein Beitrag des Publizisten Adam Krzemiński von 1987 in der Wochenzeitschrift *Polityka* (Politik). In einem ausführlichen Essay zu „Mitteleuropa“ schrieb er, „heutzutage kann sich niemand Stillstand erlauben – weder diplomatisch, politisch und wirtschaftlich, noch kulturell oder zivilisatorisch“. Im gleichen Blatt wurde ein Jahr später der offene Brief des Historikers Jerzy Holzer veröffentlicht, in dem er eine Verständigung der Staatsmacht mit den oppositionellen Intellektuellen einforderte.

Die Durchdringung der offiziellen Presse mit oppositionellen und reformorientierten Europaideen zeigte nicht nur die tiefe Krise, in der sich die staatssozialistische Herrschaft in Polen befand. Sie war ebenso ein Vorbote des baldigen Endes dieses Herrschaftssystems. Zwar kann nicht behauptet werden, dass allein Europavorstellungen den Kommunismus zu Fall brachten. Jedoch beschleunigten die Ideen, Diskussionen und Idealvorstellungen darüber, wie man in anderen Ländern des Kontinents lebte und Politik gestaltete, den Wandel in der polnischen Gesellschaft, der allen gesellschaftlichen Veränderungen in Ostmitteleuropa voranging.

Bibliographie:

Quellen und Quelleneditionen:

BRANDYS, KAZIMIERZ, Listy do Pani Z. [Briefe an Frau Z.], Warszawa 1965.

CHAŁASIŃSKI, JÓZEF, Polska leży w Europie [Polen liegt in Europa], in: *Odrodzenie*, 1946, Nr. 112, S. 4-5 (deutsche Übersetzung in: *Polen denkt Europa*, 2004).

CYWIŃSKI, BOHDAN, Doświadczenie Europy [Europa erfahren], in: *Znak* (6), 1979, S. 474-507.

GOMULKA, WŁADYSŁAW, Z kart naszej historii [Aus unserer Geschichte], Warszawa 1982.

HOLZER, JERZY, Dwa stulecia Polski i Europy. Teksty pisane w różnych porach wieku [Zwei Jahrhunderte Polen und Europa. Texte aus verschiedenen Zeiten des Jahrhunderts], Poznań 2004.

KISIELEWSKI, STEFAN: An dieser Stelle Europas. Ein Pole über Ost und West – und andere Fragen von heute, München 1964.

KISIELEWSKI, STEFAN, Felietony zdjęte przez cenzurę [Von der Zensur kassierte Feuilletons], Warszawa 1998.

KRÓL, MARCIN, Europa i my [Europa und wir], in: *Res Publica* (1), 1979, S. 15-25 (Samizdat; deutsche Übersetzung in: *Polen denkt Europa*, 2004).

LAMPE, ALFRED, Miejsce Polski w Europie [Polens Platz in Europa], Moskau 1944.

PILSUDSKI, ROWMUND, Pisma Wybrane [Ausgewählte Schriften], Warszawa 1998.

Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten, hg. v. PETER OLIVER LOEW, Frankfurt/Main 2004.

REDAKCJA OBOZU, Myśli o naszej Europie [Nachdenken über unser Europa], Wrocław 1988 (Samizdat).

Analysen:

Die polnische Emigration und Europa 1945–1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur im Exil, hg. v. ŁUKASZ GALECKI und BASIL KERSKI, Osnabrück 2000.

Federalizm. Teorie i koncepcje [Föderalismus. Theorien und Konzeptionen], hg. v. WIESŁAW BOKAJŁO, Wrocław 1998.

FRISZKE, ANDRZEJ, Opozycja polityczna w PRL 1945-1980 [Die politische Opposition in der Volksrepublik Polen], Londyn 1994.

KUROŃ, JACEK, ŻAKOWSKI, JACEK, PRL dla początkujących [Die Volksrepublik Polen für Anfänger], Wrocław 1998.

MACIEJEWSKI, MAREK, HAREŻA, GRZEGORZ, Abriß der polnischen Ideen eines europäischen Föderalismus (15.-20. Jahrhundert) im Vergleich zu westeuropäischen Europakonzepten, in: *Die Gesellschaft in der Wende. Polen, Deutschland und die Europäische Union*, hg. v. MAREK MACIEJEWSKI, Wrocław 1999, S. 71-107.

MIKOŁAJCZYK, MAGDALENA, Problematyka integracyjna w publikacjach drugiego obiegu 1976-1989 [Die Integrationsproblematik in den Veröffentlichungen des „Zweiten Umlaufs“ 1976-1989], in: *Pamięć zbiorowa w*

procesie integracji Europy [Das kollektive Gedächtnis im europäischen Integrationsprozess], hg. v. JÓZEF ŁAPTOS, Kraków 1996, S. 131-140.

ROGACZEWSKA, KRYSZYNA, Europa Środkowo-Wschodnia w myśli politycznej polskiej opozycji w latach siedemdziesiątych i osiemdziesiątych XX wieku [Ostmitteleuropa im politischen Denken der polnischen Opposition in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts], in: Europa środkowo-wschodnia w polskiej myśli politycznej [Ostmitteleuropa im polnischen politischen Denken], hg. v. MIROSLAW DYMARSKI und JERZY JUCHNOWSKI, Wrocław 2004, S. 179-198.

THUM, GREGOR, „Europa“ im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 379-395.

TÖRNQUIST-PLEWA, BARBARA, The Complex of an unwanted child: The meanings of Europe in Polish Discourse, in: The meaning of Europe. Variety and contention within and among nations, hg. v. MIKAEL AF MALMBORG und BO STRÅTH, Oxford 2002, S. 215-242.

WOLAŃSKI, MARIAN S., Miejsce Polski w Europie w polskiej myśli politycznej lat 1944-1948 [Polens Platz in Europa im polnischen politischen Denken der Jahre 1944-1948], Wrocław 1978.

ŻAKOWSKI, JACEK, Pół wieku pod włos czyli życie codzienne „Tygodnika Powszechnego“ w czasach heroicznych [Ein halbes Jahrhundert gegen den Strich oder Alltagsleben des „Tygodnik Powszechny“ in heroischen Zeiten], Kraków 1999.

ŻYLIŃSKI, LESZEK, Mitteleuropa versus Intermarium, in: Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, hg. v. ANDREAS LAWATY und HUBERT ORŁOWSKI, München 2003, S. 123-131.

KLAUS BACHMANN

POLNISCHE EUROPAKONZEPTIONEN NACH 1989

In Zeiten, als Polen noch Volksrepublik war und zum „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ gehörte, hatten Debatten über europäische Integration in der Ausgestaltung der EG einen eher akademischen Touch. Dennoch fanden sie statt und zwar erstaunlicherweise nicht nur in der Emigration. Schon zu Beginn der achtziger Jahre überlegte sich die Untergrundgruppe „Vereinigung für Unabhängigkeitspolitik“ (*Porozumienie Polityki Niepodległościowej*, PPN) welche Außenpolitik ein künftiges unabhängiges Polen machen sollte. PPN sprach sich – ähnlich wie das Milieu um die Pariser Zeitschrift *Kultura* (Kultur) – für eine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen mit den zukünftigen Nachbarn im Osten, eine Verständigung mit Westdeutschland und einen Beitritt zur EG aus. Diese war damals allerdings noch eine von wirtschaftlicher Integration geprägte Organisation, weshalb das PPN die Frage von Souveränitätsverzicht, Souveränitätsübertragung oder gemeinsam ausgeübter Souveränität nicht erörtern musste.

Auch unmittelbar nach 1989 standen solche Fragen nicht im Mittelpunkt der außenpolitischen Debatte. Während des Runden Tisches debattierte selbst die damalige Opposition lediglich über eine mögliche Neutralität („Finnlandisierung“ – das Wort bekam aber schnell einen negativen Beigeschmack und verschwand dann aus der Debatte) zwischen den Blöcken. Nach der deutschen Vereinigung und der von der Sowjetunion akzeptierten Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in NATO und EU und der Auflösung des Warschauer Pakts 1991 begann auch in Polen eine Debatte um die europäische Integration. Eine Zukunft zwischen Russland und Deutschland erschien wenig erstrebenswert, Versuche, eine Art ostmitteleuropäischen *cordon sanitaire* aus ehemaligen Warschauer-Pakt-Mitgliedern und ehemaligen Sowjetrepubliken zustande zu bringen, scheiterten an den divergierenden Sicherheitsinteressen der möglichen Teilnehmer. Das gleiche geschah mit Freihandelszonen und Versuchen, eine politische Integration im Rahmen der Visegradstaaten, der CEFTA (*Central European Free Trade Association*) oder der Mitteleuropäischen Initiative zu starten – eine der EG auch nur annähernd vergleichbare Institutionalisierung brachten sie nie zustande, Freihandelsabkommen prallten regelmäßig auf die unterschiedli-

chen Subventions- und Exportförderungspolitiken der Mitgliedsstaaten, lösten Proteste von Interessengruppen der Mitgliedsstaaten aus und führten zur Aussetzung oder Verletzung der Abkommen, denen es an effektiven Kontrollmechanismen fehlte.

Unter dem Eindruck des Putsches gegen Michail Gorbatschow und den innenpolitischen Wirren unter Boris Jelzin setzte sich auch in Polen zu Beginn der neunziger Jahre immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Sicherheit des Landes nur durch eine möglichst enge Einbindung in die westeuropäischen Integrationsstrukturen gewährleistet werden konnte. 1992 unterzeichnete die polnische Regierung daher ein Assoziierungsabkommen mit der EU, das 1994 in Kraft trat. Polen nahm an der „Friedenspartnerschaft“ der NATO teil, mit der sich die NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einer Organisation kollektiver Sicherheit zu wandeln begann. Aus dieser Perspektive erschien die EU vor allem als eine weitere sicherheitspolitische Verankerung im Westen – über die innenpolitischen Implikationen (Schengen, dritter Pfeiler des Maastricht-Vertrags), die Souveränitätsübertragung an supranationale Institutionen, über Mehrheitsabstimmungen und Europaparlament sowie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU wurde nicht diskutiert.

Die erste derartige Debatte fand so erst 1993 statt – aber sie wurde nicht ausgelöst von Ereignissen in Westeuropa, die nach wie vor in den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Polen (die dominiert waren von Themen wie Vergangenheitsbewältigung, Antikommunismus und den Folgen der Wirtschaftsreform) kaum rezipiert wurden, sondern paradoxerweise von Ereignissen, die de facto mit Europäischer Integration gar nichts zu tun hatten. Mit Zustimmung des – damals von dem deutschlandfreundlichen Krzysztof Skubiszewski geleiteten – Außenministeriums hatte der Wojewode von Przemyśl mit seinen Amtskollegen aus der Slowakei, Rumänien, Ungarn und der Westukraine einen Vertrag über grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschlossen. Das Projekt nannte sich Euroregion Karpaten, war aber de jure gar keine Euroregion, da sich die sehr bescheidene institutionelle Infrastruktur (ein Koordinierungsbüro im ostpolnischen Sanok) aus Mitteln amerikanischer Stiftungen finanzierte. Das war auch anders gar nicht möglich, denn keines der beteiligten Länder war EU-Mitglied und konnte auf EU-Gelder rechnen. Im polnischen Parlament löste das Projekt allerdings einen Sturm der Entrüstung vor allem bei Rechtsgerichteten aus der Gewerkschaft *Solidarność* (Solidarität) und den Bürgerkomitees von 1989 hervorgegangenen Parteien aus, die darin einen Anschlag auf die territoriale Integrität, die Gefahr einer „Ukrainisierung von Przemyśl“ und sogar den Versuch einer erneuten Aufteilung Polens unter seinen Nachbarn sahen. Die Abgeordneten assoziierten dabei „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ mit einer Auflösung der Grenzen überhaupt.

Diejenigen, die sich für Zusammenarbeit aussprachen, betonten, diese dürfe nur von staatlichen Stellen (gemeint waren de facto zentralstaatliche Stellen, also die Regierung in Warschau) unternommen werden, nicht aber von lokalen und regionalen Instanzen. Ähnliche Assoziationen und Befürchtungen wurden später auch im Rahmen der Dezentralisierung unter der Regierung Jerzy Buzek (1997-2001) laut, die Selbstverwaltung auf Kreis- und Wojewodschaftsebene einführt und die Zahl der Wojewodschaften von 49 auf 16 reduzierte. Gegner der Dezentralisierung argumentierten, dies schwäche die Zentralgewalt, stärke Separatismus und liefere die neuen Einheiten grenzrevisionistischen Bewegungen in den Nachbarländern aus.

Die EU – bloß eine weitere Freihandelszone auf dieser Welt?

Für unsere Betrachtungen ist wenig relevant, wie berechtigt diese Befürchtungen waren. Weder gab es Mitte der neunziger Jahre in Polen separatistische Bewegungen, noch machten sich in den Nachbarländern imperialistische Tendenzen bemerkbar. Die Debatte zeigt deshalb vor allem, wie sehr besonders Polens rechte Parteien damals einem statischen, traditionellen und zentralistischen Nationalstaatsbegriff verbunden waren und dementsprechend Integration auf wirtschaftliche Fragen (Freihandelszone) und zwischenstaatliche Entscheidungsprozesse eingeengt sehen wollten. Mit anderen Worten: Integration sollte sich auf das Abschließen ökonomischer Abkommen auf Regierungsebene beschränken, die traditionellen Attribute des Nationalstaats, wie Grenzen, Fragen der Souveränitätsausübung oder gesellschaftliche Aspekte wie Wertedebatten sowie innenpolitische Veränderungen etwa im Bereich der Sozialpolitik dagegen unberührt lassen. Es ist unschwer zu erkennen, dass eine solche Vorstellung zwischen 1993 und 1995 bereits überholt war: Während Westeuropa über die Bedingungen einer Währungsunion debattierte, und immer mehr Länder der Schengenzone beitraten, diskutierte Polen Integration, als seien gerade erst die Römischen Verträge unterzeichnet worden.

Genau genommen müsste man diese Feststellung noch weiter einengen: Diskutiert wurde nämlich nur auf der politischen Rechten, also bei jenen Parteien, die ihre Identität aus der Solidarność-Bewegung bezogen, antikommunistisch waren und deren Abgeordnete in größerer Zahl im letzten Parlament der Volksrepublik (dem sogenannten „Kontrakt-Sejm“, dessen Zusammensetzung zwischen Regierung und Opposition am Runden Tisch ausgehandelt worden war) auf den Oppositionsbänken Platz genommen hatten, bevor dann die Regierung des ersten nichtkommunistischen Premierministers Tadeusz Mazowiecki (1989-1991) gewählt worden war. Auf der politischen Linken, beim „Bündnis der demokratischen Linken“ (*Sojusz*

Lewicy Demokratycznej, SLD), dessen größte Bündnispartner die aus der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*, PZPR) hervorgegangene „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polski*, SdRP) und der ehemalige kommunistische Gewerkschaftsdachverband (*Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych*, OPZZ) – das Regime-Gegenstück zur „Solidarität“ – waren, wurde damals praktisch überhaupt nicht diskutiert. SLD-Abgeordnete waren damit beschäftigt, die Verbrechen und Versagen der PZPR zu relativieren, Versuche, ehemalige kommunistische Kader vom politischen Leben auszuschließen, abzublocken oder ins Leere laufen zu lassen, sich gegen Vorwürfe zu wehren, sowjetische oder russische Einflussagenten zu sein, und sich ein modernes, reformfreundliches, westliches Image zu geben. Getreu dem Wahlkampfmotto ihres Präsidentschaftskandidaten, des früheren PZPR-Mitglieds und Sportministers Aleksander Kwaśniewski, wandten sie sich von der eigenen Vergangenheit ab und „wählten die Zukunft“. Statt in Debatten über Geschichte, Nationalstaat und nationale Mythen übten sie sich in Pragmatismus: Alles was es gab, war gut, weil es da war und die PZPR würde es, sollte sie an die Macht kommen, noch besser machen. 1993 hatte sie Gelegenheit – zusammen mit einer ehemaligen Blockpartei, der „Polnischen Bauernpartei“ (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) – errangen die Genossen eine Parlamentsmehrheit, stellten mehrere (sich schnell zerstreitende) Regierungen und brachten 1995 auch noch Kwaśniewski als Präsidenten in Amt und Würde. Danach begannen sie immer mehr, ihre Identität als politische Kraft von der PZPR-Vergangenheit zu lösen und auf ihre Regierungsjahre (1993-1997) zu stützen. Die Tatsache, dass sie in diesem Zeitraum demokratisch und sogar einigermaßen erfolgreich (wenn auch nicht sehr reformfreudig) regiert hatten, werteten sie als Beweis ihrer erfolgreichen „Sozialdemokratisierung“.

Die Sozialdemokratie wurde in die Sozialistische Internationale aufgenommen und gerierte sich als die „proeuropäische Kraft“ in Polen schlechthin – womit die Rechtsparteien automatisch in eine Position gerieten, in der sie sich, um sich von der Linken zu unterscheiden, mehr oder weniger EU-kritisch geben mussten. So kam es, dass die Linke für die EU war, aber nicht so recht wusste, wie sie das begründen konnte, die Rechte dagegen EU-kritisch war, aber ihre Kritik auf einem EU-Bild aufbaute, das allenfalls als EU-Karikatur dienen konnte. Deshalb war die Europavision der Sozialdemokraten vollkommen identisch mit der real existierenden EU, von der man allerdings kaum etwas wusste und über die man nicht diskutierte, während die Europavision der Rechten in dieser Anfangszeit der EU-Debatte dem tatsächlichen Integrationsstand der sechziger Jahre entsprach. Darüber wurde dann auch äußerst heftig diskutiert, doch selbst die kühns-

ten Visionen, die dabei hervortraten, blieben weit hinter dem zurück, was in der real existierenden EU damals schon status quo war.

Europabilder und Europas Grenzen

Von den europapolitischen und integrationspolitischen Details dieser Debatten abgesehen, gab es von Beginn der neunziger Jahre eine unterschwellige intellektuelle Debatte über den Charakter Europas und seine Grenzen. Sie wird hier unterschwellig genannt, weil sich viele der Autoren, die daran beteiligt waren, kaum bewusst gewesen sein dürften, dass ihre Beiträge als Quellen für Analysen von Europabildern nutzbar sein würden. Wer sich für den Beitritt zu NATO und EU aussprach, weil er sich davon mehr Schutz vor russischem Hegemoniestreben erhoffte, wie das fast alle konservativen und liberalen politischen Parteien und Politiker taten, die nicht kategorisch gegen die Westbindung waren, der sah sich selbst eher als Teilnehmer einer außen- und sicherheitspolitischen Debatte, zog aber natürlich damit Europa eine Grenze, die Russland ausschloß. Wer sich – wie alle abgesehen von einigen versprengten katholisch-nationalistischen Nostalgikern der Nationaldemokratie der Vorkriegszeit – für eine Verständigung mit der Ukraine und Unterstützung für die dortige Demokratiebewegung stark machte, der ging implizit davon aus, dass die Ukraine natürlich genauso zu Europa gehörte wie Bulgarien oder Rumänien. Das galt besonders dann, wenn dahinter die Absicht stand, die Ukraine mit dieser Unterstützung an die EU heranzuführen. Obwohl Rumänien und Bulgarien Länder sind, in denen orthodoxer Einfluss überwiegt, war dabei das Europabild, das sich aus diesen Debatten erschließen läßt, das eines christlichen, katholischen Europas, in dem orthodoxe Einflüsse – genauso wie protestantische – tolerierbare Ausnahmen darstellten. Der Teil des katholischen Spektrums in Polen, der ohnehin nicht außerhalb der EU bleiben wollte, stellte daher häufig den Beitritt zur EU als Chance dar, auf diesem Weg Europa seinen wahren, das heißt christlichen Charakter zurückzugeben: Polens Beitritt werde die christlichen Einflüsse stärken und Säkularisierungstendenzen schwächen. Wenn davon die Rede war, die EU müsse eine Wertegemeinschaft werden, so dachten die Diskutanten dabei weniger an politische als an religiöse Werte und öffentliche Moral.

Die dem EU-Beitritt eher skeptisch gegenüberstehenden Politiker und Intellektuellen wiesen dabei oft ein positiveres Europabild auf als die Beitrittsbefürworter. Für letztere waren EU und Europa eins und alles, was an der EU kritikwürdig war, wurde auf Europa übertragen. Die Skeptiker dagegen machten einen Unterschied: Europa kam bei ihnen wesentlich besser weg als das bürokratische Gerüst der EU, mit seinen unverständli-

chen Verordnungen, seinem Behördendickicht und seinen bedrohlichen supranationalen Institutionen. Für die Befürworter kehrte Polen mit dem EU-Beitritt „nach Europa zurück“, denn es hatte die Zeit des Kommunismus in einer Art totalitären Gefriertruhe verbracht, in der Reformen, Wertewandel sowie Kulturentwicklung künstlich konserviert worden waren. Nun galt es aufzuholen, wobei die EU mit ihren Transferleistungen helfen sollte. Für die Skeptiker gab es keine Rückkehr – Polen war schon immer europäisch gewesen, nur hatte der Mangel an Souveränität verhindert, dass Polen seine Zugehörigkeit hätte beweisen können. Seit 1989 war dies wieder möglich, weshalb es zweitrangig war, ob Polen deshalb auch der EU beitreten würde. Schließlich benötigten weder die Schweiz noch Norwegen die EU-Mitgliedschaft als Beweis ihrer europäischen Identität.

Lange Zeit blieb dieses polnische Europabild über die Parteigrenzen hinweg sehr inklusiv: Wie Großbritannien war Polen für eine sich fortschreitend erweiternde EU, deren Integrationsgrad aber so schwach bleiben sollte, dass er nicht gegen die traditionellen Vorstellungen von nationalstaatlicher Souveränität verstieß. Dies änderte sich erst mit der Diskussion über den Beitritt der Türkei. Als Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski sich für die Aufnahme der Türkei aussprach, hatte es in Polen noch keinerlei Debatte darüber gegeben. Diese begann erst als Folge der transatlantischen Auseinandersetzungen über den Irak-Krieg und die künftige Rolle des Islam in Europa. Von Al Quaida in Europa verübte Attentate, die Debatte über Islam und Fundamentalismus und die durch die Ereignisse in den Niederlanden in den Jahren 2002-2004 und die Unruhen in Frankreich ausgelösten Integrationsdebatten führten zu einem Meinungswandel in Polen. Inzwischen (2006) ist Polens rechtspopulistische Regierung unter den Zwillingenbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński auf Distanz zur EU-Mitgliedschaft der Türkei gegangen. Nicht, weil man eingesehen hätte, dass eine eng verflochtene EU mehr in Polens Interesse ist als eine sich ständig erweiternde, sondern vor allem aus Skepsis gegenüber dem Islam, der in den öffentlichen Debatten in Polen immer öfter als Bedrohung für das christliche Abendland gesehen und mit fundamentalistischem Terror assoziiert wird.

Das Europabild fast aller politischen Richtungen in Polen ist ambivalent. Euroskeptiker, inzwischen fast ausschließlich auf der rechten Seite des politischen Spektrums beheimatet, sehen tiefere Integration als Bedrohung für das von ihnen hochgehaltene traditionelle Nationalstaatsmodell, eifern aber zugleich gegen Versuche, unterschiedliche Integrationskreise oder sogar eine exklusive Integration der am meisten integrationswilligen EU-Mitglieder einzurichten. Nur eine kleine Gruppe von pro-europäisch Gesinnten, die dem westeuropäischen Föderalisten-Lager nahe stehen, sieht ein solches Kern-Europa als Herausforderung und Chance für eine tiefe

Verankerung ihres Landes im Westen. Als ausgesprochene Föderalisten outen sie sich aber nicht, das Wort gilt in Polen als genauso verpönt wie in Großbritannien. Europa ist so für die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich damit beschäftigen ein kultureller, geographischer und politischer Raum, in dem befreundete Nationalstaaten unter Wahrung ihrer Souveränität miteinander zusammenarbeiten und – ganz im Sinne der Realismus-Theorie der Internationalen Beziehungen – Allianzen eingehen, um ihre Sicherheit zu wahren. Eine dieser Allianzen ist die EU, eine andere die NATO, beide ergänzen sich. Das Denken in realistischen Denkmustern zusammen mit der Dominanz ökonomischer Demokratiemodelle führten dazu, dass Konzepte, die EU, Integration und Interaktionen zwischen Staaten und Gesellschaften in Kategorien von Mehrebenensystemen, Netzwerken und sozialen Konstruktionen sehen, in Polen weitgehend unbekannt blieben. Europäische Identität ist deshalb im polnischen Diskurs (sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft) etwas historisch Gewachsenes, das sich auf bestimmte Werte bezieht. Es ist nichts, was durch Konstitutionalisierung oder Institutionalisierung erst geschaffen werden könnte. Mit anderen Worten: Europa steht auf einem christlichen Fundament, braucht aber keine identitätsstiftenden Normen und Institutionen, denn diese ergeben sich in Nationalstaaten evolutionär aus der Existenz eines gemeinsamen *demos*. Da es einen solchen auf europäischer Ebene nicht gibt, braucht es auch keine Institutionalisierung. Ansätze, denen zufolge Konstitutionalisierung und Institutionalisierung erst Identität schaffen erscheinen deshalb in Polen meist als unverständlich, künstlich und ideologisch überhöht. Daraus resultiert einerseits die Hartnäckigkeit, mit der ein Gottesbezug in der Präambel des EU-Verfassungsvertrags gefordert wird, andererseits die Ablehnung gegenüber der Verfassung selbst, denn eine solche braucht man nur, um einen Nationsbildungsprozess zu krönen, nicht aber, um ihn auszulösen oder voranzutreiben. Da es keine europäische Nation gibt und eine solche aus polnischer Sicht auch nicht wünschenswert ist, ist eine Verfassung obsolet.

Die polnische EU-Debatte und die Debatte über Europa laufen größtenteils parallel, sind aber nicht direkt miteinander verknüpft. Während letztere meist von internationalen Ereignissen wie den Anschlägen des 11. September 2001 und den Nachfolgeattentaten ausgelöst werden, werden Debatten über Details der EU-Vertragsreformen, EU-Institutionen und Polens Beitrittsbedingungen meist von Ereignissen befördert, die mit der EU selbst nur in einem peripheren Zusammenhang stehen.

Schengen oder die Furcht vor einer Grauzone der inneren Sicherheit

Die Ereignisse, die Mitte der neunziger Jahre dann die polnische EU-Debatte in Gang brachten, hatten so mit der real existierenden EU kaum etwas zu tun: Das waren die Verschärfung der Asylgesetzgebung in Deutschland, durch die Polen „sicheres Drittland“ und damit Auffangbecken für Flüchtlinge wurde, die über Polen kamen, aber in Deutschland als Asylsuchende nicht anerkannt wurden, sowie das Inkrafttreten der Schengenverträge an der deutsch-polnischen Grenze. Durch die deutschen Asylgesetze und das Entstehen eines gemeinsamen „Raumes der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ in Westeuropa wurde Polen gezwungen, sein Abkommen mit Deutschland von 1991 über visafreien Reiseverkehr auf alle Schengen-Länder auszudehnen. Zugleich musste es Readmissionsverträge mit allen Schengenländern abschließen – und ein eigenes Asylgesetz verabschieden, um nicht auf Dauer zum Auffangbecken aller aus dem Osten kommenden, vom Schengenraum abgelehnten Asylsuchenden zu werden. Zugleich begann der Bundesgrenzschutz an der deutschen Ostgrenze mit getrennter Abfertigung: Eine Warteschlange war für Staatsbürger anderer Schengenländer, eine andere, die in der Regel langsamer abgefertigt wurde, für Staatsbürger von Nicht-Schengenländern, darunter Polen. Besonders diese Maßnahme wurde von vielen polnischen Bürgern als erniedrigend angesehen, sie mussten sich sozusagen „ganz hinten anstellen“, nicht nur bei der Abfertigung an Oder und Neiße, sondern auch bei der Einreise in den Schengenraum auf Flughäfen und Grenzkontrollpunkten an der See. Nur in Zügen waren weiterhin alle gleich.

Selbst grundsätzlich EU-freundlich gesinnte polnische Intellektuelle warfen der polnischen Regierung damals vor, sich von Deutschland eine Einschränkung seiner Souveränität aufzwingen zu lassen – plötzlich schien Warschau seine Gesetze unter deutschem und westeuropäischem Druck novellieren zu müssen. Dies führte noch nicht zu einer öffentlichen Debatte über Integration, Souveränität und polnische EU-Konzepte, aber es brachte sie näher.

Nationalstaatlicher Diskurs und integrationsfreundliche Praxis

Die Koalition aus SLD und PSL, die Polen zwischen 1993 und 1997 regierte, war angetreten, Polens Reformpolitik menschlicher und sozialer zu machen. Sie bremste die Privatisierung, stärkte die Kaufkraft, würgte die von der bürgerlichen Vorgängerregierung unter Hanna Suchocka begonnene Dezentralisierung ab und brachte eine neue Verfassung auf den Weg.

Letzteres verlangte einen parteienübergreifenden Konsens im Parlament. PSL, SLD und die „Freiheitsunion“ (*Unia Wolności*, UW) brachten diesen zustande, was es der konservativen „Wahlaktion Solidarität“ (*Akcja Wyborcza Solidarności*, AWS) leicht machte, sich ohne wirklichen Schaden für das Projekt dagegen zu profilieren. Auf diese Weise gelang es der AWS, mit einer demagogischen Kampagne gegen die neue Verfassung ihren Einflussbereich bis hinein in die nationalistischen Milieus des fundamentalkatholischen Radiosenders „Radio Maryja“ und die „Christlich-Nationale Allianz“ (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*, ZChN) zu erweitern und ein breites Bündnis von Liberalen bis zu Nationalisten zustande zubringen, das durch Antikommunismus, nationale Rhetorik, Entkommunisierungspostulate und Bekenntnisse zur katholischen Kirche zusammengehalten wurde. Die neue Verfassung musste mit einem Referendum verabschiedet werden, in dessen Vorfeld die Kampagne zu einer Generalprobe für den Wahlkampf wurde. Erwartungsgemäß gelang es der AWS nicht, die Annahme der Verfassung zu verhindern. Doch in der Kampagne hatte es besonders der nationale Flügel jener Gruppierung auf den Artikel 90 abgesehen, der die Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine internationale Organisation mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Parlaments (bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten bzw. Senatoren) oder durch ein Referendum. AWS-Politiker argumentierten, dies ermögliche der regierenden Koalition, Polen dem „Bund Russlands und Weißrusslands“ anzuschließen, eine neue „Teilung Polens“ oder einen völligen Souveränitätsverzicht herbeizuführen. Diese Argumentation war größtenteils demagogisch und allein innenpolitisch motiviert, sie schuf jedoch ein Diskussionsklima, in dem nationale bis nationalistische EU-Gegner dominierten und selbst führende EU-freundliche Reformpolitiker es nicht wagten, diesen zu widersprechen, um nicht als schlechtere Patrioten angeprangert zu werden. Dieses Szenario sollte sich noch häufiger in den innenpolitischen Debatten der folgenden Jahre wiederholen.

Tatsächlich hätte auch der Gegenentwurf der AWS (das sogenannte „Bürgerprojekt“ einer Verfassung) eine Übertragung von Souveränitätsrechten möglich gemacht – durch eine Verfassungsänderung, für die der „Bürgerentwurf“ genau die gleichen Mehrheiten vorsah wie die dann angenommene Verfassung von 1997. Auch dieses Szenario würde sich später als für die innenpolitischen Debatten typisch erweisen: Mit großem demagogischem Aufwand ausgetragene Konflikte sollen den Mangel an Unterschieden zwischen den politischen Kräften verschleiern, dem Bürger vorgaukeln, mit der Stimmabgabe entscheide er zwischen Gut und Böse, Rettung oder Untergang des Vaterlandes, während sich im politischen Establishment längst ein Grundkonsens herausgebildet hat, der selbst die

demagogischsten Wahlkämpfe weitgehend unbeschadet übersteht. Schon zu Beginn der neunziger Jahre beinhaltete dieser Grundkonsens Westbindung (EU- und NATO-Mitgliedschaft), Marktwirtschaft und Demokratie. Die Konflikte zwischen den Parteien spielten sich im Rahmen dieses Konsens ab: sozialstaatliche oder liberale Marktwirtschaft, Angebots- oder Nachfragepolitik, Inflationsbekämpfung oder Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welche Bündnisse innerhalb von EU und NATO, konstitutionalistische oder direkte Demokratie.

1997 begannen die EU-Beitrittsverhandlungen und die EU ging dazu über, die Vorstellungen der EU-Kandidaten über das künftige Institutionengefüge der erweiterten EU zu konsultieren, erst in Vorbereitung auf den Gipfel von Nizza (2000) und den Nizzaer Vertragstext, danach, als sich herausstellte, dass dieser die EU nur ungenügend auf die Erweiterung vorbereitete, in Hinblick auf die nächste Vertragsreform. Dies erforderte von polnischer Seite zweierlei: Zum einen das Zustandekommen einer polnischen (parteienübergreifenden) EU-Konzeption, zum zweiten eine Strategie zu ihrer Präsentation bzw. Durchsetzung. An beidem mangelte es. Aus Furcht, künftige Partner zu antagonisieren, die ja erst über den Beitritt und die Beitrittsbedingungen entscheiden mussten, gaben sich sowohl Regierung als auch Parteien zurückhaltend und äußerten sich auf die Anfragen der jeweiligen EU-Präsidentschaften oberflächlich und wenig detailliert. Außerhalb der Regierung gab es aber fast keine Experten, die sich in die europäische Debatte vor und nach Nizza einschalten konnten, ohne die Regierung zu desavouieren. Fast alles, was Rang, Namen und Wissen in Sachen EU hatte, war bereits zu den Beitrittsverhandlungen herangezogen worden. So blieb die polnische Debatte über die Zukunft der EU flach, farblos, oberflächlich und wenig kompetent. Sie kam im Grunde vor allem dadurch vorwärts, dass sich Politiker gezwungen sahen, bereits ad hoc getroffene Entscheidungen nachträglich zu rechtfertigen und dazu eigene, über diese Entscheidungen hinausgehende Konzepte zu entwickeln. Polens „EU-Konzepte“ entstanden so gewissermaßen aus der praktischen Politik heraus und waren meist Reaktionen auf äußere Ereignisse wie den Irak-Krieg, die EU-Verhandlungen oder Entwicklungen, die in der EU vorangetrieben wurden und in Polen auf Widerstand oder Proteste stießen.

1998 vereinbarte die Regierung des AWS-Politikers Jerzy Buzek mit der damaligen parlamentarischen Opposition der SLD und der durch die Wahlen stark geschwächten PSL ein gemeinsames Konzept, das die Grundlage bildete für die Stellungnahmen, die Buzeks Regierung, die anschließende AWS-Minderheitsregierung (2000-2001) und die postkommunistischen Regierungen von Leszek Miller (2001-2004) und Marek Belka (2004-2005) zur Maxime ihres Handelns in Brüssel machten. Zu diesem Konzept, das nie öffentlich diskutiert wurde, gab es wechselnde Begleitmusik in Form

mehr oder weniger demagogischer Äußerungen. Doch das, was polnische Unterhändler in Brüssel in Sachen Institutionen- und Vertragsreform vertraten, war relativ konstant. Wie sieht dieses polnische Europakonzept aus?

Der geheime EU-Konsens des politischen Establishments

Polen ist ein relatives großes, katholisches Land mit eigener Interessensphäre in Ostmitteleuropa, gespannten historischen und aktuellen Beziehungen zu Russland, vergleichsweise wirtschaftsliberalen Eliten, einer starken Bindung an den angelsächsischen Raum und einer im europäischen Vergleich überproportional großen Landbevölkerung. Zugleich hat es eine Transformation hinter sich, besitzt eine schwache, unerfahrene Verwaltung und Diplomatie sowie eine Wehrpflichtigenarmee, die langjährige, in kommunistische Zeiten zurückreichende Erfahrung mit (UN-) Auslandseinsätzen hat, aber nur über wenig Ressourcen für eigenständige Dislozierungen über große Entfernungen verfügt. Es ist traditionell pro-amerikanisch und als NATO-Grenzstaat vor allem an jenen Elementen des NATO-Vertrags interessiert, die konkrete, militärisch unterfütterte Sicherheitsgarantien bieten. Diese sind allerdings von der Anwesenheit der US-Armee und dem politischen Willen der USA abhängig.

Aus diesem Grund hat bisher jede polnische Regierung darauf geachtet, Entscheidungen zu vermeiden oder abzumildern, die aus ihrer Sicht dazu angetan wären, die transatlantischen Bindungen zu schwächen, die Rolle der NATO als Verteidigungspakt zu vermindern oder NATO-Aufgaben auf EU-Strukturen zu übertragen. Polen ist deshalb dagegen, der EU eigene Verteidigungsstrukturen zu geben. Früher stellte sich die polnische Diplomatie generell gegen die Loslösung der EU-Kapazitäten von der NATO, da Polen als NATO-, aber Nicht-EU-Mitglied dadurch den Einfluss auf Entscheidungen über deren Einsatz verloren hätte. Seit Polen EU- und NATO-Partner ist, beschränkt es sich darauf, gegen eine Schwächung der NATO und gegen Konzepte Einspruch zu erheben, von denen es eine Doublierung von NATO-Aufgaben durch die EU befürchtet. Da aufgrund der Asymmetrie zwischen Polen und Russland letzteres zwar Polen, Polen aber kaum Russland beeinflussen kann, hat sich in Warschau auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Entwicklung einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik durchaus im polnischen Interesse ist.

Im Gegensatz zu der nationalstaatlichen Rhetorik fast aller Regierungspolitiker der letzten Jahre hat sich Polen auch immer für eine Ausweitung der sogenannten Gemeinschaftsmethode ausgesprochen: Entscheidungen sollen möglichst die supranationalen Institutionen (Europäisches Parlament und Europäische Kommission) durchlaufen, da auf diese Weise der Einfluss

großer Staaten nivelliert wird. Nun ist Polen zwar selbst ein großer Staat, doch ist die Option für die Gemeinschaftsmethode Ausdruck der Erkenntnis, dass die polnische Verwaltung und Diplomatie mit denen von Frankreich, Deutschland und Großbritannien kaum mithalten können – supranationale Institutionen werden also als eine Art Gegengewicht gegen das „Großmächtekonzept“ in der EU ins Feld geführt. Daher hat Polen auch stets für eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU optiert, nicht zuletzt deshalb, weil der auf demografischen Kriterien beruhende Stimmenanteil Polens nach dem Nizza-Vertrag nur dann wirken kann, wenn im Rat auch abgestimmt wird. Bei Einstimmigkeitsentscheidungen sind de facto alle Staaten gleich, denn eine Entscheidung kann auch vom kleinsten per Veto verhindert werden. Als Netto-Empfänger aus dem EU-Haushalt, Transitland mit großem Bedarf an einer Modernisierung der Infrastruktur und hohem Anteil der Landbevölkerung bleibt Polen auch an einer „solidarischen EU“, das heißt an einer EU mit Transfermechanismen (Struktur-, Kohäsions-, und Landwirtschaftsfonds) interessiert. Auch das ist ein Argument für die Gemeinschaftsmethode, denn nur mit ihr wird sichergestellt, dass die Nettozahler nicht auf eigene Faust den Geldhahn zudrehen.

Niemand grenzt gerne an unberechenbare, bedrohliche Nachbarn. Das ist einer der Gründe, warum Deutschland für die EU-Osterweiterung war, Österreich Sloweniens und Kroatiens Beitritt unterstützt – es ist auch der Grund, warum Polen daran liegt, die Ukraine mit in die EU zu holen und – falls es sich in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft bewegt – später auch einmal Weißrussland. Als katholisches Land hat Polen nur wenig Interesse an der auch wirtschaftlich für Polen wenig reizvollen Türkei. Da Polen aufgrund mangelnder finanzieller, militärischer und wirtschaftlicher Kapazität sich nicht an allen potentiellen Projekten einer „engeren Zusammenarbeit“ beteiligen kann, liegt ihm daran, dass die Kriterien dafür möglichst von supranationalen Institutionen aufgestellt und überwacht werden und die Zugangsmöglichkeiten zu solchen Projekten möglichst inklusiv sind. Anders als Mitte der neunziger Jahre ist Polen nicht mehr grundsätzlich gegen eine „engere Zusammenarbeit“, bei der sich nur einige Länder an einem Projekt beteiligen (damals waren dies Schengen und die Währungsunion, heute sind es meist Projekte im Rahmen der Innen- und Justizpolitik der EU).

Dies alles zusammen genommen verfolgt Polen also eine Politik, die der der Benelux-Länder nicht unähnlich ist, die allerdings von der rabulistischen Rhetorik begleitet wird, die eher an Charles de Gaulle oder Margaret Thatcher erinnert, aber weit weniger Eindruck auf die europäischen Partner macht. Dahinter steht die Furcht, dieser pragmatische Föderalismus werde

von der Bevölkerung nicht akzeptiert bzw. könne von der innenpolitischen Opposition desavouiert werden, wenn man sich offen zu ihm bekennt. Das führt etwa dazu, dass Polen erst die Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrags blockiert, um eine Stimmengewichtung wie im Nizza-Vertrag durchzusetzen, worauf die nächste Regierung den Vertrag dann unterzeichnet, obwohl sich an der Stimmengewichtung nichts geändert hat. Die Europavision, die dahinter steht, ist außen- und wirtschaftspolitisch angelsächsisch geprägt, verbindet das Bekenntnis zu Freihandel und ökonomischem Individualismus aber mit einer Unterstützung für starke supranationale Institutionen und die Gemeinschaftsmethode und weist zahlreiche Interessenkongruenzen mit Frankreich (Erhaltung der Agrarpolitik) sowie Spanien und Griechenland (Struktur- und Kohäsionsfonds) auf. Polens Europa ist ein offenes Europa, offen für weitere Mitglieder im Osten, das zugleich proamerikanisch ist, seine Interessensphäre aber auf Europa beschränken sollte. Es ist solidarisch, demokratisch, eng an die NATO gebunden und kann durchaus heterogen sein – „konzentrische Integrationskreise“, die sich überlappen, sind denkbar, dürfen aber niemanden ausschließen, der sich einem elitären Projekt anschließen will. Hat dieser die Kapazitäten für die Teilnahme nicht, muss ihm von den anderen geholfen werden. In diesem Sinne beteiligte sich auch die Vertreterin der polnischen Regierung im Europäischen Konvent, die gegenwärtige polnische EU-Kommissarin Danuta Hübner, an den Debatten. Ein nennenswertes Echo in der Öffentlichkeit fand das nicht.

Mit den Nationalstaatsvisionen der neunziger Jahre, wie sie damals bei den Diskussionen um Euroregionen, Schengen und die polnische Verfassungsreform zu Tage traten, ist dieses Konzept nicht vereinbar. Deshalb bewegt sich die öffentliche Debatte weiterhin in den alten Mustern, Politiker versprechen, notfalls „für Nizza zu sterben“ und beschuldigen pragmatischere Gegner des Hochverrats, halten dann aber still, wenn ihre Diplomaten in Brüssel das tun, was tatsächlich polnischen Interessen entspricht, aber völlig quer zu der nationalstaatlichen Rabulistik liegt, die an der Weichsel Wahlkämpfe dominiert. In der Überzeugung fast aller Politiker ist diese Rhetorik geradezu die Voraussetzung, dass pragmatische Interessenpolitik überhaupt gemacht werden kann. Was Polen so von anderen EU-Ländern unterscheidet, ist also weder seine Europavision noch seine Europapolitik, sondern allein das Getöse, mit dem beides nach innen abgesichert wird.

Literatur

BACHMANN, KLAUS, Konwent o przyszłości Europy. Demokracja deliberatywna jako metoda legitymizacji władzy w wielopłaszczyznowym systemie politycznym [Der Konvent über die Zukunft Europas. Deliberative Demokratie als Methode der Legitimation der Staatsmacht im politischen Mehrebenensystem], Wrocław 2004.

CICHOCKI, MAREK/ OSICA, OLAF, Listy do Jaimy Gamy. Stanowiska krajów kandydujących do Unii Europejskiej wobec Konferencji Międzyrządowej [Briefe an Jaimy Gama. Der Standpunkt der EU-Beitrittskandidaten gegenüber der intergouvernementalen Konferenz], Warszawa 2000.

Europe on the Move. The Impact of Eastern Enlargement on the European Union, hg. v. THOMAS LANE/ ELŻBIETA STADTMÜLLER, Münster 2005.

HEINRICHS, ANJA, Die europäische Integration aus Sicht Mittel- und Osteuropas. Polen, Tschechische Republik und Ungarn in der EU-Verfassungsdebatte, München 2006.

KLEGER, HEINZ/ KOROLEWSKI, IRENEUSZ PAWEŁ/ MUNKE, MATTHIAS, Europäische Verfassung. Zum Stand der europäischen Demokratie im Zuge der Osterweiterung, Münster, Hamburg, London 2002.

KROSSA, ANNA-SOPHIE, Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa: Polen, Tschechien und Ungarn und die Integration in die EU, Berlin 2005.

Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten, hg. v. PETER OLIVER LOEW, Frankfurt/Main 2004.

Polska Eurodebata [Die polnische Europadebatte], hg. v. LENA KOLARSKA-BOBIŃSKA, Warszawa 1999.

Polskie Porozumienie Niepodległościowe: Czy dialog z władzą jest możliwy? [Polnische Unabhängigkeitsverständigung: Ist ein Dialog mit den Regierenden möglich?] Band 4, Warszawa 1989.

Polskie Porozumienie Niepodległościowe: Polityka Niepodległościowa [Polnische Unabhängigkeitsverständigung: Unabhängigkeitspolitik], Warszawa 1983.

SKOTNICKA-ILLASIEWICZ, ELŻBIETA, Powrót czy droga w nieznane? Europejskie dylematy Polaków [Rückkehr oder Weg ins Ungewisse? Europäische Dilemmata der Polen], Warszawa 1998.

TRZASKOWSKI, RAFAŁ, From Candidate to Member State: Poland and the Future of the European Union, Institute for Security Studies, Occasional Paper 37 (2002).

GESINE SCHWAN

POLEN ODER DIE FREIHEIT IM HERZEN EUROPAS

Wenn wir als Kinder an heißen Sommertagen Anfang der fünfziger Jahre Brennesseln jäten oder Johannisbeeren pflücken mussten und die junge Flüchtlingsfrau aus Schlesien, die meine Eltern aufgenommen hatten, mit uns das Lied vom Rübezahl sang, wobei wir besonders gern den Refrain „Riesengebirge – deutsches Gebirge“ schmetterten, dann hatte das für uns keinerlei politische Bedeutung. Nicht einmal für Irene, so hieß das von uns geliebte neue „Familienmitglied“, obwohl sie sich nach ihrer Flucht zunächst für einige Zeit dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten – BHE“ angeschlossen hatte.

Trotzdem war Oberschlesien, von wo auch meine Mutter stammte, und die Tatsache seines Verlusts stets sehr gegenwärtig in den Erzählungen der Familie, etwa wenn meine Mutter von ihrer Jugend in den dreißiger Jahren schwärmte: von den schmucken, überaus höflichen polnischen Offizieren, die in der kleinen Garnisonsstadt Lublinitz (schon damals polnisch: Lubliniec) am Samstag und Sonntag auf dem Ring flanierten. Da die Familie meiner Mutter zur deutschen Minderheit gehörte, die in guten Beziehungen zur polnischen Mehrheit lebte, gewann ich von früh auf nicht nur eine Sympathie für Polen, sondern auch den Eindruck, dass ein selbstverständlich-freundliches Zusammenleben von Polen und Deutschen im Alltag kein Problem sein müsse. Das Problem war erst durch die Nazis entstanden, so meine kindliche Wahrnehmung, und deshalb müsse man alles tun, um den entstandenen furchtbaren Schaden wieder gut zu machen. Später habe ich gelernt, dass eine solche Grundeinstellung gegenüber Polen in Deutschland keine sehr weit verbreitete Haltung war. Und dass sich die Alltagsbeziehungen zwischen den Volksgruppen nicht überall so freundschaftlich gestaltet hatten, wie in der Kleinstadt meiner Mutter. Trotzdem: Mein Grundinteresse an Polen war geweckt und dieses Thema hat mich nie wieder los gelassen.

Weitere wichtige Mosaiksteine ergänzten in den fünfziger Jahren mein Polenbild, das langsam, wenn auch mir noch unbewusst, eine biographisch prägende Bedeutung gewann. Ich erinnere mich an den bewegenden Eindruck, den der Posener Juniaufstand in der Folge des 20. Parteitags der

KPdSU auf mich machte. Auch denke ich an meine Freude über den „Frühling im Oktober“, als Władysław Gomułka 1956 im Kontrast zur ungarischen Entwicklung Freiheiten gewährte. Hier leuchtete eine Hoffnung auf: Es sah so aus, als ob es Polen gelingen könnte, einen gewaltfreien und konsensualen Weg von der kommunistischen Diktatur zur Freiheit zu finden, was einer Quadratur des Kreises gleichgekommen wäre. Dazu gehörte auch der Rapacki-Plan vom 2. Oktober 1957, der mir das ungebrochene Unabhängigkeitsstreben und den klaren Willen der Polen zu dokumentieren schien, auch politisch in den Kreis der europäischen Länder zurückzukehren.

Eine weitere Facette meiner Faszination für Polen rührte aus dem Schrecken der deutschen Verbrechen her. Entscheidende Bedeutung kam dem Spielfilm „Die letzte Etappe“ der polnischen Regisseurin Wanda Jakubowska über Auschwitz zu, der Mitte der fünfziger Jahre im Audimax der Freien Universität Berlin aus Anlass des 20. Juli gezeigt wurde, und mich noch Tage lang danach in meinen Träumen verfolgte. Die Fähigkeiten zu Leid und Widerstand, zum intelligenten Unterlaufen der deutschen Anordnungen, wurden hier für mich zu Merkmalen des polnischen Schicksals. Für junge Deutsche drängte sich geradezu die Aufgabe der „Wiedergutmachung“ auf, zugleich der tiefe Widerwille gegen die Willkür, mit der die Nazis die Insassen des Lagers gequält hatten.

Schließlich genoss Polen gegen Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre ein hohes Interesse im Westen wegen seiner künstlerischen Leistungen: im Film (Andrzej Wajdas „Asche und Diamant“), im Theater (Sławomir Mrożeks „Tango“, Witold Gombrowicz), in der Literatur (Stanisław Jerzy Lec, Zbigniew Herbert), in der neuen Musik (das Festival Warschauer Herbst) und in der Grafik beeindruckten die Polen mit ihrer Fantasie und subversiv behaupteten Eigenständigkeit gegenüber allen Zumutungen des sozialistischen Realismus. Sie galten nicht nur als etwas Besonderes im Osten, sondern auch als spannend für den Westen: originell, aufmüßig, witzig, intelligent, einer Kunst mit emotionaler Tiefe verpflichtet, dabei gleichzeitig von hohem Abstraktionsvermögen und scharfer, doch spielerischer Ironie.

Um mit diesem faszinierenden Nachbarland vertrauter zu werden, um die Erblasten der deutschen Vergangenheit wenigstens ein Stück weit abtragen zu helfen und, wenn möglich, zu einer Versöhnung beizutragen, die schon im deutsch-französischen Verhältnis schwierig genug schien, im deutsch-polnischen jedoch eine erheblich brutalere Hypothek anzugehen hatte, begann ich Anfang der sechziger Jahre, Polnisch zu lernen. Das war eine erhebliche Herausforderung, wie ich erst nach und nach begriff. Französisch und Englisch halfen hier nicht weiter, die Syntax des Pol-

nischen ist hoch komplex, so nebenbei zum Studium kein leichtes Unterfangen.

Aus dem „Nebenbei“ wurde jedoch Ende der sechziger Jahre ein „Hauptsächlich“, nachdem mich mein Doktorvater Wilhelm Weischedel davon überzeugt hatte, dass ich in der Wahl zwischen meinen beiden Vorschlägen für eine Doktorarbeit nicht Adorno, sondern den im Westen immer bekannter werdenden Leszek Kołakowski den Vorzug geben sollte. Kołakowski hatte mit einer von Wanda Brońska-Pampuch besorgten Edition seiner anti-stalinistischen Essays („Der Mensch ohne Alternative“) die Herzen und Köpfe vieler deutscher Leser gewonnen, nachdem er zuvor in eindrucksvollen „Polen“-Heften der volkspolnischen Regierung und später – zunehmend aufmüpfig – in der polnischen Studentenschaft als junger „Star“ gefeiert worden war. Er galt neben den ausgezeichneten Literaten und vor allem dem in die USA gegangenen Nobelpreisträger Czesław Miłosz als junger hoffnungsvoller Repräsentant des geistigen Nachkriegspolen, hatte 1966 bei einer denkwürdigen Veranstaltung in der Warschauer Universität zehn Jahre nach dem „Polnischen Oktober“ die Frage „Was haben wir gewonnen?“ kurzerhand mit „Nichts!“ beantwortet, weil alle Reformen Gomułkas wieder zurückgenommen worden seien, und wurde daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Fortan galt er der Regierung, in der Gomułka trotz bereits vorher erkennbarer intellektueller „Eskapaden“ Kołakowskis immer wieder seine Hand über ihn gehalten hatte, als Renegat und Gegner. Als er, wie eine Reihe seiner namhaften Kollegen (Zygmunt Bauman, Bronisław Baczko, Maria Hirszowicz), 1968 die u.a. von Jacek Kuroń, Karol Modzelewski und Adam Michnik organisierten studentischen Demonstrationen zugunsten der Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigte, verlor er – wie seine Kollegen – seine Professur an der Warschauer Universität und ging zunächst nach Kanada, später nach Oxford. Inzwischen war er akademisch auch im Westen so anerkannt, dass er sich um sein Unterkommen nicht sorgen musste. Seitdem lebt er mit seiner Frau Tamara in Oxford. Bis heute mit vielfachen Auszeichnungen geehrt, erhielt er u.a. 1977 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Die Entscheidung, meine Dissertation diesem Philosophen, insbesondere der Logik seines Wandels vom engagierten Kommunisten zum herausragenden Revisionisten des Marxismus zu widmen, beflügelte nicht nur meine Bemühungen, mir die polnische Sprache anzueignen, sondern wurde für mich eine zentrale Weichenstellung in meinem Leben. Dies gilt zunächst für die jahrelange geistige Auseinandersetzung mit Kołakowskis Freiheitsverständnis, das er in Abgrenzung sowohl zum Kommunismus als auch zur traditionellen Metaphysik und zu unterschiedlichen protestantischen und katholischen Theologien entwickelte. Darüber hinaus bot mir die Arbeit an der Dissertation die Chance, das Denken der polnischen Dissidenten „von

innen“ kennen zu lernen, mit seinen in Polen gebliebenen Schülern und Freunden wie Bronisław Geremek, Adam Michnik sowie Jerzy und Barbara Holzer Freundschaft zu schließen und vor allem mit ihm und seiner wunderbaren Frau Tamara enge Freunde für das Leben zu gewinnen. Mein Polenbild ist fast untangierbar – für eine Wissenschaftlerin nicht ganz ungefährlich! – von diesen und weiteren Freunden geprägt.

Aber diese Freunde sind gerade keine unkritischen „Patrioten“, die die Probleme ihres Landes systematisch übersehen. Und ich selbst lernte die Tücken des Landes im Zuge meiner Polenaufenthalte, die u.a. der Vorbereitung meiner Dissertation dienten, durchaus am eigenen Leibe kennen. Mir war auch bewusst, dass ernst gemeinte Aussöhnung und platte Idealisierung sich nicht vertragen.

Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen: Oft habe ich mich gewundert, warum Kołakowski in den späten fünfziger Jahren, als sein Hauptgegner schon der Stalinismus war, so heftig gegen die christliche Tugend der Demut polemisierte. Bei meinem ersten Messebesuch in Polen, in der Krakauer Marienkirche im Jahre 1965, erlebte ich dann, wie von den Gläubigen zum Empfang der Kommunion der lange Mittelgang zum Altar auf Knien zurückgelegt wurde, eine Geste, die ich jedenfalls damals nicht als demütig, sondern als unterwürfig empfand. Vielleicht war trotz meines Katholizismus zu viel deutscher Protestantismus in mir. Aber auch später hatte ich den Eindruck, dass sich die katholische Kirche in Polen mit der Rezeption des Zweiten Vatikanischen Konzils schwer tat.

Um in Warschau alle Texte von und über Kołakowski zu sammeln, verbrachte ich 1967 einige Wochen zunächst bei einem Sprachkurs und dann in der Warschauer Universitätsbibliothek. Ein Mitarbeiter der polnischen Militärmission in Berlin, der mein wahres Dissertationsthema (den Behörden hatte ich ein ideologisch genehmeres Thema gemeldet) kannte, verhalf mir trotzdem mit fantasievoller Ausschmückung meines Lebenslaufes zu einem Aufenthaltsvisum. Aber in Polen traf ich schon nach wenigen Tagen auf einen sehr interessierten jungen Mann, angeblich Mitarbeiter des Kultusministeriums, der rätselhafterweise immer gerade dort auftauchte, wo ich in Warschau oder Krakau zu arbeiten hatte. Er wusste auch, wann ich mich mit dem damals schon von der Staatssicherheit beobachteten Kołakowski traf, und lud mich dringend zum Tanzen ein. Mehrere Abwehrversuche fruchteten nicht, und als wir dann schließlich in einem Lokal landeten, erzählte er mir nach mehreren Gläsern Wodka, wie sehr die Juden Polen beherrschten und dass sie schon immer in der Geschichte eine Belastung für das Land gewesen seien. Als um Versöhnung mit Polen bemühte Deutsche sah ich mich genötigt, dem Bürger eines von den Deutschen überfallenen Landes einen kleinen Vortrag über Antisemitismus zu

halten. Das fand ich nicht geschmackvoll, in dieser Situation aber sehr notwendig.

Es war die Zeit des berüchtigten Innenministers Mieczysław Moczar, der eine „Antizionismus“-Kampagne betrieb, während derer z.B. der gehasste Oppositionelle Adam Michnik in der Parteizeitung „Trybuna Ludu“ (Tribüne des Volkes) immer mit der Apposition „*pochodzenia żydowskiego*“ („jüdischer Herkunft“) versehen wurde. Ich lebte damals in einem Milieu von revisionistischen ehemaligen Kommunisten der ersten Nachkriegsstunde, die inzwischen in schärfstem Gegensatz zum Regime standen. Kołakowski erklärte mir den damaligen offiziellen Antisemitismus damit, dass dies der einzige „Kitt“ sei, auf den die Regierung noch zu bauen hoffte, um die Gesellschaft an sich zu binden. Ansonsten hätte der etablierte Kommunismus jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Dabei nutzte der die Kampagne führende Innenminister Moczar den Umstand, dass der von den Polen nicht geliebte Kommunismus nach 1945 in der Tat von einer kommunistischen Partei eingeführt worden war, die vor dem Krieg zu großen Teilen aus Juden bestanden hatte. Aber er verschwieg, dass viele von ihnen inzwischen zu den schärfsten Kritikern des Regimes zählten, gerade auch seiner nicht nur gegen die Juden (von denen nur noch eine verschwindend kleine Zahl in Polen lebte) gerichteten repressiven Politik. In dieser Situation war für diejenigen, die auf eine nationale und soziale Befreiung Polens hofften, eine Auseinandersetzung an mehreren Fronten notwendig: gegen gestrige, traditionell nationalistische Strömungen von rechts ebenso wie gegen neue stalinistische Repressionen von „links“, dessen Definition Kołakowskis deshalb – in Auseinandersetzung mit dem nun zur „Rechten“ mutierten stalinistischen Kommunismus – neu in Angriff nahm. Dass sich da Mentalitäten jenseits aktueller politischer Parteizugehörigkeiten trafen, war offensichtlich.

Zwei weitere kleine Impressionen zeigen die Komplexität der polnischen Gesellschaft in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren: Nachdem ich mein Kołakowski-Material zum Abfotografieren gesammelt und sorgfältig jegliche Nennung seines Namens vermieden hatte, besorgte mir die damalige Leiterin der Warschauer Universitätsbibliothek den kostbaren Mikrofilm und händigte ihn mir an einer stillen Stelle schmunzelnd mit den Worten aus: „Nicht wahr, Sie arbeiten über Kołakowski?“ Mein offizieller Dissertationstitel lautete: „Studien zum gegenwärtigen polnischen Marxismus“.

Und um entlegene Texte aufzuspüren gab mir die Sekretärin des Rektors den Tipp, einen bestimmten Kiosk im Souterrain des Kulturpalastes aufzusuchen und dort ihren Namen zu nennen. Dort bekam ich in der Tat, was ich brauchte. Die polnische Tradition, als Gesellschaft auch jenseits der

offiziellen staatlichen Institutionen zu funktionieren und zu wirken, fand ich damals überaus lebendig.

Alle meine damaligen Polenerfahrungen zeigten das Bild eines ungemein lebendigen Freiheitswillens weiter Kreise der Gesellschaft. Ein Geist des Widerstands – manchmal bis zur Unerbittlichkeit – und ein starker Individualismus durchzogen die ganze Gesellschaft – von der Mode, über das Verhalten im Straßenverkehr bis zu anarchischen politischen Tendenzen. Komplementiert wurde dies durch einen feinen Sinn für Witz und Ironie, der ja auch eine befreiende Distanzierung zum je Gegebenen anzeigt, und durch ein subtiles Gefühl für Würde und Ehre – dessen Pathos und dessen Tradition des moralischen Heroismus sich mit der Ironie durchaus verbinden können. All diese Elemente fand ich auch in der Philosophie Kołakowskis wieder. Institutionell wurden diese libertären Tendenzen durch einen Teilpluralismus in der Gesellschaft gestärkt, weil sich die polnische kommunistische Partei immer mit der mental und in ihrer Verfasstheit starken katholischen Kirsche auseinandersetzen und arrangieren musste. Und wenn diese Kirche auch häufig eher nationale oder sogar nationalistische als freiheitliche Tendenzen vertrat, so hatte sie doch in der Sejm-Fraktion um den Abgeordneten Stanisław Stomma und in den „Klubs der katholischen Intelligenz“ wichtige Repräsentanten und Akteure, die ein freiheitliches Denken im Nachkriegspolen nährten und stärkten.

Die Art und Weise, wie sich die Polen im Laufe der siebziger und achtziger Jahre immer wieder neue Bewegungen und Organisationsformen ausdachten – die „Fliegenden Universitäten“, die „Komitees zum Schutz der Arbeiter“ und „Solidarność“ – um ihre geistige, politische und nationale Souveränität (oder wenigstens Inseln dafür) zurückzugewinnen, belegt ihre Fantasie und die Zentralität des Freiheitsgedankens in ihrer Geschichte und politischen Kultur. Zugleich zeugen diese Initiativen davon, dass die polnische Gesellschaft die unglückliche Dichotomie zwischen Idealismus und Realismus, die insbesondere seit dem 19. Jahrhundert eine für Gesellschaft und Politik desintegrierende Rolle gespielt hat, zunehmend überwinden konnte. Theoretisch gab es keine Mischform zwischen Kommunismus und pluralistischer Demokratie – darauf hat etwa Kołakowski in Auseinandersetzung mit dem Generalsekretär der spanischen Kommunisten Santiago Carrillo in den achtziger Jahren öffentlichkeitswirksam hingewiesen. Aber praktisch konnte man mit Geschick und Fingerspitzengefühl gesellschaftliche und politische Freiräume austesten und zunehmend erobern. Dies war möglich, weil die kommunistische Regierung keinerlei soziale Autorität und politische Legitimität mehr ausstrahlte. Hinzu kam, dass es die polnische Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert gewohnt war, sich unabhängig vom politischen Staat zu organisieren, der von den Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 und bis zum Ende des Ersten Welt-

krieges ein national fremder war und in dem auch nach 1945 nicht eine frei gewählte Regierung handelte. Selbst während des Kriegsrechts, in dem Polen Polen aus politischen Gründen ins Gefängnis brachten, blieben soziale Kooperationen und politische Allianzen bestehen, die politisch eigentlich nicht erlaubt hätten sein können. Das ist in der so genannten Zweiten Phase der deutschen Entspannungspolitik von der damaligen SPD-Spitze nicht zureichend erkannt worden.

Der Runde Tisch, mit dem Polen 1988 das Ende des Ost-West-Konflikts einleitete, war insofern eine Konsequenz aus beiden Erfahrungen: aus dem unbändigen Freiheitswillen der Polen und aus der Einsicht der damaligen politischen Eliten in Regierung und Opposition, dass man nur über Kompromisse gewaltfrei weiter kommen konnte. Strategische Köpfe wie Bronisław Geremek und Adam Michnik trugen dazu wesentlich bei, auch wenn sie sich angesichts ihrer Erfahrungen während des Kriegsrechts mühsam zu dieser Haltung durchringen mussten.

Wie strategisch sie dachten, konnte ich 1987 in einem Gespräch erleben, als Barbara und Jerzy Holzer mich zu einem gemeinsamen Abendessen mit den beiden damaligen Dissidenten einluden. Es ging um die Frage, ob die Polen eine, damals nur hypothetisch diskutierte, deutsche Wiedervereinigung politisch und mental verkraften könnten. Alle vier, aber insbesondere Geremek, sprachen sich eingedenk des Vorrangs des nationalen Selbstbestimmungsrechts eindeutig für die deutsche Wiedervereinigung aus (Selbstbestimmung ohne darauf folgende Wiedervereinigung hielten sie für eine unrealistische Option), deren gefährdendes Potenzial sie durch die Einbindung Deutschlands in eine demokratische Europäische Union gebündelt sahen. Mehr noch, sie hielten diese Wiedervereinigung sogar für ein unverzichtbares Element einer Politik, die auch Polen die politische Souveränität zurückgeben würde. Ohne eine starke Europäische Union war also auch eine freiheitliche Zukunft Polens nicht zu denken.

Nach 1989 richtete sich das politische Hauptziel Polens zunächst auf den Beitritt zur NATO, der allein dem Land militärische Sicherheit zu versprechen schien. Dieser Wunsch kann ein geopolitisch ebenfalls exponiertes Land wie Deutschland eigentlich nicht verwundern. Zugleich hielt Polen sein Interesse an den östlich gelegenen, noch unfreien Nachbarn stets wach. Doch auch der Blick weit nach Westen ist den Polen alles andere als fremd. Ihre historisch bedingte Liebe zu Frankreich fanden sie allerdings nicht immer erwidert. Diese Enttäuschung hält bis heute an und beeinflusst eine Reihe von innereuropäischen Problemen, die sich seit dem Irakkrieg und dem (vorläufigen) Scheitern der Europäischen Verfassung noch einmal verstärkt haben. Im Westen entsteht manchmal der Eindruck, Polen sei mehr an den USA und nicht wirklich an der Europäischen Union interessiert. Ich halte das für eine Fehleinschätzung. Dass Polen im Angesicht

der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts seine Sicherheit eher bei den Angelsachsen, insbesondere den USA, als bei seinen europäischen Nachbarn gewahrt sieht, kann kaum verwundern. Auch dass darüber hinaus in der Freiheitstradition eine hohe kulturelle Affinität gerade zu den USA besteht – nicht zu sprechen von den großen „polnischen“ Städten dort – sollte man im Blick behalten. In Polen hat es nie einen Antiamerikanismus gegeben, wie ihn die intellektuellen Eliten und das Bildungsbürgertum in Westeuropa seit dem 19. Jahrhundert kultivierten. Von den Amerikanern haben die Polen nie die Verachtung und die Bedrohung ihrer kulturellen Substanz erfahren, die ihnen im Dritten Reich von den Deutschen angetan worden ist. Vielleicht ist deshalb der polnische Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika unkritischer oder, positiv formuliert, vorurteilsfreier. Das deutsch-französische Tandem dagegen wird in Polen so wahrgenommen, dass sich daraus eine innereuropäische Hegemonie zweier großer Länder ergeben könnte. Über all diese Fragen gibt es natürlich in der polnischen öffentlichen Meinung durchaus unterschiedliche Auffassungen. Die Kritik einer Gruppe von Intellektuellen an der Europapolitik der gegenwärtigen Regierung, die Warnung von Tadeusz Mazowiecki, Polen möge sich nicht zum Instrument amerikanischer hegemonialer Bestrebungen machen lassen, zeigen, wie offen der Diskurs ist und dass alles darauf ankommt, die gegenseitigen Vorstellungen so genau wie möglich zu verstehen und argumentativ auszutauschen, ohne sofort in stereotype Einschätzungen und Zuschreibungen abzugleiten.

Vieles spricht dafür, dass der lebhafteste Freiheitssinn der Polen, ihr Gefühl für Würde und ihre Liebe zur Ironie sich auf längere Sicht auch gegen eine US-amerikanische Politik wenden werden, wenn diese das Völkerrecht wie das innerstaatliche Recht mit Verweis auf die eigene überragende Macht gering schätzt. Dies umso mehr dann, wenn die westeuropäischen Partner, insbesondere Frankreich, ihr Interesse an Polen und an dessen Wahrnehmungen und Interessen steigern und die neue große Europäische Union nicht nur als Erweiterung – wie man einen fertigen Kuchenteig ausrollt –, sondern als einen Neuanfang begreifen, in dem auch die neuen Mitglieder Einfluss haben sollen, auch wenn sie den Altmitgliedern ökonomisch noch nicht das Wasser reichen können und auch politisch einige Zeit brauchen, um in ihrer neuen Position Erfahrungen zu sammeln.

Wie formulierte es Adam Michnik neulich? „Unsere Sicherheit ist mit den USA, unsere Zukunft mit der Europäischen Union.“ Das geschieht allerdings nicht von allein. Dazu müssen alle Mitglieder der Europäischen Union beitragen, nicht zuletzt Deutsche, Franzosen und Polen!

Es kommt darauf an, den polnischen Sinn für Freiheit und Würde – traditionsreiche europäische Werte! – aus der polnischen Geschichte heraus

zu verstehen und entsprechend zu achten. So lässt sich das gegenseitige Vertrauen, was Polen uns z.B. bei der Wiedervereinigung entgegengebracht hat, weiter stärken und ausbauen. Viel wird auch davon abhängen, wie sich Deutschlands wichtigster Partner Frankreich verhält. Gelingt es, das deutsch-französische Tandem zu einem polnisch-französischen-deutschen Dreirad (bei der Wahl dieses Wortes denke ich nicht an schwerfälliges Spielzeug, sondern an jene schnittigen „Apes“, die Italiens Straßen bevölkern) zu erweitern, bieten sich dem ganzen Kontinent völlig neue Perspektiven. Der Eiserne Vorhang der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre mit einem florierenden Weimarer Dreieck endgültig überwunden. Und Europa würde von Werten geleitet, in denen neben dem unbedingten Freiheitsstreben auch die erwähnten Tugenden Würde und Ironie ihren Platz fänden. Dafür würde Polen in dieser Koalition sorgen. Ich kann mir für die Zukunft Europas wenig Besseres vorstellen.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

KLAUS BACHMANN, geb. 1961, 1988 Magister an der Universität Wien in Geschichte und slavischen Sprachen, anschließend Doktorantenstipendium in Krakau, Warschau und Breslau (Wrocław), 1989-2001 Korrespondent deutschsprachiger Medien in Ostmitteleuropa (Polen, Belarus, Ukraine, Litauen), 2000 Doktorat am Historischen Institut der Uni Warschau, 2001 Korrespondent in Brüssel, 2004 Habilitation in Politologie, Übernahme des Lehrstuhls für politische Wissenschaften am Willy-Brandt-Zentrum der Universität Breslau, 2004 Gastprofessur am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, ab Herbst 2006 Professor an der (privaten) Hochschule für Sozialpsychologie in Warschau.

Publikationen: Polens Uhren gehen anders. Warschau vor der Osterweiterung der EU, Stuttgart, Leipzig 2001; Konwent o przyszłości Europy. Demokracja deliberatywna jako metoda legitymizacji władzy w wielopłaszczyznowym systemie politycznym [Der Konvent über die Zukunft Europas. Deliberative Demokratie als Methode der Legitimation der Staatsmacht im politischen Mehrebenensystem], Wrocław 2004; Polska kaczka w europejskim stawie. Polskie szanse i wyzwania po przystąpieniu do UE [Die polnische Ente im europäischen Teich. Polnische Chancen und Herausforderungen nach dem Beitritt zur EU], Warszawa 2006 (zweite, veränderte Auflage).

CHRISTIAN DOMNITZ, geb. 1975, Promotionsstipendiat am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (seit 2004), Promotionsvorhaben „Europa als Perspektive. Erosion und Neuorientierung im Ostblock“, Magisterstudium der Geschichte, Politik und Volkswirtschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (bis 2004).

Publikationen: Das Alte und das Neue Europa sind unterschiedlich gewachsen. Aus dem Verstehen ihrer kulturellen Verschiedenheit ergeben sich Perspektiven der europäischen Zukunftsdebatte, in: Euromission. Neue Perspektiven für das erweiterte Europa, hg. v. Daniel Dettling/ Thomas Gawlitta/ Leonard Novy/ Maria Adebahr/ Cornelius Brökelmann, Münster u.a. 2004; Europa, zweifelnd gedacht. Zu den Europavorstellungen des tschechoslowakischen Außenministers und Dissidenten Jiří Steinich Hájek, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens (im Druck); Zwischen europäischem Gestaltungsanspruch und nationaler Geschichts-

politik. Debatten zu den so genannten „Beneš-Dekreten“ im Europaparlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus, in: *Multiples Erinnern. Zwangsmigration als Objekt einer Streitgeschichte im erweiterten Europa*, hg. v. Martin Schulze Wessel/ Peter Haslinger/ K. Erik Franzen (im Druck).

JOSÉ M. FARALDO, geb. 1968, 1986-91 Studium der Geographie und Geschichte an der Universität Complutense in Madrid, dort 1998 Promotion; 1997-2000 Lehrbeauftragter an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder (Sprachenzentrum sowie Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte); 2000-2002 Postdoc-Projekt finanziert vom Spanischen Bildungsministerium: „The Narrated Nation. Autobiography, Self-Representation and Processes of Creation of National Identity in the Polish Western Territories (1945-1970)“ am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder); seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, Projektleiter des VW-Projekts „Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel“.

Wichtige Veröffentlichungen: *Nación, Estado y construcción social de la realidad. Fragmentos de la experiencia soviética (1917-1991)* [Nation, Staat und soziale Konstruktion der Realität. Fragmente der sowjetischen Erfahrung (1917-1991)], Madrid 2002; *Medieval Socialist Artefacts: Architecture and Discourses of National Identity in Provincial Poland (1945-1960)*, in: *Nationalities Papers*, Bd. 29, Nr. 4, 2001, S. 605-632; *The Teutonic Knights and the Polish Identity. National Narratives, Self-Image and Socialist Public Sphere*, in: *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs*, hg. v. Gabor T. Rittersporn/ Jan C. Behrends/ Malte Rolf, Frankfurt/Main et al., 2003, S. 279-306.

PAULINA GULIŃSKA-JURGIEL, geb. 1979, 1998-2004 Studium der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), ab 2004 Promotionsstipendiatin am Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) im durch die Volkswagen-Stiftung geförderten Projektverbund: „Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel“. Dissertationsthema: „Koexistenz im Zeichen der KSZE. Aktualisierung positiver Europa-Bezüge“. Korrespondentin bei „Glaube in der 2. Welt“ (Zürich) und Zeitgeschichte Online.

Publikationen: *Alte Ideologie wieder lebendig? Ein retrospektiver Blick auf die geschichtlichen Wurzeln der „Eurasier-Bewegung“ im heutigen Russland*, in: *Telegraph. Ostdeutsche Zeitschrift*, Nr. 108/2003, S. 64-69; (zusammen mit Christian Domnitz und José M. Faraldo), *Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel*, in: *Potsdamer*

Bulletin für Zeithistorische Studien, 32/33, November/Dezember 2004, S. 48-52.

MARIA JANION, geb. 1926, Literaturwissenschaftlerin, eine der besten Kennerinnen der polnischen und westlichen Romantik. Professorin am Institut für Literaturforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Jury-Vorsitzende des prestigeträchtigsten polnischen Literaturpreises „Nike“, Ehrendoktorwürde der Universität Danzig (1994), Preisträgerin des Großen Preises der polnischen Kulturstiftung (1999). Wichtige Veröffentlichungen der letzten Zeit: *Do Europy tak, ale razem z naszymi umarłymi* [Nach Europa ja, aber nur mit unseren Toten], Warszawa 2000; *Żyjąc tracimy życie: niepokojące tematy egzystencji* [Lebend verlieren wir das Leben: beunruhigende Themen der Existenz], Warszawa 2001; *Wampir: biografia symboliczna* [Der Vampir: eine symbolische Biographie], Gdańsk 2002.

MACIEJ JANOWSKI, geb. 1963 in Warschau, Studium der Geschichte an der Universität Warschau, Promotion 1993 und Habilitation 1999 am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften; seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, seit 1999 Recurrent Visiting Associate Professor an der Central European University, Budapest.

Wichtigste Publikationen: *Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy ideowe polskiej demokracji liberalnej w Galicji 1889-1914* [Die Intelligenz und die Herausforderungen der Moderne. Dilemmata in der Ideenwelt der polnischen liberalen Demokratie in Galizien 1889-1914], Warszawa 1996; *Polish Liberal Thought before 1918*, Budapest-New York 2004; *Wavering Friendship: liberal and national ideas in nineteenth century East-Central Europe*, in: *Ab Imperio*, Nr. 3-4/2000, S. 69-90; *Justifying Political Power: The Habsburg Monarchy and Beyond*, in: *Imperial Rule*, hg. v. Alexei Miller/ Alfred J. Rieber, Budapest 2005.

CLAUDIA KRAFT, geb. 1968, studierte Osteuropäische Geschichte, Politikwissenschaft in Giessen, Tübingen, Mainz und Marburg/Lahn. 2001-2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau, 2004/2005 akademische Rätin an der Ruhr-Universität Bochum, seit 2005 Professorin für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Erfurt.

Wichtigste Veröffentlichungen: *Europa im Blick der polnischen Juristen. Rechtsordnung und juristische Profession im Spannungsfeld zwischen Nation und Europa 1918-1939*, Frankfurt/Main 2002; *Wojewodszchaft Allenstein. Auswahl, Einleitung und Bearbeitung der Dokumente*, in: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ Die Deutschen östlich

von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hg. v. Włodzimierz Borodziej/ Hans Lemberg. Band 1: Zentrale Behörden und Wojewodschaft Allenstein, Marburg/ Lahn 2000, S. 431-656; „Europäische Peripherien“ – „Europäische Identität“: Über den Umgang mit der Vergangenheit im zusammenwachsenden Europa am Beispiel Polens und Spaniens, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 4/2003, S. 11-37.

ANDREAS LAWATY, geb. 1953, studierte Geschichte und Slavistik in Portland/Oregon und in Frankfurt am Main, promovierte in osteuropäischer Geschichte in Gießen, seit 2002 Direktor des Nordost-Instituts in Lüneburg (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. an der Universität Hamburg).

Wichtigste Veröffentlichungen: Das Ende Preußens in polnischer Sicht, Berlin, New York 1986; Deutsch-polnische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart: Bibliographie 1900-1998, hg. v. Andreas Lawaty/ Wiesław Mincer unter Mitwirkung von Anna Domańska, Wiesbaden 2000; Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, hg. v. Andreas Lawaty/ Hubert Orłowski, München 2003.

CHRISTIAN LÜBKE studierte Osteuropäische Geschichte und Slavistik und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Gießen und Berlin (Freie Universität) tätig. Seit 1996 leitet er den Arbeitsschwerpunkt „Germania Slavica“ im „Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas“ in Leipzig, seit 1998 hat er den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte in Greifswald inne.

Die wichtigsten Publikationen: Regesten zur Geschichte der Slaven an Elbe und Oder (vom Jahr 900 an), Teile I-V, Berlin 1984-1988; Fremde im östlichen Europa. Von Gesellschaften ohne Staat zu verstaatlichten Gesellschaften (9.-11. Jahrhundert), Köln 2001; Das östliche Europa, München 2004 (Die Deutschen und das europäische Mittelalter, Bd. 2).

ŚLAWOMIR ŁUKASIEWICZ, geb. 1972, 2004 Promotion an der Katholischen Universität Lublin mit einer Arbeit zum Thema „Das Dritte Europa. Das polnische föderalistische Denken in den USA, 1941-1970“, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostmitteleuropa-Institut in Lublin. Zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter des Büros für Öffentliche Bildung des Instituts für Nationales Gedenken in der Zweigstelle Lublin.

Wichtigste Publikationen: O nowy kształt Europy. XX-wieczne koncepcje federalistyczne w Europie Środkowo-Wschodniej i ich implikacje dla dyskusji o przyszłości Europy [Die Neugestaltung Europas. Föderalistische Konzeptionen im Ostmitteleuropa des 20. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Debatte über die Zukunft Europas], hg. v. Jerzy Kłoczowski/ Śla-

womir Łukasiewicz, Lublin 2003; Środkowoeuropejskie inicjatywy federalistyczne realizowane na terenie Stanów Zjednoczonych w latach 1949-1956 [Die Ausarbeitung ostmitteleuropäischer föderalistischer Initiativen auf dem Gebiet der USA in den Jahren 1949-1956], in: *Dzieje Najnowsze* 2003, Nr. 1; Piotr Wandycz: O federalizmie i emigracji. Rozmowy przeprowadził Sławomir Łukasiewicz [Piotr Wandycz: Über Föderalismus und Emigration. Gespräche mit Sławomir Łukasiewicz], Lublin 2003.

GESINE SCHWAN, geb. 1943, Politikwissenschaftlerin, Professorin an der FU Berlin sowie Gastprofessuren und Fellowships in Großbritannien und den USA, seit 1999 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (1977-1984, erneut seit 1996), Trägerin des Bundesverdienstkreuzes (1993) sowie des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (2002), Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten (2004).

Wichtige Veröffentlichungen: Leszek Kolakowski, *Eine Philosophie der Freiheit nach Marx*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971; *Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens*, Frankfurt/Main 1997; *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999.

KATRIN STEFFEN, geb. 1967, Studium der Neueren Geschichte, Osteuropäischen Geschichte und der Slavistik an den Universitäten Gießen, Mainz, FU Berlin, M.A. 1995, 1996-1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Forschungsprojekt zur Geschichte der Deutschen in Polen 1945-1950; Promotion 2002 an der Freien Universität Berlin, seit Mai 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut Warschau.

Wichtigste Publikationen: *Jüdische Polonität 1918-1939. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse*, Göttingen 2004; *Wojewodschaft Stettin. Einleitung, Bearbeitung und Auswahl der Dokumente*, in: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, hg. v. Włodzimierz Borodziej/ Hans Lemberg, Bd. 4/III, Marburg 2004, S. 267-615; Ein „jüdisches“ Denkmal in Wilna? Das Denkmalprojekt von Henryk Kuna und der Gedächtnisort Adam Mickiewicz im Fokus der polnisch-jüdischen Beziehungen, in: *Jüdische Kultur(en) im Neuen Europa. Wilna 1918-1939*, hg. v. Marina Dmitrieva/ Heidemarie Petersen, Wiesbaden 2004, S. 34-49; *Deutsch-polnische Gedächtnisblockaden – Krise und Chance*, in: *Ost-West. Europäische Perspektiven*, 5. Jg. 2004, 4, S. 268-279; *Das Eigene durch das Andere. Zur Konstruktion*

jüdischer Polonität 1918-1939, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 3 (2004), S. 89-111.

JANUSZ TAZBIR, geb. 1927, Professor am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), seit 1965 Chefredakteur der Jahrbücher „Renaissance und Reformation in Polen“.

Wichtigste Veröffentlichungen: *Państwo bez stosów. Szkice z dziejów tolerancji w Polsce XVI-XVII w.* [Ein Staat ohne Scheiterhaufen. Skizzen über die Geschichte der Toleranz in Polen 16.-17. Jh], Warszawa 1967 (Englische Übersetzung: *A State without stakes*, Warsaw 1973); *Kultura szlachecka w Polsce* [Die Adelskultur in Polen], Warszawa 1983, *Okrucieństwo w nowożytnej Europie* [Die Grausamkeit im frühneuzeitlichen Europa], Warszawa 1993, *Reformacja – kontrreformacja – tolerancja* [Reformation – Gegenreformation – Toleranz], Wrocław 1996.

STEPHANIE ZLOCH, geb. 1975 in Wiesbaden, Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Polonistik und Geographie an den Universitäten Köln, Warschau, Humboldt-Universität zu Berlin, M. A. 2001, Lehrbeauftragte am Institut für Geschichtswissenschaften der HU Berlin, Dissertationsprojekt zu Vorstellungen und Praktiken der Nation in Polen zwischen den beiden Weltkriegen.

Wichtigste Veröffentlichungen: *Blick nach Westen? Polen und die europäischen Einigungsbestrebungen zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939)*, in: *Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts*, hg. v. Heinz Duchhardt/ Małgorzata Morawiec, Mainz 2003, S. 65-84; *Nationsbildung und Feinderklärung – „Jüdischer Bolschewismus“ und der polnisch-sowjetische Krieg 1919/1920*, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 4 (2005), S. 279-302.

PERSONENREGISTER

- Abbé de Saint-Pierre s. Castel de
Saint-Pierre, Charles Irénée
Adalbert, hl. 69, 72, 73
Adorno, Theodor W. 241
Albert, Vogt 79
Albrecht von Hohenzollern-Ansbach
84
Albrecht, Markgraf 75
Alexander I., Zar von Russland 53,
123, 124, 146
Andruchowysch, Juri 157
Aristoteles 150
Ascherson, Neal 38, 39
Askenazy, Szymon 169
August II., König von Polen 111
August III., König von Polen 111, 115
- Bachmann, Klaus 25
Baczko, Bronisław 241
Barański, Leon 187
Bartoszewicz, Joachim 166
Bauman, Zygmunt 241
Bayerischer Geograph 68
Beauvoir, Simone de 48
Beauvois, Daniel 35, 36
Beck, Józef 176, 219
Beck, Ulrich 26
Belka, Marek 234
Berwiński, Ryszard 42
Besançon, Alain 53, 54
Beyle, Marie Henri s. Stendhal
Beylin, Marek 215
Bezprym, Halbbruder Mieszkos II. 73
Bieliński, Konrad 215
Bielski, Joachim 96
Bielski, Marcin 89, 93
Bilczewski, Józef 163
Birkenmajer, Józef 45, 46
Bobrzyński, Michał 151, 152
Bogusławski, Wojciech 97
Boleslaus der Tapfere s. Bolesław I.
„der Tapfere“ (Chrobry)
Bolesław I., Fürst 70
Bolesław I. „der Tapfere“ (Chrobry),
König von Polen 41, 43, 69, 70,
72, 73, 166
Bolesław II. „der Kühne“ (Śmiały),
König von Polen 74
Bolesław III. „Schiefmund“ (Krzy-
wousty), König von Polen 74, 75
Bolesław IV. Herzog von Schlesien
76, 77
Bolesław V. von Großpolen 81
Boniecki, Adam 210
Borowski, Tadeusz 26, 56-59
Botero, Giovanni 93
Brandt, Willy 208
Brandys, Kazimierz 204
Bratkowski, Stefan 145
Braun, Jerzy 189
Břetislav, böhmischer Fürst 73
Briand, Aristide 172-174, 181
Brońska-Pampuch, Wanda 241
Brückner, Alexander 46
Bruno von Querfurt 41
Buchanan, George 88
Bujak, Franciszek 148
Bukowiecki, Stanisław 165
Burckhardt, Jacob 143
Buszczyński, Stefan 131
Buzek, Jerzy 227, 234
Buzzati, Dino 32
Bystroń, Jan Stanisław 165
Bystrzonowski, Wojciech 131
- Calvin, Johannes 89
Camus, Albert 57
Carrillo, Santiago 244
Carroll, Lewis 145
Cäsar (Gajus Julius Cäsar) 88
Castel de Saint-Pierre, Charles Irénée
116, 117, 121

- Cat-Mackiewicz, Stanisław 162, 163
 Celan, Paul 54
 Chabod, Frédéric 99
 Chałasiński, Józef 199
 Cham, Sohn Noahs 91
 Chaunu, Pierre 31, 32
 Chmielnicki, Bohdan 35
 Churchill, Winston 200
 Cicero 88
 Cieszkowski, August 140, 141
 Conrad, Joseph 56
 Cooper, James Fenimore 34
 Cortés, Hernán 97, 100
 Coudenhove-Kalergi, Richard von
 171, 172, 181
 Custine, Astolphe de 54
 Cywiński, Bohdan 212, 218
 Czapska, Maria 60
 Czapski, Józef 208
 Czarnocki, Adam (Pseud.) s. Dołęga
 Chodakowski, Zorian
 Czartoryski, Adam Jerzy 123-126,
 131
 Czyż, Antoni 46

 Čaadajev, Piotr J. 51

 Dąbrowski, Marian 171
 Dante Alighieri 150
 Daszyńska-Golińska, Zofia 144, 145
 Decjusz, Jost 94
 Deczyński, Kazimierz 135
 Defoe, Daniel 56
 Derrida, Jacques 54
 Deszczyńska, Martina 119, 120
 Dmowski, Roman 139, 160, 166
 Döblin, Alfred 158
 Dobrawa, Tochter Boleslav I. 70
 Dobroczyński, Michał 216
 Dołęga Chodakowski, Zorian 42, 43
 Domnitz, Christian 21
 Drozdowski, Marian Marek 163
 Duchhardt, Heinz 106, 107
 Dzieduszycki, Tadeusz 171

 Eden, Anthony 206
 Eisenstadt, Shmuel N. 12, 144
 Erasmus von Rotterdam 88, 90, 94
 Ezzo, Pfalzgraf 73

 Faraldo, José M. 21
 Fichte, Johann Gottlieb 123
 Filipowicz, Tytus 187
 Fisz, Zenon 33, 34
 Fiszerowa, Wirydianna 101
 Friedrich I. Barbarossa, Kaiser 76
 Friedrich August, Kurfürst von
 Sachsen s. August II.
 Frycz Modrzewski, Andrzej 88, 95,
 96

 Gallus Anonymus 41, 67, 74
 Gaulle, Charles de 236
 Gedimin, litauischer Großfürst 80
 Geremek, Bronisław 242, 245
 Gero, Markgraf 70
 Gerschenkron, Alexander 144
 Giedroyc, Jerzy 208
 Gierek, Edward 213
 Giertych, Jędrzej 201
 Gieysztor, Alexander 67
 Gliszczyński, Antoni 120
 Gliwic, Hipolit 199
 Goethe, Johann Wolfgang von 49
 Gogol, Nikolaj V. 34
 Gollwitzer, Heinz 120
 Gołubiew, Antoni 211
 Gombrowicz, Witold 240
 Gomułka, Władysław 199, 206, 207,
 240, 241
 Gorbatschow, Michail 205, 220, 226
 Goślicki, Wawrzyniec 95
 Grabowski, Piotr 32
 Grabski, Stanisław 166
 Grabski, Władysław 170, 177
 Grande, Edgar 26
 Gregor VII., Papst 45, 74
 Gregor XVI., Papst 48, 49
 Gross, Feliks 20, 190, 191
 Grotius, Hugo 106
 Grynberg, Henryk 59
 Grześkowiak-Krwawicz, Anna 109,
 110
 Gulińska-Jurgiel, Paulina 21

 Halecki, Oskar 10, 169, 191
 Hall, Aleksander 217
 Handelsman, Marcelli 135
 Hartog, François 37

- Hausmann, Kurt Georg 112, 113
 Havel, Václav 219
 Hay, Denis 90
 Hedwig (Jadwiga), Tochter Ludwigs von Ungarn 14, 82, 83
 Heinrich II., Herzog von Schlesien 77
 Heinrich II., römisch-deutscher König, Kaiser 72, 73
 Heinrich III., römisch-deutscher König, Kaiser 73
 Heinrich IV., Herzog von Schlesien 79
 Heinrich IV., römisch-deutscher König, Kaiser 74
 Heinrich der Löwe, Herzog 75
 Heinrich „der Zänker“, Herzog 71
 Helmond von Bosau 76
 Herbert, Zbigniew 240
 Herder, Johann Gottfried von 120, 123, 138
 Herling-Grudziński, Gustaw 26, 56, 57, 208
 Herodot 37
 Hertz, Zofia 208
 Hertz, Zygmunt 209
 Hirszowicz, Maria 241
 Hitler, Adolf 197
 Hobbes, Thomas 106
 Holzer, Barbara 242, 245
 Holzer, Jerzy 207, 221, 242, 245
 Horaz (Quintus Horatius Flaccus) 89
 Hosius, Stanisław 88, 95
 Huberman, Bronisław 171
 Hübner, Danuta 237

 Iogailas s. Jagiello
 Irzykowski, Karol 152, 153
 Ivanov, Vjačeslav I. 44
 Iwan der Schreckliche 43

 Jadwiga s. Hedwig
 Jafet, Sohn Noahs 91
 Jagiello (Iogailas), Großfürst von Litauen, König von Polen 14, 82, 83, 164
 Jakobson, Roman 41
 Jakub Świnka, Erzbischof von Gnesen 78
 Jakubowska, Wanda 240
 Jan Sobieski III., König von Polen 34
 Janion, Maria 8, 12, 24, 26, 138
 Janowski, Maciej 17, 18
 Januszowski, Jan 89, 96
 Jaroslav von Kiev, Großfürst 73
 Jaruzelski, Wojciech 220
 Jasinowski, Bogumił 35
 Jedlicki, Jerzy 16, 132
 Jelzin, Boris 226
 Jerofejew, Viktor 51, 54, 55
 Jesus Christus 47, 138
 Johannes von Falkenberg 83
 Johannes der Täufer 45, 46
 Johannes Paul II., Papst 24, 43-45, 215
 Jordan, Bischof 71
 Judith, Schwester Heinrichs IV. 74

 Kaczyński, Jarosław 230
 Kaczyński, Lech 230
 Kaczyński, Zygmunt 172
 Kakowski, Aleksander 163
 Kant, Immanuel 117, 125, 173
 Kanty, Jan Józef 98
 Karamzin, Nikolaj M. 43
 Karl IV. von Luxemburg, Kaiser 81
 Karl der Große 67
 Karl Robert, König von Ungarn 81
 Kasimir „der Erneuerer“ (Odnowiciel), König von Polen 73
 Kasimir II., Herzog von Sandomierz 75
 Kasimir III. der Große (Wielki) 43, 80, 81
 Katharina II., Zarin 53
 Kertész, Imre 59, 60
 Kieniewicz, Jan 35
 Kisiel s. Kisielewski, Stefan
 Kisielewski, Stefan 211, 212
 Kiszczał, Czesław 221
 Klimt, Gustav 157
 Klinger, Jerzy 40
 Klonowic, Sebastian 90, 102
 Kochanowski, Jan 88, 96
 Kołakowska, Tamara 241, 242
 Kołakowski, Leszek 241-244
 Kollataj, Hugo 100, 115, 118, 119, 121-123
 Kolumbus, Christoph 94, 101
 Konarski, Stanisław 109, 115

- Koneczny, Feliks 159
 Koniński, Karol Ludwik 50
 Konrad II., römisch-deutscher König,
 Kaiser 73
 Koselleck, Reinhart 112
 Kozicki, Stanisław 166
 Kozłowski, Krzysztof 209
 Koźmian, Kajetan 101
 Krajewski, Michał Dymitr 97, 101
 Krasieński, Zygmunt 43, 47, 48, 50,
 51, 138
 Kraszewski, Józef Ignacy 35, 43
 Kreysing, Lothar 210
 Król, Marcin 138, 216
 Kromer, Martin 88, 95
 Krzemiński, Adam 221
 Krzywicki, Ludwik 147, 153
 Kucharzewski, Jan 51
 Kuderowicz, Zbigniew 118
 Kula, Witold 144, 145, 153
 Kundera, Milan 23, 219
 Kuroń, Jacek 219, 241
 Kwaśniewski, Aleksander 228, 230
 Kwiecka, Wirydianna s. Fiszerowa,
 Wirydianna
 Kyrill, hl. 39, 44

 Lampe, Alfred 198
 Lawaty, Andreas 16, 17
 Lec, Stanisław Jerzy 240
 Lechoń, Jan 191
 Lednicki, Aleksander 171, 172
 Lehmann, Reinhold 210
 Lehr-Splawiński, Tadeusz 38, 40
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 52, 173
 Lelewel, Joachim 42
 Lemke, Heinz 108
 Levi, Primo 58
 Libelt, Karol 140
 Limanowski, Bolesław 169
 Lipsius, Justus 88, 99
 Lipski, Jan Józef 26, 216
 List, Friedrich 151
 Lothar III., deutscher König, Kaiser
 75
 Lübke, Christian 13
 Ludwig, König von Ungarn 81, 82
 Ludwig XV., König von Frankreich
 117

 Luther, Martin 50, 89

 Łaski, Stanisław 90, 96
 Łęczycycki, Paweł 93
 Lepkowski, Tadeusz 145
 Łowmiański, Henryk 41, 42
 Łukasiewicz, Sławomir 20

 Mably, Gabriel Bonnot de 110
 Machiavelli, Niccolò 106
 Maciej von Miechów 15, 37, 89, 90,
 95
 Magalhães, Fernão de 94
 Mai, Gunther 158
 Małcużyński, Karol 209
 Malia, Martin 53
 Malinowski, Bronisław 191
 Mańkowski, Tadeusz 34
 Mann, Thomas 50
 Maria, Mutter von Jesus Christus 45,
 118
 Marshall, George Catlett 200-203
 Martin V., Papst 83
 Masaryk, Tomáš G. 181
 Mazower, Mark 20
 Mazowiecki, Tadeusz 227, 246
 Mazurkiewicz, Roman 46
 Mędrzecki, Włodzimierz 144
 Method, hl. 39, 44
 Michałowski, Roman 186
 Michalski, Jerzy 109
 Michnik, Adam 23, 24, 215, 241,
 243, 245, 246
 Mickiewicz, Adam 32, 43, 47-50, 53,
 100, 138, 139, 145, 171
 Mieroszewski, Juliusz 207, 208
 Mieszko I., König von Polen 13, 68,
 70, 71, 166
 Mieszko II., König von Polen 72, 73
 Mieszko III., Herzog von Großpolen
 75
 Miller, Leszek 234
 Miłosz, Czesław 48, 52, 56, 241
 Miniati, Michał 39, 40
 Moczar, Mieczysław 243
 Modzelewski, Karol 241
 Molotov, Wjačesław M. 20
 Montesquieu, Charles-Louis de Secon-
 dat 107

- Morazé, Charles 99
 Mrozek, Sławomir 240
 Mühlstein, Anatol 186
- Najder, Zdzisław 215
 Napoleon I. (Napoléon Bonaparte)
 107, 119-121, 123, 139
 Napoleon III., Kaiser 47
 Naruszewicz, Adam 108
 Niedziałkowski, Mieczysław 171
 Nikolaus I., Zar 49
 Noah 91
 Norbert von Magdeburg, Erzbischof
 75
 Norwid, Cyprian 145
 Nowak Jeziorański, Jan 207
- Oda, Gemahlin Mieszkos I. 71
 Ol'ga, Fürstin 69
 Orzechowski, Aleksander 96
 Orzechowski, Stanisław 88, 93
 Orzeszkowa, Eliza 50
 Osmańczyk, Edmund Jan 220
 Otto I., römisch-deutscher König,
 Kaiser 68-70
 Otto II., römisch-deutscher König,
 Kaiser 71
 Otto III., römisch-deutscher König,
 Kaiser 71, 72
 Otto von Bamberg, Bischof 74, 75
- Padalica, Tadeusz s. Fisz, Zenon
 Paderewski, Ignacy Jan 159
 Pannenkowa, Irena 170
 Parrington, Vernon Lewis 34
 Paulus Włodkowic s. Paulus Vladimiri
 Paulus Vladimiri 83
 Pawłowski, Stanisław 165
 Pelc, Janusz 96
 Peretiatkowicz, Antoni 165
 Peter I. der Große, Zar 53
 Peter von Zypern 81
 Petersohn, Jürgen 74
 Petlura, Symon 164
 Petrus, hl. 71
 Piłsudski, Józef 50, 161-163, 165-
 167, 176, 187, 219
 Piłsudski, Rowmund 201
 Pius IX., Papst 47
- Pizzarro, Francisco 97
 Plato 59
 Pogonowska, Ewa 51, 52
 Pol, Wincenty 35
 Polański, Roman 59
 Pomian, Krzysztof 111
 Potkański, Karol 42
 Poznański, Czesław 187
 Přemysl I. Otakar, König von Böhmen
 74
 Prus, Bolesław 50, 145, 151
 Przebinda, Grzegorz 44, 45
 Pszon, Mieczysław 211
- Raczyński, Edward 183, 185, 193
 Ranke, Leopold von 31
 Rapacki, Adam 206, 240
 Ratzinger, Joseph 45
 Raynal, Guillaume 99, 100
 Reagan, Ronald 53
 Rechowicz, Marian 39
 Redliński, Ignacy 147
 Rej, Mikołaj 95
 Rembrandt van Rijn 150
 Retinger, Józef 183, 184, 193, 199,
 201
 Ribbentrop, Joachim von 20
 Richeza, Prinzessin 71-73
 Rilke, Rainer Maria 157
 Ripka, Hubert 185
 Ropp, Stefan de 186
 Rostworowski, Emanuel 113
 Rousseau, Jean Jacques 110, 117, 173
 Rouvroy, Claude Henri de s. Saint-Si-
 mon
 Rudolf I. von Habsburg, römisch-
 deutscher König 79
 Rudolf IV. von Habsburg 81
 Ryklin, Michail 54
 Rykten s. Tennenbaum, Henryk
 Rzewuski, Henryk 136
- Saint-Simon (Claude Henri de Rouv-
 roy) 173
 Samsonowicz, Henryk 17
 Sarbiewski, Stanisław 88, 89
 Särchen, Günther 210
 Schiller, Friedrich 51
 Schlözer, August Ludwig von 120

- Schmale, Wolfgang 10
 Schwan, Gesine 26
 Sem, Sohn Noahs 91
 Seyda, Marian 183
 Shakespeare, William 95
 Siebert, Ferdinand 173
 Sienkiewicz, Henryk 34, 35, 55
 Sigismund I. „der Alte“ (Zygmunt Stary), König von Polen 84
 Sikorski, Władysław 183, 184, 187, 190
 Skrzetuski, Kajetan 116
 Skrzyński, Aleksander 172
 Skrzypek, Marian 117
 Skubiszewski, Krzysztof 226
 Slavník, Herr von Libice 69
 Słowacki, Juliusz 43, 48, 50
 Smith, Anthony D. 32
 Smogorzewski, Kazimierz 187
 Sobieski, J. 40
 Sofsky, Wolfgang 57, 58
 Sołtyk, Stanisław 115
 Sosnowski, Kazimierz 183
 Stalin, Iosif W. 185, 197
 Stanisław August Poniatowski, König von Polen 109-111, 114, 123
 Stanisław von Krakau, Bischof 74
 Stanisław Leszczyński, König von Polen 117, 118, 125
 Stanisław von Skalmierz 83
 Starowieyski, Franciszek 7, 8, 13
 Stasiuk, Andrzej 7
 Staszewski, Jacek 111, 112
 Staszic, Stanisław 113, 120, 125, 126
 Stefanowicz, Janusz 216
 Stefanowska, Zofia 101
 Stender-Peterson, Adolf 40-42, 45, 46
 Stendhal (Marie Henri Beyle) 56
 Stephan, König von Ungarn 72
 Stomma, Stanisław 211, 244
 Stroński, Stanisław 170
 Strykowski, Matys 89
 Studnicki, Władysław 164
 Suchocka, Hanna 232
 Sulimirski, Tadeusz 37, 38
 Supiński, Józef 151
 Surdykowski, Jerzy 220
 Surowiecki, Wawrzyniec 151
 Svjatoslav, Sohn Ol'gas 69
 Swieżawski, Stefan 55
 Szabó, László Cs. 31
 Szczepanowski, Stanisław 49, 51, 149
 Szpotański, Zenon 212
 Ševčenko, Ihor 35
 Tazbir, Janusz 14, 15, 37, 108, 118
 Tennenbaum, Henryk 169
 Thatcher, Margaret 236
 Thompson, Ewa M. 32
 Thugutt, Stanisław 171
 Tischner, Józef 218
 Tismaneanu, Vladimir 59
 Tokarska-Bakir, Joanna 59
 Trzeciecki, Andrzej 96
 Turowicz, Jerzy 200
 Tymieniecki, Kazimierz 42
 Tyrrel, Henry 33
 Tyszyński, Aleksander 101
 Umiński, Józef 41
 Urbańczyk, Stanisław 46
 Vespucci, Amerigo 94
 Vico, Giovanni Battista 31
 Vives, Johannes Ludovicus 88
 Voigt, Niklas 120
 Vojtěch, Sohn Slavníks 69
 Voltaire 120
 Vratislav II., König von Böhmen 74
 Vytautas s. Witold
 Wajda, Andrzej 240
 Waldemar I., König von Dänemark 81
 Wałęsa, Lech 22
 Walicki, Andrzej 45, 116, 138
 Wańkowicz, Melchior 32
 Wartslaw von Stettin, pomoranischer Fürst 74, 75
 Weber, Max 140
 Weil, Simone 52
 Weischedel, Wilhelm 241
 Wenzel II., König von Böhmen 74, 80
 Wenzel III., König von Böhmen 74, 80
 Widukind von Corvey 71
 Wielhorski, Michał 110
 Wierzyński, Kazimierz 191

Wilkanowicz, Stefan 212
Wilson, Andrew 33
Wilson, Thomas Woodrow 19
Witkacy s. Witkiewicz, Stanisław Ignacy
Witkiewicz, Stanisław Ignacy (Witkacy) 36
Witold (Vytautas), litauischer Großfürst 83
Władysław I. „Ellenlang“ (Łokietek), König von Polen 74, 79, 80
Władysław II., Herzog von Schlesien 75-77
Władysław Hermann (Herman), König von Polen 74
Wojtyła, Karol s. Johannes Paul II.
Wolański, Filip 116
Wolff, Larry 132, 133
Woronicz, Jan Paweł 120, 121
Wyspiański, Stanisław 43

Zamoyski, Jan 96, 113
Zdzitowiecki, Stanisław 163
Zernack, Klaus 10
Zloch, Stephanie 17, 19
Zygmunt August, König von Polen 96